

HERMANN MÜLLER

DIE

NOVEMBER
REVOLUTION

HERMANN MÜLLER-FRANKEN

DIE
NOVEMBER-
REVOLUTION

ERINNERUNGEN

1.-30. TAUSEND

1928

DER BÜCHERKREIS G.M.B.H., BERLIN

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright by «der Bücherkreis» G.m.b.H., Berlin SW 61.
Satz, Druck und Einband besorgte die Vorwärtsbuchdruckerei, Berlin.
Einbandentwurf: Franz Pfeffer, Berlin-Schöneberg.

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Die Ursachen der Revolution	7
II. Meine Reise nach Hamburg und Kiel	23
III. Der 9. November in Berlin.....	41
IV. Der 10. November.....	62
V. Der Rat der Volksbeauftragten	73
VI. Der Vollzugsrat der Sozialistischen Deutschen Republik	89
VII. Der Kampf um die Macht.....	117
VIII. Der 6. Dezember 1918	144
IX. Die Konferenz der Ministerpräsidenten und die deutsche Aussenpolitik	152
X. Um das Heer der Republik.....	169
XI. Um die Sozialisierung.....	195
XII. Der Erste Rätekongress.....	211
XIII. Der Kampf um Schloss und Marstall.....	224
XIV. Die erste Regierungskrise der Republik	234
XV. Aus der Zentralratszeit.....	239
XVI. Der Januaraufstand 1919.....	246
XVII. Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg	271
XVIII. Die neue Gesetzlichkeit.....	279

14. Jan. 1919

Die

Garde-Kavallerie- Schützen-Division

ist in Berlin einmarschiert.

Berliner!

**Die Division verspricht Euch, nicht
eher die Hauptstadt zu verlassen, als
bis**

**die Ordnung endgültig wieder
hergestellt ist.**

I. Die Ursachen der Revolution

Wer sich an die Novembertage des Jahres 1918 gerne erinnert, wird die Frage, ob wir überhaupt eine Revolution hatten, gefühlsmässig ohne Weiteres bejahen. Es gibt aber auch heute noch mit den Ergebnissen der Revolution unzufriedene Republikaner, die behaupten, dass sich in Deutschland gegen die Vorkriegszeit fast gar nichts geändert habe, dass wir sozusagen eine Monarchie mit einem republikanischen Vorzeichen hätten. Ich bin der letzte, der verkennt, wie viel noch zu tun ist, bis alle Einrichtungen der deutschen Republik von wahrhaft republikanischem Geist erfüllt sein werden, bis sich eine wirkliche demokratische Tradition in Deutschland entwickelt haben wird. Aber wir wollen über den Mängeln der Republik von heute nicht vergessen, was eigentlich vor dem Kriege war.

Vor dem Kriege waren die Träger der europäischen Reaktion der absolutistische Zarismus, der durch Schlamperei gemilderte Absolutismus der Habsburger und der den Volkswillen verachtende, sich auf die preussischen Bajonette stützende Halbabsolutismus Wilhelms II. Fest schien von den Trägern der Reaktion nur das wilhelminische Reich zu stehen, das sich auf die vollkommenste Militärmaschine der Welt stützte. Dieser preussisch-deutsche Militarismus kapitulierte am 9. November 1918 vor dem Volke. Das war das Ende des Obrigkeitsstaats. Das Volk nahm nun sein Schicksal selbst in die Hand. Verdient dieser Systemwechsel nicht den Namen einer Revolution?

Andererseits gibt es gute friedliebende Demokraten in Deutschland, die behaupten, dass eine Revolution eigentlich gar nicht mehr nötig gewesen sei. Denn die Verfassungsänderung, die den parlamentarischen Staat in Deutschland begründen sollte, habe der Reichstag bereits vom 2. bis 26. Oktober 1918 beschlossen, und Wilhelm II. habe darunter am 28. Oktober 1918 seine Unterschrift gesetzt. Dass das unter dem Drucke nicht missverständlicher Äusserungen Wilsons so geschehen war, ist an sich richtig. Der Parlamentarismus ist in Deutschland nicht erst durch die Verfassung von Weimar eingeführt worden. Aber ebenso

richtig ist, dass diese Reform im November 1918 dem deutschen Volke nicht mehr genügte.

Wie kam es nun zur Novemberrevolution?

Seit der Marneschlacht standen sich im Westen die Heere der Deutschen und der Entente im Stellungskrieg gegenüber. Die deutschen Heere hielten aus, trotzdem Deutschland wegen des Boykotts der Entente an Nahrungsmitteln und Rohstoffen bittere Not litt und auf unzureichenden Ersatz angewiesen war. In den weitesten Kreisen des deutschen Volkes herrschte das Gefühl, dass es, wie August Bebel im Jahre 1913 im Haushaltsausschuss des deutschen Reichstags gesagt hatte, um Sein oder Nichtsein Deutschlands ging. Die Entbehrungen waren unmenschlich. Wenn Deutschland damals wirkliche Staatsmänner an seiner Spitze gehabt hätte, so hätte das Ziel ihrer Politik sein müssen, in den Ländern der Entente den Zusammenbruch der Stimmung der Massen zu fördern. In Frankreich und Italien war 1917 zeitweise die Stimmung sehr gedrückt. Es fanden dort Meutereien von einem Umfang statt, wie sie das deutsche Heer nie gekannt hat. Aber die deutschen Reichskanzler und ihre nachgeordneten Staatssekretäre waren gegen die militärischen Halbgötter ohnmächtig, die weder die Grenzen der deutschen Kraft, noch das Ausmass der durch den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika gestärkten Kraft der Kriegsgegner richtig einschätzten. Die deutschen Militärs mit Ludendorff an der Spitze wollten Belgien dauernd unter deutscher Oberhoheit halten, im Osten das Baltenland annectieren und ausserdem die Kriegskosten ersetzt haben. Deshalb wurde das «Gottesgeschenk» der russischen Märzrevolution deutscherseits nicht ausgenützt. Hätte damals ein deutscher Reichskanzler offen und ehrlich erklärt, dass Deutschland im Osten zu einem Frieden ohne Annektionen und ohne Kontributionen bereit sei, hätte er den Einwohnern Russlands wirklich das Recht auf Selbstbestimmung gelassen, so hätte das in Frankreich, Belgien und Italien, wo die Massen auch kriegsmüde waren, die stärkste propagandistische Wirkung haben müssen. So ging der Krieg im Westen wie im Osten weiter.

Seit dem Ausbruch der russischen Revolution mehrten sich die Stimmen derer, die bei Fortdauer des Weltkrieges über Jahr und Tag auch eine deutsche Revolution für möglich hielten. Die Vorbedingungen für eine Revolution erfüllten sich aber erst, als die Karte des U-Boot-Krieges nicht stach. Für diesen Fall hatte Helfferich Deutschlands Sturz vorausgesagt. Und als am 8. August 1918 die deutschen Truppen bei

Albert durch die Engländer eine schwere Niederlage erlitten, kam der Wendepunkt. Die Tanks der Entente hatten wesentlich zu dieser Niederlage beigetragen. Durch die Anwendung der Tanks wurde im Westen zum erstenmal die Moral der deutschen Truppen aufs Schwerste erschüttert. Mit der Augustniederlage war das ganze System des ewigen Wartens auf militärische Erfolge ins Wanken geraten. Jetzt wusste alle Welt, dass der preussische Militarismus seinen letzten Waffengang antreten würde.

An der Spitze des Deutschen Reiches stand damals Graf Hertling, ein hilfloser Greis. Wilhelm II. hatte seine «Handlanger» bisher immer gewählt, ohne den Reichstag zu fragen, wozu ihn die halbabsolutistische Verfassung von 1871 berechnete. Vor Ernennung Hertlings hatte er zum erstenmal die «Gnade» gehabt, mit den Reichstagsparteien Fühlung nehmen zu lassen. Von Kühlmann, der Staatssekretär des Auswärtigen, betrieb die Kandidatur des Grafen Hertling mit der Behauptung, dass der Kaiser die Fühlung mit dem Parlament für untauglich halten würde, wenn die Parteien Hertling ablehnen würden, in dessen Person ein Führer der Zentrumsparterie berufen würde. Graf Hertling stand auf dem rechten Flügel des Zentrums. Um die Bedenken der Sozialdemokratie und der Freisinnigen zu zerstreuen, wurde neben ihm der Schwabe Friedrich Payer als Vizekanzler in die Regierung berufen. Graf Hertling musste schon am 9. Juli 1918 den Schmerz erleben, dass die Oberste Heeresleitung Herrn von Kühlmann stürzte, weil er im Reichstag wahrheitsgemäss gesagt hatte, dass militärische Entscheidungen allein den Krieg nicht mehr beenden würden. Das hatte ihn übrigens vorher die Oberste Heeresleitung selbst als geheime Information wissen lassen. Im September sah endlich jedermann ein, dass der «Fünfminutenbrenner» auf dem Kanzlerstuhle nicht mehr länger zu halten war. Prinz Max von Baden zog als letzter Kanzler des Kaisers in die Wilhelmstrasse ein.

Der Prinz war militärisch nicht belastet. Im Kriege war er hauptsächlich in der Gefangenenfürsorge tätig gewesen. Er war unzweifelhaft guten Willens. Aber selbst, wenn er mehr Kraft besessen hätte als ihm eigen war, wäre es für den Abschluss eines Verständigungsfriedens, wie ihn die Sozialdemokratie immer verlangt hatte, zu spät gewesen. Prinz Max glaubte noch, als er das Amt übernahm, an die Möglichkeit einer moralischen Offensive für einen halbwegs günstigen Frieden und an die Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges im Falle der Verweigerung eines solchen. Er war zur Annahme des Kanzleramtes nur be-

reit, wenn die Sozialdemokratie Parlamentarier für die Reichsregierung zur Verfügung stellte. Vor seiner Berufung hat er Ebert diese Bedingung gestellt.

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der deutschen Sozialdemokratie hatten am 23. September 1918 in einer gemeinsamen Sitzung im Reichstagsgebäude in getrennter Abstimmung mit 55 gegen 10 bzw. 25 gegen 11 Stimmen grundsätzlich beschlossen, den Eintritt in eine etwa neu zu bildende Reichsregierung unter einer Reihe formulierter Bedingungen zu billigen.

Diese betrafen vor allem: Uneingeschränktes Bekenntnis zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917, Erklärung der Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund, der für alle Streitigkeiten zuständig sein und auf der allgemeinen Abrüstung beruhen sollte, vollkommen einwandfreie Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über dessen Entschädigung, das gleiche für Serbien und Montenegro, Erklärung, dass die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest kein Friedenshindernis für den allgemeinen Friedensschluss sein dürften, sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, Freigabe der besetzten Länder bei Friedensschluss, /Autonomie für Elsass-Lothringen, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle deutschen Bundesstaaten. Auflösung des Preussischen Landtags, wenn das Herrenhaus der Wahlrechtsänderung nicht unverzüglich zustimmen sollte, Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Nebenregierungen, Einführung der parlamentarischen Regierung im Reiche, Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten (Aufhebung der Zensur, der Versammlungsbeschränkungen usw.)

Dem Beschlusse war eine Debatte vorausgegangen, in der das Misstrauen gegen die Durchsetzung dieser Forderungen stark zum Ausdruck kam, denn Michaelis und Graf Hertling, die beiden Vorgänger des Prinzen Max, hatten ein hinterhältiges Spiel getrieben. Ein von Beims, Löbe und Landsberg gestellter Antrag: «Die vom Vorstand in Aussicht genommenen Bedingungen genügen der Fraktion nicht für eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung» war durch die Beschlussfassung gegenstandslos geworden. Wenn schliesslich trotz schärfster kritischer Einstellung die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung mit so grosser Mehrheit beschlossen wurde, so war dafür weniger die Notwendigkeit der Mitwirkung der Partei bei der Demokratisierung des Reichs und der Bundesstaaten massgebend, als die Meinung, dass ohne Eintritt der Partei in die Regierung nicht die notwendige Vorbereitungsarbeit zur Herbeiführung eines baldigen Friedens gesichert wäre.

Vor der Abstimmung hatte Ebert in der ihm eigenen klaren Weise nochmals das ganze Problem aufgerollt und auf die grosse Verantwortung aller Beteiligten hingewiesen.

Er sagte, dass es keine Genossen gäbe, die den Eintritt in die Regierung nicht erwarten könnten; «Sie dürfen niemanden von uns für einen solchen Esel halten, dass er nicht sagt: Ich danke meinem Schöpfer, wenn dieser Kelch an mir vorübergeht. Aber das sind persönliche Auffassungen, die nicht in Betracht kommen, wenn das Interesse der Partei, der Arbeiterklasse und des Landes auf dem Spiel steht.»

Auch ich gehörte zu den Anhängern des Vorschlags des Vorstandes. Ich war, von Ebert zurückgerufen, erst am Abend des 22. September aus Bayern nach Berlin zurückgekehrt und hatte an den Vorbereitungen nicht teilgenommen. Was ich aber gerade in Bayern über die Kriegsmüdigkeit aller Kreise der Bevölkerung erfahren hatte, zeigte mir, dass Deutschland schleunigst Frieden brauchte.

Vom 23. September bis Anfang Oktober hatte sich die Lage Deutschlands weiter so verschlechtert, dass Scheidemann, der in der Sitzung vom 23. September als Referent unter der Voraussetzung der Bewilligung unserer Bedingungen für den Eintritt in die Regierung gesprochen hatte, nun die schwersten Bedenken hatte und deshalb zunächst persönlich den Eintritt in die Regierung ablehnte. Ebert vertrat die Notwendigkeit des Eintritts Scheidemanns aber so überzeugend, dass dieser schliesslich zustimmte. Die Regierung wurde sodann aus den drei Parteien gebildet, die später die Koalition von Weimar eingingen. An die Spitze des vom Reichsamt des Innern abgezweigten Reichsarbeitsamtes trat Gustav Bauer, der bis dahin neben Karl Legien Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewesen war. Das Reichsamt des Innern übernahm der Kölner Zentrumsführer Karl Trimborn, der als echter Rheinländer die Gabe hatte, auch in der schlimmsten Zeit den Humor nicht ganz zu verlieren. Neben Scheidemann wurden Erzberger und Gröber vom Zentrum Staatssekretäre ohne Portefeuille. Am 14. Oktober wurde noch Conrad Haussmann als solcher bestellt. Die Freisinnigen waren bis dahin nur durch Herrn von Payer in der Reichsregierung vertreten.

So war denn der Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung Tatsache geworden. Mir erschien er unerlässlich, weil auf Wilsons Erklärungen die Probe gemacht werden musste. Wie sollte denn ohne Beteiligung der Sozialdemokratie in Deutschland überhaupt eine parlamentarische Regierung gebildet werden? Gewiss fiel uns diese Entscheidung schwer. Es war ein gewagtes Spiel. Manch einer fürchtete, wie Otto Wels damals sagte, dass die Sozialdemokratie vielleicht mit in die Konkursmasse des Kaiserreichs gezogen werden könnte.

Immerhin ist fraglich, ob die Mehrheit des sozialdemokratischen Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett des Prinzen Max gegeben hätten, wenn sie gewusst hätten, wie hoffnungslos die militärische Lage Deutschlands Ende September 1918 bereits war. Die Oberste Heeresleitung gab dem Prinzen Max keine Zeit mehr, um eine Friedensoffensive vorzubereiten, sondern sie verlangte am 1. Oktober sofort nach Bildung einer neuen Regierung die Übersendung eines Waffenstillstandsangebots. Die Oberste Heeresleitung fürchtete damals im Westen einen Durchbruch und als dessen Folge die Aufrollung der ganzen Front. Wenn es zunächst dazu auch nicht kam, so war doch die völlige militärische Niederlage nur noch eine Frage der Zeit. Dazu kam der Abfall der Verbündeten Deutschlands, der am 26. September 1918 durch die Friedensforderung Bulgariens eingeleitet wurde. Ich erinnere mich genau, wie im Reichshaushaltsausschuss des Reichstags Graf Westarp am Vormittag für die Konservativen noch den starken Mann markiert, aber am Nachmittag einen wesentlichen Teil seiner Courage eingebüsst hatte, nachdem die Parteiführer über die militärische Lage nach dem Abfall Bulgariens informiert worden waren. Nach dem weiteren Abfall der Türkei und Oesterreich-Ungarns hatte die Entente den Sieg sicher in der Tasche. An eine Fortführung des Kampfes, auch nur bis zum Jahresende, konnten nur Wahnsinnige denken.

Wer zu behaupten wagt, dass die Flugblätter des Spartakusbundes den Krieg entschieden hätten, macht sich ebenso lächerlich wie derjenige, der glaubt, dass die deutsche Revolution mit dem Gelde der Bolschewisten gemacht worden sei, für das Emil Barth Revolver kaufte und Flugblätter drucken liess. Übrigens (würde das letztere, wenn es wahr wäre, schwere Schuld auf die Oberste Heeresleitung wälzen, denn mit Genehmigung Ludendorffs sind Lenin, Sinowjew und andere Bolschewisten 1917 im plombierten Wagen durch Deutschland gefahren, damit sie beim «Weitertreiben» der russischen Revolution dabei sein konnten.

Wir Mehrheitssozialdemokraten hatten vor der Revolution keine Beziehungen zur Russischen Botschaft. Wir haben Herrn Joffe und sein Personal stets richtig eingeschätzt. Als eine Beihilfe der Russischen Botschaft bei der Herstellung und Verbreitung illegaler Flugblätter vermutet wurde, ohne dass der Beweis angetreten werden konnte, machte Scheidemann den Vorschlag, einmal eine Kurierkiste ordentlich zu stürzen. Das wurde am 4. November 1918 auf dem Bahnhof Friedrich-

strasse probiert. Die Kiste platzte und prompt kam in deutscher Sprache gedruckte illegale Literatur zum Vorschein. Wie das nach dem geltenden Völkerrecht der Brauch ist, wurden Herrn Joffe und seinem Personal die Pässe zugestellt. Am 6. November 1918 reiste das Personal der Botschaft nach Moskau ab, nachdem Herr Joffe noch am Abend des 5. November dem juristischen Beistand der Russischen Botschaft, dem Rechtsanwalt Oskar Cohn, Geld «zur Förderung der Revolution» übergeben hatte. Oskar Cohn nahm das russische Regierungsgeld ruhig an, weil es nach seiner Auffassung das Geld einer gleich der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der Zimmerwalder Konferenz vertreten gewesenen Bruderpartei war! Er hatte auch keine Bedenken, wegen des Zweckes: den Gedanken der Revolution in Deutschland zu verbreiten.

Festgestellt muss werden, dass Oskar Cohn sich mit der Annahme dieses Geldes in Gegensatz zu der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie gesetzt hatte, die nach einer am 10. November 1918 veröffentlichten Erklärung ihres Parteivorstandes schon Monate vorher beschlossen hatte, Gelder, die aus russischen Quellen herrühren könnten, zurückzuweisen. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass aus fremden Staaten stammende Geldmittel nicht in den Dienst der Parteipropaganda gestellt werden sollten. Dass das russische Geld nicht Parteigeld, sondern Regierungsgeld war, konnte nicht zweifelhaft sein.

Wir Führer der Mehrheitssozialdemokratie haben die Kreise stets mit allen Mitteln bekämpft, die unter völliger Verkennung der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten Deutschlands den Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen wollten. Daraus entstand die Legende, dass wir bis in die Novembertage hinein überhaupt jeder revolutionären Bewegung feindlich gesinnt gewesen seien. Wir wussten allerdings, dass Revolutionen nicht gemacht werden. Wir hatten das Wort Ferdinand Lassalles nicht vergessen:

«Eine Revolution machen wollen, ist eine Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben.»

Das galt ganz besonders für die Novemberrevolution, die sich nicht aus den gesellschaftlichen Zuständen normal entwickelte, sondern ein Kriegskind war. Vom Oktober 1918 ab war sicher, dass der Ausbruch der Revolution kam. Fraglich war nur, wo zuerst und an welchem Tage die Gewalt des Krieges in die Gewalt der Revolution umschlug. Der sozialdemokratische Parteivorstand hatte seit dem Januarstreik von 1918 eine enge Fühlung mit den Vertrauensleuten der Partei in den Berliner Grossbetrieben

hergestellt. Er war infolgedessen über die wirkliche Stimmung unter den Berliner Arbeitern genau unterrichtet.

Und wie in Berlin, so draussen. Für den 12. und 15. Oktober 1918 wurde ich von dem Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie nach München gerufen, um an Stelle des in der Schweiz erkrankten Genossen Adolf Müller auf dem 14. Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie das Referat über «Reichs- und Auslandspolitik» zu halten. Ich übernahm diesen Auftrag umso lieber, als ich bereits im September Gelegenheit hatte, in einem abgelegenen oberbayerischen Dorfe die Stimmung einer reinen Bauernbevölkerung kennenzulernen. In dieses Dorf war während des ganzen Krieges kein Spartakusflugblatt gekommen. Dort, an der bayerischen Königstrasse, wird heute noch das Andenken Ludwigs II. fast heiliggehalten. Und doch sagten im fünften Kriegsjahr dort die Bauern, dass sie den Krieg «gar» hätten. Der bayerische Parteitag bewies, dass nicht nur die Arbeiter den Tag der Abrechnung mit dem herrschenden System herbeisehnten, sondern dass auch das bayerische Bürgertum, vom Geist der Zeit erfasst, ganz revolutionär redete. Der Nürnberger Delegierte Ernst Schneppenhorst sagte damals öffentlich u.a.:

«Ich habe kürzlich erst eine Rede eines Bürgerlichen gehört, der meinte, der Haushaltungsvorstand der Familie Lehmann muss verschwinden. Wen er darunter gemeint hat, darüber war sich keiner der Hörer im Unklaren. Wir sind ja grundsätzlich für die Beseitigung der Monarchie, und dieser alte Programmpunkt muss jetzt in den Vordergrund treten. Nicht nur Tirpitz, sondern in der Hauptsache die Hohenzollern, die Wittelsbacher waren mit die Kriegsverlängerer, waren die Verbrecher, die Millionen von Toten auf dem Gewissen haben.»

An demselben 13. Oktober sagte Dr. Max Süssheim-Nürnberg auf dem bayerischen Parteitag:

«Die Forderung des Rücktritts des deutschen Kaisers und des deutschen Kronprinzen ist eine volkstümliche Forderung der weitesten Kreise der Bürgerschaft.»

Genosse Dr. Heimerich-Nürnberg sagte in der gleichen Debatte:

«Ich bin dieser Tage in einem Zuge gefahren, da war ich Zeuge, wie ein Militär, ein Divisionskommandeur, glatt die Abdankung der Hohenzollern gefordert hat, und er hat sich mit Worten über die Leute ausgelassen, dass man staunen musste. Und diese Stimmung geht heute durch die weitesten bürgerlichen Kreise.»

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie nahm eine Entschliessung an, in der es u.a. hiess:

«Unter Betonung unserer sozialdemokratischen Grundsätze fordert der Parteitag die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und -Verwaltung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.»

Das seit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei volkstümliche Wort «Volksstaat» – so hiess in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Leipziger Blatt Wilhelm Liebknechts und August Bebel – war absichtlich als deutsches Wort für das Wort Republik gewählt worden. Wie geredet wurde, so schrieb die Presse.

Die Militärdiktatur der Generalkommandos bestand zwar in der zweiten Oktoberhälfte noch. Aber die Presse setzte sich immer mehr über die Zensurverbote hinweg, und die Herren mit dem breiten roten Generalstreifen nahmen das einfach hin, weil sie von einem Einschreiten nur eine Verschlimmerung befürchteten. Besonders deutlich wurde das zuerst in Nürnberg. Hier führte Dr. Adolf Braun, der Chefredakteur der «Fränkischen Tagespost», im vollen Einverständnis mit den Nürnberger Parteinstanzen bereits vom 10. Oktober ab einen schneidigen Kampf für die schleunige Herbeiführung des Friedens, und weil das dazu gehörte, für die Abdankung des Kaisers. In einem Leitartikel über Wilson und Kaiser Wilhelm erinnerte er daran, wie Wilhelm II. schon am 16. August 1888 erklärt hatte:

«Dass darüber nur eine Stimme sein kann, dass wir lieber unsere gesamten 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Wahlstatt liegenlassen, als dass wir einen einzigen Stein von dem, was mein Vater und Prinz Friedrich Karl errungen haben, abtreten.»

Das schlug ein. 1¼ Millionen Tote lagen schon auf der Wahlstatt. Das Volk wollte nicht warten, bis nach Wilhelms II. Wunsch 42 Millionen Deutsche hingeschlachtet waren. Der bayerische «Volksfreund» denunzierte die «Fränkische Tagespost» beim Generalkommando wegen der «Schand- und Brandartikel» «gegen unseren Kaiser». Aber von Könitz, der stellvertretende kommandierende General des 3. bayerischen Armeekorps lehnte die Verhaftung der Redakteure Adolf Braun und Schnepfenhorst wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung mit der Begründung ab, dass er wisse, dass die Revolution kommen würde, aber nicht wolle, dass sie zuerst in Nürnberg ausbreche. Er beschränkte sich auf das Verbot des Nachdrucks der Leitartikel der «Fränkischen Tagespost» in seinem Befehlsbereich. Die Auflage der «Fränkischen Tagespost» stieg dabei täglich.

Unser Nürnberger Parteiblatt stand mit solcher klaren zeitgemässen Sprache durchaus nicht allein da. Unser Breslauer Parteiorgan, dessen Chefredakteur damals Paul Löbe war, wurde am 16. Oktober 1918 auf drei Tage verboten, weil es nach der Feststellung des Dahinsinkens der Kaiserpracht und -macht den Satz enthielt, dass es nicht schwerfallen

müsse, von dem kleinen Rest Abschied zu nehmen. Das Verbot wurde aufgehoben, weil die Breslauer Arbeiter der Grossbetriebe mit der Parole: «Freigabe des Arbeiterblattes» in den Ausstand getreten waren.

Am 17. Oktober forderte die Magdeburger «Volksstimme» die Abdankung der Hohenzollern. Über ganz Deutschland fluteten revolutionäre Wellen.

Die Forderungen zur Erlangung eines Verständigungsfriedens verhallten zunächst ungehört. Die bayerische Regierung hatte nach der Bismarckschen Verfassung den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates. Sie war also verpflichtet, solche Anregungen zu geben. Über die wahre Lage Deutschlands war die bayerische Regierung unterrichtet, denn der bayerische Kronprinz Rupprecht hatte aus dem Felde schon am 15. August 1918 an den Prinzen Max von Baden geschrieben, es «hat sich unsere militärische Lage so rapid verschlechtert, dass ich nicht mehr glaube, dass wir über den Winter werden aushalten können, ja es kann sein, dass bereits früher eine Katastrophe eintritt».

Der dem Kaiser treu ergebene Gesandte Treutler telegraphierte am 20. Oktober 1918 aus München über die Stimmung dort: «Tatsächlich wünscht überwiegende Mehrheit nur Frieden.»

In Hessen sah es ebenso aus. Am 17. Oktober 1918 erhielt der sozialdemokratische Parteivorstand folgenden, von unserem Parteisekretär Hermann Neumann in Offenbach am Main verfassten, für die Stimmung in allen hessischen Kreisen bezeichnenden Bericht:

«Durch Herrn Kappus, Offenbach a.M., wurde ich zu einer Unterredung mit dem Prinzen Leopold zu Isenburg gebeten. Die Unterredung fand am Mittwoch, dem 16. Oktober 1918, in der Privatwohnung des Prinzen in Darmstadt, Goethestr. 44, statt und dauerte von 6.15 Uhr bis 7.20 Uhr abends.

Der Prinz bemerkte einleitend, er wüschte mit mir über zwei Punkte, über die speziell hessischen Fragen und über die das Reich betreffenden Fragen zu verhandeln. Er erklärte dann, er sei kein Sozialdemokrat, aber durchaus demokratisch gesinnt. Diese demokratische Gesinnung habe er schon immer gehabt und gehöre deshalb nicht zu den Umlernern. Was die hessischen Verhältnisse angehe, so sei eine Reform der Verfassung nicht mehr aufzuhalten. Das von der Sozialdemokratie geforderte Wahlrecht werde und müsse kommen. Bei dieser Gelegenheit müsse auch eine Reform der Ersten Kammer vorgenommen werden. Die Erste Kammer sei in ihrer jetzigen Zusammensetzung durchaus senil. Ich erklärte, nicht eine Reform, sondern Beseitigung der Ersten Kammer strebten wir an. Der Prinz erwiderte, das sei ihm bekannt, aber die Beseitigung würden wir jetzt nicht erreichen. Er mache deshalb den Vorschlag, von den 16 Standesherrn sechs zu beseitigen und die verbleibenden zehn durch die Standesherrn wählen zu lassen; dadurch würde Gewähr geboten, dass nur die gewählt würden, die wirklich Interesse hätten,

und damit käme auch mehr Geist in die Erste Kammer. Für die sechs ausgefallenen Standesherrn müssten Vertreter der Berufsstände (Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Arbeiterschaft) gewählt werden. Das Recht des Grossherzogs, Mitglieder der Ersten Kammer auf Lebenszeit zu bestimmen, zu beseitigen, würde jedenfalls nicht schwerfallen. Auf die direkte Frage, ob uns eine derartige Reform genügen würde, erklärte ich, mich dahingehend nicht binden zu können. Zur Zweiten Kammer übergehend, bemerkte der Prinz, dass über die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes nicht mehr zu reden sei, darüber gäbe es keine Diskussion mehr.»

Nach weiteren Mitteilungen über hessische Fragen fährt der Bericht fort:

«Zu den Verhältnissen im Reich übergehend, erklärte der Prinz, er habe Fühlung mit fast sämtlichen regierenden Häusern Deutschlands und stehe mit diesen in dauernder Verbindung.

Mit der Beseitigung der Hohenzollern müssen wir rechnen. Er hält es für ausgeschlossen, dass Frieden kommt ohne diese Beseitigung. Er äusserte sich dann ausführlich über die Kriegslage und die Friedensaussichten. Dann kam er zu der Frage, wie das neue Deutschland auszusehen habe. Er bitte, folgenden Vorschlag in Erwägung zu ziehen: Errichtung eines Staatenbundes, mit dem Reichstag an der Spitze. Die Leitung des Staatenbundes müsste einem Bundeskanzler übertragen werden. Auf meine Zwischenfrage, dass dann die Macht aller regierenden Häuser beseitigt sei, erklärte er: «Ja, das wäre auch nicht schlimm», die Mehrzahl der Herren würden freiwillig zurücktreten. Wir würden bei einem derartigen Staatenbund aber die Deutsch-Oesterreicher gewinnen. Ein Gewinn, der nicht zu unterschätzen sei. Als Bundeshauptstadt könnte vielleicht Frankfurt a.M. in Frage kommen. Nicht nur wegen der zentralen Lage, sondern auch wegen der dort wohnenden Juden, die man unbedingt gewinnen müsse. (!) Auf keinen Fall aber sollte man sich damit einverstanden erklären, dass vielleicht mit Rücksicht auf den Anschluss Deutsch-Oesterreichs Bayern als Mittelpunkt bestimmt würde; das wäre nichts anderes, als eine katholische Herrschaft errichten, wovor wir uns hüten müssten. Er forderte meine Ansicht über diesen Plan, ausdrücklich bemerkend, dass, wenn wir diesem zustimmen würden, er dann im Sinne dieses Planes weiter bei den massgebenden deutschen Regierenden tätig sein würde. Es sei keine Idee von ihm, sondern sie sei bereits Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Ich lehnte auf das Bestimmteste ab, darüber irgendwelche Erklärungen abzugeben, erklärte mich aber bereit, mit meinen Parteifreunden im Reich und in Hessen darüber zu konferieren und ihm dann in einer neuen Unterredung unsere Ansicht mitzuteilen. Dem stimmte der Prinz zu und bat mich, die Sache in den nächsten Tagen zu erledigen; er würde dann zu einer neuen Besprechung gerne zur Verfügung stehen.»

Dass die Hohenzollern abdanken mussten, konnte man nun auf allen Gassen hören, oft zugleich mit der bangen Frage: Wird mit dem Sturz der Dynastie auch das Reich in Stücke gehen? Wer die Reichstagssitzungen vom 23. und 24. Oktober 1918 miterlebt hat, wird nie vergessen, wie in offener Sitzung der Pole Stychl, der Elsässer Ricklin, der Däne Hansen dem Reiche die Kündigung aussprachen. War das der An-

fang vom Ende des Deutschen Reiches? Hier verlangten deutsche Reichstagsabgeordnete im Namen ihrer Wähler das Recht zur Selbstbestimmung. Das konnte ihnen niemand wehren. Aber es war ein Gradmesser für die Erkenntnis der Ohnmacht des Reiches. Wir sahen die Gefahr völligen Reichszerfalls zum erstenmal deutlich vor Augen. Das verursachte Herzschmerzen.

Die Sorge, dass dieser Krieg zwecklos noch weiter verlängert werden könnte, hatte in jenen Tagen die sozialdemokratischen Frauen Berlins veranlasst, eine Deputation an den Parteivorstand zu senden. Als Clara Bohm-Schuch, Enni Stock und Wally Zepler auf unserem Büro in der Lindenstrasse erschienen, um das bittere Herzeleid der Mütter, Frauen, Bräute und Schwestern der Kriegsteilnehmer beredt zu schildern, konnte ich sie beruhigen. Der Sprachgewalt eines Léon Gambetta wäre es nach viereinhalbjährigem Kriege auch nicht gelungen, den Landsturm eines allerletzten Aufgebots zum Kampfe gegen die Tankgeschwader der Entente zu begeistern.

Am 7. Oktober 1918 hatte Walter Rathenau in der «Vossischen Zeitung» die «Levée en masse», «das letzte Aufgebot» verlangt. Ludendorff, der wieder Mut gefasst hatte, dichtete in der Sitzung des Kriegskabinetts vom 17. Oktober der Sozialdemokratie die Macht an, das Volk noch packen und hochreissen zu können: «Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muss gelingen!»

Die Antwort erhielt Ludendorff in dem am 18. Oktober 1918 im «Vorwärts» veröffentlichten Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Die Partei wusste, dass bei einer militärischen Kapitulation dem deutschen Volke schwerste Lasten auferlegt werden würden. In dem Aufruf des Parteivorstandes hiess es u.a.:

«Deutschland und das deutsche Volk ist in Gefahr, das Opfer der Eroberungssucht englisch-französischer Chauvinisten und Eroberungspolitiker zu werden.»

Scharf sprach sich der Aufruf gegen die Kriegsgewinnler und gegen die chauvinistischen Demagogen der Vaterlandspartei aus, aber ebenso entschieden auch gegen die unverantwortlichen Treibereien bolschewistischer Apostel, die die Herbeiführung des Friedens und der Demokratisierung erschwerten und die Gefahr des Bürgerkrieges und des wirtschaftlichen Chaos heraufbeschworen, wodurch Not und Elend nur gesteigert und die Eroberungsgier unserer Kriegsgegner nur angereizt werden konnte.

Darüber hinaus lag es nicht in der Macht der Sozialdemokratie, die Massen des Volkes zu neuen grossen Kraftanstrengungen aufzupeit-

schen, weil diese einfach nicht mehr geleistet werden konnten. Die deutsche Volkskraft war fast bis zum Weissbluten vergeudet.

Walter Rathenaus Aufruf konnte nicht mehr zünden. Er selbst sah Deutschlands Lage zu klar, um das zu erwarten. Der Aufruf löste offenen Widerspruch auch im Lager der Intellektuellen aus. Fritz von Unruh sandte aus Zürich dem Prinzen Max eine Aufzeichnung, in der er ihm auseinandersetzte, «es sei sündhaft und rückfällig, jetzt noch an eine Volkserhebung zu denken.» Hingegen sprang am 22. Oktober Richard Dehmel in einem Aufruf «Letzte Rettung» Rathenau bei. Ihm gab, den Massen der Frauen aus dem Herzen sprechend, am 28. Oktober Käthe Kollwitz die treffende Antwort: «Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden ... es ist genug gestorben, keiner darf mehr fallen.»

Nicht nur die sozialdemokratischen Frauen rührten sich in jenen Tagen. Bürgerliche und sozialdemokratische Frauen hielten am 4. November 1918 in Berlin in den Sophiensälen eine gemeinsame Kundgebung für die Einführung des Frauen Wahlrechts ab. Marie Juchacz, Rosa Kempf, Marie Stritt, Clara Bohm-Schuch, Minna Cauer und Regina Deutsch referierten. Nach ihnen sprachen Vertreter der politischen Parteien und verschiedener Organisationen für das Frauenwahlrecht. Nach Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Heinrich Schulz und dem Freisinnigen Sivkowsitch sprach ich für den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Meine Vorredner hatten mir alle schönen Argumente für die Notwendigkeit der Einführung des Frauen Wahlrechts weggenommen, und so sagte ich einfach nach wenigen einleitenden Sätzen: «Wahrlich, es werden wenige in diesem Saale sein, die den Sieg des Frauenstimmrechts in Deutschland nicht erleben werden.» Es wird mir unvergesslich sein, wie Minna Cauer, die greise Vorkämpferin für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen, mir nachher sagte: „Das waren Worte der Hoffnung, aber ich weiss nicht, ob ich das noch erleben werde.“ Schon wenige Wochen später wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland durch die Volksbeauftragten eingeführt.

Die «Unabhängige Sozialdemokratie» hatte bereits am 5. Oktober in ihrer Presse und gleichzeitig in Flugblattform in Massen einen Aufruf verbreitet «An das werktätige Volk», in dem es nach Aufzählung von Forderungen, die die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten betrafen, hiess: «Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Sie allein ermöglicht es, die Welt von den Verwüstungen des Krieges zu erlösen.» Dieses Ziel war international auf-

gestellt: «Tiefe Umwälzungen gehen in allen Staaten vor sich. Die Welt erhält ein völlig anderes Antlitz.»

Wir Mehrheitssozialdemokraten glaubten nicht an das gleichzeitige baldige Eintreten tiefer Umwälzungen in allen Staaten. Warum sollten in den Ententeländern, denen der Sieg seit dem August 1918 in greifbare Nähe gerückt war, Revolutionen kommen?

In bürgerlichen Kreisen sah man diese Zeichen der nahen Umwälzung mit Besorgnis an. In Berlin fürchteten damals gerade demokratische Politiker, dass die verzweifelte Stimmung in Bayern in der Zeit der grössten Not des Reiches zum Abschluss eines Separatfriedens nach dem Vorbilde Karl von Habsburgs drängte.

Zur Unterstützung der Regierungspolitik war die «Zentrale für Heimatdienst» in der Potsdamer Strasse 113 unter Leitung des Staatssekretärs Erzberger errichtet worden, die Richtlinien für die Friedensfrage, für die Demokratisierung des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten und für die Erhaltung der Einheit des Reiches in Form von Flugblättern herausgab. Erzberger war sozusagen Propagandaminister geworden. Aber auch diese Arbeit kam reichlich spät. In wieviel bayerische Hände mag das am 4. November gedruckte Flugblatt Richtlinien Nr. 6 «Bayern und das Reich» gekommen sein, in dem es unter Bezugnahme auf Bayern hiess:

«So wird jetzt durch eine heimlich, mit Hilfe von allerhand gedrucktem oder gesprochenen Agitationsmaterial getriebene Madie der Abfall vom Deutschen Reiche als unabwendlich und als nutzbringend hingestellt.»

Es wurde dann den Bayern ihre Verbundenheit mit Deutschland an der Hand einer Fülle von Zahlen klar gemacht. Die Bayern hätten keine Kohle und fast keine künstlichen Düngemittel, für die Norddeutschland eine Art Weltmonopol besitze, usw.: «Kein fremder Staat, auch Deutsch-Oesterreich nicht, könne ersetzen, was durch Loslösung vom Norden verloren ginge.» Gegen das Gespenst der Donaumonarchie hatte sich in Bayern selbst bereits die München-Augsburger Allgemeine Zeitung gewandt.

Am 31. Oktober hatten wir in der «Zentrale für Heimatdienst», deren Beirat ich damals als Beauftragter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörte, unter Erzbergers Vorsitz eine eingehende Debatte über die kommende Staatsumwälzung. Wer sie miterlebt hat, muss zugeben, dass der heute von allen Reaktionären so sehr geschmähte Erzberger damals das Menschenmögliche tat, um die Debatte über die Kaiserfrage einzudämmen. Er suchte mit allen Mitteln zu beweisen, dass Wilson auch in seiner Note vom 20. Oktober 1918 nicht die Abdankung Wilhelms II. verlangt hätte.

Erzberger suchte für die Richtlinien zur Kaiserfrage eine einstimmige Billigung des Beirats herbeizuführen. Das gelang ihm aber nicht. Ich widersprach ihm nicht nur, weil ich andere Folgerungen aus den Notizen Wilsons zog, sondern auch, weil meiner festen Überzeugung nach durch die Herausgabe solcher Richtlinien über die Kaiserfrage irgendwelcher Eindruck auf die Massen des Volkes nicht mehr zu erzielen war. Um die Einmütigkeit herzustellen, wollte mich Erzberger dazu überreden zuzugestehen, dass die Kaiserfrage zurzeit noch nicht die Abdankung des Kaisers erheische. Er liess deutlich durchblicken, dass es aber bald soweit kommen könne. Aber ich konnte ihm auch diesen Gefallen nicht tun. Die Richtlinien gingen dann am 31. Oktober mit folgender Einschränkung heraus:

«Die folgenden Richtlinien sind nicht dazu bestimmt, den Meinungsstreit über die Kaiserfrage zu verbreitern und zu vertiefen, sondern sie sollen nur Gedanken zur Abwehr und Zurückweisung für diejenigen enthalten, die bei einer öffentlichen oder privaten Erörterung für das Verbleiben des Kaisers pflicht- und überzeugungsgemäss eintreten wollen.»

Damit war gesagt, dass sie eigentlich nur noch für den Hausgebrauch bis in die Knochen konservativer Familien bestimmt waren. Erzberger fürchtete aber auch, dass nach der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen in einer Zeit schwerster Erschütterungen der Sohn des Kronprinzen, ein Knabe im Alter von zwölf Jahren, an die Spitze des Reiches gestellt werden würde. Die Regentschaft würde ungeheure Schwierigkeiten überwinden müssen, zumal für Preussen der nächste männliche Anverwandte, Prinz Eitel Friedrich, als Regent in Betracht komme. Damals war noch nicht bekannt, dass Wilhelm II. sich einige Tage vorher von seinen sämtlichen Söhnen – und seine sieben Söhne haben ja alle den Krieg überstanden – hatte feierlich versprechen lassen, dass keiner im Falle seiner Absetzung die Regentschaft übernehmen würde. Sozusagen also ein Generalstreik der Hohenzollernprinzen im Falle der Absetzung. Freilich hoffte damals Erzberger noch, dass Wilhelm II. freiwillig gehen würde:

«Glaubt der Kaiser, die Bürde der Krone nicht mehr tragen zu können, so wird sich die Nation in Ehrfurcht seinem Entschlusse beugen: sic darf aber nicht von sich aus dem Kaiser die Treue versagen.»

Wilhelm II. dachte damals noch nicht an Abdankung, aber immerhin war ihm Berlin zu unsicher geworden. Er floh, ohne von seinem Vetter, dem Prinzen Max, Abschied zu nehmen am 29. Oktober – angeblich aus Furcht vor Grippe – ins Grosse Hauptquartier. Der Reichskanzler suchte vergebens unter den deutschen Fürsten und Prinzen einen, der

Wilhelm II. zur Abdankung überreden konnte. Der Grossherzog von Hessen lehnte dankend ab. Wilhelms Schwager, Prinz Friedrich Karl von Hessen, war erst bereit, sagte aber dann ab, als ein angeforderter Extrazug schon bereitstand. Als am 8. November 1918 schon halb Deutschland von den Wogen der Revolution erfasst war, verweigerte Wilhelm die Abdankung immer noch. Er wollte an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wiederherstellen. Aber da versagten die Truppen den Dienst. Zum Mord von Vater und Mutter liessen sie sich von Wilhelm II. nicht mehr kommandieren. Das hatte ihnen der Kaiser einst im Frieden zugemutet, und sie hatten schweigen müssen. Eine bis dahin für zuverlässig gehaltene Frontdivision, die auf Befehl des Kaisers den Rücken des Grossen Hauptquartiers gegen die Aufständischen von Köln bis Aachen decken sollte, kündigte den Offizieren den Gehorsam und setzte sich gegen deren ausdrücklichen Befehl nach der Heimat zu in Bewegung. Nun erst ging Wilhelm II. über die Grenze nach Holland.

Sein Verhalten hat vom 29. Oktober ab einer radikalen Lösung geradezu den Weg gewiesen. Die «Zentrale für Heimatdienst» brauchte sich nicht mehr den Kopf darüber zu zerbrechen, ob wir Deutsche Anlass haben, «republikanischer zu sein als der Republikaner Wilson». Das Auswärtige Amt konnte die Versuche einstellen, darüber zur völligen Klarheit zu kommen, ob Wilson neben gewissen Sicherungen auch die Abdankung des Kaisers verlangt hatte.

Die Revolution war unvermeidbar geworden. Prinz Max sah das jetzt ein. Er erzählt in seinen Erinnerungen, wie er am 20. Oktober nach der Drohung mit seiner Demission zu dem Generaladjutanten von Plessen gesagt habe: «Wenn ich gehe, dann fällt das Kabinett auseinander, und dann kommt die Revolution.» Die Revolution war aber schon da. Ehe Prinz Max von Baden zurücktrat, hatte sie in Kiel bereits begonnen.

Soviel zur Einleitung dieses Buches, das keine Geschichte der deutschen Revolution von 1918 werden, sondern für den späteren Geschichtsforscher eine Quelle sein soll. Ich will mich bemühen, den Ideen- und Stimmungsgehalt jener schweren Zeit so objektiv festzuhalten, wie das einer kann, dem es vergönnt war, den gewaltigen Umsturz des deutschen Verfassungslebens nicht nur aus nächster Nähe zu beobachten, sondern auch an dem werdenden Neuen ordnend mitzuwirken.

II. Meine Reise nach Hamburg und Kiel

Wilhelm II. hatte seit Beginn seiner Regierungszeit der Flotte besonderes Interesse gewidmet. Der Flottenbau hatte mit dazu beigetragen, dass das Misstrauen gegen eine friedliche Politik Deutschlands immer stärker wurde. Ohne den Ausbau der deutschen Flotte hätte sich die englische Regierung nicht so eng an Frankreich und Russland angeschlossen.

Was die Sozialdemokratie immer vorausgesagt hatte, trat ein. Die Schlachtflotte kam im Kriege nicht zur Geltung. Die ihr aufgezwungene Tatenlosigkeit verdarb die Stimmung der Mannschaften. Die intelligenten blauen Jungen, meist im Zivilberuf qualifizierte Arbeiter, empfanden besonders schlimm, dass sie durch Borddienst gepiesackt und mangelhaft gepflegt wurden, während die Offiziere noch immer einen guten Tag lebten.

Diese Missstände hatten schon im Jahre 1917 im Reichstag zu Auseinandersetzungen geführt, die schliesslich den Sturz des unmöglichen Reichskanzlers Michaelis zur Folge hatten. Die Marineleitung ging damals mit drakonischen Mitteln vor. Sie schreckte selbst vor Justizmorden nicht zurück. Der Matrose Max Reichpietsch aus Neukölln und der Heizer Albin Körbis aus Reinickendorf, beide Mitkämpfer der Seeschlacht am Skagerak, wurden am 16. August 1917 zur Abschreckung zum Tode verurteilt und am 5. September auf dem Schiessplatz Wahn bei Köln a. Rh. erschossen. Der Rechtsberater des Chefs der Hochseestreitkräfte hielt in Übereinstimmung mit der Auffassung des zuständigen Admiraltätsrats Dr. Fellisch im Reichsmarineamt das Todesurteil für einen Fehlspruch. Trotzdem wurden zwei blühende Menschenleben vernichtet. Dagegen wurde die Ursache der Unzufriedenheit auch 1917 und in der Folgezeit nicht beseitigt. Das musste zu Explosionen führen, als klar wurde, dass der Krieg verloren war, und die Schiffsmannschaften den festen Eindruck erhielten, dass die Flotte und damit Tausende von Menschenleben trotzdem für nichts und nieder nichts noch einmal zum Angriffe eingesetzt werden sollten. Wohlgemerkt: zur Verteidigung war die Mannschaft auch Ende Oktober noch durchaus bereit. Die angeordneten Schiffsbewegungen schienen zu beweisen, dass man die Engländer in der Nordsee zur Schlacht herausfordern wollte, wenn auch die ganze Flotte daran kaputt ginge.

Die Einleitung einer grossen Seeschlacht durfte nach dem Waffenstillstandsangebot ohne Einverständnis der Reichsregierung überhaupt nicht angeordnet werden. Unter dem eben erst eingeführten parlamen-

tarischen System war es unzulässig, dass ein x-beliebiger Admiral die Pläne der Reichsregierung durchkreuzte.

Die Mannschaften parierten auf dem «Markgraf» bereits am 28. Oktober nicht mehr Ordre. Sie hinderten das Schiff am Auslaufen. An den folgenden Tagen kamen auf anderen Kriegsschiffen Gehorsamsverweigerungen vor. Das Kommando «Anker lichten» wurde mit dem Rausreissen des Feuers beantwortet. Die Offiziere suchten ihre Autorität zunächst durchzusetzen. Die Verhaftung der schuldigen Matrosen wurde angeordnet. Es regnete Massenstrafen. In Kiel und Wilhelmshaven nahm infolgedessen die Gärung unter den Mannschaften immer mehr zu. Die Zustände bei der Flotte waren der beste Agitator.

Am 1. November 1918 war bereits in Kiel im Gewerkschaftshause ein Matrosenrat gegründet worden. Eine weitere Sitzung des Rats, die am 2. November geplant war, wurde durch die Kommandobehörde verhindert. Dessen ungeachtet fand am 3. November, einem Sonntag, auf dem grossen Exerzierplatz in Kiel eine von Tausenden besuchte Protestversammlung statt, die die Freilassung der Verhafteten forderte. Nach der Versammlung bildete sich ein grosser Zug, in dem leidenschaftlich geredet wurde. Der Geist der Revolution hielt seinen Einzug unter den Massen. Die Parole hiess: «Auf zur Marinearrestanstalt!» Auf die Aufforderung, auseinanderzugehen, hörte die Menge nicht. Darauf erging der Befehl zum Scharfschiessen. Die Demonstranten flohen. Sie liessen 8 Tote und 29 Verwundete am Platze. Am folgenden Tage war die ganze Marine in Aufruhr. Auf dem Linienschiff «König» kam es zu Schiessereien. Sein Kommandant fiel. Am 4. November waren die Schiffe im Hafen in der Hand der Matrosen. Die Landtruppen sympathisierten mit den Marinetruppen. So nahm die deutsche Revolution ihren Anfang in dem grössten deutschen Seekriegshafen.

Die Kieler Vorgänge blieben in Berlin nicht geheim, trotzdem die Militärzensur jede Verbreitung der Kieler Nachrichten durch die Presse verbot. Die mündliche Unterrichtung über die Kieler Marinerevolte schlug in Berlin ein wie der Blitz. Die politische Atmosphäre war in Berlin schon geladen. Deutschland stand gegen eine Welt von Feinden, die die Politik Wilhelms II. ihm auf den Hals gehetzt hatte. Es war von seinen Verbündeten verlassen. Oesterreich-Ungarn war im Zerfall. Seit Ende Oktober war Deutsch-Oesterreich Republik geworden. In Prag jauchzte die Bevölkerung den Begründern des tschechischen Staates zu. In Budapest war Tisza ermordet und Graf Karolij Ministerpräsident

geworden. Karl von Habsburg hatte seine Flotte schon durch Vermittlung des Nationalausschusses in Pola dem in der Bildung begriffenen grossserbischen Staat zum Eigentum übergeben. Die Türken hatten ihren Waffenstillstand mit den Alliierten bereits geschlossen. Alles das wurde in Deutschland allmählich bekannt und vom Volke richtig gewertet.

Die «Schleswig-Holsteinische Volkszeitung» hatte recht, als sie am 5. November 1918 schrieb:

«Die Revolution ist auf dem Marsche. Was sich in Kiel ereignet hat, wird in den nächsten Tagen weitere Kreise ziehen und den Anstoss zu einer Bewegung geben, die durch ganz Deutschland gehen wird.»

Dabei nahm die Revolution in Kiel keinen stürmischen Verlauf. Der Soldatenrat überreichte dem Gouverneur eine Reihe ebenso bescheidener wie zeitgemässer Forderungen, so dass der Gouverneur sich mit einem Teil derselben einverstanden erklärte und nur im Übrigen abwarten wollte, bis Vertreter der Reichsregierung in Kiel eingetroffen waren, um deren Entsendung er telephonisch gebeten hatte. Der Soldatenrat verlangte Freilassung der politischen Gefangenen und Häftlinge, Versammlungs- und Pressefreiheit, anständige Behandlung der Mannschaften, Aufhebung der Grusspflicht, Verbot des Auslaufens der Schiffe, Schutz gegen neues Blutvergiessen, Abgang aller Offiziere und zwar ohne Versorgungsanspruch, die sich mit dieser Massnahme nicht abfinden wollten, Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrates, der die zum Schutz des Eigentums nötigen Massnahmen treffen sollte. Die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates erinnerte an das russische Muster. Die Durchführung der Kieler Revolution zeigte aber bereits, dass die deutschen Arbeiter und Soldaten nicht daran dachten, sklavisch das russische Beispiel nachzuahmen.

Obwohl der Reichsregierung klar sein musste, dass die Kieler Revolution durch ein militärisches Aufgebot nicht mehr niedergeschlagen werden konnte, denn Infanterie schoss im November 1918 einfach nicht mehr auf Marinetruppen, plädierten in Berlin der Marinestaatssekretär Edler von Mann und Erzberger zunächst für ein Vorgehen mit Mitteln der Gewalt. Schliesslich siegte aber doch die Vernunft. Der fortschrittliche Staatssekretär Conrad Haussmann und der Reichstagsabgeordnete Gustav Noske wurden mit ausserordentlichen Vollmachten nach Kiel gesandt. Sie fanden den Weg der Verständigung mit den Arbeitern und Soldaten. Darob ' allgemeiner Jubel. Die Arbeiter und Soldaten hatten ihren Willen durchgesetzt. Die Matrosen verpflichteten sich, für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Plünderern, die auf frischer Tat

ertappt würden, wurde das Blei des Standrechts angekündigt. Conrad Haussmann reiste nach Berlin, um dem Kabinett Bericht zu erstatten. Als er, dort angekommen, am späten Abend für eine weitgehende Amnestie der Matrosen eintrat, fand er zunächst keine Gegenliebe. Als er darauf seinen Rücktritt anzukündigen für notwendig hielt, stimmte das Kabinett am 6. November seinen Darlegungen einstimmig zu. Gustav Noske, der als langjähriger Referent über den Marineetat in Kiel grosses Vertrauen genoss, blieb in Kiel. Er hielt auf Wunsch des Arbeiter- und Soldatenrates seinen Einzug im Hause des Gouverneurs. De facto war er bereits Gouverneur von Kiel. Auch die bürgerliche Presse erkannte an: «Der jetzt eingetretene Zustand grösserer persönlicher Sicherheit ist in allererster Linie dem Einfluss des Wirkens Noskes zu danken.»

Der Grossadmiral Prinz Heinrich von Preussen fuhr im schnellsten Tempo aus seiner Kieler Residenz gen Norden. Sein Auto führte einen roten Wimpel. So bezeugte der Bruder des Kaisers der Revolution seine Hochachtung.

Die Kieler Revolution griff zunächst auf Eckernförde, Rendsburg und Flensburg über. Auch dort wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die Behörden fügten sich ihren Anordnungen. Von all dem sollten die lieben Berliner eigentlich nichts erfahren. Der Zugverkehr wurde in Richtung Neumünster unterbrochen. Deshalb liefen in ganz Berlin mehr oder minder richtige Gerüchte über die Kieler Revolution um.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hatte in Berlin täglich mit den Vertrauensleuten der Betriebe Sitzung. Die Nachrichten aus Kiel hatten besonders in den für den Heeresbedarf arbeitenden Fabriken das allergrösste Interesse erweckt. Niemand zweifelte daran, dass nun die Kugel ins Rollen kam. Die Kieler Revolution war ebensowenig zu lokalisieren als im Juli 1914 der Weltkrieg. Kiel hatte das Signal zur deutschen Revolution gegeben.

Am Mittwoch, dem 6. November, sass ich vormittags im Büro des Parteivorstandes in der Lindenstrasse 3 und bearbeitete die eingegangene Post. Da liess sich ein Mann bei mir melden, der angab, aus Kiel zu kommen und vorgab, mir wichtige Mitteilungen machen zu müssen. Es war ein Deckoffizier, von Beruf Kaufmann, nicht Mitglied der Partei, sondern, wie er mir sagte, bei der letzten Wahl freisinniger Wähler. Er war in Zivil und erklärte, dass ihn das, was er eben am Lehrter Bahnhof erlebt habe, veranlasst hätte, sofort den Weg zum Vorstand der deutschen Sozialdemokratie zu suchen. Auf dem Lehrter Bahnhof seien

eben alle aus der Kieler Gegend kommenden Urlauber zwecks Internierung in Haft genommen worden. Es sei dies zweifellos geschehen, um zu verhindern, dass die Wahrheit über die Kieler Vorgänge von Augen- und Ohrenzeugen in Berlin verbreitet würde. Er befürchtete, dass das Bekanntwerden dieser Vorgänge in Kiel zu schärfsten Repressalien des Arbeiter- und Soldatenrates führen könnte und bat mich, zur Verhinderung solcher Folgen beim Staatssekretär des Marineamts schleunigst zu intervenieren.

Nachdem ich die in Berlin umlaufenden Gerüchte über die Kieler Revolution mit dem Deckoffizier durchgesprochen und so auf ihre Richtigkeit geprüft hatte, rief ich das Reichsmarineamt an. Der Staatssekretär Ritter Edler von Mann war zu einer Kabinettsbesprechung gegangen. Ich musste deshalb mein Anliegen seinem Adjutanten übermitteln. Darauf wollte ich Scheidemann informieren. Da rief dieser mich selbst an mit dem dringenden Ersuchen, mit dem Mittagszug zur Unterstützung Noskes nach Kiel zu fahren. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden habe die Nachricht erhalten, dass Noskes Gesundheit unter der ihm aufgebürdeten Last Schaden zu nehmen drohe. Ich lehnte zunächst ab, da mir die Zeit für den 1-Uhr-Mittagszug zu knapp zu sein schien. Ohne mich mit dem nötigen Kleingepäck versehen zu haben, wollte ich nicht abfahren, da ich in Berücksichtigung der gährenden Zeit nicht wusste, wie lange mein Kieler Aufenthalt dauern würde. Aber Scheidemann wusste Rat. Im Hofe der Reichskanzlei standen Automobile des Kriegsministeriums. Er sandte mir sofort einen Wagen. In gut 50 Minuten war ich zu Hause in meiner Wohnung gewesen und dann auf dem Lehrter Bahnhof. Hier angekommen fand ich den fahrplanmässigen Zug nach Kiel nicht vor. Der einzige Schnellzug sollte nach Hamburg gehen. Ich benutzte die knappe Zeit, um dem Zugführer klarzumachen, dass ich nach Neumünster müsste, wo mich ein Auto zur Weiterfahrt nach Kiel erwarten würde. Der Beamte erklärte mir aber in aller Seelenruhe, dass nach seiner Kenntnis keine Züge mehr nach Kiel gingen. Ich kaufte mir am Restaurationsstand noch schnell einige Brotschnitten, die mit einem Zeuge bestrichen waren, das wie gelöschter Kalk aussah und Ersatz für weissen Käse darstellte, stieg in den Zug nach Hamburg und widmete mich der Lektüre eines Paketes am Morgen angekommener Zeitungen.

Als der Schaffner meine Fahrkarte kontrollierte und dabei meine Abgeordneteneigenschaft wahrnahm, teilte er mir freundlich mit, dass der Abgeordnete Haase sich auch im Zuge befände.

Ich nahm davon Kenntnis und las zunächst meine Zeitungen. Erst hinter Hagenow-Land begann ich einen Spaziergang die Korridore des D-Zuges entlang. In einem der folgenden Wagen traf ich Hugo Haase, der mir freundlichst guten Tag sagte. Ich vermerke das deshalb, weil seit der Zeit der Spaltung der Partei, die infolge des geschlossenen Vorgehens der Mehrheit des Partei Vorstandes zum Rücktritt Haases aus dem Partei vorstand geführt hatte, die Mitglieder des Partei Vorstandes von den Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht mehr begrüßt wurden.

Die Unabhängigen Sozialisten Kiels hatten um Entsendung eines Vertreters des Vorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie gebeten. Ledebour hielt sich in Berlin für unabhömmlich und so war Haase ersucht worden, nach Kiel zu fahren. Haase fragte mich, ob ich auch nach Kiel wolle. Ich bejahte dies. Darauf fragte er mich, ob ich wisse, dass auch in Lübeck Revolution sei. Die Leitung seiner Partei habe am Vormittag die Nachricht erhalten, dass Kieler Schiffe, die die rote Flagge führten, im Lübecker Hafen erschienen seien. Die Matrosen hätten den Anschluss Lübecks an die Revolution sodann vollzogen. Der Lübecker Senat habe kapituliert.

Ich antwortete, dass mir diese Lübecker Nachricht neu sei und stellte dann an Haase die Gegenfrage, ob er gehört habe, dass auch in Hamburg die Revolution bereits ihren Einzug gehalten hätte. Haase wusste davon nichts und fragte mich nach meiner Quelle. Ich antwortete ihm: Ich habe soeben, als ich im Korridor des D-Wagens stand, gehört, wie der diensttuende Stationsbeamte in Hagenow-Land drei Offizieren, die im Nebenupee saßen und auf deren Anwesenheit ihn der Schaffner aufmerksam gemacht hatte, den Rat gab, lieber in Hagenow den Zug zu verlassen oder wenigstens die Säbel dazulassen und die Achselstücke abzunehmen. Einer der Offiziere sei dem Rat gefolgt und habe den Zug verlassen. Ich hätte daraus geschlossen, dass auch in Hamburg bereits Revolution sei.

Haase hielt meine Annahme für richtig. Wir unterhielten uns dann noch über den unvermeidlich gewordenen Sturz der Hohenzollern und die Weigerung Wilhelms, freiwillig zu gehen. Im Zuge traf ich dann noch den Lübecker Arbeitersekretär Mehrlein. Wir verabredeten uns, im selben Hotel am Hamburger Hauptbahnhof abzusteigen für den wahrscheinlichen Fall, dass wir über Hamburg hinaus keinen Anschluss mehr nach unseren Reisezielen finden sollten.

Dass in Hamburg wirklich Revolution war, sollten wir bald erfahren. Der D-Zug hielt ausnahmsweise in Rotenburgort. Die Revolution hatte schon ihren eigenen Fahrplan. Der Bahnhof war von Matrosen besetzt. Der D-Zug wurde von Matrosenpatrouillen, die Hand am Gewehr, durchsucht. Ein Matrose, durch eine rote Armbinde für seine neue Aufgabe kenntlich gemacht, ging in das Kupee, in dem die beiden Offiziere sassen. Er forderte die Offiziere auf, den Degen abzugeben. Sie gehorchten schweigend. Dann zog er sein Seitengewehr, trennte ihnen, ohne lange zu fragen, die Achselstücke ab und warf sie durchs Fenster auf den Bahnsteig. Die Offiziere liessen das widerstandslos geschehen. Auch von den Zuschauern protestierte niemand. Wer diese Szene miterlebt hat, wusste, dass der preussische Militarismus in seine Sterbestunde eingetreten war.

Eine halbe Stunde später habe ich dann auf dem Hamburger Hauptbahnhof mit angesehen, wie Matrosen einem Trupp einfacher Soldaten, die als Genesene aus einem Mecklenburger Lazarett zurückkamen, die Kokarden abnahmen, was aber nur unter lebhaften Protesten dieser einfachen Soldaten und nach Abgabe langer Erklärungen möglich war. Das waren einfache Leute, die nicht wollten, dass ihnen die Kokarde aberkannt wurde, nicht einmal durch die Revolution.

Ich verabschiedete mich zunächst von Haase und fragte einen Bahnbeamten, wo die Bahnhofskommandantur sei. Er wies mich in ein kleines Eckzimmer des Bahnhofes. Die Revolution hatte rasch gearbeitet. Die Bahnhofskommandantur war bereits neu besetzt. Ich bat um alsbaldige Verbindung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Kiel, um zu melden, dass ich in Hamburg sei. Mir war mitgeteilt worden, dass der Zugverkehr nach Kiel zunächst völlig unterbrochen sei. Die Telephonverbindung mit Kiel war in wenigen Minuten hergestellt. Ich meldete mich für den kommenden Tag in Kiel an.

Während ich auf die telephonische Verbindung mit Kiel wartete, begann vor dem Bahnhof und im Bahnhof die Gleise entlang eine arge Schiesserei. Ich begriff das zunächst gar nicht. Vor wenigen Minuten noch hatte sich eine freudig erregte Menge durch die weiten Hallen des Bahnhofes bewegt. Plötzlich hatte sich das Gerücht verbreitet, dass die Wandsbeker Husaren angeritten kämen, um im revolutionären Hamburg das alte System wiederaufzurichten. Dabei dachten die Wandsbeker Husaren an so etwas gar nicht. Aber das Gerücht fand Glauben. Zur Abwehr wurden von Revolutionären bediente Maschinengewehre auf

den Gleisen in Stellung gebracht. Irgendein hysterischer Revolutionär liess seinem Revolver einen Schreckschuss entfahren. Dadurch fühlten sich andere bedroht und machten sich aus Angst auch mit dem Revolver zu schaffen. Es gab durch Zufall ein halbes Dutzend Leicht- und Schwerverletzte. Die der Schiesserei folgende Panik hatte im Übrigen zur Räumung des Bahnhofs geführt.

Während ich mit dem Kieler Arbeiterrat telephonierte, war Hugo Haase auf dem Bahnhof von einigen seiner Parteifreunde erkannt und mitgenommen worden. Ich sah ihn an diesem Abend nicht mehr. In der Nähe des Bahnhofs verlangten Patrouillen die Räumung der Strassen. Wie verabredet, ging ich nach dem Hotel, wo ich Genossen Mehrlein und zwei seiner holsteinischen Bekannten traf. Nach einigen vergeblichen Versuchen gelang es mir, telephonisch mit der Hamburger Partei Fühlung zu bekommen. Der Genosse Wiesner teilte mir aus der Sitzung der Bürgerschaft mit, dass er nach meinem Hotel kommen würde, um mich im Einzelnen von den Vorgängen zu unterrichten, die in Hamburg der Revolution zu einem so raschen Siege verholfen hatten.

Ruhig kam der Umsturz über Hamburg nicht. Auch in Hamburg konnten Militär- und Zivilbehörden nicht verhindern, dass die Kieler Vorgänge bekannt wurden. Auch in Hamburg hatten sich am Abend des 5. November die Massen mit den Kieler Forderungen solidarisch erklärt. Am 6. November waren die Werftarbeiter in Streik getreten. Am Mittag fand eine Riesendemonstration auf dem Heilig-Geist-Felde statt. Hiergegen wurde das Militär aufgeboten. Noch einmal waren Soldaten bereit, dem Befehl zu folgen, auf Vater und Mutter zu schiessen. Neun Tote blieben als Opfer des Militarismus auf dem Platze. Das wirkte aufreizend auf das Volk. Das Volk fühlte bereits seine Macht. Es kam zu neuen grossen Massenkundgebungen. Aus Waffenläden wurden die Waffen herausgeholt. Die Waffenkammer von Altona wurde erstürmt. Aus den Gefängnissen wurden die Häftlinge und die politischen Gefangenen befreit. Die Soldaten wurden gezwungen, ihre Kokarden abzulegen. Auf den Schiffen im Hafen wehte die rote Fahne. Rote Binden und rote Schleifen waren die Abzeichen der neuen Ordnung. Das Volk hatte gesiegt. Die Kasernen und die Bahnhöfe wurden von revolutionären Matrosen besetzt. Als der General von Falck vom Stellvertretenden Generalkommando abgesetzt werden sollte, konnte dieser Akt nicht feierlich vollzogen werden, weil der General es vorgezogen hatte, zu verschwinden.

Zu derselben Zeit, in der ich in Hamburg angekommen war, kam eine Deputation ins Rathaus, um dem Senat, der seine Macht infolge eines Klassen- und Privilegienwahlrechts hatte, das Ende seiner Herrlichkeit zu verkünden. Der Senat kapitulierte. Auch in Hamburg lag die Macht von nun ab in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Da ich hörte, dass Abgesandte der Hamburger Mehrheitssozialdemokratie nach Berlin gefahren waren und am kommenden Morgen zurück erwartet wurden, verabredete ich mich für den folgenden Morgen zehn Uhr zu einer Sitzung im Konferenzzimmer des «Hamburger Echo» mit den Hamburger Parteifreunden. Ich wollte meine Weiterreise nach Kiel nicht antreten, ohne mir über den Fortgang der Hamburger Revolution ein Urteil gebildet zu haben. Nach dem, was ich am Abend hörte, war zu befürchten, dass in Hamburg die Wellen der Revolution weiter nach links schlagen würden, als das mit der Lage Deutschlands verträglich war.

An jenem Abend waren nicht alle Revolutionäre davon überzeugt, dass der neue Zustand dauerhaft sein würde. Aus letzterem erklärte sich die Nervosität jener Leute, die sich immer wieder einbildeten, dass sich irgendwo Anhänger des alten Systems verborgen hätten mit dem Ziel, die Konterrevolution in Gang zu bringen.

Nach Mitternacht legte ich mich ins Bett, ohne schlafen zu können. In den Morgenstunden hörte ich schwere Tritte und starkes Klopfen an den Nachbartüren der Hoteletage, in der mein Zimmer lag. Ehe an meine Türe geklopft wurde, hörte ich aus den Gesprächen vor Öffnung der Nachbartüren, dass Patrouillen von den Hotelgästen, den Männern und den Frauen, die Legitimationspapiere zur Durchsicht anforderten. Sie suchten nach Offizieren, die sich in Hamburg verborgen halten konnten. Als ich dem Klopfenden die Tür geöffnet hatte, sah ich einen Matrosen mit Gewehr und roter Armbinde vor mir. Ich wies ihm meinen Pass vor. Er las ihn langsam und aufmerksam durch und sagte mir dann, dass mein Pass bereits am 17. Mai 1918 abgelaufen wäre und ich ihn mir doch erneuern lassen sollte. Ich erwiderte ihm, dass ich nach meiner Rückkehr in Berlin sehen würde, was dann dort für eine Regierung wäre, der ich meinen Pass zur Verlängerung übergeben könnte. Lächelnd zog sich der Matrose zurück und klopfte an der nächsten Türe. Wäre es in einem anderen Lande denkbar gewesen, dass in der Nacht nach Beginn einer Revolution ein Revolutionär sich Sorgen um die Verlängerung eines Passes gemacht hätte? Am andern Morgen er-

zählte mir der Generaldirektor eines Hamburger Werkes, der in demselben Hotel Zimmer und Schlafzimmer gemietet und am Abend Bekannte bewirtet hatte, dass, als die Patrouille bei ihm erschien, sein Zimmer nicht aufgeräumt war. Leere Weinflaschen und ungespülte Teller standen noch auf dem Tische. Der patrouillierende Matrose habe ihm deshalb gesagt: «Hier ist wohl noch kurz vor dem Anbruch einer neuen Zeit eine nette Orgie gefeiert worden?» Dafür war aber der Pass des Generaldirektors in Ordnung.

Die Nacht zum 7. November 1918 war in Hamburg im Allgemeinen ruhig verlaufen, abgesehen von Schüssen, die ab und zu durch die Luft knallten. Wer sie abgegeben hatte, konnte nicht festgestellt werden. Aber solche Schüsse gehörten nun einmal zur Romantik der ersten Revolutionstage. Der Verkehr war am 7. November nicht stillgelegt worden. Die Schulen waren behördlich nicht geschlossen. Man suchte dem Leben am Tage seinen normalen Charakter zu erhalten. Nach Verhandlung mit dem Hamburger Kriegsversorgungsamt war verkündet worden, dass die Verpflegung der Bevölkerung unter allen Umständen weiter gesichert und womöglich gebessert werden sollte. Die Ordnung wurde durch Soldaten, die die rote Binde kenntlich machte, aufrechterhalten. Hingegen war der Fernverkehr eingestellt worden. Hm den Hauptbahnhof herum, in der Nähe des Rathauses, wo noch Verhandlungen mit dem Senat stattfanden, und in der Nähe des Gewerkschaftshauses wogten gewaltige Menschenmassen hin und her. Ich bekümmerte mich zuerst um den Fahrplan nach Kiel. Es konnte mir aber am Morgen und am frühen Nachmittag noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob und wann ein Zug nach Kiel gehen würde. Ich erlebte es bei diesen Erkundigungen zweimal, dass die Reisenden, die Hamburg verlassen wollten, von Patrouillen den Befehl erhielten, schleunigst den Bahnhof zu räumen. Das einmal wurde das damit begründet, dass ein Fliegerangriff aus der Richtung Harburg drohe, von dem man in Harburg aber nicht das geringste wusste.

Für die Zeit nach Eintritt der Dunkelheit waren strenge Vorsichtsmaßnahmen angeordnet worden. Das Sicherheitskommando des A.- und S.-Rates, gezeichnet i. A. Zöller, hatte an die Bevölkerung von Hamburg-Altona zunächst kategorisch verkündet:

«Alle Zivilpersonen müssen von heute ab um 6 Uhr abends von der Strasse sein. Vor morgens 7 Uhr darf die Strasse auch nicht betreten werden. Personen, die geschäftlich gezwungen sind, die Strasse zu benutzen, haben sich beim Arbeiter- und Soldatenrat einen Ausweis abzuholen. Jede Zivilperson, die sich von 6 Uhr abends

bis 7 Uhr morgens auf der Strasse aufhält, wird erschossen. Diese Massnahme ist nötig, weil Ausschreitungen der Bevölkerung bedauerlicherweise vorgekommen sind.»

Die Durchführung dieser Verordnung war selbstverständlich ganz unmöglich. Die neuen Funktionäre der Revolution hätten sich zu Tode stempeln können, um die nötigen Ausweise herzustellen. Die Verordnung stand ausserdem in unlösbarem Widerspruch zu der Absicht, die Theater, Kinos und Variétés weiterspielen zu lassen, wenn sie bis 10 Uhr abends ihr Programm erledigten. Die Geschäfte und Büros sollten um 5 Uhr schliessen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beriet in Permanenz. Am 7. November verlegte er seinen Sitz aus dem Gewerkschaftshaus nach Bans Gesellschaftsbaus am Besenbinderhof. Er ordnete unentgeltliche Massenspeisung aus den Kriegsküchen für diejenigen an, die nichts zu essen hatten. Der Strassenverkehr wurde schliesslich bis abends 9 Uhr erlaubt, später nur mit Ausweis. Ich ging am Morgen des 7. November zur verabredeten Zeit nach dem Hause des «Hamburger Echo». Dort sah ich, dass das Organ der Hamburger Sozialdemokratie in die Hände der von Paul Fröhlich geführten Jünger Moskaus gefallen war. Das überraschte mich in Hamburg umso mehr, da dessen Arbeiterbewegung stets durchaus gesund gewesen war. Hamburgs Arbeiter hatten August Bebel und Heinrich Dietz jahrzehntelang als ihre Vertreter in den Reichstag gesandt. Deshalb sollten die Gedanken der Demokratie in der bodenständigen Arbeiterbevölkerung Hamburgs eigentlich besonders stark verwurzelt sein.

In Hamburg hatte der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann am Abend des 5. November in einer von der «Unabhängigen Sozialdemokratie» einberufenen grossen Versammlung über die Notwendigkeit der Abdankung des Kaisers und das Kommen der sozialen Republik gesprochen. Die Versammlung, die auch von Mehrheitssozialdemokraten stark besucht war, hatte einen durchaus ruhigen Verlauf genommen. Die «Unabhängige Sozialdemokratie» hatte in jenen Tagen einen Aufruf verbreitet, der mit der Aufforderung schloss: «Haltet euch zum Eingreifen bereit.» Im Rahmen der Unabhängigen Sozialdemokratie arbeitete aber seit Wochen die Spartakusgruppe selbständig. In der ersten Oktoberwoche hatte diese linksradikale Gruppe eine Reihe Flugblätter herausgegeben, die für die Weltrevolution Stimmung machten. So u.a. eines: «Der Anfang vom Ende.» Der Inhalt dieser Flugblätter wurde «nur zur Information» durch die «Sozialistische Korrespondenz» zur Kenntnis unserer Parteiredaktionen gebracht. In dem Flugblatt «Der Anfang vom Ende» hiess es u.a.:

«Wir müssen die Gunst der Stunde ausnutzen. Die äusseren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und Bedrücker gilt es auszunutzen zum Sturze unserer herrschenden Klassen, um an deren Stelle die Herrschaft der deutschen Arbeiterklasse siegreich aufzurichten, was den siegreichen Beginn der Weltrevolution bedeutet.» Am Schluss des Flugblattes hiess es dann:

«Bis in weite Kreise des Bürgertums hinein ist unverkennbar eine Stimmung vorhanden, die erfolgversprechend ist! Also nutzen wir die Zeit, um diese Kämpfe vorzubereiten! In allen Betrieben, unter den Soldaten an der Front und im Hinterland gilt es jetzt, alles zu organisieren. Die spontanen Meutereien unter den Soldaten gilt es mit allen Mitteln zu unterstützen, zum bewaffneten Aufstand überzuleiten, den bewaffneten Aufstand zum Kampf um die ganze Macht für die Arbeiter und Soldaten auszuweiten und durch Massenstreiks der Arbeiter für uns siegreich zu machen. Das ist die Arbeit der allernächsten Tage und Wochen. Wir haben nichts zu verlieren, nur alles zu gewinnen. Die unerbetene Hilfe der imperialistischen Ententestaaten darf kein Hindernis sein. Im Gegenteil, wir werden mit ihren imperialistischen Ansprüchen insofern leicht fertig werden, als sie selbst die Revolution im Leibe haben und ihnen von der Arbeiterklasse dieser Länder dasselbe Schicksal bereitet werden wird. Der Beginn der deutschen Revolution ist der Anfang der siegreichen Weltrevolution «

Das war eine falsche Rechnung. Der Bolschewismus konnte höchstens ein russischer Exportartikel für diejenigen Länder sein, die der Niederlage verfallen waren. In den Ländern der Entente waren die zivilen und die militärischen Gewalthaber sicher, dass die Moskauer Rezepte für politische Eisenbarkuren keine Anwendung finden würden. Anders in Grossstädten wie Berlin und Hamburg. Da gab es unter den politisch aktiven linksradikalen Teilen der Arbeiterschaft Elemente genug, die bereit waren, einem Kriege, für den die Regierungen anscheinend kein Ende fanden, mit Gewalt ein Ziel zu setzen. Mochte dabei drauf gehen, was wollte.

Spartakus gab zuerst in Hamburg Beweise seiner Aktivität. In der Versammlung, die am Mittwoch, dem 6. November, auf dem Heilig-Geist-Feld abgehalten wurde, wurden scharfe Töne geredet gegen die Volksregierung und gegen die formale Demokratie, die eben im Reichstag durchgesetzt worden war, sich also noch gar nicht auswirken konnte. Sodann wurde gleichzeitig ohne Widerstand beschlossen, dass das «Hamburger Echo» in den Dienst der Revolution zu übernehmen sei. In Vollziehung dieses Beschlusses war das Organ der Mehrheitssozialdemokratie dann in den Dienst des Arbeiter- und Soldatenrats gestellt worden. Als amtliches Organ desselben bekam es den neuen Titel:

«Die Rote Fahne». Aber auch ohne Titeländerung hätte der sozialdemokratische Leser bald gemerkt, welche Wandlung sich vollzogen hatte. Der Spartakist Paul Fröhlich führte jetzt die Redaktion. In seinen Artikeln mischten sich Erinnerungen an die Zeiten Dantons mit den ach so einfachen Parolen Lenins. Er predigte Kühnheit und abermals Kühnheit: «Die Feste der Klassenherrschaft ist sturmreif! Es ist der Anfang der deutschen Republik, der Weltrevolution! Es lebe der Weltbolschewismus!»

Am Morgen des 7. November waren die Reichstagsabgeordneten Stubbe und Stollen von der sozialdemokratischen Partei und Blunck von der Fortschrittlichen Volkspartei aus Berlin wieder in Hamburg eingetroffen. Sie standen vor vollendeten Tatsachen. In Hamburg war eine Bewegung entstanden, die mit den Mitteln, die der schwachen Regierung des Prinzen Max zur Verfügung standen, nicht mehr eingedämmt werden konnte. In Berlin hatten inzwischen am 6. November 1918 Reichstagsfraktion und Parteiausschuss der Mehrheitssozialdemokratie nochmals getagt, eine schnelle Regelung des Rücktritts des Kaisers verlangt, Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit für Mannschaften gefordert, die sich gegen die Disziplin vergangen hatten. Für die Wasserkante waren diese Forderungen überholt. Die Militärgefangenen waren bereits vom Volke befreit. Der Kaiser hatte nichts mehr zu sagen. Hier hiess bereits das Problem: «Diktatur oder Demokratie?»

Während Paul Fröhlich für einen auf peitschenden neuen Artikel Wort neben Wort setzte, hatte die Leitung der «Roten Fahne» nichts dagegen einzuwenden, dass im Konferenzzimmer des «Hamburger Echo» eine Aussprache zwischen der Hamburger Parteileitung und mir stattfand. Nachdem der Bericht über die Haltung der Reichstagsfraktion gegeben war, einigten wir uns bald darüber, dass in Hamburg Partei und Gewerkschaften alles daran setzen müssten, um ihren Einfluss auf die Massen der Arbeiter wiederzuerlangen. Wir waren sicher, dass das gelingen würde. Der gesunde Sinn der Arbeiter von der Wasserkante konnte eine mit russischer Würze gepfefferte geistige Kost auf die Dauer sicher nicht vertragen.

Die Wirkung dieses Ringens um die Seele der Hamburger Arbeiter sollte der Arbeiter- und Soldatenrat bald erkennen. Gegen die Aufrufe der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften fuhr der Arbeiter- und Soldatenrat bald scharfes Geschütz auf. Ihre Weiterverbrei-

tung wurde verboten. Zuwiderhandelnde wurden mit militärischen Massnahmen bedroht. Gegen jede Sabotage der Revolution sollte mit den schwersten Zwangsmassnahmen vorgegangen werden. Für solche Sprache fehlte den Hamburger Arbeitern das Verständnis.

Am Spätnachmittag des 7. November fuhr ich dann mit dem ersten Personenzuge nach Kiel. Die Strecke war wieder frei. Die Strecke über Neumünster nach Kiel war die erste Eisenbahnlinie der Revolution. Haase hatte ich in Hamburg nicht mehr gesehen. Er wohnte bei Verwandten und war, wenn ich ihn auf dem Rathause oder im Gewerkschaftshause ermittelt zu haben glaubte, immer an anderer Stelle gerade in Anspruch genommen. Sein Rat war sehr begehrt. Seine Hamburger Parteigenossen hatten sich zunächst vorgenommen, die Revolution ohne die Mehrheitssozialdemokratie durchzuführen. Haase war fast zur selben Zeit im Auto nach Kiel gefahren, als ich mit der Bahn hinfuhr. Ich sah ihn dort wieder.

Die Kieler Zeitungen hatten bereits gemeldet, dass ich zur Unterstützung Noskes in Kiel eintreffen würde. Ich wurde auf dem Bahnhof von einem Deckoffizier, der die Geschäfte der Kieler Kommandantur führte, herzlich empfangen. Im Auto wurde ich nach dem Hause des Gouverneurs gefahren, wo Noske noch mitten in der Arbeit sass. Dann assen wir zusammen. Er hatte für Offiziere und Mannschaften die Einheitsküche eingeführt. Wäre das schon im Kriege allgemein geschehen, wäre eine der Hauptursachen der Erbitterung beseitigt gewesen.

In der elften Abendstunde ging ich zu Fuss ins Hotel Continental, wo Noske Quartier genommen hatte und auch für mich ein Zimmer bestellt war. Ich traf dort den Redakteur Mendel von der Berliner Morgenpost, den das Haus Ullstein auf den Kieler Revolutionsschauplatz gesandt hatte. Noske war, wie ich mit Genugtuung feststellen konnte, von seiner Riesenarbeit und der damit verbundenen Riesenverantwortung zwar etwas ermüdet, aber sonst gesundheitlich durchaus in Ordnung. Er hatte das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen. Der Kieler Grosse Soldatenrat hatte einstimmig beschlossen, dass der militärische Sicherheitsdienst in der Ostsee aufrechterhalten werden sollte. Er hatte verordnet, dass jedes unbefugte Waffentragen zu unterbleiben hatte. Zivilisten sollten die Waffen sofort bei der nächsten militärischen Dienststelle abgeben. Patrouillen durften nur auf Anordnung des Soldatenrats ausgesandt werden. Alle Anordnungen des Soldatenrats hatten die Unterschrift des Vorsitzenden, Abgeordneten Noske, und eines Mitgliedes des Soldatenrats zu tragen. So hiess es in einer Verordnung gez. Artelt, gez. Noske.

WTB. konnte bereits am 6. November amtlich melden: «Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt.» So war die Kraft zur Verteidigung durch die Kieler Revolution nicht gebrochen. Nur das Eingehen sinnloser Abenteuer war gehindert. Noske übernahm sodann auch in aller Form von dem Admiral Souchon die Geschäfte der Admiralität.

Wer wie ich aus der gärenden Unruhe der ersten beiden Hamburger Revolutionstage kam, empfand das Kieler Leben und Treiben als stärksten Gegensatz hierzu. In Kiel war bereits seit Sonntag Revolution. Die Lebensverhältnisse hatten sich bereits konsolidiert. Die sinnlosen nächtlichen Schiessereien hatten aufgehört. Von den Patrouillen abgesehen, die zehn bis zwölf Mann stark durch die Strassen zogen, trugen die Matrosen und Soldaten ausserhalb des Dienstes keine Waffen. Die Strassen waren gut beleuchtet. Die Kinos spielten. Soldaten und Arbeiter, Männlein und Weiblein zogen vergnügt durch die Strassen in der frohen Erwartung, dass der furchtbare Weltkrieg nun endlich zu Ende gehen würde. Alle hatten sich der neuen Ordnung gefügt. So bot an jenem Abend infolge der Disziplin der Kieler Soldaten, Arbeiter und Matrosen die Stadt Kiel ein Feiertagsbild, wie es im Frieden nicht schöner gedacht werden konnte. Im Gegensatz zu Hamburg hatte hier die politisch aufgeklärte Arbeiterschaft ein gemeinsames Ziel. Der unvergessliche Eindruck meines Kieler Abendspaziergangs war aber der: Die Revolution ist gesichert. Sie wird in Deutschland ihre eigene Bahn schreiten. Die sozialdemokratische «Schleswig-Holsteinische Volkszeitung» hatte das Ziel der deutschen Revolution bereits scharf umrissen in dem Satze:

«Was die Arbeiter und Soldaten wollen, ist nicht das Chaos, sondern die neue Ordnung, ist nicht Anarchie, sondern die soziale Republik.»

Hierin waren sich Kieler Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige ganz einig. Sie gingen gemeinsam vor. Die Vorbereitung zur Absetzung des Oberpräsidenten der Provinz war bereits getroffen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte einen Aufruf an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins erlassen, der geschickt an die alte demokratische Tradition dieses Landes anknüpfte und lautete:

Aufruf an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins!

«Die politische Macht ist in unserer Hand.

Es wird eine provisorische Provinzialregierung gebildet, die im Zusammenarbeiten mit den bestehenden Behörden eine neue Ordnung aufrichtet.

Unser Ziel ist die freie, soziale Volksrepublik.

Wo Arbeiter- und Soldatenräte in der Provinz noch nicht bestehen, rufen wir die Bevölkerung von Stadt und Land auf, unserem Beispiel zu folgen, und sich geschlossen hinter die neue Volksregierung zu stellen und sie in ihrer Arbeit am Volkswohl zu unterstützen.

Unsere Hauptaufgabe wird es zunächst sein, den Frieden zu sichern und die Schäden des Krieges zu heilen.

Die über den Rahmen der Provinzialverwaltung hinausgreifenden Fragen unterliegen selbstverständlich nach wie vor der Staats- und Reichsgesetzgebung. Wir sind gewillt, mit der gesamten Beamtenschaft, sofern sie sich dem neuen Kurs unterstellt, in bisherigen Formen zusammen zu arbeiten.

Wir sind entschlossen, jedem Widerstand mit der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Gewalt entgegenzutreten.

Schleswig-Holsteiner! Ein alter demokratischer Traum nach Freiheit und Einheit, für die viele eurer Besten gekämpft und gelitten haben, wird jetzt auf neuen und höheren Bahnen Wirklichkeit.

Kiel, den 7. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.»

Noske hatte inzwischen Haase über die Lage in Kiel und in der gesamten Provinz unterrichtet. Nach seinem eigenen Bericht nach Berlin machte Noske Haase klar, dass beim Ausbruch von Streitigkeiten zwischen den politischen Parteien die Position nicht zu halten wäre. Haase hatte ihm die Versicherung gegeben, dass auch er die Einigkeit wolle und Gegenleistungen in Berlin erwarte. Nach einer Aussprache mit dem Genossen Kürbis, dem Bezirksleiter der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins, und nach erneuter Rücksprache mit Noske kamen wir überein, dass Haase und ich mit dem Mittags Schnellzug am 8. November die Rückfahrt nach Berlin antreten sollten. In Berlin waren wir sicherlich nötiger als in Kiel. Haase, den seine Kieler Parteifreunde sehr gern dort behalten wollten, liess sich nicht überreden. Als wir abfuhren, begleiteten uns Genossen aus beiden Parteien an die Bahn. Sie kamen mit bis ins Kupee und beschworen uns flehentlich, nach unserer Ankunft in Berlin um die Einigkeit der Arbeiter besorgt zu sein. Besonders Artur Popp sagte das immer und immer wieder.

Nach Berlin zu kommen, war aber nicht so einfach. Berlin war vom Verkehr abgeschnitten. In der Richtung Magdeburg, Hannover, Köln, Hamburg war der Schnellzugsverkehr gänzlich eingestellt, der Personenverkehr fast ganz. So führte uns der D-Zug nur bis Lübeck. Von dort fuhren wir in einem Personenzug in der Richtung Wittenberge weiter. In Lübeck hatte uns der Stationsvorsteher gesagt, dass der Zug höchstens bis Wittenberge ginge. Alle Abteile waren überfüllt. In unserem Kupee befanden sich stehend ein halbes Dutzend Plöner Kadetten, die

aus Angst vor der Revolution zu ihren konservativen Vätern flüchteten und nicht ahnten, wem sie in dieser drangvoll fürchterlichen Enge so nebenbei ihre Sorgen anvertrauten. Da wir über Wittenberge doch nicht hinaus kamen, dort aber kaum ein Unterkommen zu finden war, entschlossen sich Haase, Mendel und ich, in Ludwigslust zu übernachten. Wir fanden im Parkhotel gerade noch drei Einzelzimmer. Der Kellner gab jedem, weil wir keine Fleischmarken besaßen, gegen Brotmarken eine Kalbshaxe. Das war die letzte Mahlzeit im Kaiserreich in der Nacht zum 9. November.

Auf Haase hatten die Kieler Vorgänge starken Eindruck gemacht. Er war von der Notwendigkeit eines Zusammengehens beider Parteien zur Durchführung der Revolution überzeugt worden. Er sprach mit mir im Einzelnen darüber, wie man die ostelbischen konservativen Landräte beseitigen müsse, und ob man nicht einfach zunächst den Kreissekretären das Landratsamt übergeben könnte, die doch jetzt schon die meiste Arbeit geleistet hätten. Haase bedauerte immer wieder, nicht in Berlin zu sein. Er sagte mir, dass man in seiner Partei vor seiner Abreise nicht vor Montag, dem 11. November, mit dem Ausbruch einer revolutionären Erhebung in Berlin gerechnet hätte. Nun würde das Schicksal aber wohl früher seinen Lauf nehmen. Auf der Fahrt wurden wir darüber unterrichtet, dass inzwischen u.a. auch in Hannover, in Magdeburg, in Köln, in Braunschweig und Oldenburg die Revolution gesiegt hatte. In Mecklenburg waren Schwerin und Rostock in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. Ludwigslust war noch ein grüner Fleck inmitten des roten Mecklenburger Landes, in dem bis zum November 1918 noch die mittelalterlichen Ritterstände Parlament gespielt hatten. Aber auch im Ludwigsluster Lokalblättchen hatte ein Sportverein seinen Unterhaltungsabend wegen der «unruhigen Zeiten» bereits abgesagt, und aus Ratzeburg, das noch kaisertreu war, wurde bereits «Bewegung» gemeldet. Am Morgen des 9. November setzten wir die Reise nach Wittenberge fort. Weiter ging es nicht auf dieser Strecke. Dafür hatte das Oberkommando in den Marken gesorgt. Wittenberge war von der Revolution erfasst. Da bald ein Personenzug nach Stendal ging, fuhren wir dorthin. Auch bis dorthin war die Revolution bereits vorgedrungen. Genossen, die uns erkannten, informierten uns. Sie trugen uns ihre Sorgen wegen der Lebensmittelversorgung der Stadt vor. Zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Schütze als Vertreter der Zivilgewalt und den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates waren Vereinbarungen getrof-

fen, die in 20 Punkten formuliert und als Flugblatt verbreitet worden waren. Am Schluss dieses Flugblatts hiess es lakonisch: «Kenntnis genommen. Bezirkskommandeur Major Finner.» Von besonderem Interesse waren unter den eingegangenen Vereinbarungen folgende:

1. Die militärische Gewalt in Stendal wird zur Vermeidung von Blutvergiessen augenblicklich durchgeführt durch den derzeitigen Garnisonältesten und die oben genannten Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates.
5. Der Arbeiter- und Soldatenrat verpflichtet sich, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen.
7. Den Anordnern, mit Armbinden und der Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat versehenen Personen, ist unbedingt Folge zu leisten.
8. Die Offiziere behalten Achselstücke.
11. Vorgesetzte *im Dienst* sind also solche zu beachten.
12. Den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates ist auch von den Zivilpersonen unbedingt Folge zu leisten.
19. *Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.*
20. Jeder muss Ruhe und Disziplin halten.

Dieses vom 8. November 1918 datierte Flugblatt trug in Fett die Überschrift: «Die neue Ordnungsgewalt in Stendal.»

Von Stendal aus gelangten wir in einem Personenzug schliesslich am Nachmittag nach Rathenow. Hier war noch keine Revolution. Wer aber an der Husarenkaserne vorbeiging, konnte dem Posten förmlich vom Gesicht ablesen, dass die Revolution keinen militärischen Widerstand finden würde. Über Berlins Schicksal waren wir immer noch im Unklaren. In einem Restaurant hörten wir, dass in einem Aushängekasten eines Lokalblattes Nachrichten über die Revolution zu lesen wären. Ich sehe heute noch Haases erstauntes Gesicht vor mir, als er so von dem ersten Lebenszeichen der Berliner Revolution hörte:

«Reichskanzler hat angeordnet: Es wird nicht geschossen! – Berlin: Revolution ausgebrochen. Otto Wels ist an der Spitze der Alexander-Garde-Grenadiere durch die Berliner Strassen gezogen. Vierte Jäger haben sich dem Volke angeschlossen.»

Haase hatte sich das erste Berliner Revolutionsbulletin etwas anders vorgestellt. Offen gestanden: ich auch. Aber wir wussten ja nicht, was seit Mittwochnachmittag alles in Berlin vorgefallen war. Auch in Rathenow wurden wir von Genossen erkannt. Sie kamen mit zum Bahnhof. Sie gingen noch weiter als die Genossen in Kiel und Stendal und beschworen uns förmlich, in Berlin die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen. Das sei jetzt das Gebot der Stunde.

Gegen Abend ging bei Eintreten der Dunkelheit endlich ein bummeliger Zug über Spandau nach Berlin. Er war überfüllt.

Alles stürzte sich auf die wenigen Wagen. Haase klemmte sich gerade noch in einen Wagen hinein. Der war mir zu voll. Ich ging vorn nach dem Schutzwagen, wo beim Zugführer bereits ein Landstürmer es sich bequem gemacht hatte. Frierend hing bei trübem Laternenlicht jeder seinen Gedanken nach. So kam ich in der neunten Abendstunde des 9. November auf dem Boden des revolutionären Berlin an.

III. Der 9. November in Berlin

Als ich am 9. November 1918 abends gegen 9 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin ankam, drängte sich mir unwillkürlich der Vergleich mit dem in Kiel und Hamburg Erlebten auf. In Berlin wogten in der Dunkelheit die Massen noch durch die Strassen. Von den Gesichtern war die Freude abzulesen, dass endlich der Umschwung vollzogen war, der das schwergeprüfte deutsche Volk dem heissersehnten Frieden näherbringen sollte. Wilhelm II. hatte abgedankt. Zu spät! Die Republik war auf dem «Königsplatz» ausgerufen, ehe die Herren in Spa mit den Formulierungen über die Abdankung fertig geworden waren. Ein Gefühl der Sicherheit, wie es in Kiel am Donnerstagabend die Bevölkerung ganz allgemein hatte, war in Berlin noch nicht zu spüren. Ebenso fehlte aber auch die Nervosität, die in den ersten Tagen der Revolution in Hamburg dem Beobachter sofort auffiel. Die Verkehrsmittel waren infolge des Generalstreiks noch stillgelegt. Ich ging deshalb mit meinem Handkoffer zu Fuss vom Lehrter Bahnhof zum Reichstag, um zu sehen, ob dort etwa der Parteivorstand tagte oder um andernfalls zu erfahren, wo meine Kollegen zu finden wären.

Vor dem Reichstagsgebäude waren, als ich ankam, Menschenmassen versammelt. An dem nach dem Brandenburger Tor zu gelegenen Portal II standen Revolutionssoldaten in losen Gruppen. Reichstagsdiener prüften gemeinsam mit ihnen die Ausweise derer, die in den Reichstag wollten. Als Abgeordneter bekannt, hatte ich nicht die geringsten Schwierigkeiten. Im Gegenteil, die Diener schienen sich zu freuen, dass sich auch einmal ein bekanntes Gesicht zeigte.

Ich ging im Überzieher nach dem Hauptgeschoss. In der Wandelhalle standen um das Denkmal Wilhelms I. Gewehrpyramiden. In der Wandelhalle sah es aus, als ob eine Generalprobe zu Wallensteins Lager in russischer Ausgabe gespielt werden sollte. Ich traf im Reichstag einige bekannte Genossen, darunter Paul Hirsch und Eugen Ernst, die mich

schnell über den augenblicklichen Stand der Berliner Revolution unterrichteten.

Was war in Berlin geschehen, seit ich es am Mittwochnachmittag zu der Reise nach Kiel verlassen hatte?

Am 6. November hatten Reichstagsfraktion und Parteiausschuss die Haltung des Fraktionsvorstandes, der die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zu schneller Herbeiführung einer Entscheidung in der Kaiserfrage drängte, gebilligt. Wilhelm II. wollte immer noch nicht abdanken. Prinz Max von Baden zögerte, energisch zu werden. Partei- und Fraktionsleitung überreichten deshalb am 7. November, nachmittags 5 Uhr, der Reichsregierung ein Ultimatum von fünf Punkten. Unter Punkt 4 wurde Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratie in der Reichsregierung verlangt, unter Punkt 5, dass die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bis zum 8. November mittags bewirkt werde. Für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderungen wurde der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung angekündigt.

Dieser starke Druck musste gegen den verblendeten Monarchen in einer Zeit angewendet werden, in der der Waffenstillstand vor dem Abschluss stand. Wie sehr die Sorge um den Waffenstillstand, dessen Abschluss bei Nichtvorhandensein einer verhandlungsfähigen Reichsregierung gefährdet zu sein schien, die Gemüter aller Verantwortlichen bedrückte, geht aus den Berichten hervor, die der «Sozialdemokratische Pressedienst» streng vertraulich «nur zur Information» am 8. November herausgab. Es hiess in ihnen u.a.:

«In der Fraktionssitzung vom 7. November abends führte Ebert etwa Folgendes aus: «Die Dinge gehen mit rasender Schnelligkeit weiter. Die Küstenorte sind vollständig im Besitz der Matrosen; ebenso wichtige Binnenorte wie Bremen, Hannover und Braunschweig. Im Laufe der nächsten Stunden steht eine weitere Ausdehnung der Bewegung bevor. Die Bewegung wird sicher auch auf Berlin übergreifen. Die Versammlungen der Unabhängigen sind heute Nachmittag überraschend von der Polizei verboten worden. Die Gefahr von Zusammenstössen ist ausserordentlich gross. Die höchst lächerliche Verfügung Linsingens gegen die Soldatenräte ist ohne Einwilligung der Regierung erfolgt. Der Reichskanzler war heute Vormittag der Überzeugung, dass die Kaiserfrage in den allernächsten Tagen erledigt werden wird. Aber heute Nachmittag gewannen Scheidemann und ich die Überzeugung, dass die ganze Sachlage nicht einen Tag länger Aufschub duldet, wenn schlimmstes Unheil für das ganze Land nicht daraus entspringen soll. Die Vorstandssitzung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, dass schnellstens neue Forderungen für unser Verbleiben in der Regierung gestellt werden müssten. Auf den Beschluss der Fraktionen konnten wir nicht warten. Wir haben dem Kanzler gesagt, dass es mög-

lich scheine, die gesamte Situation zu retten und den Ausbruch von Unruhen in Berlin zu verhüten, wenn unsere fünf Forderungen sofort bewilligt würden.

Mit unserer Forderung nach sofortiger Parlamentarisierung Preussens und mit dem Verlangen nach stärkerer Vertretung in der Reichsregierung haben wir bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien im interfraktionellen Ausschuss volles Verständnis gefunden. Über die Abdankung erübrigt sich jedes weitere Wort. Möglich, dass auch ohne unser Ultimatum die Entscheidung bald in unserem Sinne gefallen wäre, aber wir mussten den Berliner Arbeitern schon heute sagen, wie die Dinge stehen. Wir haben dafür gesorgt, dass unser Beschluss schnellstens durch Flugblatt bekannt gegeben und dass auch die ganze bürgerliche Presse darüber unterrichtet wird.

Der Kanzler war über unser Ultimatum sehr bewegt. Über alle Punkte könne man sich sofort verständigen. Da gäbe es gar kein Hindernis. Aber die Form des Ultimatums in der Kaiserfrage sei ausserordentlich bedenklich. Noch kurz vor dieser Sitzung war ein Geheimrat des Reichskanzlers bei mir, um das zu wiederholen. Wir halten aber am Ultimatum fest, nicht aus ostentativen Gründen, sondern um die Berliner Arbeiter zu beruhigen.»

In der Aussprache kam der Gedanke zum Ausdruck, man müsse doch mit den letzten Schritten warten, bis die Waffenstillstandsbedingungen vorliegen. Der Schritt der Parteileitung wurde einmütig gebilligt. . .

«In der Fraktionssitzung vom 8. November nachmittags 2 Uhr berichtete Scheidemann über die Verhandlungen des Kabinetts. Den Vorwurf der Illoyalität haben wir mit Hinweis auf die Stimmung der Berliner Arbeiter entschieden zurückgewiesen. Der Kanzler bat dringend, keinen Druck auszuüben, da er sonst die Geschäfte, auch die Waffenstillstandsverhandlungen nicht weiterführen könne. Er hat dem Kaiser seinen Rücktritt telegraphisch angezeigt. Wenn der Kanzler geht, und wir Sozialdemokraten ausscheiden, weil der Kaiser bleibt, hätte die Waffenstillstandskommission keine Vollmachten mehr. Die Sozialdemokratie kann nicht allein die Regierung bilden, ohne das Vertrauen einer Reichstagsmehrheit zu haben. Nachdem der Kanzler daher seinen Rücktritt telegraphisch angeboten hat, wünschen wir, dass er bleibt und bleiben auch selbst so lange, bis der Waffenstillstand abgeschlossen ist. – Die Fraktion billigte diese Konzession Scheidemanns»...

«In Berlin hat man auf dem Alexanderplatz gestern noch eine Attacke geritten und Verhaftete mit Gummischläuchen misshandelt. Es soll sofort die Verfügungsgewalt des Oberkommandos unter Kontrolle gestellt werden. Die Kohlenzufuhr stockt. Ebert hofft, dass es ihm gelingen wird, die Entscheidung der Berliner Arbeiter bis morgen Mittag hinauszuzögern. Bis dahin muss Nachricht von der Unterzeichnung des Waffenstillstandes da sein.»

Am Mittwoch, dem 7. November, war die deutsche Waffenstillstandskommission aus dem Grossen Hauptquartier nach den französischen Linien abgefahren, bestehend aus dem Staatssekretär Mathias Erzberger, dem Gesandten Grafen von Oberndorf, dem Generalmajor von Winterfeldt und dem Kapitän z. S. Vanselow. Am 8. November waren die Waffenstillstandsbedingungen den Unterhändlern mitgeteilt

worden. Wie schwer sie waren, war in Berlin noch nicht bekannt geworden. Nach Auffassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes sollte eine Regierungskrise vermieden werden, bevor nicht über den Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen Klarheit vorhanden war.

Weil über die Waffenstillstandsbedingungen noch keine Klarheit vorhanden war, andererseits auf innerpolitischem Gebiet die Regierungsparteien den Forderungen der Sozialdemokratie völlig nachgegeben hatten, gab der sozialdemokratische Parteivorstand am Abend des 8. November in einem Flugblatt bekannt, dass die Ultimatumfrist um einige Stunden verlängert worden sei. Das Flugblatt hatte folgenden Wortlaut:

«Arbeiter! Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns auf gestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preussen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der Preussischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage. Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, dass der Waffenstillstand heute Mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äusserer Hindernisse heute Vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluss des Waffenstillstandes würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung. Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluss des Waffenstillstandes verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergiessens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen. Sonnabend Vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

xArbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
und die Reichstagsfraktion.»

Der deutsche Vorschlag auf Abschluss einer vorläufigen Waffenruhe war vom Marschall Foch brüsk abgelehnt worden. Er forderte, dass die Waffenstillstandsbedingungen bis Montag, den 11. November, 11 Uhr vormittags, angenommen würden.

Erzberger hat es später mit dem Leben gebüsst, dass er den Waffenstillstand abschloss. Seit dem 11. November 1918 konzentrierte sich der Hass aller Reaktionäre auf seine Person. Dabei hat Erzberger im Walde

von Compiègne im ausdrücklich erklärten Einverständnis der Obersten Heeresleitung gehandelt. Diese wusste ebensogut wie Foch und Lloyd George, dass ein erfolgreicher Durchbruch an der Westfront und damit die Aufrollung der deutschen Heeresmassen nur eine Frage aller kürzester Zeit sein würde. Prinz Max von Baden erzählt in seinen Erinnerungen, dass Ludendorffs Nachfolger General Groener, nachdem er Einblick in die Lage im Westen genommen hatte, sehr schwarz sah. Er befürchtete bereits am 5. November, dass die Armee die weisse Fahne ziehen müsse. Rückschauend kann heute gesagt werden, dass es ein Fehler der damaligen Reichsregierung war, durch eine von einem zivilen Staatssekretär geführte Kommission einen Waffenstillstand abzuschliessen zu lassen. Die Militaristen der Ententeseite waren nicht so sentimental, dass sie einem Zivilisten bessere Bedingungen gewährten.

Weil am Abend des 8. November die Erklärung des Rücktritts Wilhelm II. immer noch nicht erfolgt war, erklärten Philipp Scheidemann und Gustav Bauer und mit ihnen die zu Unterstaatssekretären ernannten Genossen Eduard David, August Müller und Robert Schmidt ihren Austritt aus der Reichsregierung. Damit war die Regierung des Prinzen Max erledigt. Dieser hatte sich nach Ablehnung seines Demissionsgesuches noch am 8. November bereit erklärt, die Geschäfte bis zu der in kürzester Frist zu erwartenden Entscheidung des Kaisers weiterzuführen.

Am Abend des 8. November waren die Gross-Berliner Betriebsvertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei erneut nach dem Sitzungssaal des Parteivorstandes in das Haus Lindenstrasse 3 berufen worden. Die Stunde war gekommen, in der jede Rücksicht auf hören musste.

Die Vertrauensleute der Partei hatten in den Berliner Grossbetrieben seit dem im Januar zusammengebrochenen Streik in der Munitionsindustrie mit den Anhängern der Unabhängigen und den in deren Organisation selbständig arbeitenden Spartakusleuten Tag für Tag Auseinandersetzungen über die zur Herbeiführung des Friedens und der Demokratisierung Deutschlands einzuschlagende Taktik zu führen. Der Januarstreik war ausgebrochen, ohne dass die Partei gefragt worden war. Die Staatsgewalt war damals noch so stark, dass die Machthaber nicht nachzugeben brauchten. Der Zusammenbruch des Streiks hatte zunächst einen Rückschlag zur Folge. Seit der militärischen Niederlage im August waren aber die Linksradikalen wieder sehr mobil geworden. Nach bolschewistischen Rezepten wollten sie Militarismus und Kaiserreich zu-

sammen erledigen. Auf Grund der Auseinandersetzungen in den Betrieben hatten die Genossen Wilhelm Siering und Gustav Heller vom Metallarbeiterverband seit Juli 1918 mit den Vorständen der beiden sozialistischen Parteien Verhandlungen über eine Einigung oder wenigstens ein Zusammengehen beider Parteien geführt, das ihnen wegen der kommenden Ereignisse dringend geboten schien. Diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Ein Briefwechsel darüber zog sich bis in den Oktober hinein. Die Unabhängigen verlangten u.a. Verzicht auf die Beteiligung an einer Regierung mit den bürgerlichen Parteien, also Zurückziehung der Mitglieder politischer und gewerkschaftlicher Organisationen aus den Regierungsämtern. Das konnte die Sozialdemokratische Partei nicht zugeben, weil sie einen Frieden auf Grund der Wilsonschen Bedingungen herbeigeführt haben wollte und gerade deswegen Parteigenossen in die Reichsregierung entsandt hatte. Ausserdem musste es für die spätere Politik der Partei von Vorteil sein, wenn die Sozialdemokratie nicht allein die Verantwortung für den Abschluss des Waffenstillstandes zu tragen hatte, sondern bürgerliche Parteien mitverantwortlich waren.

Die Anhänger der Unabhängigen glaubten andererseits aufrichtig, dass die Tage der mehrheitssozialdemokratischen Partei gezählt wären, wenn die Feldgrauen erst zurückgekehrt sein würden und Abrechnung mit den «Regierungssozialisten» gehalten hätten. Eine Rechnung, die sich nachher als gänzlich falsch erwies. Die Kommission der Metallarbeiter gab erst Ende Oktober nach dem Eingang eines Schreibens des Vorstandes der Unabhängigen, in dem noch einmal an der gesamten Politik der Mehrheitssozialdemokratie schärfste Kritik geübt worden war, den Versuch auf Herbeiführung einer Verständigung auf und betrachtete ihre Mission als erledigt.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie musste deshalb, als die Zeit der Revolution erfüllt war, seine Massnahmen allein treffen. Er tat das und sorgte dafür, dass bei der unvermeidlich gewordenen Revolution die Partei nicht ins Hintertreffen kam.

Für Sonnabend, den 9. November, früh 8 Uhr, war eine abermalige Zusammenkunft der Betriebsvertrauensleute verabredet worden. Es wurde in Aussicht genommen, dass der allgemeine Ausstand zu erklären sei, wenn bis dahin die Abdankung des Kaisers noch nicht erfolgt sei. Einstimmig beschlossen wurde, einen aus 12 Personen bestehenden Aktionsausschuss zu bilden, dem später Ebert, Braun, Ernst und Wels noch zugesellt wurden. Die Fraktion trat um 9 Uhr zusammen und stimmte dem zu. Im Protokoll der Fraktionssitzung heisst es darüber:

«Der Vorstand hat sich dahin verständigt, bei einer notwendigen Aktion gemeinsam mit den Arbeitern und Soldaten vorzugehen. Die Sozialdemokratie will dann die Regierung ergreifen, gründlich und restlos, ähnlich wie in München, aber möglichst ohne Blutvergiessen. Die Unabhängigen haben dazu keine positiven Zusagen gegeben. Sie berufen sich darauf, dass ihr Vorstand nicht vollzählig beisammen ist (Haase war noch nicht von Kiel zurück). Es sollen jetzt sofort Verhandlungen mit den Arbeiter- und Soldaten Vertretern gepflogen werden und dann die Regierung aufgefordert werden, uns die Macht zu übergeben. Geschieht das nicht, dann soll die Aktion weitergeführt werden. – Nach einer Aussprache, an der sich ausser Fraktionskollegen fast sämtliche Mitglieder der Arbeiterabordnung beteiligten, wird einstimmig den Vorschlägen zugestimmt.»

Als am 9. November, früh 8 Uhr, vom Hauptquartier in Spa immer noch keine Abdankungserklärung Wilhelm II. eingetroffen war, wurde die Parole ausgegeben: «Heraus aus den Betrieben!» Der Generalstreik sollte in allen Fabriken nach der Frühstückspause beginnen. So war in Erwartung der kommenden Dinge verabredet worden. Dieser Parole wurde mit grösster Selbstverständlichkeit allseitig Folge geleistet. Wenn übrigens an jenem Morgen die Nachricht von der Abdankung Wilhelms II. bereits eingetroffen gewesen wäre, so hätte die Revolution trotzdem begonnen, denn am 8. November, abends, war in Berlin schon bekannt, dass nicht nur an der Wasserkante, in Köln, in Hannover, in ganz Mitteldeutschland, sondern auch in München, in Stuttgart und in Frankfurt a.M. die Revolution bereits gesiegt hatte. Nach dem Zusammenbruch der Regierung des Prinzen Max war deshalb die Bildung einer neuen Koalitionsregierung eine Unmöglichkeit. Conrad Haussmann glaubte allerdings am Vormittag des 9. November noch, dass eine Regierung durch die Verstärkung der Sozialisten im Kabinett um einen Staatssekretär bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl sozialistischer Minister in Preussen gebildet werden könne.

Inzwischen hatte der Ausschuss der «Revolutionären Obleute», die den linken Flügel der Unabhängigen bildeten, einen Flugzettel herausgegeben, in dem wegen der am 8. November erfolgten Verhaftung Däumigs zum Kampf für die sozialistische Republik auf gefordert wurde. Die Frage war nun, ob die Behörden überhaupt noch den Versuch wagten, der Revolution in den Weg zu treten. Die Entscheidung hierfür lag bei Militär und Polizei. Als zuverlässig war das 4. Jägerbataillon von Naumburg nach Berlin verlegt worden. Es kam nach der Alexanderkaserne, von der aus das Berliner Schloss geschützt werden sollte. In der Alexanderkaserne hatte Wilhelm II. am 28. März 1901 die

Alexandergarde als Leibwache der Hohenzollern gegen seine lieben republikanischen Berliner wie folgt angefeuert:

«Wie eine feste Burg ragt eure neue Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das ihr in erster Linie zu schützen stets bereit sein werdet. Ihr seid berufen, gewissermassen als Leibwache, Tag und Nacht, bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn's gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder, wie 1848, das Berliner Volk frech und unbotmässig werden sollte, dann, davon bin ich überzeugt, werdet ihr alle Unbotmässigkeit wider euren königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückverweisen.»

In der Nacht zum 9. November wurden in der Alexanderkaserne an die Soldaten Handgranaten ausgegeben. Weil aber gleichzeitig bekannt wurde, dass ein Gefreiter wegen einer angeblich aufrührerischen Äusserung in Arrest abgeführt worden war, kam es zu einem Konflikt mit den Offizieren. Die Soldaten weigerten sich, Dienst zu tun. Sie beschlossen, um 10 Uhr früh einen Umzug mit Waffen durch die Stadt zu machen. Das konnten ihnen die Offiziere noch ausreden. Aber sie sandten nun eine Vertretung des Bataillons auf die Redaktion des «Vorwärts» und zum Vorstand der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, die dort die Erklärung abgab, dass sich das Bataillon restlos auf die Seite der Arbeiterschaft stellen würde. Dem Beispiel der Jäger folgte die Alexandergarde und dann die übrigen Garderegimenter. Die Vertreter der Naumburger Jäger wünschten, dass ihnen ein Mitglied des Parteivorstandes die politische Lage klarlege. Dazu fuhr Otto Wels in einem Auto, begleitet von einem Arbeitervertreter, in die Alexanderkaserne. Jäger und Grenadiere formierten sich, und Wels hielt nun eine Ansprache, in der er den Soldaten vor Augen führte, dass bei ihnen die Entscheidung darüber liege, ob sie die Waffen gegen ihre Volksgenossen führen wollten. «Ich frage nicht, welcher Partei Ihr angehört. Wenn Ihr wollt, dass das Volk in Zukunft sein Schicksal selbst bestimmen soll, dann stellt Euch heute der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung. Bekräftigt das durch den Ruf: Es lebe der Frieden! Das freie deutsche Volk, die freie Republik leben hoch!» Begeistert stimmten die Soldaten in das Hoch ein, während die Offiziere betreten beiseite standen.

Der «Vorwärts» gab dann ein Extrablatt heraus:

«Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, dass seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.»

Es ist später behauptet worden, dass dieses Schiessverbot von Einfluss auf die Revolution gewesen sei, insofern es die Militärbehörden

gehindert habe, die Monarchie zu verteidigen. Das ist falsch. Die erste Mitteilung von einem Schiessverbot soll von dem Oberleutnant Colin-Ross ausgegangen sein und zwar zwei Stunden bevor der General von Linsingen um 1 Uhr 25 Minuten sein amtliches Schiessverbot herausgab: «Truppen haben nicht von Waffen Gebrauch zu machen, auch bei Verteidigung von Gebäuden.» Selbst in Spa war ein Schiessverbot ergangen. Nach dem Übertritt der Soldaten zum Volke war ein Widerstand nicht mehr gut denkbar.

Wir haben im Reichstag einmal Helfferich während einer seiner nationalistischen Hetzreden zugerufen: «Wo waren Sie denn am 9. November?» Er antwortete, dass er am 9. November bereit gewesen sei, seinen Kaiser zu verteidigen, aber man habe ihn nicht gerufen. Tatsächlich waren die sehr zahlreich in Berlin anwesenden Reserveoffiziere vom Mittwoch, dem 6. November, ab mit Revolvern und Munition versehen worden. Sie hatten richtig ihren Appell. Aber kein Mensch kam auf die Idee, die Reserveoffiziere am 9. November gegen die Revolution einzusetzen. Dass das Militär der Berliner Garnison am 9. November mit der Mehrheitssozialdemokratie die Fühlung herstellte, zeigte aber auch, dass nicht einmal die Garnisonstruppen, geschweige denn die Fronttruppen von den Flugzetteln der Spartakusgruppe beeinflusst waren. Das ist wichtig, weil die Militärs immer wieder behaupten, dass die Tätigkeit des Spartakusbundes der Front das Rückgrat gebrochen hätte.

Der Übergang der Naumburger Jäger zur Revolution hatte aber noch eine andere Auswirkung. Nachdem am Vorwärtsgebäude die rote Fahne als Siegeszeichen der Revolution aufgezogen worden war, machte die Geschäftsleitung des «Vorwärts» gerne von dem Anerbieten der Naumburger Jäger Gebrauch, eine hundert Mann starke Abteilung der Jäger zum Schutze des Gebäudes in die Lindenstrasse 3 zu legen. Als in der Mittagsstunde des 9. November ein Lastauto in den Hof des Vorwärtsgebäudes einfahren wollte, um unter Führung des früheren Vorwärtsredakteurs Paul John den «Vorwärts» zu besetzen und damit den Linksradikalen dienstbar zu machen, wiesen die Naumburger Jäger diesen Versuch, gestützt auf ihre Maschinengewehre, zurück. John begriff, dass es mit der Eroberung des «Vorwärts» nichts war. Er legte seine Handgranaten beiseite und fuhr mit seinem Auto davon. Nach dem Muster der Besetzung des «Hamburger Echo» den «Vorwärts» zu kapern, war fehlgeschlagen. Schon das Vorgehen Johns zeigte, dass die Verhandlungen über eine Einigung der beiden sozialistischen Parteien schwierig werden würden. Das gute Beispiel von Kiel, München und anderen Orten wirkte auf Berlin nicht. Nur wenige waren so einsichtig wie der alte Fritz Zu-

beil, der trotz seines Übertrittes zu den Unabhängigen in der Nachtexpedition des «Vorwärts» weiter beschäftigt worden war, und der seiner Freude rührenden Ausdruck gab, als er hörte, dass am Morgen des 9. November die sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute den Streik proklamiert hatten. Ihm war jetzt ein Alb von der Brust gewichen. Er fand ergreifende Sätze, um die Genossen beider Lager zur Einigkeit zu mahnen. Es war ein Unglück, dass Hugo Haase sich noch mit mir auf der Rückreise von Kiel befand und erst am späten Abend in Berlin eintraf, was die Entschlusskraft der Unabhängigen lähmte.

Der Vorstand der Mehrheitssozialdemokratie hatte die Verständigung der beiden sozialistischen Parteien am 9. November für so selbstverständlich gehalten, dass er in einem vom «Vorwärts» herausgegebenen Extrablatt, das zur Teilnahme am Streik aufforderte und vom Übertritt der Berliner Garnison Mitteilung machte, sagte:

«Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratie und den Unabhängigen.»

Als das Flugblatt erschien, war davon leider noch keine Rede. Wegen der Abwesenheit Haases war die Leitung der Unabhängigen am Vormittag des 9. November nicht zusammengerufen worden. Vogtherr und Ledebour hatten zwar im Reichstag übernachtet. Ledebour war aber schärfster Gegner der Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialdemokraten. Er verliess sich ganz auf seine «revolutionären Obleute». Er misstraute Haase, der in seinen Augen ein Flaumacher war. Auf dem ersten Rätekongress hat er später ausgeplaudert, dass der revolutionäre Ausschuss bereits am 2. November eine Sitzung gehabt hatte, in der alle Teilnehmer bis auf Haase zu beschliessen bereit waren, dass die Revolution am 4. November auszubrechen hätte. Am Abend sei dann auch Dittmann auf Haases Seite getreten. So hätten sich dann sozusagen wegen «Verspätung der Revolution» die «verräterischen Mehrheitssozialdemokraten» der Revolution bemächtigen können. Ledebour begriff auch am 9. November noch nicht, dass ohne Teilnahme der Mehrheitssozialdemokratie die Revolution zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Denn die Mehrheitssozialdemokratie hatte nun einmal die Massen hinter sich, auf die es jetzt ankam.

Da eine Sitzung mit Delegierten des Vorstandes der Unabhängigen nicht zustande kam – sie hatte um 12 Uhr stattfinden sollen –, gingen Ebert, Scheidemann und Otto Braun mit Fritz Brolat und Gustav Heller in die Reichskanzlei zum Prinzen Max und hörten dort vom Kanzler,

dass nach einem soeben eingetroffenen Telegramm Wilhelm II. abgedankt habe. Davon weitere Notiz zu nehmen, lohnte jetzt nicht mehr. Ebert setzte dem Kanzler auseinander, dass das Volk, zu dem grosse Teile der Berliner Truppen bereits übergegangen seien, nun entschlossen sei, die Demokratie voll zu verwirklichen. An Widerstand sei nicht mehr zu denken. Das hatte sich das Kabinett, das seit dem Rücktritt der sozialdemokratischen Minister sowieso keinen Lebenswillen mehr hatte, wohl schon selbst gesagt. Es war niemand mehr vorhanden, der eine neue Regierung ernennen konnte. Deshalb übergab Prinz Max, nachdem er sich von Ebert die Versicherung hatte geben lassen, dass dieser glaube, die Ordnung aufrechterhalten zu können, Fritz Ebert die Geschäfte des Reichskanzlers. Ebert nahm das Amt an. In seiner Proklamation vom 9. November sagte er:

«Mitbürger!

«Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte euch alle um eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser hart, ihr wisst, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muss die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte euch alle dringend: Verlasst die Strassen! Sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. Ebert.»

An «Alle Behörden und Beamten» richtete Ebert folgenden Aufruf:

«Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten.

Ich weiss, dass es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichen Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler, gez. Ebert.»

Als Ebert mit seinen Begleitern die Reichskanzlei verliess – Scheidemann und Otto Braun waren nach dem Reichstag vorausgegangen – trafen sie Wilhelm Dittmann, Oskar Cohn und Emil Vogtherr, die zur Reichskanzlei wollten. Ebert informierte sie über das Vorgefallene und schlug ihnen vor, eine Regierung aus beiden sozialistischen Parteien paritätisch zu bilden, der Parlamentarier der bürgerlichen Linksparteien als Fachminister beigegeben werden sollten. Deutschland sollte Republik werden. Die Regierung der Republik sollte ein Programm entwickeln mit dem Ziele der Herbeiführung einer sozialistischen Republik. Die Führer der Unabhängigen erhoben für ihre Person keine grundsätzlichen Einwendungen, behielten sich jedoch die Entscheidung ihrer Parteileitung bis nachmittags 4 Uhr vor.

Eberts Angebot war grosszügig. Um jedes Misstrauen zu verscheuchen, bot er der viel schwächeren Partei der Unabhängigen, die besonders in einigen Teilen Deutschlands keine nennenswerte Zahl von Anhängern hatte, die Hälfte der Sitze in der zu bildenden Regierung an. Ein alter erfahrener Politiker der Unabhängigen, Eduard Bernstein, hat Eberts Vorschlag «als einen Beweis grosser Einsicht in die Erfordernisse des Augenblicks und ein Beispiel versöhnlichen Entgegenkommens» öffentlich gerecht gewürdigt. Ja, Ebert war bereit, noch weiter entgegenzukommen. Auf eine Frage Oskar Cohns erklärte er ausdrücklich, dass die Bildung der Regierung von Personenfragen nicht abhängig gemacht werden dürfe. Und als Cohn direkt von Liebknecht sprach: «Bitte bringen Sie uns Karl Liebknecht, er soll uns angenehm sein.» Trotzdem sollten sich die Verhandlungen noch stundenlang hinziehen.

Das Volk wollte aber wissen, woran es war. Schon erschienen Extrablätter, die «Der Arbeiter- und Soldatenrat» unterzeichnet « hatte, übrigens von Sozialisten aus beiden Parteien. Es war, als ob der Berliner Kommandant, General von Linsingen, gefoppt werden sollte, der noch am 7. November durch Verordnung verboten hatte, dass nach russischem Muster Arbeiter- und Soldatenräte gebildet würden und zwar mit der Begründung:

«Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung im Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.»

Am 9. November war die «bestehende Staatsordnung» verschwunden. Deshalb war die Voraussetzung für die Entstehung von Arbeiter- und Soldatenräten durchaus gegeben. General von Linsingen hatte am 8. November seinen Abschied eingereicht. Persönlich stand er deshalb der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nicht mehr im Wege. Andererseits wurde die Unterschrift «Arbeiter- und Soldatenrat» benutzt, ohne dass ein von den sozialistischen Parteien anerkannter Arbeiter- und Soldatenrat gebildet war.

Inzwischen hatten sich im Zentrum Berlins Menschenmassen aus allen Teilen der Stadt eingefunden. Besonders Unter den Linden, vom Schloss bis zum Brandenburger Tor und darüber hinaus auf dem damaligen «Königsplatz», der heute «Platz der Republik» heisst. Rote Fahnen wurden entfaltet. Plakate mit der Inschrift «Frieden, Freiheit, Brot» wurden auf den Strassen getragen. Hirn und Herz schrien noch stärker nach Frieden und Freiheit als der Magen nach Brot. Da nützte Philipp Scheidemann mit dem richtigen politischen Instinkt die Stunde, indem er gegen 2 Uhr an ein Fenster des Reichstags trat und die Republik ausrief. Darauf hatten die Massen nur gewartet. Um das zu hören, waren sie nach dem Reichstag gekommen. Scheidemann sprach nur die Forderung des Tages aus.

«Mitbürger! Arbeiter! Genossen!

Das monarchische System ist zusammengebrochen. Ein grosser Teil der Garnison hat sich uns angeschlossen. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die grosse deutsche Republik! Fritz Ebert bildet eine neue Regierung, der alle sozialdemokratischen Richtungen angehören. Dem Militäroberbefehlshaber ist der sozialdemokratische Abgeordnete Göhre beigeordnet, der die Verordnungen mitunterzeichnen wird; jetzt besteht unsere Aufgabe darin, den vollen Sieg des Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, dass keine Störung der Sicherheit eintrete. Sorgen Sie dafür, dass die Republik, die wir errichten, von keiner Seite gestört werde. Es lebe die freie deutsche Republik!»

Die Ansprache wurde mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen. Hoch auf Hoch brachten die Massen auf die Republik aus. Sozialistische Kampflieder wurden gesungen. Das Volk hatte das Bewusstsein, dass ein Friedenshindernis in Gestalt des kaiserlichen Regierungssystems gefallen war.

Später ist die Frage aufgeworfen worden, ob Scheidemann lediglich aus eigenem Antriebe handelte, als er die Republik ausrief. Solcher Streit erscheint müi ganz müssig. In dem Hin und Her dieses einzigartigen Tages der deutschen Geschichte konnten die Instanzen wahrhaftig

nicht immer erst gefragt werden. Die Ausrufung der Republik lag am 9. November in der Luft. Sie war nur die Proklamierung eines staatsrechtlichen Zustandes, der tatsächlich bereits eingetreten war.

In Berlin hatte der Monarch keinen Statthalter mehr. Das Oberkommando in den Marken, das während des Krieges den Auftrag hatte, die öffentliche Meinung zu dressieren und den Geist der Unzufriedenheit niederzuhalten, hatte aufgehört zu existieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte in ihrer Sitzung vom 8. November, mittags 12 Uhr, sich mit der Forderung ihres Vorstandes einverstanden erklärt, nach welcher das Oberkommando in den Marken durch ein Dreimännerkollegium ersetzt werden sollte, bestehend aus einem Sozialdemokraten, einem Offizier und einem dritten zu ernennenden Mitglied, wie es etwas unbestimmt im Protokollbuch heisst. Sitzungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben am 9. November nach dem Protokollbuch um 9 Uhr früh, um 12 Uhr und um 2^{Uhr} stattgefunden. Der grösste Teil der Abgeordneten war aber in der Heimat, weil er sich um die örtlichen revolutionären Vorgänge kümmern wollte. In den Sitzungen wurde vor allem über die Besprechungen mit den Vertretern der Grossbetriebe und über die mit Ledebour, Dittmann und Vogtherr, den Vertretern der Unabhängigen, berichtet. Das Protokoll über die Sitzung der Reichstagsfraktion vom 9. November, mittags 12 Uhr, sagt nur:

«Genosse Ebert berichtet über die weiteren Vorgänge. Die Fraktion verständigt sich, dass die Vorstände der Fraktion und der Unabhängigen zusammentreten sollen, um sich zu einigen über die Zusammensetzung der Regierung.

Nachher soll der Fraktion darüber Bericht erstattet werden.»

Ebert gab inzwischen den bereits mitgeteilten Aufruf heraus, den er vorbereitet hatte, nachdem Prinz Max ihm die Geschäfte des Reichskanzlers übertragen hatte.

Die Mahnung des Aufrufs: «Verlasst die Strassen», kam etwas zu früh. Denn auf der Strasse sammelten sich noch immer die Massen, die einen Teil der öffentlichen Gebäude besetzen wollten. Das geschah meist ohne besonderen Auftrag. Dafür war eben Revolution. So hatte sich Emil Eichhorn mit seinen Getreuen inzwischen im Polizeipräsidium am Alexanderplatz häuslich eingerichtet. Die «Blauen» leisteten keinen Widerstand. Im Gegenteil. Sie sagten sich, dass sie die Monarchie nicht tatkräftiger zu schützen brauchten als das Militär. Sie wussten ganz genau, wieviel die Uhr geschlagen hatte. Ferner wurden besetzt das Hauptpost- und Telegraphenamts, das Wolff sehe Telegraphenbu-

reau, die Berliner Kommandantur usw. Bei der Besetzung der Maikäferkaserne gab es durch Schuld eines Offiziers drei Tote. Als die Menge die Türen der Kaserne gewaltsam öffnen wollte, schoss dieser Offizier. Unter den Toten war einer der Führer der Berliner Arbeiterjugendbewegung, der 26jährige Metallarbeiter Erich Habersaath. Ein Teil der Maikäfer schloss sich den Demonstranten an, die übrigen gingen einzeln in die Stadt.

Auch das Berliner Schloss wurde besetzt. Das Berliner Schloss wurde seit Mitte August 1914 nicht mehr von der Familie Hohenzollern bewohnt. Es hatte zuletzt nur seinen Kommandanten, 200 Mann Schlosswache und Diener beherbergt. In der Nacht zum 9. November war das Schloss noch durch Maschinengewehre gesichert worden. Es war der Befehl gegeben worden, im Angriffsfall von der Waffe rücksichtslos Gebrauch zu machen. Die Strassenzüge und Brücken sollten schussbereit abgeriegelt werden. Diese Manöver waren überflüssig. Am 9. November wurden Strassen und Brücken dem Volke freigegeben. Das Generalkommando fühlte sich nicht mehr stark genug zum Widerstand. Man hatte noch versucht, die Kaiser-Franz-Grenadiere telegraphisch zur Hilfe heranzurufen. Es kam die Antwort, dass die Franzer nicht mehr zuverlässig wären. Zum Schutz blieben ein Polizeimajor und 25 Schutzleute im Schloss. Ein unbekannter Soldat öffnete nach dem Lustgarten zu ein Fenster des Schlosses und hängte als Symbol eine rote Decke über den Balkon. Im Übrigen mahnte dieser Soldat zur Ordnung, warnte vor Plünderungen und erklärte das Schloss zum Nationaleigentum. Der Mann kannte die Geschichte von 1848!

In der fünften Stunde erschien dann Karl Liebknecht. Er hielt an der Stelle, von der aus Wilhelm II. gelegentlich zum Volke geredet hatte, eine Ansprache für die freie sozialistische Republik, für die Regierung der Arbeiter und Soldaten und für die Weltrevolution. Die versammelten Massen hoben die Hand zum Schwur. Ein unbekannter Arbeiter rief: Hoch lebe der erste Präsident der sozialistischen Republik Karl Liebknecht! Liebknecht wehrte dies ab: «So weit sind wir noch nicht!» Es sollte auch nicht so weit kommen.

Im Schlossviertel fielen dann blühende Menschenleben als Opfer der Revolution. Zuerst soll aus dem Marstall geschossen worden sein. Dagegen wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht. Der Marstall wurde gestürmt. Eine Besatzung wurde in ihm nicht gefunden. Ähnliche Vorgänge spielten sich an der Universität und in der Nähe der Staatsbibliothek ab. Eine organisierte Truppe der Gegenrevolution konnte nirgends dingfest gemacht werden. Inwieweit einzelne Fanatiker absicht-

lich mit Schiesszeug gespielt hatten, konnte nicht ermittelt werden. Wenn in Revolutionszeiten auch nur bei einigen die Nerven versagen, fordert das seine Opfer. Das siegreiche Volk hatte jedenfalls keinerlei Blutdurst. Als ein Trupp von Offizieren und Polizei freiwillig das Schloss verliess und durch eine schmale Gasse am Volke vorbeimarschierte, fielen nicht einmal Schmährufe.

Unterdessen waren sich Partei- und Fraktionsleitung der Sozialdemokratie darüber einig geworden, dass die Genossen Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg in eine auf paritätischer Grundlage zu bildende Regierung der Volksbeauftragten eintreten sollten. Alle drei waren seit der Zeit der Parteispaltung bei den Unabhängigen nicht sehr beliebt. Der linke Flügel der Unabhängigen sah in ihnen immer noch «Verräter», wie es so oft in Flugblättern, Versammlungen und Parlamentsreden geheissen hatte.

Die Unabhängigen waren keine so einheitliche Partei wie die Mehrheitssozialdemokratie. Eine besondere Gruppe der Unabhängigen hatte seit Jahr und Tag auf eigene Faust den Kampf gegen den Krieg geführt. Seit dem Jahre 1917 hatten ferner die «revolutionären Obleute» der Berliner Metallindustrie eine besonders organisierte Gruppe gebildet. Mit ihnen hatte Georg Ledebour Fühlung gehalten. Er wollte mit ihnen seine Revolution machen. Er verliess sich auf ihre Kampfkraft, die aber in dem von ihm angenommenen Masse nicht da war und gar nicht da sein konnte. Dabei hätte er eigentlich seit dem Januar 1918 wissen müssen, dass die Arbeiter in den Betrieben bei einer Entscheidung über den Kopf der revolutionären Obleute hinweg das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien fordern würden. Nur langsam sah die Mehrheit der unabhängigen Führer ein, dass der Mehrheitssozialdemokratie für die Benennung der Hälfte der Volksbeauftragten keine Vorschriften gemacht werden konnten, wie sie sich mit Recht auch keine machen lassen wollten. Die Mehrheit des Vorstandes der Unabhängigen erklärte sich grundsätzlich zu einem Zusammengehen beider Parteien bereit. Das wurde den Sozialdemokraten aber erst mitgeteilt, nachdem sie mehrfach vergeblich Kundschafter ausgesandt hatten. Als aber die Grundlage für eine gemeinsame Regierungstätigkeit festgelegt werden sollte, kam Karl Liebknecht mit einigen seiner Getreuen von seiner Aktion im Zoilerschlosse nach dem Reichstag in diese Sitzung. Eduard Bernstein erzählt, wie Karl Liebknecht dem Schriftführer der Fraktion befehlenden Tones die Worte diktierte: «Alle Exekutive, alle

Legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter -und Soldatenräte n.» Da erschienen Scheidemann, Brolat und Heller im Fraktionszimmer der Unabhängigen. Scheidemann fragte: «Seid Ihr nun endlich zu einem Entschluss gekommen?» Als ihm das Liebknechtsche Diktat gezeigt wurde, sagte er in fast väterlichem Tone: «Ja aber, Leute, wie denkt Ihr Euch denn das?» Und schon war die schönste Diskussion zwischen Scheidemann, Brolat und Heller auf der einen und Karl Liebknecht, Emil Barth und Richard Müller auf der anderen Seite im Gang. Die gemässigten Elemente schwiegen, weil sie Liebknecht nicht vor Scheidemann desavouieren wollten, bevor die Unabhängigen selbst zu einer bestimmten Stellungnahme gelangt waren. Haase aber war immer noch mit mir auf der Reise von Kiel nach Berlin. Eduard Bernstein schrieb später in seiner «Geschichte der deutschen Revolution», dass ihm bei aller trotz weitgehender Meinungsverschiedenheiten vorhandenen persönlichen Sympathie für Karl Liebknecht in Anbetracht des Liebknechtschen Versuchs, in der geschilderten Weise der Unabhängigen Partei das bolschewistische System aufzudiktieren, wie ein Blitz der Gedanke durch den Kopf gegangen sei: «Er bringt uns die Konterrevolution.» Das war am Nachmittag des 9. November!

Der Vorstand der Mehrheitssozialdemokraten nahm zu dem Liebknechtschen Programm prompt Stellung: «Von dem aufrichtigen Wunsche, zu einer Einigung zu gelangen, geleitet», grenzte er in einem in der neunten Abendstunde den Unabhängigen zugeleiteten Schreiben seine Stellungnahme gegen den Bolschewismus klar ab:

1. Soziale Republik? Ja. Sie ist Ziel der eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. Die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten? Nein, die Diktatur einer Klasse, hinter der nicht die Mehrheit des Volkes steht, wird abgelehnt. Sie widerspricht unseren demokratischen Grundsätzen.

3. Ausschluss aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung? Nein. Erfüllung dieser Forderung würde die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen.

4. Beteiligung der Unabhängigen nur für drei Tage, um eine für den Abschluss eines Waffenstillstands fähige Regierung zu schaffen? Wir halten mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante die Zusammenwirkung der sozialistischen Richtungen für erforderlich.

5. Die Ressortminister gelten nur als technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts? Ja.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts? Ja, für Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder. Indessen hat darüber die Konstituante zu entscheiden.

Die Beantwortung dieses Schreibens wurde bis zum folgenden Tage zurückgestellt, da sich die Leitung der Unabhängigen in Abwesenheit Haases nicht binden wollte.

Inzwischen war es im Reichstag sehr lebendig geworden. Im Zimmer 17 des Reichstags hatten sich den Unabhängigen und besonders deren Spartakusgruppe nahestehende Soldaten- und Betriebsvertreter versammelt. Sie hatten sich als Funktionärversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte aufgetan. Gegen ½ 10 Uhr abends siedelten sie in den Plenarsaal des Reichstags über, dessen Podium eilig mit roten Tüchern ausgeschlagen und dessen Präsidentenstuhl mit der roten Fahne geschmückt worden war. Eine Kontrolle über die Teilnehmer dieser Versammlung fand nicht statt. Das soll kein besonderer Vorwurf sein. Eine Revolution mit Eintrittskarten hat es in der Weltgeschichte noch nicht gegeben.

Wer diese Versammlung beherrschte, wurde bald klar. Emil Barth wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er feierte den siegreichen Aufstand des Proletariats, betonte das kommende Regime der sozialistischen Regierung und zog im Übrigen gegen die verräterischen Mehrheitssozialdemokraten vom Leder, von denen fast keiner im Saale war. Zweck dieser ganzen Übung war offensichtlich, der kommenden, aus beiden sozialistischen Parteien zu bildenden Regierung der Volksbeauftragten den Weg zu verlegen. Nach Barth sprach Richard Müller. Die Regierung der «revolutionären Obleute» sollte vorbereitet werden!

Dann sprach für die Soldaten, denen Emil Barth schon den Dank für ihre Mitwirkung bei dem unblutigen Sieg der Berliner Revolution ausgesprochen hatte, der Pionierleutnant-Flammenwerfer Walz, von dem noch die Rede sein wird.

Walz sprach schon, als ich den Plenarsaal des Reichstags betrat. Die Befürchtung, die mir Paul Hirsch geäußert hatte, fand ich in kürzester Frist bestätigt. Der Aktionsplan der revolutionären Obleute wurde mir klar, als die Parole für den kommenden Sonntag ausgegeben wurde:

«Morgen, den 10. November, früh 10 Uhr, wählen alle Arbeiter Berlins auf je 1'000 Mann einen Vertreter. Desgleichen alle Soldaten. Auf jede Formation bzw. Bataillon entfällt ein Vertreter. Diese versammeln sich um 5 Uhr im Zirkus Busch, wo die provisorische Regierung gebildet wird.»

Das war ein hinterhältiger Plan. Die meisten Arbeiter konnten bis zum anderen Vormittag ihr Wahlrecht an Ort und Stelle gar nicht ord-

nungsgemäss ausüben. Zweck war eben, die deutsche Revolution in russische Bahnen zu leiten.

Wie war das zu vermeiden? Eine Gegenaktion konnte nicht im Reichstag, sondern nur von ausserhalb eingeleitet werden. Da im Reichstag keine Mitglieder der sozialdemokratischen Parteileitung mehr zu finden waren – Wels hatte, wie ich später erfuhr, den Reichstag verlassen, ehe ich angelangt war – ging ich zunächst nach der Reichskanzlei. Dort traf ich auf der Treppe Conrad Haussmann. Er erkundigte sich nur flüchtig nach meinen Kieler Eindrücken, denn er stand ganz im Zeichen der Berliner Erlebnisse. Er erklärte mir, dass Abgeordnete bürgerlicher Fraktionen in einer rein sozialistischen Regierung auch nicht als technische Mitarbeiter ohne eigenes Mitbestimmungsrecht mitwirken könnten. Sie könnten für eine solche Regierung keinerlei Mitverantwortung übernehmen.

Mit welcher Mässigung im Übrigen die Berliner Revolution eingeleitet wurde, zeigten alle an jenem Abend raschestens formulierten Kundgebungen. In einem Aufruf an die Bürger und Arbeiter sagten Paul Hirsch (als Beauftragter des Reichskanzlers und Innenministers), Eugen Ernst, Carl Leid und Hans Sassenbach (für den Volksausschuss), Baumann, Gelberg und Hertel (für den Soldatenrat) und Korsten (für die Berliner Generalkommission) am 9. November:

«Zur wirksamen Durchführung der revolutionären Bewegung ist Ordnung und Ruhe nötig.

Die Bevölkerung wird dringend gebeten, Strassenaufläufe zu unterlassen und nach Eintritt der Dunkelheit die Strasse zu meiden.

Die Gross-Berliner Magistrate arbeiten in Übereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Gross-Berliner Schutzmannschaft hat sich in den Dienst des Volkes gestellt. Lebensmittelautos und städtische Autos dürfen nicht angehalten werden.

Die Lebensmittelversorgung Gross-Berlins darf nicht gestört werden. Die Lebensmittelvorräte und Lebensmittelkarten-Verteilungsstellen unterstehen dem Schutze des Volkes. Sämtliche gemeinnützige Einrichtungen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Sparkassen und andere öffentliche Kassen, ebenso die Verkehrsmittel, werden ebenfalls dem Schutze des Volkes unterstellt.

Der Volksausschuss zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Gross-Berlin wird diese Einrichtungen durch Beauftragte beschützen. Die geschützten Einrichtungen werden durch Plakate kenntlich gemacht.

Die Beauftragten sind mit roten Armbinden mit dem Aufdruck «Volksausschuss» versehen. Sie führen ausserdem Legitimationskarten. In ihrer Tätigkeit werden sie durch Abgeordnete des Arbeiter- und Soldatenrats unterstützt.

Die Bürgerschaft wird gebeten, die Beauftragten des Volksausschusses in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.»

Gleichzeitig sprach sich der «Arbeiter- und Soldatenrat» gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben aus:

«Es dürfen nicht streiken:

1. Handels-, Verkehrs- und Transportgewerbe (insbesondere sämtliche Kutscher und Fahrer der Spedition, Lager, Lebensmittel und Kohlen).
2. Lebens- und Genussmittelbrandie (insbesondere Fleischer, Bäcker, Brauer, Restaurationsbetriebe (ausser Cafés).
3. Lebenswichtige Staats- und Gemeindebetriebe (insbesondere Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation, Strassenreinigung, Müllabfuhr und ähnliche).
4. Haus- und Pflegepersonal (ausser Hauspersonal) der Krankenhäuser, Pflege- und Heilstätten.»

Damit sollten die Streiks, die ausgebrochen waren, um Wilhelm II. zur Abdankung zu zwingen und eine Volksregierung herbeizuführen, beendet werden.

Zum Schutze der gemeinnützigen Betriebe der Stadt Berlin hatten sich die Berliner Leitungen der beiden sozialistischen Parteien mit der Berliner Leitung der Gewerkschaftskommission, der Berliner Leitung der Hirsch-Dunck ersehen Vereine und dem Kartell der Berliner christlichen Gewerkschaften als «Volksausschuss» zusammengeschlossen. Der Berliner Leitung der Unabhängigen wurde diese Beteiligung am Volksausschuss später recht übelgenommen, zumal die Instanzen nicht gefragt worden waren, wie der «Revolutionsbürokrat» Richard Müller in seiner Geschichtsklitterung vermerkt.

Der frühere Staatssekretär der Finanzen und damalige Oberbürgermeister Wermuth war diesem Volksausschuss als Vertreter der Berliner Stadtverwaltung beigetreten.

Erfreulich war, dass sich die Vertreter aller Arbeiterorganisationen sofort einmütig zusammenfanden, um nach besten Kräften neue Not von der Bürgerschaft fernzuhalten. Die politische Schulung des deutschen Arbeiters bewährte sich in der Zeit des politischen Umsturzes überall dort, wo die bewährten Leiter der Arbeiterorganisationen das Wort und die Feder führten. Es war nur die Frage, ob diese geschulten Kräfte in der Revolutionszeit führend blieben. Am 10. November erschien im «Vorwärts» folgende Anzeige:

«Organisatoren gesucht!

Personen, die imstande sind, die Aufsicht über gemeinnützige und städtische Betriebe aller Art zu übernehmen, werden dringend gesucht.

Wer hierzu bereit ist, möge sich auf dem Büro seiner Organisation melden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.»

Ebert war zunächst durch Besprechungen festgehalten, als ich ins Reichskanzlerpalais kam. Endlich wurde er frei. Er war über meine

Kieler Eindrücke erfreut. Aber die Kieler Vorgänge standen jetzt im Hintergrund. Seine Sorge galt dem Verlauf der Berliner Bewegung. Vor allem den am kommenden Tage zu erwartenden Auseinandersetzungen, die nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland entscheidend werden konnten. Ich erfuhr von ihm, dass nach einer Besprechung mit den in der Reichskanzlei anwesenden Mitgliedern des Parteivorstandes und dem Genossen Landsberg der Abgeordnete Wels beauftragt worden war, die Vertreter der Arbeiter und Soldaten, soweit das noch irgend möglich war, aufzuklären. Fraglich blieb, ob es gelingen würde, die mit allen Mitteln der List und der Überrumpelung arbeitenden Spartakisten auf die Linie gemeinsamer Arbeit mit der Mehrheits-Sozialdemokratie zu zwingen. Davon konnte das Schicksal der Revolution abhängen.

Ob die Revolution sich behaupten würde, darüber waren am Abend des 9. November immerhin noch Zweifel vorhanden. Immer wieder tauchte das Gerücht auf, dass in der ersten Revolutionsnacht von Potsdam her auf Wilhelms gerader Heerstrasse Teile der dortigen Garnison angerückt kämen, um die Revolution niederzuschlagen. Wo wären in diesem Falle die militärischen Leiter der notwendig werdenden Gegenaktion zu finden gewesen? Am Vormittag des 9. November hatten einige Offiziere folgenden Aufruf erlassen:

«An die Offiziere der Garnison Berlin und seiner Vororte!

Nachdem der Kaiser abgedankt hat, wird zurzeit eine neue Regierung gebildet.

Alles kommt darauf an, dass Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird.

Es ist vaterländische Pflicht eines jeden deutschen Offiziers, dafür zu sorgen, dass Blutvergiessen vermieden wird.

Unsere ganze Kraft gehört jetzt dem deutschen Volke.

Göhre, M. d. R., Leutnant der Landwehr II, Landsturmregiment 19; Collin-Ross, Leutnant d. R., Auslandsabteilung der OHL.; Südekum, Leutnant der Landwehr I, Eisenbahnregiment I; Tiburtius, Leutnant d. R., 3. Garderegiment zu Fuss.»

War unter ihnen ein militärischer Führer? Nein!

Im Übrigen dachte die Potsdamer Garnison gar nicht daran, sich für den Kaiser zu schlagen. Auch dort hatte sich bereits in der Kaserne des I. Garderegiments zu Fuss ein Soldatenrat gebildet. Auf Schloss Glienicke hatte der Sohn des Feldmarschalls Prinz Friedrich Karl, der Prinz Friedrich Leopold von Preussen, bereits die rote Fahne aufziehen lassen. So gab ein Hohenzollernprinz schon am 9. November die Dynastie preis.

Wilhelm II. hatte in der Unterredung, die Helfferich nach der Entstehung der Friedensresolution im Garten des damaligen Reichsamts des Innern, Wilhelmstrasse 74, am 20. Juli 1917 arrangiert hatte, den Parteiführern erklärt: «Wo die Garde auf tritt, da gibt es keine Demokratie!» Am 9. November war die Garde zum revolutionären Volke übergegangen. Auf den Berliner Schlössern wehte die rote Fahne. Wilhelm II. war nach Holland geflohen. Wer will bestreiten, dass das Volk von Berlin am 9. November 1918 auf der ganzen Linie gesiegt hat?

IV. Der 10. November

Als ich am folgenden Sonntag morgens in das Büro des Parteivorstandes kam, meldeten sich ununterbrochen Genossinnen und Genossen, die helfen wollten und nur auf Verwendung warteten, bereit, ihre ganze Kraft für den werdenden neuen Staat einzusetzen. Legitimationen wurden stossweise mit der Schreibmaschine geschrieben. Alle vorhandenen Stempel wurden auf die fertigen Ausweise gedrückt. Rote Armbinden wurden verteilt. Beobachtungsposten wurden nach allen Windrichtungen gesandt. Das Telephon spielte ununterbrochen. Die Genossen in den Vororten warteten auf Ordres. Alle geschulten Genossen waren in Aufregung, weil sie begriffen hatten, was die Ausschreibung der Zirkus-Busch-Versammlung bedeuten sollte. Otto Wels hatte noch am Abend vorher alle Vorbereitungen zur Ausführung des Auftrages getroffen, der ihm zuteil geworden war. Schnell und umsichtig war er zuwege gegangen. Die Betriebsvertrauensleute der Partei waren für Sonntag Nachmittag 2 Uhr nach dem Hause Lindenstrasse 3 berufen worden. Dort sollten sie vor Beginn der Zirkus-Busch-Versammlung über den Stand der Verhandlungen mit den Unabhängigen informiert werden. Die Entscheidung der Zirkus-Busch-Versammlung durfte auf keinen Fall dem Zufall überlassen werden. Noch viel wichtiger aber war die zweite Aufgabe: jene Soldaten zu informieren, die aus ihrem früheren Organisations Verhältnis heraus Verbindung mit der Partei hatten. Diese Verbindung war im Krieg vielfach lose geworden.

Otto Wels hatte schnell ein Flugblatt geschrieben, das noch in der Nacht in 40'000 Exemplaren gedruckt wurde: «An alle Truppenteile, welche auf dem Boden der Politik stehen, die der ‚Vorwärts‘ vertritt». So wandte sich das Flugblatt an die Soldaten und forderte sie auf, sofort Vertreter zu wählen und diese ebenfalls um 2 Uhr nachmittags nach

dem Vorwärtsgebäude zu senden. Zur Verteilung des Flugblattes konnten genügend Genossen aufgeboten werden, die bereit und imstande waren, seinen Inhalt mündlich zu erläutern. Sie fuhren in Autos nach allen Kasernen. Was der «Vorwärts» wollte, das wussten die Soldaten: «Frieden und Schaffung einer von Sozialisten geleiteten Republik.»

Das war der Gegenzug gegen den Versuch der «revolutionären Oberteile», die Mehrheitssozialdemokraten zu überrumpeln. Der Gegenzug glückte. Die Berliner Garnison übte in den Kasernen ihr Wahlrecht aus. Am Nachmittag erschienen 148 legitimierte Soldatenvertreter, die bereit waren, für die Friedens- und Freiheitspolitik der Mehrheitssozialdemokratie zu zeugen. Der Name von Otto Wels war seit seiner Ansprache an die Naumburger Jäger bei den Soldaten mit einem Schlage populär geworden.

Inzwischen amtierte Ebert um die Mittagszeit in der Reichskanzlei als Kanzler. Er musste ohne Aufschub handeln, denn die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen waren eingelaufen. Sie zeigten bereits, dass dieser Krieg nicht mit einem Frieden des Rechts abgeschlossen werden würde. Die Oberste Heeresleitung drängte trotzdem auf alsbaldigen Abschluss des Waffenstillstandes. Der Kriegsminister bezeugte, dass nach seiner Auffassung von einer Kapitulation im Felde keine leichteren Bedingungen zu erwarten wären. Die Oberste Heeresleitung war bereit, von sich aus abzuschließen. Da Conrad Haussmann und Gröber die Legitimität des Kabinetts wegen des staatsrechtlichen Zustandes anzweifeln, die Antwortnote an Lansing aber hinausgehen musste, wurde es Ebert und Solf überlassen, die Note zu redigieren und abzuschicken.

Foch hatte eine vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten rundweg abgelehnt. Seine Waffenstillstandsbedingungen, die sechs Stunden nach Unterzeichnung in Kraft treten sollten, nahmen auf den in Deutschland eingetretenen Umschwung nicht die geringste Rücksicht. Abzugeben waren 5'000 Kanonen, 30'000 Maschinengewehre, 3'000 Minenwerfer, 2'000 Flugzeuge. Frankreich, Belgien und Elsass-Lothringen sollten sofort geräumt werden. Das linke Rheinufer mit Mainz, Köln und Koblenz sollte von den Ententetruppen besetzt werden. Am rechten Rheinufer sollte eine 30-40 Kilometer tiefe neutrale Zone gebildet werden. Deutschland sollte 5'000 Lokomotiven, 150'000 Wagons und 10'000 Kraftwagen abliefern. Es hatte die Besatzungstruppen

zu unterhalten. Die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest wurden annulliert. 100 U-Boote, 8 Kreuzer und 6 Schlachtschiffe sollten abgegeben, die übrigen desarmiert und überwacht werden. Nach allem diesem aber noch mehr: Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit und Bestehenbleiben der Blockade Deutschlands. Der Waffenstillstand sollte 30 Tage dauern.

Die Frage war, ob diese militärischen Räumungsforderungen überhaupt durchführbar waren. Abgeschlossen musste der Waffenstillstand jedenfalls werden. Das wurde auch in Solfs Note an Lansing gesagt und gebeten, bei den alliierten Mächten auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen hinzuwirken. Jedenfalls drohten der kommenden neuen Regierung die schwersten Sorgen.

Der Reichstag war auf Mittwoch, den 13. November, einberufen. Nach Ausbruch der Revolution war aber an eine Tagung des Reichstags nicht mehr zu denken. Ebert erklärte deshalb auch auf eine Anfrage Fehrenbachs, dass eine Sitzung des Reichstags am Mittwoch ausgeschlossen sei, und dass er den Plan habe, eine Nationalversammlung einzuberufen. Fehrenbach sah das ein und reiste nach seiner badischen Heimat ab. Auf der Tagesordnung des Reichstags, der zu seiner 198. Sitzung einberufen war, stand u.a. ein Nachtrag zum Haushaltsplan, Kriegskredite betreffend.

Der Vizekanzler Payer und die Staatssekretäre aus den bürgerlichen Parteien gaben am 10. November ihre Demission und verliessen Berlin. Ebert hatte inzwischen Landsberg, der neben ihm und Scheidemann in das mit den Unabhängigen zu bildende Kabinett eintreten sollte, berufen. Um $\frac{1}{2}$ Uhr erschien Dittmann mit anderen Vertretern der Unabhängigen in der Reichskanzlei und brachte die Antwort auf das Schreiben der Mehrheitssozialdemokratie vom Tage zuvor. Die Unabhängigen erklärten sich bereit, zur Befestigung der revolutionären sozialistischen Errungenschaften in ein Kabinett einzutreten, das aus sechs Sozialdemokraten zu bestehen hätte. Die Volksbeauftragten – je drei aus jeder der beiden Parteien – sollten gleichberechtigt miteinander arbeiten. Die Fachminister, die nicht Sozialdemokraten zu sein brauchten, sollten nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts sein. Jedem von ihnen sollte aus jeder der beiden sozialistischen Parteien je ein Mitglied mit gleichen Rechten beigeordnet werden. Auf die Fristbestimmung für

die Dauer des Kabinetts verzichteten die Unabhängigen. Die politische Gewalt sollte in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegen, die alsbald aus dem ganzen Reiche zu einer Vollversammlung zusammengerufen werden sollten. Die Nationalversammlung sollte hinausgeschoben werden. Das war der Sinn des folgenden Satzes des von Haase gezeichneten Schreibens:

«Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.»

Das letztere lag nicht in den Absichten Eberts, der zu Payer und Fehrenbach bereits geäußert hatte, dass die baldige Einberufung der Nationalversammlung nötig sei. Ohne die Einberufung einer solchen war an eine Konsolidierung der deutschen Verfassungsverhältnisse nicht zu denken. Andererseits war keine Zeit zu neuen Verhandlungen vorhanden. Tatsächlich lag die politische Gewalt zur Zeit in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, soweit politische Gewalt überhaupt vorhanden war. Den Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten war es also durchaus möglich, auf den Vorschlag der Unabhängigen einzugehen, um damit die schnellstens erforderliche Einigung der beiden sozialistischen Parteien mit dem Ziele der Bildung einer gemeinsamen Regierung herbeizuführen. So wurden die Bedingungen angenommen und zugleich das Einverständnis erklärt, dass Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth in das zu bildende Kabinett der sozialistischen Volksbeauftragten eintraten.

Die so vollzogene Einigung fand in den Reihen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter freudigste Zustimmung. Der einfache Mann von der Strasse – und dieser beeinflusste zum ersten Male unmittelbar die deutsche Politik – war rein gefühlsmässig für den Zusammenschluss aller Kräfte der Arbeiterklasse.

Am Morgen des 10. November ging der «Vorwärts» von Hand zu Hand. Er war über Nacht zum «Reichsanzeiger» geworden. Friedrich Stampfer, sein politischer Chef, hatte im Vorgefühl der heraufziehenden Revolution seit Tagen die Notwendigkeit der Einigung gepredigt. Sein Sonntagsleitartikel trug die Überschrift «K ein Bruderkampf» – eine nur zu notwendige Mahnung:

«Heute gilt es nicht, sich hemmungslosem Jubel hinzugeben, sondern es heisst, für die Zukunft zu sorgen und zu schaffen. Bleibt einig und geschlossen! Vermeidet das Chaos! Kein Schauspiel der Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft in sinn-

losem Bruderkampf! Nehmt Euch Bayern zum Beispiel, dort gibt es keine Spaltung mehr! Es geht um das Wohl und die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse. Die Bruderhand liegt offen – schlagt ein!»

Feindlich der Einigung blieb der linke Flügel der Unabhängigen, der seit 1917 mit der Zellenbildung in dieser Partei begonnen hatte und in sklavischer Nachahmung russischer Methoden die eben glücklich vollzogene Umwälzung russisch weiter treiben wollte.

Die Abonnenten des Lokalanzeigers fanden auf der ersten Seite ihres Blattes am Morgen des 10. November die Mitteilung:

«Zur Beachtung! Der seitherige Lokalanzeiger wurde von uns erst in später Abendstunde übernommen, so dass wir zur Füllung des Blattes eine Reihe gesetzter Mitteilungen aufnehmen mussten, die also nicht in der Form dargeboten sind, wie wir die Dinge und Ereignisse darzustellen beabsichtigen. Von morgen ab wird dies anders werden.»

Die Redaktion der «Roten Fahne»,
Organ der Spartakusgruppe

Am Kopf des Blattes stand: «Die Rote Fahne, ehemaliger Berliner Lokalanzeiger.» Die Spartakusleute hatten sich mit Gewalt der Scherldruckerei bemächtigt. Zur Herstellung eines neuen wirklichen Spartakusblattes war es zu spät gewesen. Die «Rote Fahne» nannte den vollzogenen Umsturz eine bürgerliche Revolution:

«Es ist wie bei allen bürgerlichen Revolutionen. Die Ereignisse überstürzen sich. Alle Ereignisse erscheinen in Feuerbrillanten gefasst. Die Ekstase ist die Atmosphäre des Tages! So spricht Marx. Aber er spricht auch von dem Katzenjammer, der den bürgerlichen Revolutionen folgt. Hüten wir uns vor einem Katzenjammer.»

Das Volk von Berlin hatte am 9. November bewiesen, dass es von jedem Revolutionsrausch frei war. Würde es der Spartakusgruppe gelingen, die Massen trunken zu machen? jedenfalls wurde die Hetze gegen Ebert sofort eröffnet, indem aufgefordert wurde, seinem Aufruf nicht zu folgen:

«Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Strasse zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und in jedem Augenblick auf der Hut zu sein.»

Verlogen hiess es weiter:

«Die Aufforderung des vom gestürzten Kaiser neugebackenen Reichskanzlers verfolgt nur den Zweck, die Massen heimzusenden, um die alte Ordnung wiederherzustellen. Arbeiter, Soldaten, bleibt auf der Hut!»

Dabei hatte der zur Abdankung gezwungene Kaiser am 9. November an seinen ältesten Sohn weinerlich geschrieben:

«Lieber Junge! Da der Feldmarschall mir meine Sicherheit hier nicht mehr gewährleisten kann und auch für die Zuverlässigkeit der Truppen keine Bürgschaft

übernehmen will, habe ich mich entschlossen, nach schwerem innerem Kampf das zusammengebrochene Heer zu verlassen. Berlin ist total verloren in der Hand der Sozialisten. Dein tiefgebeugter Vater Wilhelm.»

Eine andere Gruppe der Linksradikalen hatte sich der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» bemächtigt, die unter dem Titel, «Die Internationale, früher Norddeutsche Allgemeine Zeitung» nun mit sozialistischem Inhalt erschien. Im Ullsteinhaus wurde die «Berliner Allgemeine Zeitung» zwangsweise mit sozialistischem Inhalt versehen, während «Berliner Morgenpost» und «Vossische Zeitung» ungehindert erscheinen konnten. Die «Berliner Allgemeine Zeitung» trug am Kopf die fettgedruckten Worte: «Erscheint auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrats ab heute als Organ der Unabhängigen. Chefredakteur E. Vogtherr.»

Bei dieser Gelegenheit übrigens eine Richtigstellung. In dem Buche «50 Jahre Ullstein», das der Ullsteinverlag 1927 herausgab, ist gesagt, dass ich am Nachmittag des 9. November, nachdem Demonstrationen auch in das Ullsteinhaus in der Kochstrasse eingedrungen waren, dort plötzlich erschienen sei, mich als Hermann Müller vom sozialdemokratischen Parteivorstand und als Mitglied des grossen Aktionsausschusses von Berlin vorgestellt und die bestimmte Erklärung abgegeben hätte, dass die Einstellung der Arbeiten in der Druckerei keineswegs verlangt und die bürgerlichen Zeitungen nach wie vor unter Wahrung der Pressefreiheit erscheinen könnten. Lediglich die Aufnahme der Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats würden verlangt. Dies sei zugesagt worden.

Hier muss eine Verwechslung vorliegen. Das muss ein anderer Müller gewesen sein. Jedenfalls aber keiner vom Parteivorstand der Sozialdemokratie. Ich war um diese Zeit noch mit Haase und übrigens auch mit Mendel vom Hause Ullstein auf der Rückreise von Kiel, also noch nicht in Berlin eingetroffen. Für die Wahrung der Pressefreiheit trat ich allerdings stets ein. Das hat mir in späteren Tagen der Revolutionszeit genug Angriffe eingetragen. Übrigens verschwand Emil Vogtherr bereits am 13. November wieder aus dem Ullsteinhause.

Die liberale Presse anerkannte die Revolution als Tatsache. Im «Berliner Tageblatt» nannte Theodor Wolff die Berliner Revolution die grösste aller Revolutionen, «weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so mit einem Anlauf genommen worden ist». Er gelobte Ebert Unterstützung, damit das Chaos vermieden werde und

verlangte nach einer Nationalversammlung, die frei und souverän über die Frage entscheiden sollte, ob Deutschland eine Republik werden oder in welcher Form es sonst in Zukunft seinen Weg gehen sollte. Dass das bisherige System versagt hatte und die Demokratie die Nachfolge antreten müsste, darüber gab es bis ins Lager der Rechten hinein keine Zweifel. Das Organ des «Bundes der Landwirte», die «Deutsche Tageszeitung», hatte bereits am 8. November geschrieben:

«Die Regierungsgewalt kann dauernd nur von einer Regierung ausgeübt werden, die ihr Mandat aus dem auf ordnungsmässigem Wege einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen des deutschen Volkes empfangen hat.»

Das war kein Augenblickseinfall. Im Interesse der Ordnung und damit in Wahrung der ureigenen Belange der Agrarier schrieb die «Deutsche Tageszeitung» am 12. November:

«Wir wiederholen nochmals, dass das deutsche Bürgertum schon aus dringendstem eigenem Interesse durchaus bereit ist, die sozialistische Regierung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unter Zurückstellung aller grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten nachdrücklichst zu unterstützen.»

Die «Deutsche Tageszeitung» entfernte am 11. November an der Spitze des Blattes die Worte «Für Kaiser und Reich». Die «Kreuzzeitung» sogar wurde realpolitisch und strich damals, angeblich auf Druck des Personals, am Kopfe des Blattes die Worte «Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!» So hatte die Monarchie am 10. November in Berlin ihre publizistischen Vertreter verloren. Sie dachten nur noch an die Notwendigkeit «des Schutzes des heiligen Eigentums» unter der werdenden neuen Ordnung.

Selbst der Kronprinz wollte seine Truppen in vollster Ordnung und Disziplin in die Heimat zurückführen und sich wie Hindenburg der Regierung zur Verfügung stellen. Ja, er wollte sich sogar verpflichten, «in dieser Zeit nichts gegen die Regierung zu unternehmen». Der Staatssekretär von Hintze erhielt den Auftrag, bei der Regierung zu sondieren. Diese Anfrage war reichlich naiv.

Die Regierung lehnte am 10. November spät abends telephonisch die Belassung des Kronprinzen in seiner militärischen Stellung ab. Der ehemalige Kronprinz sah darin die Bewilligung des schlichten Abschieds. Er fuhr «als freier Mann» nach Holland, nachdem er dem Generalfeldmarschall von Hindenburg gegenüber nochmals betont hatte, dass er sich zu jeder Verwendung bereitgefunden hätte.

Die Berliner Revolutionäre brauchten sich am 10. November über eines keine Sorge zu machen: Kräfte gegen Revolution und Republik

wurden an keiner Stelle gesammelt. Die Gefahr, die vielmehr der Revolution drohte, war die Uneinigkeit im revolutionären Lager selbst.

Die zu der Nachmittagssitzung eingeladenen Vertrauensleute der Partei aus den Betrieben und Kasernen waren so zahlreich erschienen, dass die Versammlung von der Lindenstrasse nach den Kammersälen in der Teltower Strasse verlegt werden musste. Dort gab Otto Wels einen kurzen Bericht über die Tagung der Linksradiكالen, die am Abend vorher im Plenarsitzungssaal des Reichstags stattgefunden hatte. Er legte dar, wie in der Zirkus-Busch-Versammlung die Sozialdemokratie überrumpelt werden sollte, damit so die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie von der Regierung ferngehalten würden. Eine Berliner Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte habe überhaupt nicht das Recht, für die Dauer eine Regierung für das deutsche Volk zu bestellen. Wels zeigte bereits an, worum der Kampf im Grunde ging. Es war der Kampf für oder gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Die Soldaten, die sich ohne Unterschied der Partei auf die Seite des Volkes gestellt, hätten das getan, weil von nun an wirklich das Volk selber bestimmen sollte. Sie hätten die Pflicht, dieses Recht des ganzen Volkes zu verteidigen. Wenn die Soldaten die Politik, die der «Vorwärts» vertreten hätte, zum Siege führen wollten, müssten sie in der Zirkus-Busch-Versammlung für die Einberufung einer Nationalversammlung eintreten. Bis dahin müsse eine paritätische Regierung der beiden sozialistischen Parteien regieren. Würden die Unabhängigen unter dem Druck ihres linken Flügels die Einigung ablehnen – Wels wusste von den Verhandlungen, die zur gleichen Zeit in der Reichskanzlei zu einer Einigung geführt hatten, noch nichts – so bliebe nur eine Regierung Ebert-Scheidemann übrig. Ihr müssten die sozialdemokratischen Soldaten zur Verfügung stehen, wie das die Naumburger Jäger wegweisend getan hätten.

Wels Ansprache fand allgemeine Zustimmung. Es wurde einstimmig beschlossen, sofort einen Aktionsausschuss der Berliner Truppenteile zu bilden. Da in den überfüllten Kammersälen eine Diskussion zweckmässigerweise nicht eröffnet werden konnte – im Übrigen jetzt auch keine Zeit zum Reden, sondern nur noch zum Handeln war – traten die Vertreter der Soldaten geschlossen an und marschierten nach der Lindenstrasse 3 zurück. Sie versammelten sich im zweiten Hof des Vorwärtsgebäudes. Dort wurde ein Aktionskomitee gewählt und die in der Zirkus-Busch-Versammlung einzuschlagende Taktik kurz beraten. Ein Spartakist, der sich auf dem Wege zur Lindenstrasse dem Zuge der Soldatenräte aus Neugier angeschlossen hatte, merkte, was vorging und schrie, indem er Wels mit seinem Revolver bedrohte, wie ein Wüterich:

«Du Hund wirst uns noch alles verderben!⁴⁴ Geschossen hat er nicht. Deshalb wurde er auch nicht gelyncht.

Die im Hofe des Vorwärtsgebäudes Versammelten hatten begriffen, von welch entscheidender Bedeutung ihr Zusammenhalt für den weiteren Gang der revolutionären Ereignisse sein musste. Inzwischen war auch der Führer der Soldaten gefunden worden. Richard Fischer hatte unter den Soldatenvertretern Hermann Molkenbuhrs Sohn Brutus erkannt. Unter dessen Führung marschierten die auf dem Boden der mehrheitssozialdemokratischen Politik stehenden Soldatenvertreter um 4¼ Uhr geschlossen nach dem Zirkus Busch.

Im Zirkus Busch hatten sich ca. 3'000 Vertreter der Arbeiter und Soldaten Berlins eingefunden. Eine wirkliche Kontrolle wurde nicht geübt, weil das gar nicht möglich war. Wer sollte auch die Legitimationen prüfen, die von den Betriebsversammlungen ausgestellt oder auch nicht ausgestellt worden waren? Die Vertreter der Betriebe waren sicher gegenüber den Vertretern der Kasernen und Lazarette in der Mehrzahl. Sollte sich aus diesem so chaotischen Gewoge wirklich der Kern einer Regierung bilden können?

Der Spartakusbund hatte am Vormittag ein Flugblatt verteilen lassen, in dem es hiess:

«Es darf keine Stimme einem Sozialisten gegeben werden, der bereit ist, gemeinsam mit den Bürgerlichen oder den Regierungssozialisten in eine Regierung zu treten. Parteigenossen! Die Bürgerlichen und die Regierungssozialisten wollen Euch in die Regierung haben, damit Ihr ihnen helft, ihre Sünden zu verdecken. Dazu seid Ihr zu gut! Sie mögen endgültig abdanken oder selbst die Folgen einer verbrecherischen Kriegspolitik tragen.»

Nach diesem Flugblatt, das vor der Einigung der beiden sozialistischen Parteien ausgegeben war, wäre nichts übriggeblieben, als eine Spartakus-Regierung zu bilden. Denn Haase, Dittmann und Barth waren bereits für eine gemeinsame sozialistische Regierung gewonnen worden.

Emil Barth eröffnete um 5^h Uhr die Versammlung im Zirkus Busch mit einem Hinweis auf die einmütige Haltung der Soldaten zur Revolution und einem Nachruf für die Opfer, die der 9. November erfreulicherweise in so geringer Zahl in Berlin gefordert hatte. Als Vorsitzende der Versammlung wurden die beiden Unabhängigen Emil Barth und Richard Müller und der seit einiger Zeit mit den Unabhängigen in Fühlung befindliche Oberleutnant Walz gewählt, zum Schriftführer Brutus Molkenbuhr. Dann erhielten zu Ansprachen das Wort Ebert für die

Mehrheitssozialdemokraten, Haase für die Unabhängigen und Liebknecht für den Spartakusbund. Eberts Mitteilung, dass zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien die Einigung über die Bildung einer gemeinsamen sozialistischen Regierung nachmittags vollzogen worden sei, löste brausenden Beifall aus. Störende Zwischenreden der Spartakusanhänger fanden erregte Zurechtweisung. Aber die «revolutionären Obleute» gaben ihr Spiel noch nicht auf.

War eine paritätisch zusammengesetzte Regierung bei der Stimmung der Arbeiterschaft nicht zu verhindern, so wollten die Linksradi-kalen durchsetzen, dass in dem zu bildenden Vollzugsrat der Arbeiter und Soldaten als Arbeitervertreter nur Unabhängige und Spartakisten gewählt würden. Neben Barth und Richard Müller wurden u.a. Ledebour, Liebknecht und Rosa Luxemburg vorgeschlagen. Als der Genosse Büschel die Tribüne bestieg, um eine Liste bewährter Vertrauensleute der Sozialdemokratie vorzuschlagen und die paritätische Zusammensetzung auch für die Arbeitervertreter im Vollzugsrat zu verlangen, stiess ihm der Vorsitzende Barth mit der Glocke in den Rücken. Aber auch das verfehlte seine Wirkung. Im Gegenteil, je lärmender die revolutionären Obleute gegen die paritätische Zusammensetzung demonstrier-ten, desto heftiger wurde der Widerspruch der Anhänger der Einigung.

Besonders die feldgrauen Genossen verlangten stürmisch die gleiche Zusammensetzung wie die der Regierung. Sie drohten schliesslich mit der Errichtung einer sozialistischen Militärdiktatur für den Fall, dass die Einigung nicht vollzogen würde. So siegte endlich unter dem Druck der Soldaten die Vernunft.

Für die Mehrheitssozialdemokraten wurden Büschel, Heller, Hiob, Jülich, Mainz und Rusch, für die Unabhängigen Barth, Eckert, Ledebour, Richard Müller, Neuendorf und Wegmann gewählt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der Spartakusgruppe hatten die Wahl in einen paritätisch zusammengesetzten Vollzugsrat schroff abgelehnt. Als Soldaten Vertreter wurden Bartusch, von Beerfelde, Bergmann, Echtmann, Gerhardt, Hase, Hertel, Köhler, Lampert, Brutus Molkenbuhr, Walz und Wumpel ausgerufen. Als der Vorsitzende mitteilte, dass nach vollzogener Einigung das politische Kabinett der Volksbeauftragten aus Ebert, Landsberg, Scheidemann, Dittmann, Haase und Barth nunmehr zu bestätigen sei, erfolgte diese Bestätigung gegen vereinzelte

Stimmen. Die Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten wurde sodann stürmisch bejubelt.

Auf Antrag von Eckert wurde ein von linksradikaler Seite vorbereiteter, von Däumig verfasster, langer Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrats an das werktätige Volk erlassen:

«Das alte Deutschland ist nicht mehr!» «Die Dynastien haben ihre Existenz verwirkt.» «Deutschland ist eine Republik geworden, eine sozialistische Republik.»

Das letztere war nicht richtig. Deutschland war wohl eine Republik, aber noch keine sozialistische. Durch ein Manifest konnte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wahrlich nicht durchgeführt werden. Ganz utopisch aber war der Satz:

«Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, dass in der ganzen Welt sich eine Umwälzung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, dass das Proletariat aller Länder seine Macht einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluss des Krieges zu verhindern.»

In den Ländern der Sieger kümmerten sich beim Abschluss des Gewaltvertrages von Versailles die Machthaber um die Auffassung der Sozialisten und der Spartakusleute nicht im Geringsten.

Seine Herkunft verriet der Aufruf deutlich an der Stelle, die sich auf die russische Revolution bezog, die der deutschen auf dem Wege vorgeschritten sei.

Den russischen Arbeitern und Soldaten wurden brüderliche Grüsse gesandt. Die sofortige Aufnahme der völkerrechtlichen Beziehungen zu Russland wurde verlangt und dessen Vertretung in Berlin erwartet.

Der Aufruf wurde nach der Verlesung freundlich aufgenommen. Kritik an Einzelheiten war in den späten Abendstunden jenes erregten Tages sowieso unmöglich. Sie hätte auch die mühsam vollzogene Einigung gefährden können.

In seinem Schlusswort pries Emil Barth die nun vollzogene Einigung des Proletariats. Mit einem brausenden Hoch auf die Republik ging die erste Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte auseinander.

Das historische Ergebnis des 10. November war, dass wir nicht nur für die innere Politik, sondern vor allen Dingen gegenüber dem Ausland eine Regierung hatten, der die Legitimation zur Führung von Friedensverhandlungen trotz ihres revolutionären Ursprungs nicht bestritten werden konnte. Ein grosser Schritt nach vorwärts war getan.

V. Der Rat der Volksbeauftragten

Bevor ich im Februar 1911 als Delegierter der Deutschen Sozialdemokratie zum Kongress der französischen Sozialistischen Partei nach Lyon fuhr, hatte ich eine längere Unterredung mit August Bebel über die deutsch-französischen Beziehungen im Allgemeinen und über das Elsass-Lothringische Problem im Besonderen und vor allen Dingen über die Kriegsgefahr, die sich aus dem Wettrüsten für ganz Europa ergeben konnte. Bebel war damals Optimist. Er hoffte, dass ein Weltkrieg vermieden würde, den er sich nur als einen Krieg von kurzer Dauer vorstellen konnte. Die Zerstörung aller wirtschaftlichen Beziehungen auf dem ganzen Kontinent musste Bebels Auffassung nach zur baldigen Beendigung eines Krieges führen, in dem der Dreibund den vereinigten Mächten Frankreich und Russland gegenüber- stehen würde. An ein sofortiges Eingreifen Englands in einem solchen Kriege dachte damals noch niemand. Bebel setzte bei der deutschen Regierung im Ernstfall ein grosses Mass von Vernunft voraus. Er bat mich insbesondere, in Frankreich auf eine Rede zu verweisen, die Fürst Bülow am 5. Dezember 1904 im Reichstag gehalten hatte und in der als Polemik gegen Bebel der Satz vorkam:

«Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gemeint, die Früchte eines grossen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller grossen Länder, wie ich hoffe, festhalten werden an ihrer jetzigen ruhigen und besonnenen Friedenspolitik.»

Fürst Bülow hat 1904 sicher nicht geglaubt, dass seine Prophezeiung am Ende des Weltkrieges für Deutschland restlos in Erfüllung gehen würde. An dem Tage des Waffenstillstandes, der den Krieg vorläufig abschloss, hatte in erster Linie die Sozialdemokratie die «Früchte» des Weltkrieges davongetragen.

Würde es aber der neuen rein-sozialistischen Regierung Ebert-Scheidemann-Haase gelingen, sich zu halten, Deutschland zum Frieden zu führen und den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ohne die schwersten Erschütterungen durchzuführen?

Die sechs Mann, die von den Arbeiter- und Soldatenräten Berlins am 10. November als deutsche Regierung in den Sattel gesetzt worden waren, mussten dieses Wagnis unternehmen. Mit Ausnahme von Barth, der zuerst beim Januarstreik von 1918 einer weiteren Öffentlichkeit bekannt

geworden war, hatten sie sich in langjähriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ein hohes Mass von Vertrauen erworben. Seit der Zeit der Parteisplaltung hatten sie im schärfsten Bruderkampf nun über zwei Jahre gegeneinander gestanden. Dass sie sich trotzdem bereitfanden, nach bestem Willen und mit allen Kräften gemeinsam den Versuch zu wagen, Deutschland vor dem Versinken in das Chaos zu bewahren, zeigt, dass sie die hohe geschichtliche Aufgabe voll begriffen hatten, die ihnen das Schicksal gestellt hatte.

Friedrich Ebert und Hugo Haase waren bis zur Spaltung die beiden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei gewesen. Haase war 1911 Singers, Ebert 1913 Bebels Nachfolger geworden. Ebert gehörte seit 1905 dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei an. Seit 1906, wo ich hinzukam, hatten wir beide im Vorstand noch mit den Alten zusammengearbeitet, von denen nach Molkenbuhrs 1927 erfolgtem Tode heute keiner mehr lebt. Ebert erfreute sich in der Partei grossen Ansehens wegen seines klaren Blicks und seines praktischen Sinnes für das in der Partei und in der grossen Politik Mögliche. Er gehörte nicht zu den blendenden Rednern, aber seine Ausführungen zwangen durch ihre Logik die Hörer in seinen Bann. Sein eiserner Fleiss befähigte ihn zu grössten Leistungen. Seine rasche Auffassung der verwickeltesten Probleme verhinderte, dass er sich auch in schwierigen Situationen von unvorhergesehenen Zwischenfällen irritieren liess. Er war nicht ehrgeizig. Als nach dem Tode Paul Singers Karl Ulrich und Karl Legien trotz seiner Ablehnung ihn auf dem Parteitag in Jena 1911 als Singers Nachfolger vorschlugen, lehnte er konsequent ab. Wenn aber Ebert auf einen Posten gestellt wurde, füllte er ihn ganz aus. Er wuchs mit jeder neuen Aufgabe. In den Reichstag war er erst 1912 gekommen. Erst im Kriege kam der in der Partei längst Bewährte in die vorderste Reihe der sozialdemokratischen Parlamentarier. Nach Fehrenbachs Wahl zum Präsidenten des Reichstags, die nach Kämpfs Tode erfolgte, wurde Ebert Vorsitzender des Reichshaushaltsausschusses. Auch die Gegner sahen bald, welche Energiequelle das deutsche Volk in der Persönlichkeit Eberts besass, in liberalen und Zentrumskreisen erfreute er sich grosser Wertschätzung. Als Prinz Max von Baden Anfang 1918 seine Regierung bildete, gab er sich die grösste Mühe, Ebert für ein Regierungsamt zu gewinnen. Ebert trat mit der ganzen Wucht seiner Persönlichkeit in der Fraktion für die Beteiligung seiner Partei an der Regierung ein, lehnte aber selber ab. Er legte den grössten Wert darauf, bei dem Debakel, das er kommen sah, an der Spitze der Partei zu sein, um die dann

notwendigen wichtigen Entscheidungen vorbereiten und vertreten zu können. Ebert war als Kind Badens sozusagen Demokrat von Geburt. Wer ihn wegen seiner Haltung in der Zeit der Auseinandersetzungen um die Abdankung des Kaisers einer ungenügenden republikanischen Gesinnung zu verdächtigen sucht, tut ihm Unrecht. Ebert war überzeugter Republikaner. Er nahm, weil er v o r dem Abschluss des Waffenstillstandes schwere Störungen des Verfassungslebens vermieden wissen wollte, allerdings an den Diskussionen teil, die damals über die Kürung des Kaiserenkels und die Ernennung des Prinzen August Wilhelm zum Reichsverweser stattfanden. Aber sollte er auch nur einen Augenblick angenommen haben, dass Ende Oktober und Anfang November 1918 in einer solchen Reichsverweserschaft noch ein Ausweg gefunden werden konnte? Prinz Max von Baden berichtet in seinen Erinnerungen, dass Ebert am 9. November 1918, als er von ihm Abschied nahm, ihn inständig gebeten habe, zu bleiben und Reichsverweser zu werden, was er aber mit Rücksicht auf das von Ebert beabsichtigte Abkommen mit den Unabhängigen abgelehnt habe. Über eine solche Unterredung hat Ebert nie mit einem seiner Freunde gesprochen. Auch der württembergische Demokrat Conrad Haussmann, der ewige Prophet des Prinzen Max, der ihn schon im Sommer 1917 als Nachfolger Bethmanns empfahl und der noch 1919 in Weimar für ihn Propaganda machte, erwähnt von einem solchen Ansinnen nichts. Dass in einer Zeit, in der selbst Conrad Haussmann die Mitarbeit geglaubt hatte ablehnen zu müssen, Ebert ernsthaft daran gedacht haben sollte, dass Prinz Max als Reichsverweser bleiben würde, halte ich für ganz ausgeschlossen. Er wie wir alle wussten, dass die Massen des deutschen Volkes nicht in der Stimmung waren, eine Republik mit einem Grossherzog an der Spitze zu dulden. Übrigens verlangte auch das Bürgertum nicht nach einer solchen Konzession.

Allerdings hatte Ebert seit dem Beginn der bolschewistischen Revolution in Russland deutlich zu erkennen gegeben, dass er eine Übertragung russischer Regierungsmethoden auf Deutschland für unmöglich halte und sie deshalb mit allen Mitteln bekämpfen würde. Prinz Max von Baden berichtet in seinen Erinnerungen, Ebert habe gesagt, er hasse die soziale Revolution wie die Sünde. Dem Sinne nach kann das Ebert nicht gesagt haben. Er war zeit seines politischen Lebens geschulter Marxist und hat unzählige Vorträge über den Begriff der sozialen Re-

volution vor Tausenden von Zuhörern gehalten. Eberts Äusserung kann sich deshalb nur auf die bolschewistische Revolution bezogen haben.

Auf Grund dieser Einstellung Eberts ist die andere Legende entstanden, nach der sich Ebert und General Groener am Abend des 9. November zur Niederkämpfung der Revolution verbündet hätten. Was Ebert und Groener damals einte, war erstens der Wille, ohne tiefgehende Erschütterungen des Staates zu einem Frieden zu kommen. Und zweitens der Gedanke, dass das deutsche Volk in einer Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung selbst sein politisches Schicksal bestimmen sollte. In seinem ersten, von ihm allein unterzeichneten Aufruf hat Ebert am 9. November bereits auf dieses Ziel hingewiesen. Er verlor es keinen Tag aus dem Auge, bis es erreicht war. Mit dem General Groener war Ebert damals der Auffassung, dass Revolution kein Dauerzustand sei, sondern dass sie auslaufen müsse in einen neuen Zustand von Recht und Gesetz. Sonst war weder ein Friede nach aussen, noch die Freiheit im Innern zu erlangen und, was noch wichtiger war, dauernd zu erhalten. Wer helfen wollte, eine neue Ordnung aufzurichten, über deren Gestaltung das deutsche Volk und niemand anderes selbst zu entscheiden hatte, der war Ebert willkommen. General Groener hatte seit den Tagen von Spa – er war erst am 31. Oktober aus Kiew rasch herbeigeht worden – bewiesen, dass er die Zeichen der Zeit verstand. Er war bereit – so bitter ihn das ankommen musste – in schwerster Stunde deutscher Geschichte Verantwortung zu übernehmen. Dafür wird er von den Rechtsradikalen heute noch aufs Schärfste persönlich angegriffen.

Über die eigenen staatsrechtlichen Ziele hat sich Ebert bereits am 9. November hoffnungsvoll in einem Interview in ganz präzisen Worten wie folgt ausgesprochen:

«Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik und der freie deutsche Volksstaat. Es wird sich glücklich fühlen, im Völkerbunde der freien Nationen ein gleich geachtetes Mitglied zu sein/*

Diese Worte waren zur Übermittlung nach Holland bestimmt, das damals wegen der unterbundenen unmittelbaren Verbindung das Fenster Deutschlands nach Amerika hin war.

Mit Ebert zusammen war Hugo Haase gleichberechtigter Vorsitzender im Rate der Volksbeauftragten. Haase war ein glänzender Jurist. In seiner ostpreussischen Heimat hatte er sich als Anwalt einen grossen Ruf verschafft, noch mehr aber als uneigennütziger Helfer und Berater der Armen und Getretenen. In der Partei gehörte er zum linken Flügel.

Dabei war er Phrasen ganz abhold. Er schätzte vor dem Kriege die Macht des preussischen Militarismus, der ultima ratio des Junkerstaates richtig ein und war deshalb gegen alle törichten Experimente. Mit August Bebel zusammen hielt er fest an der Parole aus der Zeit des Sozialistengesetzes: «Lasst Euch nicht provozieren!» Im Kriege gehörte Hugo Haase zu denen, die glaubten, durch Verweigerung der Kriegskredite und schärfste Bekämpfung der offiziellen Regierungspolitik den von Karl Liebknecht geführten linksradikalen Flügel bei der Partei zu halten und gleichzeitig in den Ländern der Entente eine gleichartige Bewegung hervorzurufen, was zur Abkürzung des Krieges beitragen sollte. Die dem Kriege innewohnende Logik führte aber dahin, dass erst mit der militärischen Niederlage eine solche Bewegung Erfolg haben konnte. Als im August 1918 die von den Engländern herbeigeführte deutsche Niederlage da war und damit das Ende des Krieges in Sicht kam, sah Haase die Revolution als unvermeidlich an. Er legte auf der Tribüne des Reichstags sein Bekenntnis zur Republik ab. Am 23. Oktober 1918 stellte er im Reichstag fest, dass sich rings um Deutschland aus dem Habsburger Reiche heraus nationale Republiken auftaten: «Die Kronen rollen auf das Pflaster! Und da soll Deutschland allein noch Träger vieler Kronen und Krönlein behalten?» Haase sah die Revolution also kommen. Aber gerade weil er sicher war, dass sie den deutschen Boden erreichen würde, wollte er die Frühgeburt der Revolution vermeiden. Er hat verhindert, dass in Berlin am 4. November, wie das die revolutionären Obleute wollten, ein Putsch inszeniert wurde. Ein solcher Putsch hätte den schliesslichen Sieg der Revolution auch nicht verhindert, aber vielleicht die Revolution um einige Tage verzögert. Ein Putsch am 4. November hätte sicherlich noch bewaffneten Widerstand von Militär und Polizei gefunden und so Tausende blutiger Opfer gekostet.

Neben Haase trat Wilhelm Dittmann für die Unabhängigen in die Regierung der Volksbeauftragten ein, der als Parteisekretär und Redakteur, seit 1912 auch als Reichstagsabgeordneter eine reichhaltige Tätigkeit entfaltet hatte und seit seiner Tischlergesellenzeit zur Sozialdemokratie gehörte. Dittmann war am 3. Februar 1918 wegen Landesverrats, angeblich begangen anlässlich des Berliner Munitionsarbeiterstreiks, zu zwei Monaten Gefängnis und 5 Jahren Festungshaft verurteilt worden. Er hatte während des Krieges der Militärdiktatur besonders durch seine Reichstagsreden gegen die Zensur und die Schutzhaft schwere Wunden geschlagen. Selbst bürgerliche Politiker wie Fehrenbach und

Gröber konnten sich damals der Wirkung seiner wuchtigen Anklagen nicht entziehen. Dittmann war die Fähigkeit gegeben, sich auch auf schwierigem Gebiete in eine Sache bis in alle Details hineinzubohren, um dann den Gegner mit der Wucht des angehäuften Materials zu erdrücken.

Von den Volksbeauftragten war Philipp Scheidemann der am meisten Umkämpfte. Die Männer der Tirpitz- und Vaterlandspartei nahmen ihn wegen seiner Reden über den Verständigungsfrieden zum Ziel ihrer Angriffe. «Scheidemannfrieden» war zum Schlagwort der sieges-trunkenen Annexionisten geworden, bis der militärische Zusammenbruch kam, und Foch und Lloyd George die Annexionen vom Körper Deutschlands vornahmen. In pazifistischen Auslandskreisen galt Scheidemann als Träger der Politik des «Regierungssozialismus», obwohl er nicht mehr als die anderen Führer für die Politik der Partei verantwortlich war. Das Ausland sah in ihm den «Sozialisten des Kaisers». Das ging so weit, dass neutrale Ausländer von der Entsendung Scheidemanns zu geplanten Besprechungen abrieten, weil er als «Kaiserist» galt. Umgekehrt wirft die Rechte heute noch Scheidemann vor, dass er den Kaiser verraten habe, weil er, der als Staatssekretär dem Kaiser den Treueid geleistet hatte, dann die Republik ausgerufen hätte. Ein Vorwurf, der unter den damaligen Umständen ganz ungerechtfertigt war. Von den angeblichen sozialistischen Erfolgen der Bolschewiki liess sich Scheidemann keinen Augenblick blenden. Als am 8. November Prinz Max von Baden wegen der Rückwirkung der bolschewistischen Revolution auf Deutschland Sorgen äusserte, sagte ihm Scheidemann gelassen das grosse, aber buchstäblich wahr gewordene Wort: «Meine Partei wird dafür Sorge tragen, dass Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt.» Scheidemann war der Einzige unter den Volksbeauftragten, der als Staatssekretär den Behördenapparat der wichtigsten Ämter bereits kennengelernt hatte. Frohnatur, wie er war, liess er sich durch nichts kleinkriegen.

Der dritte Volksbeauftragte aus den Reihen der Mehrheitssozialdemokratie, Otto Landsberg, war seit seiner Berliner Studienzeit 1887/90 Parteigenosse, also mit dem Wesen der Partei von Jugend auf vertraut und einer der besten Kenner ihrer Geschichte, dazu ein glänzender Jurist und auch sonst in den Wissenschaften zuhause. Der alte Molkenbuhr verglich ihn gern mit dem witzigen Ludwig Bamberger, den er aus seiner parlamentarischen Frühzeit noch gut in Erinnerung hatte. Lands-

berg stammte aus Schlesien. Während des Krieges war er, seine Abstammung aus Grenzlanden nicht verleugnend, immer einer derer, die wussten, was für das deutsche Volk bei einem bösen Ausgang des Krieges auf dem Spiel stand. Nun war ihm neben Haase die Aufgabe geworden, für das niedergetretene Vaterland einen neuen Rechtszustand vorzubereiten und für die Übergangszeit Recht zu schaffen.

Der sechste Volksbeauftragte hiess Emil Barth. Neben Richard Müller war er zuerst durch den Januarstreik von 1918 bekannt geworden. Er wurde Volksbeauftragter, weil keiner der Spartakistenführer und kein anderer der Führer der «revolutionären Obleute» mit den «Scheidemännern» in eine Regierung gehen wollte. Er kam so als Mann der Linksradikalen in die Regierung der Volksbeauftragten. In den Reihen der Mehrheitssozialdemokraten war Emil Barth nicht weiter bekannt. Unbekannt war, dass er unpolitisch vorbestraft war. Er war wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses in den Jahren 1902-1909 von den Schöffengerichten in Heidelberg, Erfurt, Berlin I, Rixdorf und vom Landgericht Berlin II fünfmal zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Später muss er die Herrschaft über sich selber wieder gefunden haben. Aber ein Zug ins Pathologische haftete seinem Wesen immer noch an. In den Pressepolemiken des Jahres 1919 wurde das Vorstrafenregister Barths Gegenstand öffentlicher Erörterung. Barth hatte sich inzwischen aus der Politik zurückgezogen.

Aus Barths Wesen erklärt sich auch der Inhalt der Broschüre «Aus der Werkstatt der deutschen Revolution», die er 1919 erscheinen liess und die zu den unerfreulichsten Erzeugnissen der Revolutionsliteratur gehört. Als Grund für die Herausgabe der Broschüre gibt Barth im Vorwort an, dass er verhindern wollte, später in der Geschichte als Bluthund, als Streber oder als Esel behandelt zu werden. Diese Gefahr war sicherlich nicht gross. Aber wer seine Rechtfertigungsschrift liest, muss zu der Überzeugung kommen, dass ein jeden Sinnes für das wirkliche Geschehenbarer Renommist sich hier in Geschichtsklitterungen versucht. Haase, Dittmann, Karl Liebknecht, Jogisches, die ganzen Spartakisten, alle haben sie kein richtiges Verständnis für die Erfordernisse der Zeit gehabt; alle haben sie sich nicht so verhalten wie Barth es für richtig hielt, trotzdem er der gewählte «Diktator» war. Für Barth ist es selbstverständlich, dass Revolutionen gemacht werden! Der «parlamentarische Kretinismus» triumphierte, trotzdem Barth doch alles so gut vorbereitet hatte.

Haase warf er Angst vor der eigenen Kurage vor. Und wie tapfer hat er nach seinem Buch mit Karl Liebknecht geredet, als sie über die Anwendung der revolutionären Gymnastik stritten. Da wurde Liebknecht «schneebleich». Weil er sich zur Barthschen Konsequenz nicht aufschwingen konnte, wirft dieser ihm Feigheit und Grössenwahnsinn vor. Dass Barth die Revolution allein inszeniert hat, ist für ihn selbstverständlich. Er sieht eben nichts als sich und seine Aufrufe und hörte nur seine eigenen Reden. Als Dittmann ihm am 9. November mittags mitteilte, dass schon Verhandlungen mit Ebert und Scheidemann über die Bildung einer gemeinsamen sozialistischen Regierung stattgefunden hätten, fragte er: «Was, gemeinsame Regierung mit den Verrätern? Ausgeschlossen!» Er vermisste jeden Rebellentrotz unter den Führern der Unabhängigen und sprach ihnen das proletarische Empfinden ab. Sodann war er aber bereit, mit Haase und Dittmann in eine Regierung der Volksbeauftragten zu gehen und machte sich an die Erledigung der Geschäfte für die Zirkus-Busch-Versammlung. Und doch hat auch Barth, dem Klarheit und Konsequenz fremd waren, in der Revolution mehr als einmal seinen Mann gestanden. Hat er auch die Revolution nicht gemacht, so hat doch die Revolution etwas aus ihm gemacht. Mit dem Fanatismus eines Kreuzzupilgers goss er die Schale seines Zornes über diejenigen aus, die die ideale Bedeutung der Revolution verkannten und in ihr nur den Grund zu einer Lohnbewegung sehen wollten. Gegen solche Unvernunft hat er mehr als einmal losgewettert, bis ihm schliesslich seine ehemaligen Freunde von links das Vertrauen entzogen. Sie wollten nicht hören, wie er bis zur physischen Erschöpfung gegen die Ausnutzung der Revolution zu materiellen Zwecken vom Leder zog. Ich erinnere mich, wie er einmal völlig fertig von aufregenden Reden im Freien abends zu einer Sitzung in die Reichskanzlei kam, an der ich für den Vollzugsrat teilnahm, und wie er erschöpft auf einem Sofa einschief und erst erwachte, als lange Verhandlungen mit General Groener fast erledigt waren.

Die sechs Männer, die sich im Kabinett der Volksbeauftragten sammengefunden hatten, waren in den besten Jahren. Ebert war 47, Scheidemann 53, Landsberg 49, Haase 55, Dittmann 44 und Barth 39 Jahre alt.

Die Ressorts wurden wie folgt verteilt: Inneres und Heereswesen: Ebert Äusseres und Kolonien: Haase Finanzen: Scheidemann Demobi-

lisierung und Gesundheitswesen: Dittmann *Presse* und Nachrichtenwesen: Landsberg Sozialpolitik: Barth.

Ausserdem wurden den fachlichen Leitern der Reichsämtler, den Staatssekretären, sozialdemokratische Beigeordnete beigegeben.

Im Auswärtigen Amt waren so neben Dr. Solf tätig: Eduard David als Unterstaatssekretär und Karl Kautsky als Beigeordneter, neben dem Ritter Edler von Mann im Reichsmarineamt Gustav Noske und Ewald Vogtherr als Beigeordnete, neben dem Reichskommissar für Demobilmachung Dr. Koeth Otto Büchner und Oswald Schumann als Beigeordnete, neben dem preussischen Kriegsminister Scheuch Paul Göhre als Unterstaatssekretär und Ernst Däumig als Beigeordneter, neben dem Staatssekretär Dr. Krause Oskar Cohn im Reichsjustizamt als Beigeordneter und in gleicher Stellung Eduard Bernstein neben Schiffer im Reichsschatzamt. An der Spitze des Reichswirtschaftsamts stand der damals noch zur Mehrheitssozialdemokratie gehörende August Müller, Unterstaatssekretär war Robert Schmidt, Beigeordneter August Erdmann. Das Reichsernährungsamt führte Emanuel Wurm. Das Reichsarbeitsamt Gustav Bauer. Unterstaatssekretär war der Zentrumsabgeordnete Giesberts, Beigeordneter war Hermann Jäckel. An die Spitze des Reichsamts des Innern wurde später der demokratische Professor Hugo Preuss berufen.

Die ohne Mitwirkung von Vertretern aus dem Reich gebildete Regierung der Volksbeauftragten konnte sich im Reiche nur durchsetzen, wenn sie sich zuvor in Berlin durchgesetzt hatte. Sie musste beweisen, dass in Berlin eine neue Ordnung ihren Einzug gehalten hatte.

Am 9. November war in Berlin erfreulicherweise nur wenig Blut geflossen, aber die folgenden Tage sollten noch einige Opfer kosten. Am 10. November kam es am Marstall und am Reichstagsgebäude zu Schiessereien. Nach dem Reichstag sollte aus dem gegenüber befindlichen Ingenieurhause geschossen worden sein. Auch an dem Hause des Reichstagspräsidenten sind aus jenen Tagen noch Schusseinschläge zu sehen. In der Friedrichstrasse und Unter den Linden wurden damals von wahnwitzigen Schützen Schüsse auf die Strasse gefeuert, was dann Genschüsse und Panik auslöste. Solche gelegentlichen Schiessereien wiederholten sich in den kommenden Wochen immer wieder. In Gerüchten wurden diese Vorgänge überdies mächtig aufgebauscht. Das Oberkommando in den Marken erliess, gezeichnet von Lettow, dem der Reichstagsabgeordneten Georg Schöpflin und das Mitglied des Solda-

tenrats Dr. Bresin beigegeben waren, am 10. November bereits folgende Warnung gegen die sinnlosen Schiessereien:

«Mitbürger! Noch immer wird an einzelnen Stellen der Stadt auf Organe der gegenwärtigen Reichsleitung und Bürger in Zivil und Waffenrock geschossen. Es geht das Gerücht, dass die Schüsse von Personen ausgehen, die glauben, das alte Regiment verteidigen zu sollen. Demgegenüber wird festgestellt, dass bereits vor Tagen von allen militärischen Stellen, insbesondere auch dem Oberkommando in den Marken, befohlen ist, mit allen Mitteln die gegenwärtige Reichsleitung zu unterstützen und die Ruhe unbedingt zu wahren. Dieser Befehl wird hierdurch noch nachdrücklich wiederholt. Es wird ferner das Gerücht verbreitet, dass Truppen in Anmarsch auf Berlin seien, um die alten Zustände wiederherzustellen. Demgegenüber wird festgestellt, dass an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist.»

An Instanzen, die eingreifen konnten, fehlte es nicht. Neben dem Oberkommando in den Marken war auch die Kommandantur erhalten geblieben. Am 10. November war Otto Wels zum Kommandanten von Berlin ernannt worden. Der Oberst Schwerk blieb zweiter Kommandant.

Für die Gross-Berliner Truppen hatte sich laut Bekanntmachung Eberts vom 10. November bereits ein Aktionsausschuss gebildet, der seine Sitzungen im Kriegsministerium in der Leipziger Strasse abhielt. Die erste Befehlsausgabe war für Montag, den 11. November, früh 11 Uhr, im Kriegsministerium angesetzt. In der amtlichen Bekanntmachung, die ein Produkt der ersten Revolutionsstunden war, hiess es:

«Der Aktionsausschuss ist die Spitze der ausführenden Militärgewalt, die er unabhängig von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten der Arbeiterräte und irgendwelchen Parteizwistigkeiten solange ausübt, bis die einzuberufende Nationalversammlung andere Bestimmungen getroffen hat.

Der Aktionsausschuss hat sich der sozialistischen Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zur Verfügung gestellt; den Anordnungen desselben ist unbedingt Folge zu leisten.»

Die Berliner Soldatenräte haben sich zu Beginn der Revolution um die Aufrechterhaltung der Ordnung sehr verdient gemacht. Selbst die reaktionäre Presse erkannte damals dankbar an, was von den Berliner Soldaten in kurzer Zeit geschaffen war.

Am Sonntag, dem 10. November, waren nach Prüfung der Akten die Gefängnisse für alle geöffnet worden, die als Kriegsoffer oder wegen ihrer politischen Überzeugung in Haft waren. Dadurch erlangte u.a. Hauptmann von Beerfelde die Freiheit. Däumig war bereits am Nach-

mittag des 9. November befreit worden. Zur selben Zeit in Breslau Rosa Luxemburg, die dort seit Monaten in Schutzhaft sass.

Am 12. und 13. November wurde die Pressefreiheit wiederhergestellt. Der Scherlverlag sagte der Regierung der Volksbeauftragten den Dank dafür, dass er seinen Lokalanzeiger wieder herausgeben konnte. Auch die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» wurde wieder frei und nannte sich von nun an «Deutsche Allgemeine Zeitung».

Die «Deutsche Zeitung» erklärte am 12. November 1918:

«Die Verhältnisse zwingen uns, bis auf Weiteres jede eigene Stellungnahme zu den politischen Ereignissen zu unterlassen und uns zu beschränken, das einfache Nachrichtenmaterial wiederzugeben.»

Der «Berliner Lokalanzeiger» wollte Gegenwartsarbeit leisten: «Dazu gehört – wie er am 18. November schrieb – in erster Linie, dass wir uns zunächst auf den Boden der Tatsachen stellen.» Und dasselbe Blatt sagte, nachdem es festgestellt hatte, dass es mit dem monarchistischen Herzen keine Politik mehr machen und keine positive Gegenwartsarbeit mehr leisten könnte:

«Deshalb wäre es ruchlos, die gegenwärtige Regierung nicht einmütig und mit allen Mitteln in dem von ihr zum Gesetz erhobenen Programm zu unterstützen.»

Dieses Programm der sechs Volksbeauftragten lautete:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft Folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.
7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.
8. Die Gesindeordnungen werden ausser Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.
9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen Kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit

zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2'500 Mark ausgedehnt werden. – Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. – Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Der Inhalt dieses Programms unterschied sich vorteilhaft von dem von den Linksradiكالen in die Zirkus-Busch-Versammlung eingeschmuggelten Manifest. Jede Anlehnung an russische Vorbilder fehlte. Der Hinweis auf die alsbaldige Aufnahme von Beziehungen zu Sowjet-Russland war unterlassen. Das Programm der Volksbeauftragten enthielt vielmehr das sozialdemokratische Gegenwartsprogramm, soweit es in der Zeit der Umstellung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft durchführbar war. Die sechs Volksbeauftragten waren darin einig, dass in allererster Linie die Produktion für die Friedensbedürfnisse wieder in Gang gebracht werden musste. Sonst verelendete das gesamte Volk. Endlich wurde von der Regierung anerkannt, dass das Eigentum gegen ungesetzliche Eingriffe Privater ebenso geschützt werden sollte, wie die Freiheit und Sicherheit der Person. Alle Eingriffe gegen das Privateigentum blieben dem Gesetze vorbehalten. Das war deutlich und klar, aber auch notwendig in einer wilden Zeit, in der in Deutschland Phantasten herumliefen, die sich einbildeten, auf eigene Faust Fabrikbetriebe oder auch ganze Industrien sozialisieren zu können. Die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung konnten die sechs Volksbeauftragten nicht mit Gesetzeskraft dekretieren. Das verbot ihnen ihre Kenntnis der Marx'schen Lehren.

Das Programm wurde im Allgemeinen günstig aufgenommen.

Im Reiche, wo mit Ausnahme von Schlesien und Ostpreussen die Revolution vor dem 9. November, also vor der Berliner gesiegt hatte,

hegte das Volk, das mit einem Schlage alle Dynastien losgeworden war, die Hoffnung, dass die Revolution nicht nur zur Errichtung der Republik führen, sondern dass die Einigkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten es auch durchsetzen würde, diese Republik mit sozialem Inhalt zu erfüllen. Unter den Angestellten hatte die Sozialdemokratie vor dem Kriege nicht in gleicher Stärke Anhänger wie unter den Arbeitern, trotzdem weite Kreise der Angestellten wegen ihres geringen Einkommens in ihrer Lebenshaltung längst auf das Niveau der Arbeiter herabgedrückt waren. Diese Schichten erwachten jetzt mit einem Schlage. In den Grossstädten und Kulturzentren wuchsen ferner die «Räte geistiger Arbeiter» förmlich aus der Erde. Die im Banne der monarchistischen Tradition gehaltenen mittleren und unteren Beamten besannen sich darauf, dass sie im Obrigkeitsstaat bei der Verteilung bürgerlicher Rechte stets zu kurz gekommen waren. Das Erwachen aller dieser Schichten, die von dem Bruderkrieg, der innerhalb der sozialistischen Reihen entbrannt war, nichts wussten, sorgte mit dafür, dass dort, wo die Unabhängigen zunächst allein regieren wollten, die Einigkeit hergestellt wurde. Auch in Hamburg wurden die Unabhängigen bald zur Ordnung gerufen und zur Einigung gezwungen. In Sachsen erfolgte die Einigung in der Nacht zum 10. November. Durch eine gemeinsame Proklamation an das Sächsische Volk wurde «die soziale Republik Sachsen» ausgerufen.

An der Staatenkarte änderte sich nichts. Es entstanden zunächst so viel Freistaaten, als Bundesstaaten im bisherigen Reiche vorhanden gewesen waren. So kam der Einheitsstaat nicht, obwohl die Dynastien nun kein Hindernis mehr für die Einigung der deutschen Stämme bildeten.

In München hatten die Kieler Vorgänge das stärkste Echo gefunden. Wie die allgemeine Stimmung in Bayern damals war, habe ich in früheren Kapiteln bereits geschildert. So fiel dort die von Kurt Eisner geleitete Aktion auf den günstigsten Boden. Nach einer Riesenversammlung am 7. November, die auf der Theresienwiese stattfand, zogen die Teilnehmer, unterwegs immer mehr Massen an sich ziehend, in die innere Stadt. Auf den revolutionären Ruf «Nieder mit dem Kaiser!» erfolgte bald der Ruf «Hoch die Republik!» Die bayrischen Soldaten schlossen sich den Revolutionären an. Die Militärgefangenen wurden befreit. Die Residenzwache wurde entwaffnet. Der Landtag wurde besetzt. Noch in der Nacht wurde der bayrische Freistaat proklamiert. Der Rat der Arbeiter, Bauern und Soldaten wählte Kurt Eisner zu seinem Vorsitzen-

den. Ludwig III. verliess München. Die biederen Münchner ärgern sich heute im Genuss des Starkbieres darüber, dass sie 1918 beim Dünnbier so ganz unfähig und unwillig waren, etwas gegen den Handstreich Eisners zu unternehmen.

Eisner war zum hinreissenden Propheten der Revolution geworden. Nach viereinhalb Jahren Kriegsleiden sahen die Massen in ihm geradezu den Erlöser aus Kriegsnot und Heimatelend. Zu Beginn des Krieges stand Eisner allerdings auf einem anderen Standpunkt. Er telephonierte damals aus München an die Redaktion der «Chemnitzer Volksstimme», dass er in Russland den Schuldigen an dem nun unvermeidlichen Ausbruch des Krieges sehe und bat deswegen auch für die Bewilligung der Kriegskredite Stimmung zu machen.

Eisner hatte begriffen, dass es im November 1918 auf die Einigung der Arbeiter ankam. In München hatte von Vollmar, der beliebteste Führer der Sozialdemokratie wegen andauernder schwerer Krankheit in der allerletzten Kriegszeit das Mandat für den zweiten Münchner Wahlkreis niedergelegt. Vor Ausbruch der Revolution stritten sich Auer und Eisner um die Erbschaft. Mitten in diesen Wahlkampf hinein, der nicht ganz unpersönlich geführt wurde, kam für München der Tag der Revolution. Beide vergassen, was vergessen werden musste, und reichten sich die Bruderhand.

In seinem Aufruf proklamierte er:

«Der Bruderkrieg der Sozialisten ist vorbei und beendet.»

In einer Ansprache vor dem Arbeiter- und Soldatenrat erläuterte Eisner das noch mit folgenden Worten:

«Sie wissen, dass beinahe seit Kriegsbeginn die sozialistischen Arbeitermassen im heftigen Kampf der Meinungen gegenüberstanden. Dieser Kampf gehört für Bayern nunmehr der Geschichte an.»

Das machte auf die Arbeiter tiefen Eindruck:

Eisners Wille war, dass von der Münchner Erhebung ein starker Strom moralischer Kraft seinen Weg nach dem übrigen Deutschland finden und dem Ausland vor Augen geführt würde, dass sich in Deutschland nicht nur die äussere Staatsform geändert hatte, sondern dass das deutsche Volk auch innerlich gewandelt und nun ganz anders geartet sei als die herrschenden Klassen mit ihrer Regierung von 1914.

Eisner vergass in den ersten Stunden des neuen Freistaats auch nicht, dass Bayern Bauernland war. Mit dem demokratischen Bauernbündler

Ludwig Gandorfer erliess er einen besonderen Aufruf an die ländliche Bevölkerung. Das war ganz realpolitisch gedacht. Nicht nur wegen der Notwendigkeit der ungestörten Lebensmittelversorgung der Städte. Er dachte auch an die Sorgen der Bauern, die an der Grenze wohnten und die nach dem Abfall Karl von Habsburgs fürchteten, die Schrecken des Krieges nun zuletzt noch auf dem eigenen Hofe spüren zu müssen. In diesem Aufruf hiess es u.a.:

«Noch ist aber die Gefahr nicht vorüber. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat lehnt es zwar ab, die nationale Verteidigung durchzuführen. Er wird aber unter allen Umständen den Grenzschutz aufrechterhalten, damit das Leben und das Eigentum der bayrischen Bevölkerung geschützt und erhalten bleibt.»

Auf Eisners internationalen Idealismus fiel wie ein kalter Reif die Bekanntgabe von Marschall Fochs Waffenstillstandsbedingungen. Über sie sagte er sofort in einem Aufruf an die Regierungen der Entente und der Vereinigten Staaten von Nordamerika:

«Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen (Waffenstillstands-) Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.»

In Württemberg hielt das noch unter dem letzten König eingeleitete Reformwerk die Revolution nicht auf. Der König hatte den Demokraten Liesching am 7. November zum Ministerpräsidenten ernannt: Denselben Liesching, der 1917 im Reichstag den nach der Einbringung der Juliresolution eingesetzten interfraktionellen Ausschuss der Mehrheitsparteien ironisch «Arbeiter- und Soldatenrat» getauft hatte. Nun hatte Stuttgart einen wirklichen Arbeiter- und Soldatenrat. König Wilhelm erklärte, dass seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein würde. Die am 9. November gebildete provisorische Regierung der Republik Württemberg hat nach dem Thronverzicht, der förmlich erst am 30. November erfolgte, dem König u.a. den Dank dafür ausgesprochen, dass er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen habe, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Der Geschichtsschreiber der 48er Revolution, der zu Wertheim in Baden geborene Wilhelm Blos hätte es sich zehn Jahre früher auch nicht träumen lassen, dass er in seinen alten Tagen noch Württembergs Staatsoberhaupt werden und die Regierungsgewalt mit Artur Crispian teilen würde. In Schwaben kursierte da-

mals das Witzwort: «Jetzt haben wir ein Staatsoberhaupt, das heisst Wilhelm Bloss. Vorher hatten wir eines das hiess bloss Wilhelm.»

In Baden zogen sich die Verhandlungen allerdings länger hin. Die Republik wurde dort erst am 11. November proklamiert. In Hessen weigerte sich der Grossherzog abzudanken. Sein Eigensinn hat an der Bildung des Freistaats Hessen nichts geändert. Schliesslich hat er die Republik doch anerkannt, indem er sich mit ihr über das Vermögen seines Hauses auseinandersetzte.

In Berlin etablierten sich am 10. November neben den Volksbeauftragten noch preussische Volksbeauftragte. Die preussischen Ministerien wurden wie folgt besetzt:

Inneres: Paul Hirsch und Rudolf Breitscheid, Finanzen: Albert Südekum und Hugo Simon, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (früher Kultusministerium): Konrad Haenisch und Adolf Hoffmann, Landwirtschaft: Otto Braun und Adolf Hofer.

Die Justiz behielt zunächst noch der Zentrumsführer Peter Spahn, den dann Ende November Wolfgang Heine und Kurt Rosenfeld ablösten. Die Volksbeauftragten des Reiches hätten es gern gesehen, wenn Spahn geblieben wäre. Der Vollzugsrat bestätigte aber am 26. November Spahn als Justizminister nicht, worauf dieser seine Entlassung einreichte. Im Handelsministerium blieb der Fortschrittler Fischbeck, dem der Führer der Bergarbeiter, der kernige Westfale Otto Hue beigegeben wurde. Im Eisenbahnministerium waltete der fortschrittliche Abgeordnete Hoff seines Amtes, dem der Eisenbahner Brunner und der Gastwirt Paul Hoffmann beigeordnet wurden*)»

In der Zeit bis zur Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung arbeiteten Reichs- und preussische Regierung ohne Kontrolle einer Volksvertretung nebeneinander. Beide waren rein sozialistische Regierungen, die ihr Daseinsrecht aus dem Willen der Arbeitermassen herleiteten. Auch die Soldaten waren in ihrer Masse bis zur Demobilmachung nichts als feldgrau eingekleidete Arbeiter und Ange-

*) Als ich am 10. November abends nach Hause kam, musste ich an eine Feier denken, die nach dem 70. Geburtstag August Bebel's, am 22. Februar 1910, Freunde und Kollegen des alten Kämpfers um diesen geschart hatte. Als der ernste Teil des Programms erledigt war, stieg der verstorbene Leopold Liepmann, damals Sekretär der Gross-Berliner Sozialdemokratie, auf einen Stuhl und sagte ein selbstverfasstes Gedicht auf, zu dem ihm ein damals angesagter Komet die Anregung gegeben hatte. Vers auf Vers kündigten an, was noch alles geschehen müsse, bevor jener gefürchtete Komet die Welt zum Untergang führen dürfe. In diesem Gedicht, das 30 Verse hatte, kamen auch folgende vor:

stellte. Diese Übergangszeit war für Deutschland sozusagen die Periode der Diktatur des Proletariats.

Der Berliner Vollzugsrat der Arbeiter und Soldatenräte war alleinige Kontrollinstanz und damit Parlamentsersatz. Es sollte sich bald zeigen, dass der Aktionsradius der Regierung der Volksbeauftragten nicht nur durch die Folgen des Kriegsverlusts beeinträchtigt war, sondern dass bei den Auseinandersetzungen über die vom alten Regime hinterlassene Konkursmasse mit zunehmender Entfernung vom 9. November radikale Strömungen die Volksbeauftragten nicht zur ruhigen Arbeit kommen liessen. Die Leiter dieser radikalen Bewegung setzten ihre Hoffnung auf den Vollzugsrat, in dem im Gegensatz zur Regierung der Volksbeauftragten der linke Flügel der Unabhängigen vertreten war.

VI. Der Vollzugsrat der Sozialistischen Deutschen Republik

Neben den sechs Volksbeauftragten war am Abend des 10. November auch der Vollzugsrat der sozialistischen deutschen Republik im Zirkus Busch gewählt worden. Für ihn hatten die Soldaten, die für sich die Hälfte der Mandate beanspruchten und zugebilligt erhielten, durchgesetzt, dass die andere Hälfte der Sitze paritätisch unter den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen verteilt wurde. Zu Vorsitzenden waren der Metallarbeiter Richard Müller und der Hauptmann von Beerfelde bestimmt worden. Der Vollzugsrat hatte Grosses vor. Er brauchte deshalb eine genügend breite Operationsbasis. Deswegen hatte er das preussische Abgeordnetenhaus in der Prinz-Albrecht-Strasse und das angrenzende Herrenhaus in der Leipziger Strasse einfach annektiert. Beide Gebäude waren durch einen grossen Garten verbunden, in dem zur Kaiserzeit die Herrenhäusler allein das Recht hatten, spazieren zu gehen. Ein Korridor verband beide Gebäude. In die-

«Die Welt, sie darf nicht untergeh'n, bis Adolph Kultusminister,
Bis er 'ne Rede ohne Sprachfehler hält zugunsten von Pfaffen

un Küster.»

«Die Welt, sie darf nicht untergehn, bis Ernst Polizeipräsident ist,
Bis Jagow im sechsten Bezirksführer wird, wozu er zwar ohne

Talent ist.»

Der Dichter Liepmann ruht seit dem 26. Januar 1912 unter der Erde. Er hat nicht mehr erlebt, dass seine Prophezeiungen aus dem Februar 1910 Wahrheit wurden, dass Adolph Hoffmann 1918 tatsächlich Kultusminister und Eugen Ernst 1919 Polizeipräsident wurde.

sem Korridor lag neben anderen Zimmern das Sitzungszimmer des preussischen Staatsministeriums. In diesem Zimmer hatten die Minister Wilhelms II. die Forderung des Volkes auf Abschaffung des Dreiklassenwahlsystems bis in die letzte Kriegszeit hinein bekämpft. Auf der rechten Schmalseite thronte oben die Büste Wilhelms des Letzten. Sie blieb unbehelligt. Später kam man auf die Idee, Wilhelm mit einem roten Tuche zuzudecken. In diesem Zimmer sassen jetzt die Vollzugsratsmitglieder um einen grossen Tisch. Die Teppiche waren entfernt. Natürlich aus Schonung. So fürsorglich ging die Revolution mit dem Eigentum der weiland preussischen Parlamente um.

Die Herren Abgeordneten von Gnaden des Dreiklassenwahlrechts waren am 9. November rasch und spurlos verschwunden.

Die «edlen und erlauchten Herren» der Ersten preussischen Kammer hatten noch am 31. Oktober 1918 gegen den Reichstag demonstriert und in einem Antrag des Grafen Yorck von Wartenburg «ein neues Treuebekenntnis für das Herrscherhaus» abgelegt: «Das Herrenhaus wird eingedenk seiner Vergangenheit allzeit zu seinem angestammten Herrscherhaus als Schutzwehr vor dem Thron stehen.» Der Antrag war zwar einstimmig angenommen worden, aber die «neue Fraktion», in der einige Vertreter des hohen Adels mit den Oberbürgermeistern der Städte zusammensassen, hatte durch den Mund des Fürsten von Hatzfeld, Herzog von Trachenberg verkünden lassen, dass es des Antrags eigentlich nicht bedurft hätte. Die Herrenhäusler haben nicht geahnt, dass neun Tage später die Erste preussische Kammer, deren Bildung das kranke Hirn Friedrich Wilhelms IV. einst ersonnen hatte, wie weggeblasen war.

In beiden Häusern war nur die Hausverwaltung geblieben. Vorderhand arbeitete diese unter den neuen Verhältnissen einfach weiter. Als ich am 13. November in den Vollzugsrat eintrat, hatte ich nach einem Arbeitszimmer Verlangen. Ich hatte mir das Zimmer 18a dazu ausgesucht. Ich liess mich bei dem Direktor Geheimrat Plathe melden und fragte, ob dieses Zimmer schon anderweitig beansprucht worden sei. Er verneinte dies, machte sich über meinen Wunsch Notizen und sagte mir, dass er zu Auskünften jederzeit zur Verfügung stünde. Er freue sich, dass überhaupt jemand auf den Gedanken gekommen sei, ihn wegen der Zimmerverteilung zu Rate zu ziehen. Bisher sei das noch nicht vorgekommen. Jedes Vollzugsratsmitglied liess sich nämlich mit seinem Stabe nieder, wo es ihm passte. Als die Stäbe immer grösser wur-

den, gab es später Krach mit folgender Hausreinigung. Da ich nicht die Absicht hatte, mich im Vollzugsrat «selbständig» zu machen, verzichtete ich für meine Person auf Anstellung von Personal.

Da die meisten Vollzugsratsmitglieder den ganzen Tag über im Abgeordnetenhaus und im Herrenhaus von Besprechung zu Besprechung eilten, wurde das Restaurant des Abgeordnetenhauses für den Vollzugsrat, sein Personal und die Deputationen, die aus Berlin und dem Reiche kamen, in Betrieb gehalten. Dabei wurde eine preussische Tradition aus der Kriegszeit unter Ausdehnung auf das Personal aufrechterhalten. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses hatten das Privileg, Fleisch ohne Abgabe von Fleischmarken zu erhalten. Im Übrigen sei ausdrücklich festgestellt, dass es im Restaurant des Abgeordnetenhauses niemals zu irgendwelchen Schwelgereien kam. Dazu fehlte die Lust und der Stoff. Die Kost war Hausmannskost und das Dünnbier war gefärbtes Wasser wie damals der Kaffee, der Tee und der Kakao.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei legte grössten Wert darauf, im Vollzugsrat vertreten zu sein. Die Unabhängigen hatten in ihn ihre Vorstandsmitglieder Däumig und Ledebour entsandt. Deshalb schlug der Parteivorstand an Stelle des am 10. November gewählten Genossen Hiob nach Rücksprache mit den Berliner Vertrauensleuten den Genossen Otto Braun als Mitglied vor. Als dieser nach Bildung der preussischen Revolutionsregierung mit Hofer zusammen ins Landwirtschaftsministerium übersiedelte, wurde ich am 12. November vom Parteivorstand zu seinem Nachfolger bestimmt. Ich trat mein neues Revolutionsamt am Mittwoch, dem 13. November, nach kurzer Verständigung mit Otto Braun an, der mir schilderte, mit wieviel Kleinlichem sich diese jede Homogenität entbehrende Körperschaft schon am ersten Tage der Revolution befasst hatte. Das war der Grund für mich, jede Geschäftsordnungsdebatte über meinen Eintritt zu vermeiden. Ich ging in das Beratungszimmer, setzte mich einfach hin, tagte mit, und am Abend sagte ich zu Richard Müller, dass ich meine Legitimationskarte als Mitglied des Vollzugsrats noch nicht hätte. Eine solche wurde mir sofort ausgestellt. Diese Karte gab das Recht, auf allen Eisenbahnen, Elektrischen und Autobussen frei zu fahren.

Richard Müller war mir kein Unbekannter. Wir wohnten seit Jahren in dem gleichen Vorort. In früheren Jahren hatten wir in dem jetzt abgebrochenen Wilhelmsgarten in der Berliner Strasse zu Tempelhof miteinander diskutiert, wenn ihm die Politik des Parteivorstandes zu wenig

radikal gewesen war. Bei aller Gegensätzlichkeit der Meinungen kämpfte Richard Müller nicht gehässig. Das lag seinem Naturell fern. Selbst wenn er einmal starke Kraftworte einem Gegner in sächsischer Aussprache entgegenschleuderte, so milderte der Dialekt den Angriff.

Wie Richard Müller sein Amt führte, davon später. In dem Vollzugsrat waren vom 10. November bis zu meinem Eintritt in ihn am 13. November schon ganz wesentliche Veränderungen vorgegangen. Während in der Zirkus-Busch-Versammlung nur 12 Arbeiter- und 12 Soldatenvertreter gewählt worden waren, sassen am 15. November bereits 28 Vollzugsratsmitglieder beisammen, je 14 Arbeiter- und Soldatenräte, und zwar für die Sozialdemokratie: Franz Büschel, Giert, Gustav Heller, Ernst Jülich, Max Maynz, Oskar Rusch und ich (neu war Giert). Diese sieben Mitglieder hielten dann auch bis zum Ende im Vollzugsrat aus. Desgleichen die sieben Mitglieder der Unabhängigen: Emil Barth, Ernst Däumig, Paul Eckert, Georg Ledebour, Richard Müller, Paul Neuendorf und Paul Wegmann (neu war Däumig). Dagegen waren von den 12 am 10. November gewählten Soldatenvertretern nur noch Bergmann, Gustav Gerhardt, Brutus Molkenbuhr und der Oberleutnant Walz vorhanden. Neu waren Felix Bernhagen, Max Cohen-Reuss, Heinrich Denecke, Chr. Finzel, Gehlberg, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Ross und Otto Strobel. Selbst wenn man annimmt, dass der eine oder der andere Name im Trubel der Zirkus-Busch-Versammlung falsch auf den Zettel der Soldatenräte notiert worden war, muss zugegeben werden, dass das eine starke Veränderung in kurzer Zeit war. Der am 10. November gewählte zweite Vorsitzende Hauptmann von Beerfelde war bereits wieder aus dem Vollzugsrat hinausspediert worden. An seiner Stelle war Brutus Molkenbuhr neben Richard Müller zum Vorsitzenden gewählt worden. Später kamen dauernd Vertreter der Soldaten hinzu, nachdem von der Westfront und von der Ostfront die Truppen heimgekehrt waren.

Der Hauptmann von Beerfelde war in den Vollzugsrat gekommen, weil er sich als Pazifist einen Namen gemacht hatte. Er sass am Kriegsende für seine Überzeugung in Haft. Herr von Beerfelde war im Kriege Hauptmann in der politischen Abteilung des preussischen Generalstabes gewesen. Er hatte Beziehungen zu dem letzten Botschafter des Kaisers in London, dem Fürsten Lichnowsky, angeknüpft, der ihm gegen die Verpflichtung, sie nur persönlich zu lesen und nicht zu verwenden, seine Denkschrift «Meine Londoner Mission 1912-1914» geliehen hatte.

Nach der Lektüre der Denkschrift bildete sich von Beerfelde ein, dass er mit der Verbreitung der Denkschrift der Herbeiführung des Friedens dienen würde. Er liess 50 Abzüge machen, die er an prominente Persönlichkeiten sandte, darunter auch an Parlamentarier und Journalisten. Das offizielle Deutschland geriet darob aus dem Häuschen. So wurde der mit dem Frieden liebäugelnde Generalstabsoffizier zum Märtyrer. Die Revolution holte ihn am 9. November aus dem Gefängnis und hob ihn für zwei Tage empor, um ihn dann fallen zu lassen. Das letztere war nicht zu umgehen. Herrn von Beerfelde fehlte der Blick für das Mögliche in ganz ungewöhnlichem Masse. Am 11. November war er auf die Idee gekommen, den Kriegsminister Scheuch zu verhaften. Hierzu hatte er weder Anlass noch Recht. Seine eigenmächtige Handlungsweise konnte vom Vollzugsrat nicht gedeckt werden. Er wurde alsbald kaltgestellt. Er verschwand damit aus der Revolution und aus der Politik. Nach der Revolution trat er in harmlosen Vereinen für «soziale Erlösung» und «gesunde Körperbildung» ein. Beerfelde konnte, weil er Anfang November noch in Haft sass, erfreulicherweise nicht der militärische Berater der Revolution werden.

Dazu hatte sich der Pionierleutnant-Flammenwerfer Walz eingefunden. Da gegen Walz später ein hochnotpeinliches Verfahren eröffnet wurde, ist bekannt geworden, wie er zu seiner Gastrolle kam. Walz hatte in seiner Berliner Kaserne im Herbst 1918 aus den Gesprächen der Soldaten entnommen, wie die Stimmung unter den Soldaten und unter der Bevölkerung war. Er schloss daraus, dass die Tage des herrschenden Systems gezählt seien. Er suchte Anschluss. Sein Ehrgeiz erwachte. Napoleon hatte als Artillerieleutnant angefangen. Was konnte da aus dem Pionierleutnant Walz nicht alles werden, wenn die deutsche Revolution kam? In dem Verfahren, das später wegen des Verrats an Däumig vom Vollzugsrat gegen Walz eingeleitet wurde, schilderte Walz vor diesem Tribunal, wie in ihm der Entschluss reifte, sich den Unabhängigen zur Verfügung zu stellen. Irgendwelche politische Schulung hatte er nicht. Er verfolgte, nachdem er die Stimmung der Soldaten kennengelernt hatte, zu seiner Information die Reichstagsberichte. In ihnen gefielen ihm die Reden der Unabhängigen am besten. Er überlegte sich, an wen er sich vertraulich wenden sollte. Nun wiesen die Namen der unabhängigen Redner, die er aus der Zeitung kennenlernte, z.T. auf jüdische Herkunft: Bernstein, Cohn, Haase, Herzfeld. Der unpolitische deutsche Oberleutnant war aber seine rassenmässige Abnei-

gung gegen die Juden nicht losgeworden. Er versuchte deshalb sein Heil bei Georg Ledebour, den er mit Recht für einen Arier hielt. Walz suchte Ledebour in der Wohnung auf. Er log ihm vor, dass er Sozialist sei und das Kapital von Marx gelesen habe. Ledebour prüfte nicht, ob das wahr war und fasste zu dem jungen Mann Zutrauen. Er stellte ihn den Führern der «revolutionären Obleute» vor. Sodann wurde Walz unter dem Namen Lindner zu den Neuköllner Zusammenkünften der «revolutionären Obleute» eingeladen, die mit Emil Barth den «strategischen» Aufmarschplan für die Revolution entwarfen. Am 2. November war der Plan fertig zur Ausführung für den 4. November. Aber die Revolution wurde nochmals abgesagt. Am 4. November kam die Polizei den Schlichen des Oberleutnants Walz auf die Spur. Er wurde verhaftet. In seiner Wohnung wurde gehaussucht. In der Verhandlung vor dem Vollzugsrat gab Walz zu, dass er, von dem ihn vernehmenden Kriegsgerichtsrat in die Enge getrieben, alles verriet. Dafür, dass er das aus Spitzelei tat, war kein Fingerzeig da. Aber Walz hatte noch nie eine Vernehmung vor Gericht mitgemacht. Er hat aus purer Angst vor dem Untersuchungsrichter alles ausgeschwätzt. Sein Geständnis vor dem Kriegsgerichtsrat hatte zur Folge, dass auch Ernst Däumig verhaftet wurde. Beiden wäre das schlecht bekommen, wenn nicht am 9. November die Befreiung durch die Revolution gekommen wäre. Walz hatte aus seinem blamablen Benehmen vor dem Kriegsgerichtsrat nicht die Erkenntnis gewonnen, dass er zum Revolutionär von Natur aus verdorben war. Im Rausche der Revolution kräftigte er sich neu und hatte den Mut, in der am Abend des 9. November von den «revolutionären Obleuten» inszenierten Versammlung im Reichstag schon wieder starke Töne zu reden. Aber auf die Dauer war der Verrat, den Walz aus Angst an Däumig verübt hatte, nicht unbekannt geblieben.

Walz wurde, wie Richard Müller zu sagen pflegte, wegen «Verdachts der Konterrevolution» aus dem Vollzugsrat ausgestossen. Der Vollzugsrat war in diesem Fall ein milder Richter, weil er Walz für schwächlich, aber nicht für unehrlich hielt, gab er ihm auf, Berlin in drei Tagen zu verlassen. Walz ging darauf ein. Er versprach, in die Nähe des Starnberger Sees zu gehen und sich aus der Politik zurückzuziehen. Ferner hatte er sich im Interesse der Revolution verpflichten müssen, über seinen Austritt aus dem Vollzugsrat nicht zu reden. Dieses Versprechen hielt er nicht.

In einer auf Donnerstag, den 28. November 4½ Uhr nach dem Plenarsaal des Reichstags einberufenen Versammlung der Soldatenräte Gross-Berlins sprach er ausführlich über seinen Rücktritt. Er gab dabei offen zu, dass er bei seiner Verhaftung die Namen Däumig, Ledebour und Barth dem die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat genannt hatte:

«Ich gebe zu, dass meine Aussage vor dem Untersuchungsrichter eine Dummheit war, aber es war kein Verrat.»

Und dann suchte Walz mit demagogischen Kniffen sein Mandat für den Vollzugsrat zu retten. Er berief sich darauf, dass ihn Barth am 9. November selbst zur Wahl in den Vollzugsrat vorgeschlagen habe, worauf der anwesende Barth ihm zurief: «Da hatte ich noch keine Ahnung von Ihrem Verhalten.» Unter vereinzelter Zustimmung behauptete Walz, dass er gar nicht das Recht hätte, ohne Zustimmung der Soldaten das Mandat niederzulegen. Der Vollzugsrat habe ihn verhaften lassen, weil er sonst Material hätte beiseite bringen können. Auch das war nur halb wahr. Walz durfte bis zur Beendigung der Verhandlung im Vollzugsrat das Abgeordnetenhaus nicht verlassen. Zwei Kuriere, die den Federhalter – so nannte man damals scherzweise die Brownings – immer bei sich hatten, bürgten dafür, dass er nicht ausrückte. Als er schliesslich sagte, dass man nichts Belastendes bei ihm gefunden hätte, rief Ledebour, der sich bisher für Walz ehrlich eingesetzt hatte, ihm zu: «Das sind nicht die vollständigen Tatsachen!» Nun liess sich Walz verleiten, Richard Müller anzugreifen, der ihm mit Molkenbuhr zusammen eine Vollmacht für die Kontrolle des Kriegsministeriums ausgestellt hatte, ohne dass beide sie gelesen hatten. Richard Müller gab das zu, sagte aber:

«Walz hat die Kontrolle des Kriegsministeriums überwiesen bekommen. Als er diese Tätigkeit antrat, verlangte er im Kriegsministerium sechs Zimmer für sich. Auch sonst stellte er Anforderungen, die den Kriegsminister Scheuch veranlassten, seine Amtsniederlegung in Aussicht zu stellen. Wir gebrauchen aber den Kriegsminister noch für die Demobilmachung. Wir sind im Vollzugsrat so mit Arbeit überlastet, dass wir die Vollmacht, die uns Walz vorlegte, nicht prüfen konnten. Die Vollmacht geht viel zu weit. Das musste Walz wissen. Er hätte sie nicht ausnutzen dürfen. Walz hat die Vollmacht missbraucht, um Ausweiskarten an Personen auszustellen, an Geheimräte und solche Leute, die alles andere, nur keine Revolutionäre sind.»

Richard Müller verlas sodann aus den Untersuchungsakten die Aussagen des Walz vor dem Untersuchungsrichter. Die Soldatenräte hörten zunächst in lautloser Stille zu. Nachdem Richard Müller etwa die Hälfte verlesen hatte, ertönten Schlussrufe, die zwar von einer Minderheit aus

gingen, aber so stark waren, dass Richard Müller die weitere Verlesung aufgab.

Die Akten ergaben, dass sich Walz in ganz dummer Weise vor dem Untersuchungsrichter herauslügen wollte, indem er den patriotischen Möchte-ger-Spitzel spielte. Er behauptete, auf eigene Faust Ermittlungen über die Stimmung der Soldaten angestellt zu haben, mit der Absicht, diese Ergebnisse dem Generalkommando mitzuteilen, damit es Massnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung treffen könnte. Er habe nicht aus Eigennutz, sondern aus patriotischem Gefühl gehandelt. An den Plänen der Richard Müller, Ledebour und Barth auf Sturz der Regierung hätte er sich beteiligt, um eingeweiht zu werden und kein Misstrauen zu erregen. Er behauptete, durch seine am 2. November erfolgten Angaben über die mangelnde Bereitschaft der Truppen den für den 4. November geplanten Ausbruch der Revolution verhindert zu haben. Die Stimmung seiner Mannschaften habe er im patriotischen Sinne beeinflusst. Er habe ihnen gesagt, dass sie weiterkämpfen müssten, wenn uns ein schmachvoller Frieden geboten würde. Am Schlusse dieser Rede habe er ein Kaiserhoch ausgebracht.

Es war verständlich, dass die Freunde von Walz das Weiterlesen der Untersuchungsakten verhindern wollten. Sie schämten sich des Mannes, der in der Revolution als Soldatenführer wenn auch nur eine kleine Rolle gespielt hatte. Die Walz-Freunde lärmten, als Barth nun nach dem Rednerpult ging und beantragte, dass eine siebengliedrige Kommission die Angelegenheit Walz untersuchen sollte. Das wurde nach 11 Uhr nachts beschlossen, nachdem ein Antrag abgelehnt worden war, der besagte, dass kein Offizier der Kommission angehören dürfe. Der Bericht der Siebenerkommission wurde in einer Sitzung der Soldatenräte Gross-Berlins gegeben, die am Donnerstag, den 5. Dezember nachmittags 3 Uhr im Plenarsaal des Reichstags stattfand. Der Berichtstatter sagte u.a.:

«Die Siebenerkommission ist einstimmig der Ansicht, dass Walz anfänglich für die Revolution hat arbeiten wollen. Er ist aber bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter weit über das hinausgegangen, was er als wahrer Revolutionär hätte sagen dürfen. Er hat die Pläne der Genossen verraten und das Gelingen der Revolution aufs Schwerste gefährdet. Darum hat der Vollzugsrat mit Recht seinen Rücktritt verlangt. Ferner ist die Kommission einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass gegen Ledebour und Barth wegen ihres Verhaltens zu Walz kein Vorwurf zu erheben ist, da sie vor der Untersuchung des Vollzugsrats den wahren Sachverhalt nicht gekannt haben.»

Diesen Bericht nahmen die Gross-Berliner Soldatenräte zur Kenntnis. Damit war für sie der Fall Walz erledigt. Mit der Entdeckung von Beerfelde und Walz hatte die deutsche Revolution jedenfalls kein Glück.

Ein Anhänger von Walz war Gustav Gerhardt, der die Nachrichtenstelle für den Vollzugsrat aufzog. Er legte darüber, datiert vom 19. November 1918, 10 Uhr 55 dem Vollzugsrat einen Plan vor und bat, das Büro als zu Recht bestehend zu genehmigen und ihm zu unterstellen, mit der Vollmacht, es weiter auszubauen. Das Büro sollte zusammen mit dem Informationsbüro der Reichsregierung Beauftragte in das Haupttelegraphenamtsamt und in das Pressebüro der Reichsministerien entsenden und von der Transozeangesellschaft Abschriften der wichtigsten Funktelegramme verlangen, endlich die Berichte sämtlicher Informationsstellen sammeln. Und dies alles nur zum Hausgebrauch des Vollzugsrats. Für die Öffentlichkeit bestimmte Sachen sollten an die Presse- und Propagandaabteilung gehen. Die Volksbeauftragten dachten natürlich nicht daran, einem solchen Büro ihre Mitarbeit zu leihen. Dies und das mangelnde Verständnis, das Gerhardt im Vollzugsrat selbst für seine grossartigen Pläne fand, ärgerte ihn. In ganz demagogischer Weise trat dieses Mitglied des Vollzugsrats in der Versammlung der Gross-Berliner Soldatenräte vom 28. November gegen den Vollzugsrat auf.

«Die Geschäftsführung des Vollzugsrats spottete jeder Beschreibung. Es würden Anweisungen gegeben, die sich widersprechen und gegenseitig aufheben. Der Zustand werde von Tag zu Tag unhaltbarer. Es herrsche eine Vetternwirtschaft im Vollzugsrat. Es sei Pflicht der Soldaten gegen solche Geschäftsführung Einspruch zu erheben.»

Als Gerhardt dann kaltgestellt wurde, war das kein Verlust.

Am 13. Dezember gab der Vollzugsrat amtlich bekannt, dass er sein Mitglied Strobel sofort der ihm übertragenen Funktionen enthoben und ihn aufgefordert hätte, unverzüglich von seinem Amt zurückzutreten. Der Matrose Strobel hatte in der Morgenausgabe der deutschnationalen «Deutschen Tageszeitung» vom 13. Dezember einen Artikel «An das deutsche Volk vom Gelehrten bis zum Arbeiter!» veröffentlicht und als Mitglied des Vollzugsrats gezeichnet. Das war so blöd, dass es allein den glatten Ausschluss rechtfertigte, ganz gleich, ob die sonstigen Bedenken unpolitischer Art, die noch gegen Strobel geltend gemacht wurden, der tatsächlichen Unterlagen entbehrten, was ich nicht kontrollieren kann.

Endlich nahm noch Colin Ross als vierter Vertreter der Soldatenräte seinen Abschied aus dem Vollzugsrat. Colin Ross, der später durch eine

Schilderung seiner Reisen nach Amerika, Asien und Afrika in weiten Kreisen bekannt wurde, hatte damals die Absicht, ein grosses Propagandabüro für das werdende neue Deutschland aufzuziehen. Das Personal hierfür sollte freie Eisenbahnfahrt und im Notfälle Anspruch auf Beförderung im Auto und im Flugzeug haben. Colin Ross suchte Unterstützung, wo er sie kriegen konnte. Wegen seiner Pläne war er auch mit Beamten des Auswärtigen Amts in Verbindung getreten. Das hatte ihn Richard Müller verdächtig gemacht, der dort den Hort der Gegenrevolution erkennen zu können glaubte. Richard Müller liess deshalb die von Colin Ross aufgezugene Pressestelle besonders überwachen. Darauf erklärte Colin Ross am 26. November 1918 sich ausserstande, irgendwelche nützliche Tätigkeit im Sinne des Vollzugsrats zu leisten. Er gab sein Amt dem Vollzugsrat zurück, indem er bat, über folgende im Haus arbeitenden Stellen zu beschliessen: Feckede-Becker, die Presse- und Propagandastelle des ehemaligen Aktionsausschusses, die Nachrichtenstelle Ettisch und die zentrale Funkleitung. Aufgabe des Vollzugsrats konnte es nicht sein, soviel Propagandastellen nebeneinander zu unterhalten oder gar die Funkpropaganda zu organisieren.

An Stelle von Walz und Colin-Ross wählten die Gross-Berliner Soldatenräte am 5. Dezember die Genossen Gottschling und Albrecht in den Vollzugsrat.

Bewährt hat sich in schwerer Zeit Brutus Molkenbuhr, der von seinem Vater die Ruhe und kühle Überlegung als Erbteil bekommen hatte. Obwohl er bisher politisch wenig aktiv gewesen war, fand er sich in jener gärenden Zeit gut zurecht. Er hatte am 28. November in der Versammlung der Gross-Berliner Soldatenräte als Berichterstatter des Vollzugsrats ein Recht, zu sagen:

«Die Arbeiter- und Soldatenräte sind nur ein Provisorium, das durch die Nationalversammlung aufgehoben wird.»

Das wollten damals viele Soldatenräte nicht hören, die glaubten, dass sich aus der Übergangszeit heraus allmählich ein neuer Beruf, der der Soldatenräte, entwickeln würde. Herr Soldatenrat, etwa wie Herr Geheimrat!

In gleicher Gesinnung focht gegen alle Übertragung russischer Methoden auf deutsche Verhältnisse Max Cohen-Reuss. Er hatte in der Textilbranche gelernt und war Vertreter grosser Textilfirmen. Im Kriege hatte er als Abgeordneter ständig eine russenfreundliche Politik getrieben, die nach Kriegsende Deutschland im Osten dauernd Ruhe schaffen sollte. Er war deshalb Gegner der amtlichen Polen- und Randstaatenpolitik gewesen.

Am 9. November 1918 zog sich Max Cohen, der bei den Franzern einmal kurz ausgebildet worden war, seine Uniform an und bekümmerte sich um die Soldaten. Wütend verfolgten einige Radikale, die auf die allein richtige Durchführung der Revolution sozusagen ein Patent genommen zu haben glaubten, dieses Beginnen. Cohen gewann so stark das Vertrauen der Soldaten, dass er in den Vollzugsrat kam. In diesem hat er in schwierigen P allen oft ausgleichend gewirkt, wenn Heisssporne immer wieder versuchten, unter Aufreissung alter Wunden die Gegensätze zu verschärfen.

Die übrigen Gross-Berliner Soldatenräte waren unbeschriebene Blätter. Bei vielen Entscheidungen kam es aber auf ihre Stimme an. Ausserhalb der Partei war von den Soldatenräten nur einer während des Krieges bekannt geworden: Hans Paasche, der Sohn des Vizepräsidenten des Reichstags, des nationalliberalen Universitätsprofessors Dr. Hermann Paasche. Dieser Sohn war seinem sehr real denkenden Vater gar nicht ähnlich. Der Alte ein Vorkämpfer deutscher Kolonialpolitik – der Junge ein Gegner jeder Gewaltpolitik, dabei in Kolonialdingen nicht unerfahren. Er stand bei der Marine und hatte es dort bis zum Kapitänleutnant gebracht. Im Kriege marschierte er mit seinem Schwiegervater Willing, dem früheren Posener Oberbürgermeister und späteren Bankdirektor und dessen Bruder Maximilian Harden direkt in das Lager der Pazifisten. Er wurde dafür verfolgt. Wer aus der Familie des alten Paasche kam und so dachte wie Hans Paasche, zog den Hass der Militärkaste selbstverständlich auf sich, die für sein Verhalten nur die eine Erklärung fand: «Hans Paasche ist verrückt.» Hans Paasche war aber nur ein Schwärmer. Er kämpfte für den Sieg des Guten in der Welt. Der Sinn für die konstruktiven Aufgaben der neuen Zeit ging ihm völlig ab. Solange er im Vollzugsrat war, hat er der Revolution wenig genützt, aber auch nichts geschadet. Seine Ideen hat er schliesslich mit dem Leben bezahlt. Am 21. Mai 1920 war er bei dem Gruppenkommandeur Deutschkrone denunziert worden. Er sollte auf seinem Gute verbotenweise Maschinengewehre, Gewehre und Munition aufgespeichert haben. In zwei Lastautomobilen herbeigeschaffte Reichwehrsoldaten, 60 an der Zahl, umstellten unter Führung von zwei Offizieren das Herrenhaus seines Gutes Waldfrieden. Sie durchsuchten es und fanden drei Jagdgewehre. Paasche badete währenddessen im nahen See. Von Gendarmen aufgefordert, nach seinem Gute zu kommen, wurde er im Badeanzug, angeblich weil er auf den Ruf «Halt» nicht stillstand, sondern

geflohen sein sollte, von einem Soldaten erschossen. Hans Paasche war in der ganzen Gegend bekannt gewesen. Dass er kein Linksputschist war, wussten die Behörden. Seine Tötung ist eine jener scheusslichen Taten, die auf dem Kleid der jungen deutschen Republik für immer einen schmutzigen Flecken zurücklassen werden.

Unter den Arbeiterräten bildeten die sieben Unabhängigen eine geschlossene Gruppe. Sie gehörten alle dem linken Flügel an. Der rechte Flügel dieser Partei, die Gruppe Haase-Dittmann-Hilferding-Bernstein hatte im Vollzugsrat gar keine Vertreter. Unter dem Aufruf, den am 8. November Barth für die Entscheidungsstunde der Revolution fabriziert hatte, standen die Namen Barth, Eckert, Ledebour, Neuendorf, Wegmann, allerdings auch der von Haase. Aber Barth gestand selbst, dass nur Eckert und er anwesend waren. Die anderen Namen setzten die beiden einfach darunter, wohl kraft «revolutionären Rechts». Für Stil und Inhalt des Aufrufs, der «die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen» forderte, sind also nicht alle Unterzeichner verantwortlich. Aber da am 9. November alles gut ging, wurde das Dokument nicht weiter beanstandet. Ausser den Genannten ergänzten Däumig und Richard Müller die Zahl der Unabhängigen im Vollzugsrat.

Richard Müller und Emil Barth waren sich nahegetreten, als in der Berliner Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich die Opposition gegen die Burgfriedenspolitik zu regen begann. Richard Müller war damals Branchenleiter der Dreher, der bestorganisierten Metallarbeitergruppe, die von grösster Wichtigkeit für die Munitionsherstellung war. Die Dreher waren einig im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und politisch bereit zur Demonstration. Sie demonstrierten 1916 anlässlich der Verhandlung erster Instanz gegen Karl Liebknecht nach dessen Maidemonstration. Bei dem späteren Zuchthausurteil kam allerdings die gewünschte Demonstration nicht zustande. Barth hat später Richard Müller als einen zwar tüchtigen, aber unpolitischen Gewerkschafter geschildert, dessen Radikalismus nur auf einem gesunden politischen Instinkt beruht hätte. Dieses Urteil ist ungerecht. Soviel wie Barth verstand Richard Müller auch von der Politik. Richard Müller war 1918 zum Militär eingezogen worden. Da starb der Reichspräsident Kämpf. Richard Müller wurde vom Militär befreit, nachdem die Unabhängigen ihn im ersten Berliner Wahlkreis als Kan-

didaten aufgestellt hatten. In der Stichwahl unterlag Richard Müller im Oktober dem in der Kaliindustrie führenden Geheimrat Kempner.

Wenn Barth und Richard Müller sich so gehässig beurteilen, so deshalb, weil jeder sich einbildete, dass er der eigentlich führende Mann in der Revolution gewesen sei. Barth behauptet in seinem Buche «Aus der Werkstatt der Revolution», dass Richard Müller am 9. November $\frac{3}{4}$ 12 Uhr zu ihm gekommen sei und auf die Frage, wo er denn jetzt herkomme, geantwortet habe: «Ich komme jetzt von zu Hause. Jetzt gehe ich erst was essen, und dann will ich mir ein bisschen Revolution ansehen.» Danach sei Richard Müller verschwunden und habe Barth mit einem Dämpfer zurückgelassen. Richard Müller bestreitet diese Darstellung. Er will am 9. November bereits seit 5 Uhr morgens tätig gewesen sein. Als er dann gegen Mittag in das «Hauptquartier» Barths, das kleine Hinterzimmer eines Restaurants in der Nähe des Alexanderplatzes, gekommen sei, habe er kräftig über dessen Revolutionsspielerei gelacht. Barth habe dort vor einem grossen Plan von Gross-Berlin gesessen. Um 1 Uhr sei er dann schon wieder in Moabit gewesen, habe dort aus Arbeitern, Soldaten und Lastautos Züge zusammengestellt und an der Spitze eines solchen Zuges das Reichstagsgebäude besetzt.

Es ist heute gleichgültig, wer von beiden die Wahrheit sagt. Wie nachteilig musste es auf die Revolution wirken, wenn engste Gesinnungsfreunde schon so zueinanderstanden. Als Karl Liebknecht sich am 10. November weigerte, den Posten des Volksbeauftragten anzunehmen, soll Haase, wie Richard Müller in seinem Buche «Vom Kaiserreich zur Republik» schreibt, ihn dringend gebeten haben, das Amt des Volksbeauftragten anzunehmen, weil Haase in politischer wie in moralischer Hinsicht Bedenken gegen Barth gehabt habe. Richard Müller will aus den gleichen Gründen wie Liebknecht abgelehnt haben. Er glaubte sicher, im Vollzugsrat den Gang der Revolution stärker beeinflussen zu können. Darin täuschte er sich. Übrigens hatte sich Richard Müller in den Vollzugsrat den Dreher Paul Blumenthal mitgebracht, der schon in der Metallarbeiterbewegung ihm seit 1916 zur Seite gestanden hatte, der aber zu den Leuten gehörte, die wenig Wert darauf legen, im Sichtbaren zu wirken.

Aus dem Parteivorstand der Unabhängigen sassen Georg Ledebour und Ernst Däumig im Vollzugsrat. Ledebour, damals schon 68 Jahre alt, war verärgert, dass die Revolution sich nicht von ihm lenken lassen wollte. Am 9. und 10. November musste Ledebour bereits erleben, dass die Wogen der Revolution über seinen Kopf hinweggingen. In der ge-

benen geschichtlichen Situation war Ledebour besonders der Hass hinderlich, den er gegen die Führer der Mehrheitssozialdemokratie hegte, und der schon aus der Vorkriegszeit datierte. Ledebour war gelegentlich ein guter Redner, wenn es galt, temperamentvoll zu improvisieren. Seine Reden wurden umso schlechter, je besser er sich vorbereitet hatte. Vor einigen anderen weit linksstehenden Sozialisten zeichnete sich Ledebour dadurch aus, dass er dem eigenen Land Gerechtigkeit widerfahren liess. Als der Pole Korfanty am 24. Oktober 1918 im Reichstag Danzig für Polen reklamierte, liess sich Ledebour auch nicht durch das Argument imponieren, dass Arthur Schopenhauers Vater Danzig den Rücken gekehrt habe, weil es preussisch geworden sei, sondern trat energisch für das Selbstbestimmungsrecht der gut deutschen Danziger ein. Im Vollzugsrat hat er uns einmal lang und breit auseinandergesetzt, wie er sich in früheren Jahren bereits mit der Neugliederung Deutschlands befasst habe, sodass er mit fertigen Vorschlägen aufwarten könne. Doch zur eingehenden Erörterung der Frage des Einheitsstaates und der Reichsverwaltungsreform fehlte im Vollzugsrat die Zeit.

Ernst Däumig war im Gegensatz zu Ledebour ein Mann der Tat. Er konnte reden, aber er redete nicht um zu reden. Däumig hätte für die Revolution zu einer Energiequelle ersten Ranges werden können, wenn er einen gradlinigen Aufstieg gehabt hätte. Aber seine Entwicklung zeigte von Jugend auf Brüche. Er hatte zu Halle die Bürgerschule und die Latina der Franckeschen Stiftung besucht. 1887 war er zum Militär gekommen. Dann ging er zur Fremdenlegion. Über diese Zeit seines Lebens hat er im Jahre 1904 in vier Heften novellistische Skizzen «Moderne Landsknechte» veröffentlicht mit dem Motto: «Den Verarmten, Verstossenen und Verkommenen, die in den Sandwüsten Afrikas und in den Dschungeln und Urwäldern Asiens ihr Blut verspritzten oder dahinsiechten, sei dieses Buch gewidmet.» Die Erzählungen waren auf Grund von eigenen Erfahrungen geschrieben, die Däumig in Algier, Oran und Tongking gesammelt hatte. Nach seiner Rückkehr aus den französischen Kolonien übte Däumig allerlei Berufe aus. Eine Weile war er Schlafwagenkontrolleur auf der Strecke Berlin-Neapel. Wegen Differenzen, die auch zur Einleitung eines Prozesses führten, wurde er entlassen. Er fand später Anschluss an die Freidenkerbewegung und an die sozialistische Partei, der er von 1901 ab als Redakteur in Gera, Halle und Erfurt und von 1911 ab im Vorwärts gedient hat. Ich trat ihm das

erstmal in der Kriegszeit näher, als ich vom Partei vorstand der Vorwärtsredaktion angegliedert worden war, damit ein weiteres Vorwärtsverbot vermieden würde. Ich hatte damals mit Däumig zusammen die Entscheidung über die Aufnahme von Notizen, die gegen die Zensurverbote verstossen könnten. Wir haben uns damals fast immer leicht verständigt. Da wir die Letzten waren, die abends die Redaktion verliessen, hatten wir in später Stunde oft Gelegenheit, uns über Politik, Militär, Kunst und Literatur zu unterhalten, bis die letzten Telegramme unser Plazet hatten. Differenzen in der politischen Auffassung haben unsere persönlichen Beziehungen nicht beeinträchtigt. In freundschaftlicher Unterhaltung hat der sonst düster erscheinende Däumig mehr als einmal gesunden Humor bewiesen. Aus seiner Militär- und Kolonialzeit hatte er sich die Vorliebe für die Beschäftigung mit militärischen Angelegenheiten erhalten. In den ersten Jahren des Weltkriegs glaubte er fest an einen Sieg der Preussen. Erst 1918 richtete er sich dann auf die Revolution ein. Als die Führer der revolutionären Obleute ab Oktober 1918 regelmässige Zusammenkünfte abhielten, hatte Däumig gewöhnlich das Referat über die politische Lage. In der Zusammenkunft vom 2. November war er für ein Losschlagen am 4. November gewesen. Meiner Auffassung nach verkannte er damals, als er gegen Haase und Dittmann vom Leder zog, vollständig die Lage.

Däumig hatte einen grossen Fehler, den ich nur aus seinem ganzen Lebensgang erklären kann. Er verstand es, Aktionen vorzubereiten, aber er scheute sich, wenn es galt, im Lichte der Geschichte mit ganzer Persönlichkeit Verantwortung zu übernehmen. Als am 9. November linksradikale Elemente den sofortigen Rücktritt des Kriegsministers Scheuch forderten, schlug Barth ihn den Unabhängigen als Nachfolger vor. Trotz seiner militärischen Erfahrungen und trotzdem er seit Jahren die militärische Literatur verfolgt hatte, liess Däumig sich nicht überreden. Er erklärte schroff, dass er sich im Kriegsministerium nicht begeben lasse. Ich glaube auch nicht, dass er jemals das Kriegsministerium in der Leipziger Strasse betreten hat. Im Vollzugsrat war er der gegebene Mann zur Bearbeitung der militärischen Angelegenheiten. Er lehnte es ab, als Beigeordneter im Kriegsministerium zu fungieren, weil er nicht zum «Verräter der Revolution» werden wollte. In dieser Zeit setzte er seine ganze Energie vielmehr gegen die Einberufung der Nationalversammlung ein. Er wollte auch für Deutschland das Rätesy-

stem durchsetzen. In diesem Kampf verpuffte damals die gesamte Kraft des 52jährigen.

Die mehrheitssozialdemokratische Partei war während der gesamten Vollzugsratszeit durch sechs Arbeiter Vertreter in dieser Körperschaft beteiligt, die als Berliner Betriebsvertrauensleute seit 1917 mit dem Parteivorstand in enger Fühlung standen. Von ihnen brauchte keiner aus irgendeinem Grunde ersetzt zu werden. Es waren Franz Büschel, Giert, Gustav Heller, Ernst Jülich und Max Maynz. Der sechste, Oskar Rusch, trat später zu den Unabhängigen über. Der siebente Vertreter der Mehrheitssozialisten war ich selbst. ich denke an die Zeit, die ich im Vollzugsrat sass, gerne zurück. Sie war nicht immer angenehm. Aber Revolutionen arten selten in Vergnügen aus.

Ich hatte schon am 10. November befürchtet, dass es im Verlauf der Revolution zu schweren Konflikten zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat kommen würde. Wenn ich in den Vollzugsrat eintrat, so mit dem festen Vorsatz, zu verhindern, dass zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat Barrikaden gebaut würden. ich hatte mir im Gegenteil fest vorgenommen, als Brückenbauer zu wirken. Mehrmals die Woche ging ich in später Abendstunde von der Albrechtstrasse zur Wilhelmstrasse, um noch mit Ebert über die politische Situation zu sprechen. Einerseits, um selbst über das Neueste in der Politik auf dem Laufenden zu bleiben, denn die Volksbeauftragten hatten über die Vorgänge im Ausland und über die Lage im Reich doch andere Nachrichtenquellen als der Vollzugsrat. Andererseits auch, um Ebert Aufklärung zu geben über die Entstehung mancher Beschlüsse des Vollzugsrats, die ihm zunächst unerklärlich sein mussten. Die Imponderabilien der Revolution wirkten auf den Vollzugsrat mehr als auf die Volksbeauftragten. Der Vollzugsrat atmete mehr in der revolutionären Atmosphäre. Die Volksbeauftragten dachten mehr an das Morgen. Ich habe in meinen nächtlichen Unterhaltungen mit Ebert mehr als einmal dazu beigetragen, Reibungen zu beseitigen, die sich oft bedenklich häuften. Wenn ich abends in der zehnten Stunde zu Ebert kam, musste ich oft noch warten, bis Geheimrat Simons, der jetzige Reichsgerichtspräsident, als letzter im Vortrag, mit seiner roten Mappe das Reichskanzlerzimmer verlassen hatte. Als vortragender Rat hat sich Simons damals sehr verdient gemacht. Wie es überhaupt nicht wahr ist, wenn behauptet wird, dass damals alle unter dem alten System aufgewachsenen Beamten keinen anderen Gedanken gehabt hätten, als die Tätigkeit der Volksbeauftragten

zu sabotieren. Gerade die besten Köpfe im deutschen Beamtentum wussten, was in jener Zeit für das Reich auf dem Spiele stand.

Über meine Tätigkeit im Vollzugsrat will ich keine weiteren Ausführungen machen. Ich begnüge mich mit zwei Hinweisen auf Urteile aus dem linksradikalen Lager. Richard Müller schreibt in seinem Buch «Vom Kaiserreich zur Republik» Band II Seite 53:

«Der Abgeordnete Cohen als Soldatenrat und Hermann Müller als Arbeiterrat waren geistig hochstehende, in der Arbeiterbewegung erfahrene und geschickte Redner, die mit grosser Überlegung, richtiger Würdigung der Stimmung der Soldaten, auch mit List und Verschlagenheit die Politik ihrer Partei zu vertreten verstanden. Die entschiedenen Vertreter der Revolution konnten ihren Willen nur soweit durchsetzen, als es ihnen gelang, einen Teil der Soldatenvertreter auf ihre Seite zu ziehen.»

Und Barth, der über die eigenen Parteigenossen, Haase, Dittmann, Karl Liebknecht, Richard Müller usw. usw. so wenig liebevolle und ungerechte Urteile fällte, der seinem Hass gegen Landsberg geradezu krankhaft die Zügel schiessen liess, der Ebert und Scheidemann so gehässig abtut, hat ganz vergessen, mich mit abzuschlachten.

Soviel über die 28 Mitglieder des Vollzugsrats der sozialistischen deutschen Republik. Soviel waren es aber nur zunächst. Denn mit der Zeit vermehrte sich die Zahl. Als der Soldatenrat des Kriegsministeriums aus seiner selbstgeschaffenen Position herausmusste, kam Friedrich Trippe in den Vollzugsrat. Die Marineleute schickten Ernst Neviandt und Driesen als neue Mitglieder. Als die Heere im Westen und Osten deutschen Boden betraten, mussten ihre Vertreter, obwohl sie keine Berliner waren, aufgenommen werden. Für die Ostfront: Georg Meier, W. Bergmann, Saar, Hermann Wäger und später Walter Oehme und Kohl, für die Westfront: Hugo Struve, Emil Pörschmann, Levin, Faass und Steinmann. Diese Vertreter der Frontruppen waren Anhänger der Mehrheitssozialdemokratie. Damit diese nun an Einfluss nicht immer stärker wurde, entsandten die Matrosen noch Albers und Baier. Die Linksradikalen, von deren Vertretern Barth gleichzeitig Volksbeauftragter war, erhielten weitere Verstärkung durch den Rechtsanwalt Obuch, der von da ab Ledebour sekundierte, ferner durch von Lojewski, der mit dem Mehrheitssozialisten Lange zusammen als Ersatzmann für die ausscheidenden Soldatenräte Bergmann und Bernhagen gewählt worden war.

Sehr bald machte sich in weiten Teilen des Reiches eine starke Missstimmung gegen den Berliner Vollzugsrat geltend. In der Versammlung der Gross-Berliner Soldatenräte vom 28. November hatte sich bereits das Vollzugsratsmitglied Gerhardt zum Sprachrohr dieser Unzufriedenheit gemacht:

«Der Vollzugsrat hat nicht Fühlung mit den Süddeutschen genommen, sondern die Vertreter der süddeutschen Kameraden mussten erst hierher kommen. Aber die beiden Vorsitzenden des Vollzugsrats haben die beiden Kameraden nicht empfangen.»

Dem lag folgender Vorfall zugrunde: Die vom Landesausschuss der badischen Soldatenräte abgesandten Genossen Baer und Krager gaben am 21. November zu Protokoll:

«Diese Verhandlungen mit einem Mitglied (des Vollzugsrats) haben wir abgebrochen, da wir den Eindruck haben, dass der Berliner Vollzugsrat das Reich beherrschen will. Wir wollen für die Übergangszeit eine Zusammenfassung der Arbeiter- und Soldatenräte in einer Zentralinstanz. Bleibt der hiesige Vollzugsrat auf seinem Standpunkt stehen.. so lehnen wir jede Verantwortung für das Kommende ab und behalten uns die Schritte, die wir für gut halten, vor. Die Wahlen zur badischen konstituierenden Nationalversammlung sind am 5. Januar 1919.»

Mit letzterem waren die Badener, die Hüter alter demokratischer Tradition, den anderen Freistaaten voraus. Was sollte der Vollzugsrat zur Besänftigung der Badener tun? Er nahm Baer und Krager einfach in den Vollzugsrat auf. Auf ähnliche Weise kamen weiter hinzu Hädrich für Bayern, König und Lemke für Lothringen (!!), Heckert und Heldt für Sachsen. Die anderen Freistaaten sollten gleichfalls das Recht auf Vertretung erhalten.

Ebert war über diese Entwicklung sehr ungehalten. Er fürchtete, dass ein Vollzugsrat, der sich auf die Arbeiter- und Soldatenräte des ganzen Reiches stützen könnte, den Volksbeauftragten gegenüber stärker dastehen würde, mit anderen Worten: den Volksbeauftragten noch mehr Sand in die Regierungsmaschine werfen konnte, als dazu der Berliner Vollzugsrat imstande war. Ich sah nicht so schwarz und suchte ihn vom Gegenteil zu überzeugen. In wenigen Wochen sollte sowieso der erste Kongress der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten, der einen neuen Vollzugsrat für das Reich wählen sollte. Bis dahin hatten die Volksbeauftragten von dem Gang der Entwicklung sicherlich Vorteile, denn die neu hinzutretenden Vollzugsratsmitglieder – Süddeutsche und Soldatenvertreter – waren zumeist Anhänger der baldigen Einberufung der Nationalversammlung.

Anfang Dezember fand sich dann als Vertreter des besetzten Gebietes noch Heinrich Schäfer aus Köln ein, der später über seine Vollzugsratszeit Tagebuchblätter veröffentlichte.

Dieser fröhliche Rheinländer hatte keinen politischen Blick für den Sinn der Auseinandersetzungen im Vollzugsrat. Er sah mit seinen Kölner Fastnachtsaugen nur Hahnenkämpfe. Aber wenn die Tätigkeit des Vollzugsrats komischer Situationen auch nicht entbehrte, so waren sie doch nicht das Wesentliche, sondern schliesslich kam es darauf an, ob diejenigen, die durch ihre Beschlüsse die Volksbeauftragten lahmlegen wollten, zum Ziele kamen oder nicht. Schäfer klagte:

«Mehrere Male sass man die ganze Nacht. Immerhin war ich heilfroh, als ich die nächtliche Luft der Prinz-Albrecht-Strasse atmen konnte. Mit dumpfem Schädel und entzündeten Augen langte ich in meinem Logis an.»

Ganz so schlimm war es für die nicht, die an die Berliner Luft gewöhnt waren. Achtstündige Arbeitszeit gab es allerdings im Vollzugsrat nicht.

Allmählich war die Zahl der Mitglieder des Vollzugsrats auf 45 angewachsen. Die Arbeit im Plenum war immer schwieriger geworden. Der Vollzugsrat teilte sich deshalb in vier Abteilungen: 1. Reichsausschuss, 2. preussischer Ausschuss, 3. Gross-Berliner Ausschuss, 4. Interner Ausschuss. Für diese Arbeitsteilung war es höchste Zeit geworden. Die Sitzungen des Vollzugsrats begannen oft 1 bis 1½ Stunden nach der angesetzten Zeit, weil die Vorsitzenden vorher nicht abkömmlich waren. Auf diese stürzte nämlich alles ein, aus Berlin und aus dem Reich. Dort dichteten die lokalen Arbeiter- und Soldatenräte dem Vollzugsrat oft eine Macht an, die er nicht besass. Vor allem wurden Vollmachten verlangt. So waren die Vorsitzenden des Vollzugsrats gezwungen, mit Hilfe des Stempelkissens die Revolution zu fördern. Die Vollmachten konnten ernstlich nicht geprüft werden. Das gab Richard Müller selbst zu. Vollmachten auszustellen musste eben Sache der Exekutive und nicht der Ersatzlegislative sein. Aber nicht nur die Revolutionäre wollten Vollmachten haben. Würdenträger des Kaiserreichs, die z.B. ins Ausland wollten, teilten ihre Abreise dem Vollzugsrat mit. Als Prinz und Prinzessin Sigismund von Preussen als Herr und Frau von Plehwe Pässe erbat, wurden ihnen solche nach ausgiebiger Debatte bewilligt. Als die ehemalige Kaiserin Auguste Victoria zu ihrem Mann nach Holland fahren wollte, wurde darüber mit den Volksbeauftragten verhandelt, die gegen die Reise nichts einzuwenden hatten. Aber auch die Vorsitzenden des Vollzugsrats wurden angefragt. So kam es, dass Brutus Molkenbubr seinem Vater Hermann Molkenbubr die Genehmigung gab, den Wagen der Exkaiserin bis zur holländischen Grenze zu begleiten, damit Unannehmlichkeiten von ihr fern gehalten

würden. Die Exkaiserin kam unbehelligt an der holländischen Grenze an. Sie war sehr unglücklich während dieser Reise. Hermann Molkenbuhr suchte sie damit zu trösten, dass er ihr erzählte, wie er unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen worden war. Die Exkaiserin hatte von all dem keine Ahnung.

Richard Müller fehlte zur Leitung einer aktionslüsternen Körperschaft jede Fähigkeit. Bei der vorhandenen Redewut konnte nur ein Mann, der wusste, was er wollte und Übersicht über die Geschäfte hatte, diese Körperschaft zu positiver Arbeit führen. War einmal eine Debatte entfesselt, so ging sie gewöhnlich ins Uferlose. Das wurde übrigens auch nicht besser, als beschlossen worden war, dass vormittags nur noch Sitzungen der Ausschüsse stattzufinden hätten und die Plenarsitzungen des Vollzugsrats nur noch nachmittags abgehalten würden. Auch die Ausschüsse kamen erst nach langwierigen Auseinandersetzungen zu Entscheidungen. Besonders Ledebour war gross darin, den einfachsten Tatbestand durch Entfesselung langer Debatten zu verwirren. Um einmal deutlich für die Nachwelt zu zeigen, wie es in einer Revolution nicht gemacht werden darf, dafür folgendes Beispiel:

Im Westen Berlins waren Flugblätter verbreitet und angeklebt worden, die in aufreizender Weise gegen die Juden hetzten. Gewisse Konventikel der Rechtsparteien suchten damals den Antisemitismus in Deutschland neu zu beleben. Sie wollten so die niedrigsten Instinkte des patriotischen Mobs gegen die sozialdemokratische und demokratische Partei mobilisieren. Als Parole gaben sie aus: «Deutschland den Deutschen.» Wie frech gelogen wurde, dafür folgendes Beispiel:

«Die Beteiligung der Juden an den Frontkämpfen war gleich Null. Ihre Beteiligung an der Regierung beträgt jetzt schon 80 Prozent.»

Es fehlte bloss noch die Behauptung, dass die gefallenen Juden den Tod im Weltkrieg simuliert hätten. Um die Statistik zu korrigieren, wurden Männer wie Eduard David und Erzberger einfach zu Juden gestempelt. In einem anderen Flugblatt wurde unter Berufung auf Heinrich von Treitschke Judenhetze getrieben: «Die Juden sind unser Unglück!» In diesem Flugblatt nannte der «das Christentum und das deutsche Vaterland» liebende Verfasser Helfferich «Erzbergers unversöhnlichen jüdischen Feind». Es war eben nichts so dumm, dass es nicht gedruckt werden konnte.

Als Max Cohen-Reuss von diesen Flugblättern Kenntnis erhalten hatte, hielt er den Zeitpunkt für eine Aufklärungsaktion des Vollzugsrats für gekommen. Man hätte annehmen sollen, dass eine revolutionäre Körperschaft in fünf Minuten ohne Debatte hierüber einen klaren Be-

schluss fassen würde. Aber weit gefehlt. Cohen-Reuss brachte folgenden Antrag ein:

«In der letzten Zeit sind in grossen Mengen anonyme Flugblätter verbreitet worden, die in unverhülltester Form zur Judenhetze auffordern. Die Flugblätter sind nicht ohne Wirkung geblieben. Wie der «Vorwärts» vom 11. Dezember meldet, sind verschiedentlich Juden und «Christen, die durch ihr Aussehen nicht genügend gegen den Verdacht geschützt waren, Juden zu sein», körperlich angegriffen worden. Wenn diese schamlose Flugblatthetze fort dauert, muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass wir auch in Deutschland die Schmach von Judenpogromen erleben. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats sieht sich daher genötigt, sich aufs schärfste gegen das reaktionäre antisemitische Treiben zu wenden, das er hiermit öffentlich und vor aller Welt brandmarkt. Der Vollzugsrat appelliert an den gesunden Sinn des deutschen Volkes und ist überzeugt, dass es in seiner überwiegenden Mehrheit der antisemitisch-reaktionären Hetze entgegentreten und keinerlei Judenverfolgungen dulden wird.»

Nachdem Cohen-Reuss diesen Antrag begründet hatte, erklärte Ledebour zwar sein Einverständnis mit Cohens Anregungen, sagte aber, dass das allein nicht genüge. Es müsse dem Antrag ein zweiter Absatz hinzugefügt werden, der sich gegen die schamlose Hetze gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wende. Dass eine solche Hetze betrieben wurde, war nicht abzuleugnen. Der Zweck des Antrags wäre aber verfehlt gewesen, wenn dieser Hinzufügung stattgegeben worden wäre. Ich wies in der Debatte hierauf hin, erklärte mich im Übrigen grundsätzlich mit Ledebours Anregungen einverstanden, verlangte aber gleichzeitig, dass dann noch in einem dritten Absatz gegen die tägliche schamlose Hetze gegen Ebert und Scheidemann protestiert würde. Auch das war absolut richtig. An der Spitze dieser Hetze standen aber die Leute der «Roten Fahne». Und nun erwiderte Ledebour wieder, usw. usw. usw. Und der Endeffekt? Der Antrag Cohen-Reuss wurde in seiner ursprünglichen Form angenommen und amtlich verkündet. Aber es war wieder einmal ein ganzer Vormittag guter revolutionärer Zeit vertrödelt. Genutzt hat die amtliche Bekanntmachung nichts. Kurz vor dem ersten Rätekongress kam ein von Lügen strotzendes Flugblatt ohne Unterschrift und ohne Angabe des Druckers heraus, das sich besonders gegen den Vollzugsrat wandte und an dessen Schluss es hiess:

«Sitz des Vollzugsrats:

Synagoge im Abgeordnetenhaus.

Privatadressen:

Alte Schönhauser Strasse, Scheunenviertel, Pfandkammer, kurz:
jüdische Schweiz.

Kameraden, die Ihr vier Jahre das Vaterland im Kampfe gegen eine Überzahl von Feinden verteidigt habt, befreit das Deutsche Reich von dieser Eiterbeule.»

Mit so rohen Spässen amüsierte die erwachende politische Reaktion ihr Publikum.

Im Vollzugsrat galt Potsdam als Hort der Reaktion. Sicherlich nicht mit Recht. Auch die Potsdamer hatten ihren Arbeiter- und Soldatenrat. Als in der Versammlung der Gross-Berliner Soldatenräte am 28. November der Vorwurf erhoben wurde, dass die Potsdamer sich von aktiven Offizieren leiten liessen, was übrigens nicht verboten war, erklärten ihre Vertreter, dass sie keinen aktiven Offizier in ihrem Soldatenrat hätten. Ihr Vorsitzender Heine sei ein Leutnant der Reserve, der ganz zu ihnen stünde. Trotzdem wurde dem Vollzugsrat mehrfach gemeldet, dass die Konterrevolution, aus Potsdam kommend, in Richtung Döberitz-Charlottenburg gesichtet worden sei. Zeuge war gewöhnlich irgendein Angsthase, der in der Dämmerung eine Gulaschkanone nicht von einem Maschinengewehr unterscheiden konnte. Im Vollzugsrat konnte das ernsthafte Debatten auslösen. Ledebour donnerte dann gegen die Konterrevolution. Däumig drohte Gewalt mit Gewalt zu erwidern. Beide fanden für den Fall, dass ihre Voraussetzungen richtig waren, allgemeine Zustimmung. Bei dem Polizeipräsidenten Eichhorn wurde dann schleunigst angefragt, ob konterrevolutionäre Erscheinungen gesichtet worden seien. Alle polizeilichen, militärischen und zivilen Stellen wussten nichts zu melden. In einem Falle wurde schliesslich das Bindeglied zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat herbeigeholt: Barth. Er besah sich den komischen Kronzeugen der Konterrevolution und nahm ihn ins Kreuzverhör. Resultat: alles war nur Gespens-terseherei.

Noch sicherer wurden sachliche Verhandlungen unmöglich gemacht, wenn Deputationen von ausserhalb ankamen, die ihre Wünsche dem Vollzugsrat selbst vortragen wollten. Manche wollten sofort vorgelassen werden und liessen sich nicht abweisen. Dann musste die Erledigung der Tagesordnung unterbrochen werden. Dabei kam es oft nach Anhörung der Deputation zur Erledigung der Tagesordnung überhaupt nicht mehr. Man kann Richard Müller beistimmen, wenn er über die Tätigkeit des Vollzugsrats sagt:

«Ein unsicheres Tasten auf einem neuen und ungewohnten Gebiet. Ein ängstliches Wägen ohne entschlossenes Wagen. Ein Trieb zum Re-

den und eine Scheu vor jedem Handeln. So stand der Vollzugsrat bereits zu Beginn seiner Tätigkeit als schwankendes Rohr im Sturmwind der Revolution.»

Aber warum ertrank denn der Vollzugsrat in einem Meer von Kleinigkeiten? Weil sein Vorsitzender Richard Müller sich einbildete, dass der Vollzugsrat das «Mädchen für alles der Revolution» sein könne. Wenn eine Deputation der Former erschien, weil Differenzen in einem Betriebe der Metallindustrie ausgebrochen waren und die Vermittlung des Vollzugsrats verlangte, so muss-te aus den Mitgliedern der Körperschaft eine Kommission gewählt werden, die zu versuchen hatte, den Streit zu schlichten. Eine Körperschaft, die den Ehrgeiz gehabt hätte, in der Geschichte neben dem Wohlfahrtsausschuss der grossen französischen Revolution genannt zu werden, musste sich hüten, eine Filiale des Reichsarbeitsamts zu werden. Während der ganzen Vollzugsratszeit fehlte dieser Körperschaft eben eine Führung, die das Wesentliche im Auge behielt und das Unwesentliche beiseiteschob. Vernichtend kritisierte Richard Müller selbst hinterher seine Methode der Leitung des Vollzugsrats an folgendem Vorfall:

Der Vollzugsrat erliess eine Verordnung, nach der den in den Betrieben bestehenden Arbeiterausschüssen das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozess entstehenden Fragen zustand. Die Formulierung war Gummi. Was war eine aus dem Produktionsprozess entstehende Frage? Die Gewerkschaftsführer protestierten. Sie konnten mit einer so unklaren Verordnung, die übrigens vom Vollzugsrat allein gar nicht erlassen werden konnte, nichts anfangen. Die Sozialdemokraten sollten dieser Verordnung zugestimmt haben. Aber wer war denn da, als die Verordnung beschlossen wurde? Richard Müller sagt darüber selbst:

«Solche Beschlüsse kamen des Öfteren zustande. Wenn die Debatte über politische Gegensätze oder über das Verhalten der Volksbeauftragten stundenlang in der heftigsten Weise geführt worden war, wenn die Nerven erschöpft waren und der Geist nichts mehr zu fassen vermochte, legte Richard Müller seine Anträge vor. Wie die Dinge im Vollzugsrat lagen, war das der einzige Weg, der beschritten werden konnte, wenn überhaupt etwas für die Revolution herausgeholt werden sollte.»

Wer es mit seinen Anträgen ernst meinte, durfte sie einer erschlaferten Versammlung, die übrigens in später Abendstunde auch gelichtet war, gar nicht vorlegen. Durch so gewöhnliche Schiebungen ganz kleiner Geister sollte die Revolution vorwärtskommen. Nachdem Proteste erfolgt waren, wurden Richtlinien für die Betriebsräte beschlossen, die sich durchführen liessen.

Zwei ganz wichtige Beschlüsse, auf die ich in anderem Zusammenhang noch zurückkommen werde, der über die Bildung einer Roten Garde und der über die Einladung der Sowjetvertreter zum ersten Rätekongress, musste der Vollzugsrat sogar in aller Form wieder aufheben.

Der Vollzugsrat verfügte für seine Mitglieder über einen grossen technischen Apparat, der fast sämtliche verfügbaren Räume des Abgeordnetenhauses mit mehr oder minder geräuschvoller Tätigkeit erfüllte. Aber es kam wenig Brauchbares aus diesen Büros heraus. Über die Sitzungen des Vollzugsrats wurden regelmässig Protokolle aufgenommen. Bis zum Ende der Vollzugsratszeit wurden diese Protokolle nicht, wie in den Parlamenten üblich, den Rednern zur Durchsicht vorgelegt. Das wäre aber in jener Zeit umso notwendiger gewesen, weil in einer Zeit der Erregung leichter Irrtümer unterlaufen als in normaler Zeit. Die nicht verifizierten Protokolle können deshalb, soweit sie überhaupt vorhanden sind, nur mit grösster Vorsicht von dem künftigen Geschichtsschreiber benutzt werden.

In der Propagandaabteilung des Vollzugsrats gab Felix Stössinger die Ideen aus. Es war damals noch nicht bekannt, dass «Stösseiles», wie er allgemein genannt wurde, im Kriege Vertrauensmann des Obersten Eisner-Bubnar im K. K. Kriegspressequartier gewesen war. Er stellte, wie das «Berliner Tageblatt» am 3. April 1919 angab, für diesen Obersten die Presserundschau zusammen. Als er 1915 über die Versenkung der «Lusitania» jubelte, ohrfeigte ihn der Dichter Leonhard Frank. In der Revolution war er Pazifist geworden. Nun war diese wenig erfreuliche Erscheinung Pressechef des revolutionären Quartiers. Er arbeitete im Hintergrunde.

Als Vorsteher des Zentralbüros des Vollzugsrats fungierte der Rechtsanwalt Dr. James Broh, dessen Frau auch im Büro angestellt war. Broh stand jetzt ganz links. Während des Krieges hatte er der «Glocke», in der der rechteste Flügel der Mehrheitssozialdemokratie schrieb, Artikel angeboten, die aber nicht aufgenommen worden waren. Über die Büros des Vollzugsrats sagte Broh in einer Denkschrift an diesen:

«Es bestehen hier aber viele Büros, die nach obigen Leitsätzen überhaupt keine Existenzberechtigung haben. Diesen Überfluss an Büros festzustellen ist sehr leicht. Alle diese Büros müssen sofort aufgehoben und die betreffenden Personen sofort entlassen werden, zumal ihr Weiterbestehen unter der Flagge des Vollzugsrats geradezu eine Gefahr bedeutet, die auch nicht einen Tag länger dauern darf. Ein Beispiel dafür gibt die anliegende Karte eines gewissen Klemenz vom 19. No-

vember: «Genosse Liedler ist im Büro ‚Kontrolle sämtlicher Staatsbetriebe‘ beschäftigt»

«In der Regel wird das Dezernat nur ein Büro gebrauchen, bestehend aus einem. Registrator und einer Stenotypistin.»

Für das Sekretariat des Vollzugsrats sah die Denkschrift eine besondere Registratur und ein Geheimarchiv vor. Die persönlichen Antragsteller sollten in Zukunft in einer Auskunftsstelle abgefertigt werden, deren Vorsteher eine umsichtige, geschäftsgewandte Persönlichkeit sein müsse. Zu den Vorsitzenden sollten nur noch bekannte politische Persönlichkeiten, Volksbeauftragte und dgl., die die Vorsitzenden persönlich sprechen wollten, zugelassen werden. Dann kam ein Haufen Vorschriften über die Behandlung der Akten. Aber für die Schaffung vereinfachter bürokratischer Verhältnisse war es Ende November zu spät. Allerdings wurden einige überflüssige Büros geschlossen. Zu gleicher Zeit beantragte der interne Ausschuss:

«Die im Herrenhause befindlichen Wohnräume sind nur im Notfall, und zwar ausschliesslich von Mitgliedern des Vollzugsrats zu benutzen. Es ist kein Vollzugsratsmitglied berechtigt, dortselbst länger als eine Nacht zu wohnen. Die entgegen dem Beschluss belegten Räume sind unverzüglich zu verlassen.»

Das Nächtigen im Hauptquartier des Vollzugsrats war überdies nicht ungefährlich, denn die Überwachung des Hauses liess zu wünschen übrig, wie aus folgendem Antrag Gelberg vom 28. November 1918 hervorgeht:

«Der Sicherheitsdienst im Hause bedarf dringend der Organisation; das beweist der gestrige Vorfall. Das Haus war gestern mehrere Stunden ohne jede Wache, da dieselbe nicht zur rechten Zeit abgelöst wurde und deshalb einfach fortlief. Um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern, schlage ich Folgendes vor:

1. Es sind von der Kommandantur drei geeignete Unteroffiziere als ständige Wachhabende anzufordern, die sich alle 8 Stunden ablösen. Dieselben haben alle Massnahmen für den geordneten Wachdienst zu treffen (Instruktion der Posten, Kontrolle derselben usw.).
2. Es fehlt bis jetzt an einer geeigneten Schlafgelegenheit im Hause für die Wache. Es wäre meines Erachtens ein leichtes, von der Garnisonverwaltung eine Anzahl Matratzen oder dgl. zu erhalten, die in einem geeigneten Zimmer unterzubringen wären.»

Trotz aller Bemühungen, die Tätigkeit der Büros einzuschränken, entstanden bis kurz vor der Tagung des Ersten Rätekongresses noch neue. Am 9. Dezember 1918 wurde bekanntgemacht, dass der Vollzugsrat ein Aufklärungsbüro eingerichtet hätte:

«Dieses Büro stellt auf Verlangen jedem einzelnen Soldatenrat für Versammlungen bekannte und berufene politische Redner zur Verfügung, die in der Lage

sind, über die Ziele der Revolution und die augenblickliche Situation jede Aufklärung zu geben. Jeder Soldatenrat, der Versammlungen abhalten und die Kameraden aufklären will, wird gebeten, sich an das Aufklärungsbüro des Vollzugsrats, Herrenhaus, Zimmer 23, Eingang Abgeordnetenhaus, zu wenden.»

Das war ganz überflüssig. Politische Aufklärung hatten die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen zu leisten, während der Vollzugsrat die Volksbeauftragten kontrollieren sollte. Auf Antrag Obuch beschloss der Vollzugsrat, dass alle für die Zeitungen bestimmten Mitteilungen des Vollzugsrats, die mit dem Zusatz «amtlich» zu deren Kenntnis gebracht wurden, unverändert und unverkürzt in der nächsten erscheinenden Nummer abzudrucken seien. Dieser Beschluss war ein Beweis von Nervosität. Im Übrigen war er wirkungslos, denn es fehlten die Strafbestimmungen im Falle des Zuwiderhandelns. Der Beschluss wurde durch einen anderen Antrag Obuch kommentiert:

«Zur Wahrung seiner Stellung in der Öffentlichkeit sowie zur Richtigstellung und Zurückweisung unberechtigter Angriffe und böswilliger Gerüchte sind Kundgebungen des Vollzugsrats in amtlicher Darstellung erforderlich.

Der Vollzugsrat bestellt eine fachmännische Persönlichkeit, die diese Mitteilungen, versehen mit dem Zusatz («Amtlich»), an die Tagespresse des In- und Auslandes weiterzuleiten hat.

Zur Veröffentlichung ist erforderlich, dass die Mitteilung durch einen Vorsitzenden, einen Abteilungsvorsitzenden oder durch einen dazu bestellten Vertreter vorher unterzeichnet wird, der damit die Verantwortung für jede Richtigkeit der Mitteilung übernimmt.»

Der Presse- und Propagandadienst hatte bereits am 22. November allen Mitgliedern des Vollzugsrats folgendes Schreiben zugesandt:

«Mit jedem Tage mehren sich die Anfragen der Öffentlichkeit und der Presse nach der in den Vollzugsratssitzungen geleisteten Arbeit. Ganz Deutschland und die gesamte Welt blicken auf diese Stelle, die bisher schweigt. Der P.- u. P.-D. hält es für seine Pflicht, die Genossen darauf hinzuweisen, dass die Veröffentlichung geleisteter Arbeit im Vollzugsrat von grösster Wichtigkeit ist und nicht mehr weiter hinausgeschoben werden kann. Der P.- u. P.-D. bittet, in der nächsten Sitzung in dieser Hinsicht eine definitive Entscheidung zu treffen.»

Das war etwas stark übertrieben. Die ganze Welt sah nicht nach dem schweigenden Vollzugsrat. Schweigen war überhaupt nicht seine grösste Tugend. Aber seine ganze Tätigkeit bestand eben im Planemachen. An der Ausführung der Pläne fehlte es. Alles blieb stecken. Ich denke z.B. daran, wie der Vollzugsrat noch zuletzt mit untauglichen Mitteln die Bauernagitation zu fördern suchte. Ein drei Schreibmaschinenseiten

langer Organisationsentwurf wurde ausgearbeitet. Ein Aufruf an die Landarbeiter und Bauern wurde entworfen, die von ihrer grundlosen Beunruhigung befreit werden sollten. Der Text des Aufrufs war allerdings «beruhigend»:

«Nun müssen alle Schichten des Volkes zusammenstehen, um auf den Trümmern des alten Reiches die sozialistische Republik zu errichten.... Nur diese Staatsform ermöglicht uns ein Leben unter gerechten Zuständen. . . . Nur ruhige Arbeit und Ordnung wird uns den Frieden bringen und über diese Zeit hinweghelfen. . . . Die Landarbeit darf keine Unterbrechung leiden, die Erzeugung muss aufs Äusserste gesteigert werden. . . . Alles was über Enteignung des Landes und Sperrung des Kredits geredet wird, entstammt der Hetze gegenrevolutionärer Landleute, Gutsherren und ihrer Helfershelfer, die Unruhe stiften wollen, um die Errungenschaften der Revolution, die von den Soldaten und Arbeitern errungene Freiheit wieder zu vernichten. . . . An eurem Eigentum wird sich niemand vergreifen. Die Regierung der sozialistischen Republik schützt euch und ahndet jeden ungesetzlichen Übergriff. . . . Die Gegenrevolutionäre verdächtigen die Regierung bolschewistischer Ideen. Davon kann keine Rede sein. Daran zu glauben, ist Torheit.»

Das hatte der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte der sozialistischen Republik unterzeichnet und dadurch dem Bolschewismus den Laufpass gegeben.

Um die Ideen dieses Flugblattes zu verbreiten, wurden für die agrarischen Gebiete Norddeutschlands 11 Obleute und 82 Helfer gesucht. Für die Verteilung in Ostpreussen sollten davon 20 polnisch reden können. Diese Agitatoren sollten pro Mann und Tag 25 Mark Gehalt und 25 Mark Spesen bekommen. Der preussische Ausschuss hatte 60 Mark vorgeschlagen, eingeschlossen die Kosten für zu beschaffendes Fuhrwerk. In der Denkschrift heisst es dazu:

«Wenn man die Sympathie der Landbevölkerung gewinnen will, so geht es keineswegs an, Pferd und Wagen zu requirieren.»

Diese Landagitation sollte im Verlauf von 4-6 Wochen zum Ziele kommen. Die Kosten wurden pro Dekade auf 55 200 Mark berechnet. In Wirklichkeit kam es zu dieser Agitation auf dem flachen Lande nicht, weil das Geld fehlte.

Die 'Abteilung Landbevölkerung hat endlich auch noch Richtlinien für die Wahl von Bauernräten ausgearbeitet. Die selbständigen Landwirte, die Personal beschäftigten, sollten in der ersten Wahlgruppe wählen, die Landarbeiter, die landwirtschaftlichen Handwerker und die Bauern, die das Land allein mit ihrer Familie bearbeiteten in der zweiten. Praktische Bedeutung haben auch diese Richtlinien nicht erhalten. Von irgendwelcher grosszügigen Agrarreform oder auch nur von der Förderung des Siedlungswesens war in diesen Vorschlägen nicht die Rede.

In einem Bericht über die Organisation der Büros hiess es einmal über die Aufgaben des Vollzugsrats wie folgt:

«Geht man davon aus, dass der Vollzugsrat das Gehirn, die treibende Kraft der Revolution darstellt, das die Ideen zu gebären hat, die die Revolution vorwärts treiben und deren Erfolg sichern . . . » usw.

Der Vollzugsrat hat soviel Ideen geboren, dass die Volksbeauftragten nicht mehr mitkamen und die Vollzugsratsmitglieder warten liessen, wenn sie mit neuen Ideen kamen, weil die vorigen Ideen noch nicht verarbeitet waren. Daher sandte der Vollzugsrat den Volksbeauftragten am 4. Dezember folgenden Brief:

«Der Vollzugsrat protestiert energisch gegen die den Mitgliedern in der Reichskanzlei und in den übrigen Staatsministerien zuteil werdende Behandlung und ersucht Anweisung zu geben, dass die Mitglieder des Vollzugsrates sofort und ohne Anmeldeförmlichkeiten in höflichster Weise zu der gewünschten Stelle geführt werden.»

Aus den folgenden Kapiteln wird zu ersehen sein, wie der Vollzugsrat seinen Kampf um die Macht mit den Volksbeauftragten bestand. Ich werde dabei in der Hauptsache die Tatsachen selber reden lassen. Wenn mancher mein Urteil über den Vollzugsrat für zu scharf halten sollte, ziehe er das Urteil von Rosa Luxemburg zum Vergleich heran, die schreibt:

«Der Vollzugsrat der vereinigten Räte Russlands ist . . . Hirn einer gewaltigen revolutionären politischen Organisation, dieser (der deutsche Vollzugsrat) das fünfte Rad am Wagen einer kryptokapitalistischen Regierungsclique . . . Jener ist das lebendige Leben der Revolution, dieser ihr Sarkophag.»

Das letzte traf nicht zu. Da im Vollzugsrat der Willen zur Zusammenarbeit mit den Volksbeauftragten fehlte, musste es sicherlich zum Kampf mit den Volksbeauftragten kommen. Aber als die Linksradikalen mit Waffengewalt den Kampf eröffneten, um die Volksbeauftragten zu stürzen, war der Vollzugsrat bereits von der Bühne abgetreten.

In der gemeinsamen Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats vom 9. Dezember 1918 wurden die Gegensätze nochmals verkleistert:

«Beide sind überzeugt, dass ihre Tätigkeit nur durch verständnisvolles Zusammenarbeiten erspriesslich ausgeübt werden kann.»

An verständnisvoller Zusammenarbeit hat es vor und nach dem 9. Dezember gefehlt. In erster Linie deshalb, weil die links-radikalen Arbeiterratsmitglieder des Vollzugsrats sich einbildeten, die deutsche Revolution nach ihrem Geschmack weiter treiben zu können, obwohl sie selbst im Vollzugsrat bestenfalls über ein Viertel der Sitze verfüg-

ten. Sie sahen in der Regierung Ebert-Haase die deutsche Ausgabe der Kerenski-Regierung. Sie glaubten, dass die deutsche Revolution sich in das russische Schema pressen liesse. Sie verkannten sieb endlich selbst. In ihren Reihen war keine einzige starke Persönlichkeit, die das Zeug dazu hatte, einen neuen Staat aufzubauen.

VII. Der Kampf um die Macht

Die sieben linksradikalen Mitglieder des Vollzugsrats hatten bald begriffen, dass sie am Abend des 10. November in der Zirkus-Busch-Versammlung durch die Soldaten-Vertreter eine schwere Niederlage erlitten hatten. Sie waren nur mit dem Aufruf durchgedrungen, der nichts war als ein Stück Papier, bedeckt mit Grüßen an die russische Sowjetregierung. In Berlin gab es zu jener Zeit nur geringe militärische Verbände. Die Frage war: Wie würden sich die Soldaten des Frontheeres verhalten, wenn sie zurückkehrten?

Es war nicht anzunehmen, dass diese sich den Befehlen der «revolutionären Obleute» so ohne Weiteres fügen würden. Alles das überlegte sich Ernst Däumig. Er war sich alsbald darüber klar, dass ein linksradikal orientierter Vollzugsrat sich zum Wohlfahrtsausschuss der deutschen Revolution nur entwickeln konnte, wenn hinter dem Papier seiner Entschlüsse eine tatsächliche Macht stand. Er versuchte deshalb eine solche zu schaffen.

Dazu gab es zwei Wege. Den einen empfahlen die Anhänger des Spartakusbundes: Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung der arbeitenden Klasse. Nun hatte nicht die Bourgeoisie die Waffen, sondern die Armee, die zu Beginn der Revolutionszeit in dem schnellen Tempo, das Foch ihr auf erlegt hatte, die Räumung der besetzten und der linksrheinischen Gebiete vornahm. Was hiess Bewaffnung der Arbeiterklasse? Anfang des Bürgerkriegs! Der Anfang des Bürgerkriegs bedeutete aber Ende des Reichs. Darauf warteten gerade die siegreichen französischen Marschälle, die ihre Rheinbundpläne nicht aufgegeben hatten. Die demobilisierten Soldaten hatten in ihrer grossen Masse Sehnsucht nach Heim und Herd. Sie wollten in Frieden arbeiten, um leben zu können. Der einfache Mann von der Strasse wollte nicht den Weltkrieg durch den Bürgerkrieg abgelöst wissen. Die Massen der Arbeiter und Angestellten gaben ihre Waffen gern ab. Manche warfen sie schon in den Rhein. Höchstens nahmen sie ihre schönen Armeeevolver zum Andenken mit.

Da Däumig sah, dass die Bewaffnung der Arbeiterschaft nicht möglich war, ging er einen anderen Weg. Bereits am 12. November plädier-

te er im Vollzugsrat für die Schaffung einer Roten Garde. Für Däumig folgte nach dem allgemeinen Geschichtskalender auf die Revolution die Gegenrevolution. Er wollte letztere bei ihrem Erscheinen mit militärischer Macht empfangen und niederschlagen. Aber der Räte-sozialist Däumig war auch Gegner der Nationalversammlung und der demokratischen Prinzipien, auf denen sie beruhen sollte. Für ihn war die Demokratie der Feind und deshalb wollte er den Weg nicht gehen, der in Wien beschritten wurde und dort freilich leichter beschritten werden konnte, weil keine Spaltung der sozialistischen Parteien vorausgegangen war.

Gegen die Berliner Soldatenräte hatte Däumig das grösste Misstrauen. Er sah sie beeinflusst von den Volksbeauftragten und von dem Unterstaatssekretär Göhre im Kriegsministerium. Er sah in ihnen den Geist von Cohen-Reuss und Colin-Ross. Er wollte sie deshalb ausschalten und neben ihnen eine ganz zuverlässige Prätorianergarde schaffen. Dem starken Willen und der überzeugenden Redeweise Däumigs gelang es, in der zweiten Sitzung des Vollzugsrats einen Beschluss durchzudrücken, der die Aufstellung einer Roten Garde von 12'000 Mann aus sozialistisch geschulten und militärisch ausgebildeten Arbeitern forderte. Ich trat erst am 13. November in den Vollzugsrat ein und hörte, dass auch die Soldaten vertreten im Vollzugsrat dem Beschluss zugestimmt hatten. Zwar sahen nicht wenige darin ein Misstrauen gegen ihre Mandatgeber, die Soldaten der Berliner Garnison, aber sie glaubten, für ihre eigene Tätigkeit im Vollzugsrat sich eine bessere Stütze zu schaffen. Der Aufruf zur Bildung einer Roten Garde sollte am Morgen des 13. November in den Zeitungen erscheinen. Am 13. November sollten sich die Arbeiter, die bereit waren, in die Rote Garde einzutreten, im Gewerkschaftshaus in Listen eintragen. Dieser Aufruf verfehlte seine Wirkung. Er machte alle Soldaten gegen den Vollzugsrat mobil. Er löste Gegenwirkungen bei den Volksbeauftragten aus. Diese waren die Regierung. Als solche mussten sie die Verfügung über die bewaffnete Macht haben. Sie konnten um ihrer Aufgaben willen nicht dulden, dass sich in Berlin eine bewaffnete Macht bildete, die jeden Tag bereit war, gegen die Regierung zu kämpfen. Die Berliner Garnison aber empfand es geradezu als eine Beleidigung, dass der Vollzugsrat sie nicht für revolutionär zuverlässig hielt.

Am 13. November versammelten sich die Vertreter der Berliner Garnison auf dem Hofe der Alexanderkaserne und warfen dem Vollzugsrat den schönen Plan Däumigs zerfetzt vor die Füsse. Die Soldaten ver-

wahrten sich gegen die beabsichtigte Bewaffnung der Arbeiter. Sie lehnten es ab, sich für bolschewistische Pläne einzuspannen und sich für parteipolitische Manöver missbrauchen zu lassen. Die Versammlung lief aus in dem stürmischen Ruf nach Einberufung einer Nationalversammlung. Die Versammelten erklärten sich bereit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, bis die Nationalversammlung gewählt war. Sie wollten nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts die Gegenrevolution bekämpfen. Das Misstrauen der Soldatenvertreter richtete sich sogar gegen die Volksbeauftragten. Es wurde folgende Resolution angenommen:

«Die durch ihre Soldatenräte vertretene Garnison von Gross-Berlin muss die Bewaffnung der Arbeiter solange mit Misstrauen betrachten, als die Regierung, zu deren Schutz sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zu der Nationalversammlung als der alleinigen Grundlage der Verfassung erklärt.»

Diese Resolution wurde unter stürmischen Zurufen ohne weitere Debatte angenommen. Aber die Soldatenräte wussten, dass mit der Annahme einer solchen Resolution noch nichts geschafft war. Sie verlangten ihre Durchführung. Sie setzten dem Vollzugsrat die Pistole auf die Brust und sandten eine Deputation in sein Hauptquartier. Diese forderte die Aufgabe der geplanten Bewaffnung der Arbeiter. Die Deputation hatte noch am gleichen Abend den Garnison Vertretern Bericht zu erstatten. Dem Vollzugsrat blieb in Anbetracht der drohenden Haltung der Berliner Soldatenvertreter nichts anderes übrig als klein beizugeben. Das fiel Däumig und Richard Müller nicht leicht, denn es war eine furchtbare Blamage. Die Soldaten Vertreter im Vollzugsrat unterwarfen sich ebenfalls dem Beschluss. Im Falle der Weigerung wären die Soldatenvertreter ihr Mandat bei der gereizten Stimmung der Soldaten schnell losgewesen. Der am 13. November gefasste Beschluss lautete:

«In Erwägung, dass die Bildung einer besonderen roten Garde in Zivilkleidung ausserhalb der bestehenden Truppenkörper der Soldaten der Berliner Garnison den Glauben erweckt hat, dass in dieser Neuformierung ein Misstrauen in die revolutionäre Zuverlässigkeit der Truppen ausgedrückt sei, während andererseits die Truppen in einstimmigem Beschluss ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereit erklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen, beschloss der Vollzugsrat: «Die Bildung einer Roten Garde ist vorläufig einzustellen.»

Über die Bedeutung dieses Beschlusses war kein Streit möglich. Die vorläufige Inhibierung wurde zu einer dauernden. Die Importeure rus-

sischer Revolutionsmethoden hatten in drei Tagen ihre zweite schwere Niederlage erlitten.

Mit dem Antrag Däumigs auf Bildung einer Roten Garde hatte sich der Vollzugsrat aber den Weg zur Beeinflussung der Soldaten überhaupt verbaut. In den Zusammenkünften der Soldatenräte wurden die Mitglieder des Vollzugsrats seitdem mit Misstrauen empfangen, während der Einfluss der den Mehrheitssozialdemokraten angehörenden Volksbeauftragten stieg.

Als Ebert am 14. November in einer Versammlung der Berliner Soldatenräte im Reichstag die Bildung einer Roten Garde für durchaus überflüssig erklärte, fand er bei den Soldaten, die über das Wort «vorläufig» im Beschluss des Vollzugsrats gegen diesen noch geladen waren, stürmischen Beifall. Noch in der Versammlung der Soldatenräte vom 28. November musste Brutus Molkenbuhr entschuldigend bekennen, dass die geplante Rote Garde nur bestimmt gewesen sei, um eventuellem Terror von rechts zu begegnen.

In derselben Sitzung sprach ein Soldaten Vertreter dem Vollzugsrat offen sein Misstrauen aus:

Er machte der Regierung zum Vorwurf, dass sie nicht alsbald einen Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenvertreter einberufen habe. Hiergegen sei nur der Berliner Vollzugsrat, der die oberste Gewalt im Reich in seine Hand bringen wolle. Die Regierung der Volksbeauftragten sei zu schwach und lasse sich das gefallen. Die Regierungsmitglieder sollten nach dem Willen des Vollzugsrats nur dessen Vollzugsbeamte sein. Eine Kontrolle der Regierung durch den Berliner Vollzugsrat sei aber überflüssig. Die Volksbeauftragten hätten ja das Vertrauen der Soldaten. Deshalb: Weg mit dem Vollzugsrat! Weg mit dieser Nebenregierung! Sobald als möglich eine Versammlung der Arbeiter- und Soldatenvertreter des ganzen Reichs.

In seiner geschickten Art redete in dieser Versammlung Philipp Scheidemann zu den Soldatenvertretern:

In Anerkennung der Verdienste der Soldaten um die Revolution dürften diese jetzt nicht die Arbeiterschaft im Ganzen anklagen. Auch die Arbeiter hätten sich gleichermassen um die Revolution verdient gemacht. Es dürfe kein Riss zwischen Arbeitern und Soldaten entstehen. Es gelte, die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Deswegen müsse eine Verständigung mit dem Vollzugsrat möglich sein. Arbeiter- und Soldatenräte müssten in allen Städten gebildet werden. Sie seien notwendig, bis die Nationalversammlung gewählt sei. Notwendig sei aber vor allem Einigkeit.

Richard Müller behauptet in seinen Rechtfertigungsschriften, dass die Haltung der Soldatenvertreter in Deutschland der Gegenrevolution in den Sattel geholfen hätte. Wo waren aber damals gegenrevolutionäre Machtfaktoren? Die Bourgeoisie hatte beim Ausbruch eines Bürgerkrieges alles zu verlieren. Sie wollte die Nationalversammlung, damit

überhaupt auf neuer gesetzlicher Grundlage die Produktion in Gang gebracht werden konnte. Die Monarchisten dachten damals nicht an Gegenrevolution. Sie waren froh, dass die Revolution ihnen das Leben liess. Konnte damals im Ernst jemand daran glauben, dass irgendein Hohenzollernprinz den Versuch der monarchistischen Restauration machen würde, um mit Wilson und Clemenceau Frieden zu schliessen? Prinz Friedrich Leopold von Preussen hatte auf Schloss Glienicke die rote Fahne aufgezogen. Die «Vossische Zeitung» meldete am 17. November, dass an den Potsdamer Anschlagssäulen Folgendes zu lesen sei:

«Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen nur das Wohl unseres Vaterlandes und Volkes.
Prinz Eitel Friedrich.»

Nach der offiziellen Abdankung Wilhelms II. erklärte Prinz Heinrich als Senior der im Reich befindlichen Mitglieder des früheren Königshauses, dass er, trotz der neuen Ordnung im Reiche und in Preussen, welche er unter dem Drucke der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen sei, bestrebt sein werde, einer geordneten, gesetz- und verfassungsmässigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen. Das war gewiss verklausuliert genug. Aber auch das war einem anderen Hohenzoller noch nicht genug, der durch die Presse erklären liess:

«Am 20. November habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verfügung der jetzigen Regierung gestellt. Im Gegensatz zu der Auffassung des Prinzen Heinrich sehe ich allein in diesem die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen ich für meine vornehmste Pflicht halte.

Kiel, Prinzenpalais, 4. Dezember 1918. Prinz Adalbert von Preussen.»

Jedenfalls hatten die Hohenzollern damals andere Sorgen als die gewaltsame Wiederaufrichtung des gestürzten Thrones. Von dieser Seite her war die Revolution im November und Dezember 1918 nicht bedroht. Wie überhaupt die Revolution den reaktionär eingestellten Kreisen die Sprache verschlagen hatte. Graf Reventlow schrieb am 15. November 1918 in der Deutschen Tageszeitung:

«Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich persönlich als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges. Die Träger der Monarchie sind nicht das gewesen, wofür der nationale Geist sie gehalten hat. Sie waren nicht mehr die Führer, die sie hätten sein müssen. Nun ist mit den Personen auch das System verschwunden, welches in geschichtlich gewordener Form den monarchistischen Gedanken verkörperte.» und weiter:

«Das System ist endgültig verschwunden, darüber darf man sich nicht im Unklaren sein, gerade unter den Vertretern der in der «Deutschen Tageszeitung» vertretenen Anschauungen.» und dann:

«Die Änderung des Losungswortes «Für Kaiser und Reich» am Kopf des Blattes in die Worte «Für das deutsche Volk» erschien deshalb nötig, weil nach dem Verschwinden des Kaisers und des Kronprinzen und der gleichzeitig einsetzenden Revolution klar war, dass das alte deutsche Kaisertum in seiner alten Bedeutung und Machtfülle erledigt war und nach menschlichem Ermessen auch nicht wieder aufstehen kann.»

Herr Wulle aber, der spätere völkische Parlamentskollege des Grafen Reventlow schrieb am 16. November in der «Deutschen Zeitung»:

«Helfen kann uns nur die befreiende schwarzrotgoldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit . .

«Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefasst werden soll, unseretwegen auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben schwarzrotgold. Sie sind das Kennzeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild grosser Gedanken, denen damals allerdings die grossen Taten fehlten. . . . Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben versinnbildlicht.»

Das Bürgertum wollte nicht die Monarchie, sondern die Rückkehr zu einem neuen Zustand geordneter Gesetzlichkeit. In diesem Sinne rührte es sich auch bald. Bereits am 13. und 14. November erschien von Rieser, dem Präsidenten des Hansa-Bundes, und anderen gezeichnet, ein Aufruf zur Bildung von Bürgerräten. Ohne «Rat» ging es nun einmal damals nicht.

Die gegen den Kommunismus Propaganda treibenden Stellen, insbesondere die Antibolschewisten-Liga, erhielten aus bürgerlichen Kreisen Geld. Diese Liga hatte eine bequeme Arbeit. Jeden Tag erhielt sie neue Anregungen durch die «Rote Fahne».

Die «Rote Fahne» war von den Spartakisten zunächst als Lokal-Anzeiger-Ersatz bei Scherl zwangsweise herausgegeben worden. Trotz des Protestes der Volksbeauftragten und eines Plenarbeschlusses des Vollzugsrats hatten Hauptmann von Beerfelde und Richard Müller von Neuem Scherl den Auftrag gegeben, zum Druck der Roten Fahne die Einrichtung der Druckerei zur Verfügung zu stellen. Dieser Ukas wurde erst am 12. November praktisch ausser Kraft gesetzt, nachdem sich die Arbeiter der Druckerei geweigert hatten, die «Rote Fahne» zu drucken. Hiergegen kam Spartakus nicht auf. Sieben Tage mussten die Berliner ohne «Rote Fahne» leben. Bis sie dann ab 18. November in Lehmanns Druckerei des «Kleinen Journals» herauskam. An der Spitze trug die «Rote Fahne» den Vermerk: «Schriftleitung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.» Die «Rote Fahne» war ein ewiger Aufruf zur Revolution.

Normale Menschen mussten sich über diese in Druckerschwärze umgesetzten Schreikrämpfe entsetzen. Aber damals hatten nicht wenige Deutsche nach viereinhalbjähriger Kriegszeit politisches Fieber nach Hause gebracht. Wer durch die Brille der «Roten Fahne» sah, bemerkte in Deutschland nichts als Gegenrevolution. Aufgabe der «Roten Fahne» schien es zu sein, diese Gegenrevolution mit einem grösstmöglichen Aufwand von Worten zu vernichten. In Wirklichkeit wurden die antirevolutionären Tendenzen durch diese tägliche blutrünstige Propaganda nur genährt. Gegenrevolutionär war nach der «Roten Fahne» alles, was rechts von Spartakus stand. Auch die Unabhängigen fanden keine Gnade. Haase wurde in einer Karikatur als Schwächling verhöhnt. Er wurde als Hase gezeichnet, der auf einem Sofa zwischen Ebert und Scheidemann zerdrückt wurde.

Die Bestrebungen der «Roten Fahne» fanden im Reiche draussen nur ein geringes Echo. Dort arbeiteten Mehrheitssozialisten und Unabhängige fast überall gut zusammen. Je kleiner der Ort, umso besser. In grösseren Orten mit Unterschied.

Eine Ausnahme machte vor allem Leipzig. Bereits am 14. November erschien auf der ersten Seite der «Leipziger Volkszeitung» eine fettgedruckte Notiz über die angebliche Diskreditierung der Revolution durch Scheidemann mit der zweiten Überschrift: «Scheidemann redet.» In ihr wurde versucht, Scheidemann klar zu machen, dass er jetzt besser täte, nicht gegen Lloyd George zu polemisieren, da er zu kompromittiert sei. Gewiss hatten solche Mahnungen auf Scheidemann keinen Einfluss.

Am 15. November brachte die «Leipziger Volkszeitung» zur Abwechslung eine gehässige Notiz gegen Ebert unter dem Titel: «Noch ein Schwätzer.» Und warum? Ebert hatte sich für die baldige Einberufung der Nationalversammlung ausgesprochen. Sie bestritt Ebert das Recht, im Namen der revolutionären Proletarier zu sprechen:

«Es ist Pflicht unserer Genossen in der provisorischen Regierung, die Rechtssozialisten an die Bedingungen nachdrücklich zu erinnern, in denen ihre Kapitulation angenommen worden ist.»

Ich weiss nicht, ob die «Leipziger Volkszeitung» damals in der Wilhelmstrasse gelesen wurde. Jedenfalls lag kein Grund vor, solche Ergüsse ernst zu nehmen. Ebert und Scheidemann hatten die Zirkus-Busch-Versammlung erlebt. Als Kapitulation der Mehrheitssozialdemokratie war ihr Verlauf nicht einzuschätzen.

In einem Artikel: «Gegenrevolution?» suchte die «Leipziger Volkszeitung» die unabhängigen Volksbeauftragten bereits am 15. November gegen ihre Kollegen aufzuputzen:

«Warum schweigen unsere Genossen in der Reichsregierung dazu? Wissen Haase, Dittmann und Barth, welche Entrüstung der Verrat der Berliner Rechtssozialisten an der Revolution, ihr Bruch der von ihnen akzeptierten Bedingungen unserer Partei in den Zentren der Unabhängigen hervorgerufen haben? Sind sie einverstanden mit dem Drängen der Rechtssozialisten nach der Konstituante? Wenn die Berliner Regierung fortfährt, den Schwerpunkt der politischen Macht nach rechts zu verlegen, so nötigt sie das revolutionäre Proletariat, sie zur Feindin der Revolution zu erklären und den schärfsten Kampf gegen sie aufzunehmen. Noch ist es Zeit für die Regierung, einzuhalten auf dem Weg zur Konterrevolution.»

Dieser Artikel lief aus in einer Hetze gegen die bürgerlichen Vertreter im Berliner Soldatenrat und verlangte die Reinigung desselben. Darüber liess sich in Leipzig bequem schreiben. Däumig hatte zwei Tage vorher in Berlin erfahren, dass die Soldaten vertreten keinen Spass verstanden.

Dabei stand die Regierung der Volksbeauftragten vor den schwierigsten Aufgaben. Die deutschen Ernährungsverhältnisse waren in den letzten Kriegsjahren sehr schwierig gewesen. Nach Abschluss des Waffenstillstandes waren sie es nicht minder. Dasselbe galt für die Rohstoffversorgung. Um die Ernährungswirtschaft der jungen Republik hat sich damals der unabhängige Reichstagsabgeordnete Emanuel Wurm die grössten Verdienste erworben. Er warnte öffentlich, in den Fehler der kaiserlichen Regierung zu verfallen, die zur Förderung ihrer Durchhaltepolitik die Ernährungslage während des Krieges beschönigt hatte. Der wirtschaftliche Zusammenbruch sei ohnegleichen. Er wies auf den Ausfall der Überschussbezirke (Elsass-Lothringen, Posen, Westpreussen und zunächst auch das linksrheinische Ufer) hin. Er tadelte freimütig das eigenmächtige Vorgehen mancher Arbeiter- und Soldatenräte, die den Verteilungsplan gestört hatten. Kartoffeln, Fett, Fleisch, Brotgetreide fehlten auch nur für eine mässige Ernährung. Rettung könne nur die Aufhebung der Blockade und ein Vorfrieden bringen, für dessen Erzielung wieder konstitutionelle Verhältnisse nötig seien. Helfen könnten uns nur die Kriegsgegner, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, mit Nahrungsmitteln und Krediten.

Die Erkenntnis der ungeheuren Ernährungsschwierigkeiten war es vor allem, die Ebert bereits am 9. November in seinem Erlass an Beamte und Behörden veranlasst hatte, an die Liebe der Deutschen für das Vaterland zu appellieren. Ein Versagen der Organisation in diesen schweren Stunden hätte Deutschland der Anarchie und dem schwersten Elend ausgeliefert. «Helft also mit mir dem Vaterland durch furchtlose

und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist!»

Die Beamten haben in jener Zeit, von Ausnahmen abgesehen, ihre Aufgabe begriffen. Sie in dem werdenden neuen Staat heranzuziehen, war keine besondere Idee Eberts, sondern ergab sich für jeden nicht ganz Verblendeten aus den Schwierigkeiten jener Zeit. Kurt Eisner verfuhr in München genau so. In seinem Aufruf des Münchener Arbeiter- und Soldatenrats vom 7. November hiess es:

«Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen.»

In einem besonderen Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns sagten Eisner und der demokratische bayerische Bauernführer Ludwig Gandorfer:

«Beamte, Bürgermeister und Landarmee! An euch ergeht die Aufforderung, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande zu sorgen und die Amtsgeschäfte in der bisherigen Form auszuführen.»

Am 8. November sagte Kurt Eisner in seiner Rede im Münchener Arbeiter- und Soldatenrat:

«Wir haben die nicht ganz glückliche Teilung der Ministerien beibehalten, weil wir den Beamten, auf deren freudige Beihilfe und Mitwirkung wir rechnen, deren Los in der Demokratie sicher ganz anders sein wird als bisher, nicht erschweren wollen, sich in die neuen Zustände hineinzufinden.»

Er wies dabei besonders auf die Ernennung des dem bürgerlichen Lager angehörenden Herrn v. Fraundorfer zum Verkehrsminister und des Professors Jaffé zum Finanzminister mit der Bemerkung hin: «Wir haben bürgerliche Fachmänner nicht ausgeschlossen.»

Am 15. November gaben die Volksbeauftragten in Berlin bekannt, dass die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der Beamten in Kraft bleiben. In das Reichsamt des Innern war inzwischen Hugo Preuss berufen worden, dem aus seiner Lehrtätigkeit und seiner Wirksamkeit in der Berliner Stadtverwaltung der Ruf eines wirklich aufrechten Demokraten vorausging. Dieser geistreiche Vertreter eines neuen sozialen Liberalismus hatte wegen seines sozialen Verständnisses sich im Kaiserreich nicht der Liebe des kommunalen Freisinns erfreut, der in der Hauptsache das politische Sprachrohr der Hausbesitzerinteressen gewesen war. Neben Preuss war im Rate der Volksbeauftragten der Heidelberger Professor Max Weber als Kandidat für den Posten des Staatssekretärs des Innern genannt worden, der als Kampfgenosse Friedrich Naumanns für ein freies, deutsches Volk nach Formen suchte, in denen demokratisches Verfassungsleben den Bedürf-

nissen der deutschen Stämme angepasst werden konnte. Die Verhandlungen, die Ebert im Auftrage der Volksbeauftragten zunächst unverbindlich mit Hugo Preuss hatte, führten zu dessen Ernennung. So wurde Preuss der Schöpfer des Entwurfs der neuen deutschen Verfassung. Hugo Preuss war Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei. Ein Reichstagsmandat hatte diese Partei für den Schöpfer der Reichs Verfassung aber nie zur Verfügung. Preuss hat sich über das mangelnde Verständnis in der eigenen Partei im intimen Kreise gelegentlich bitter geäußert. Sein gesunder Humor half ihm, diese Bitternis zu überwinden. Jedenfalls hat Preuss es einer rein sozialistischen Regierung zu verdanken, dass ihm Gelegenheit gegeben wurde, die Grundlage für das neue demokratische Deutschland schaffen zu helfen.

Freilich machte Konstantin Fehrenbach noch zwei schüchterne Versuche, den letzten Reichstag des Kaiserreichs neu zu beleben. Er fragte bei Ebert an, ob die Reichsleitung Einspruch zu erheben gedächte, wenn er für Montag, den 18., oder für Dienstag, den 19. November, den Reichstag einberufen würde. Ebert und Haase antworteten ihm am 15. November, dass der Reichstag durch die Umwälzung beseitigt sei und deshalb nicht mehr zusammentreten könne. Was hätten die Herren Abgeordneten übrigens beschliessen sollen? Sollte die bürgerliche Mehrheit des Reichstags die Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten anerkennen? Sollte der Reichstag sich selber auflösen und die Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung beschliessen? Im Übrigen, wenn der Vollzugsrat auch noch so wenig Macht hatte, soviel Macht hätte er doch gehabt, um die Auferstehung des Reichstags zu verhindern.

Am 12. Dezember liess Fehrenbach den Herren Reichstagsabgeordneten nochmals mitteilen, dass er den Reichstag einberufen würde:

«Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, muss der Abschluss des Vorfriedens sofort angestrebt werden, wenn das Vaterland vor weiterem ungeheurem Schaden bewahrt werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde lauten nun aber mit immer grösserer Bestimmtheit dahin., dass diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, dass sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregierung sowohl, wie auch zur Beschlussfassung über das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert, im Interesse der Reichsleitung, von der Notwendigkeit der Berufung des Reichstages zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich,

auch ohne Zustimmung der Regierung, von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstags Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zur demnächst anzuberaumenden Sitzung vollzählig zu erscheinen.»

Weil der Waffenstillstand verlängert worden war und keine Verhandlungen über den Vorfrieden in Aussicht standen, teilte Fehrenbach dann den Reichstagsmitgliedern mit, dass nun kein Bedürfnis mehr für ein Zusammentreten des Reichstags bestehe.

Die beiden sozialistischen Parteien sahen zunächst im Vollzugsrat den «Reichstagsersatz». Die Tätigkeit des Vollzugsrats war nicht durch Richtlinien geregelt. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen den Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat war im kommunistischen Manifest nicht vorgeahnt worden. Auf revolutionärem Neuland war daher Anlass genug zum Konflikt gegeben. Wie sollte das Stück Papier beschaffen sein, das die «Verfassung» der verfassungslosen Zeit sein sollte?

Der Vollzugsrat nahm bald zu diesem Problem Stellung. Däumig hatte ein Programm für die Durchsetzung der proletarischen Demokratie ausgearbeitet. Das Programm, das die Klassenherrschaft des Proletariats aufrichten und sichern sollte, sah so aus:

«Die Arbeiterschaft und die Soldaten sind am schwersten von dem alten Regierungssystem bedrückt worden. Die Arbeiter und die Soldaten hatten am meisten unter den Kriegs Wirkungen zu leiden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges drohen der Arbeiterschaft schwere Lasten aufzubürden.

Arbeiter und Soldaten haben das alte Regierungssystem beseitigt. In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muss gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen.

Diese Sicherung kann nicht erfolgen durch Umwandlung des deutschen Staatswesens in eine bürgerlich-demokratische Regierung, sondern in eine proletarische Republik auf sozialistischer Wirtschaftsgrundlage, in der das arbeitende Volk, d.h. nur die Hand- und Kopfarbeiter, öffentliche Rechte ausüben.

Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Gross-Berlins erklärt sich daher gegen eine konstituierende Nationalversammlung, er verlangt vielmehr den Ausbau der Arbeiterräte und deren Ausdehnung auf alle Schichten des werktätigen Volkes.

Durch Zusammenfassung aller Arbeiterräte Deutschlands muss ein Zentralrat der deutschen Arbeiterräte gebildet werden, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu beschliessen hat.»

Im Vollzugsrat kam dieses Programm am 16. November zur Verhandlung, drei Tage, nachdem es vorgelegt war. Däumig bekannte sich in der Begründung schroff als Gegner der Nationalversammlung. Er wollte die Klassenherrschaft des Proletariats gegen die Mehrheit des Volkes.

Ich habe in der Debatte für die Mitglieder der Sozialdemokratie die von Däumig geforderte Klassenherrschaft des Proletariats abgelehnt. Dem Erfurter Programm getreu forderte ich für die bald zu bildende Nationalversammlung das gleiche Recht für alle Staatsbürger. Ich betonte, dass der undemokratische Ausnahmezustand nur für eine Übergangszeit seine Berechtigung hätte. Je eher die Nationalversammlung gewählt würde, desto sicherer würde sie eine sozialistische Mehrheit haben. Colin-Ross sprach für die Mehrheit der Soldaten in gleichem Sinne. Trotzdem wurde Däumigs Programm nur mit zwölf gegen zehn Stimmen abgelehnt und ein fauler Kompromiss geschlossen, da einige Mitglieder es trotz ihrer grundsätzlich demokratischen Einstellung für nützlich hielten, wenn der Vollzugsrat noch längere Zeit die Entwicklung ohne Nationalversammlung beeinflussen konnte.

Die ersten vier Absätze des Däumigschen Programms wurden angenommen, die Absätze 5 und 6 aber durch folgende Fassung ersetzt:

«Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hat auf Grund eines von ihr festzusetzenden Wahlsystems einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Sie ist einer von ihm zu berufenden konstituierenden Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.»

Das Ergebnis war also: Die Nationalversammlung soll einberufen werden, aber nicht schnell. Eine klare Entscheidung war hinausgeschoben.

Die Linksradiكالen versuchten es nun mit dem Appell an die Massen. Auf Antrag Richard Müllers wurde für den 19. November nach dem Zirkus Busch eine Versammlung der Berliner Arbeiterräte einberufen, in der der Vollzugsrat über seine bisherige Tätigkeit Bericht erstatten sollte. Tätigkeit von neun Tagen!

Richard Müllers Rechenschaftsbericht war eine klägliche Entschuldigungsrede über die revolutionären Unterlassungen. Um von den Fehlern der Vergangenheit abzulenken, bekämpfte er in schärfsten Tönen

die Befürworter der Einberufung einer Nationalversammlung, die er als Gegenrevolutionäre behandelte. Die Arbeiter forderte er auf, die revolutionären Errungenschaften nötigenfalls mit Gewalt zu behaupten. Richard Müller wurde ganz Räterepublikaner. Nur als sich, dem Geiste der Zeit folgend, Hausbesitzerräte bildeten, lehnte er diese entrüstet ab. Die Hausbesitzer seien Parasiten der Gesellschaft. Sie sollten deshalb überhaupt kein Wahlrecht haben. Schliesslich sagte Richard Müller der Regierung der Volksbeauftragten wegen ihres Eintretens für die Einberufung der Nationalversammlung den schärfsten Kampf an:

«Wir, die Arbeiter- und Soldatenräte, müssen unsere Macht behaupten, wenn nicht anders dann mit Gewalt. Wer die Nationalversammlung will, zwingt uns den Kampf auf. Ich erkläre Ihnen offen: Ich habe für die Revolution mein Leben aufs Spiel gesetzt, ich werde es wieder tun. Die Nationalversammlung ist der Weg zur Herrschaft der Bourgeoisie, ist der Weg zum Kampf; der Weg zur Nationalversammlung geht über meine Leiche.»

Das waren hohe Töne, die zu Richard Müllers Wesen nicht so ganz passten. Er hatte sein Leben nicht mehr aufs Spiel gesetzt als so viele andere auch, Richard Müller hat sein Leben der Revolution nicht geopfert. Er lebt heute noch. Von jenem Tage ab trug er aber den Spitznamen der «Leichenmüller».

Als ich am Abend des 19. November Erzberger in der Wilhelmstrasse traf, fragte er mich, ob denn der Weg über meine Leiche zur Nationalversammlung gehen sollte. Ich erwiderte ihm, dass es nicht zu meinen Gewohnheiten gehöre, mit meiner Leiche zu jonglieren.

In der dreistündigen Diskussion im Zirkus Busch hatte auch ich das Wort genommen, um mich für eine auf dem Boden der Demokratie zu errichtende sozialistische Republik auszusprechen. Ich setzte mich für die Demokratisierung der Verwaltung ein, die jetzt die Hauptsache sei. Ich gab dem Vertrauen Ausdruck, dass das deutsche Volk unter einem freien Wahlrecht zur proletarischen Republik kommen würde.

Nach mir sprach u.a. Haase in demselben Sinne. Er erklärte es für unmöglich, dass die Errungenschaften der Revolution wieder verloren gehen könnten, denn das Proletariat habe in Deutschland die Mehrheit. Demokratie und Sozialismus gehörten in Deutschland zusammen. Wenn wir zusammenhielten, sei die sozialistische Republik gesichert.

Wie gering die Einigkeit in Wirklichkeit war, zeigten die stürmischen Unterbrechungen, die Kaliski erfuhr, als er gegen die Diktaturgelüste wettete und temperamentvoll für die Einberufung einer Natio-

nalversammlung eintrat. Andererseits wurde auch Georg Ledebour durch die Rufe: «Einigkeit! Einigkeit!» heftig und oft unterbrochen, als er «Demokratie» und «Einigkeit» als Schlagworte zur Betörung der Arbeiter in Misskredit zu bringen suchte. Ledebour und Liebknecht fanden aber stürmischen Beifall, als sie sich gegen die Wiederkehr der kapitalistischen Herrschaft wandten. In Wirklichkeit war der Kapitalismus noch gar nicht abgeschafft worden. Nach Schluss der Debatte erhielt noch Ebert unter starkem Beifall das Wort, der im Grossen und Ganzen Haases Ausführungen zustimmte.

Ein praktisches Ergebnis hatte die Zirkus-Busch-Versammlung nicht. Richard Müller hatte in seinem Referat erklärt, dass die Konflikte mit der gegenwärtigen Regierung erledigt wären: Der Vollzugsrat habe das Recht, die Regierungen des Reichs und Preussens zu ernennen, und wenn sie nicht in seinem Sinne arbeiten, habe er das Recht, sie davonzujagen. Doch er hoffe, dass diese Notwendigkeit nicht eintreten würde.

Bald nach der Zirkus-Busch-Versammlung musste sich Richard Müller aber darüber beschweren, dass die Volksbeauftragten dem Wolff sehen Telegraphenbüro die Weitergabe der nicht zur Abstimmung gekommenen Erklärung des Vollzugsrats verboten, die von diesem am 16. November mit zwölf Stimmen gegen zehn Stimmen angenommen worden war, und die ich oben wiedergegeben habe. Richard Müller hatte über diese Erklärung wohl», weislich nicht abstimmen lassen, weil er nicht sicher war, dass sie angenommen würde. Sie wurde deshalb neben anderen Resolutionen demselben Vollzugsrat überwiesen, der sie beschlossen hatte!

Über die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte auf der einen und der Volksbeauftragten auf der anderen Seite war es zu folgender Einigung gekommen:

«In einem grossen Teile der Presse steht man dem Institut der Arbeiter- und Soldatenräte ablehnend gegenüber. In vielen Fällen werden die Kundgebungen des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte totgeschwiegen. Systematisch wird das Misstrauen gegen den Vollzugsrat geschürt

Der Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte betrachtet seine Aufgabe der Reichsregierung gegenüber als die einer provisorischen Kontrollinstanz. Er hält es aber für notwendig, seine Kundgebungen in grösserem Massstabe den Kameraden und Genossen des Reiches zur Kenntnis zu bringen.

1. Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen sozialistischen Republik. Ihre Aufgabe ist, die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und auszubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten.

2. Bis eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte einen Vollzugsrat der deutschen Republik gewählt hat, übt der Berliner Vollzugsrat die Funktionen der Arbeiter- und Soldatenräte der deutschen Republik im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat aus.

3. Die Bestellung des Kabinetts durch den Arbeiter- und Soldatenrat Gross-Berlins bedeutet die Übertragung der Exekutive.

4. Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts der Republik – und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse auch Preussens – erfolgt durch den zentralen Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht.

5. Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.
Molkenbuhr. Rich. Müller.»

Diese Erklärung zeigt den Vollzugsrat schon im ersten Absatz in der Verteidigung. Im zweiten gab er zu, dass er nur eine provisorische Kontrollinstanz sei. Unter Punkt 3 kam endlich klar zum Ausdruck, dass die Volksbeauftragten die Exekutive hätten. So hatte der Vollzugsrat den Volksbeauftragten in vielem nachgegeben. Dagegen hatte der Vollzugsrat für sich aber das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten durchgesetzt. Hingegen war er vor Berufung von Fachministern nur zu hören. In der amtlichen Verordnung waren die Absätze 1 und 2 durch folgende ersetzt:

«Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen. Für die erste Übergangszeit findet der neue Rechtszustand seinen Ausdruck in nachstehender Vereinbarung zwischen dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte von Gross-Berlin und dem Rat der Volksbeauftragten.» und folgender Schluss hinter Ziffer 5 hinzugefügt:

«Sobald als möglich wird eine Reichsversammlung von Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte zusammentreten. Der Termin wird noch bekanntgegeben.

Im Anschluss an diese Vereinbarung, die das grundsätzliche Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Reichsregierung feststellt, sollen alsbald Richtlinien für die Arbeiter- und Soldatenräte herausgegeben werden.»

Die Volksbeauftragten waren vernünftiger als der Vollzugsrat. Sie setzten durch, dass an Stelle der für den Vollzugsrat so blamablen Einleitungssätze eine neue kurze Einleitung kam, die mit dem lapidaren Satz begann: «Die Revolution hat ein neues Staatsrecht geschaffen.» So weit war es noch nicht, wie die folgende Zeit lehrte.

Über die Bedeutung der oben wiedergegebenen fünf Punkte der Vereinbarung riss der Streit nicht ab. Das war kein Wunder. Wenn nach Punkt 1 die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldaten-

tenräte lag, nach Punkt 3 die Exekutive beiden Volksbeauftragten, so war nicht nur in der Zentrale, sondern vor allem im Lande draussen für alle möglichen Konflikte Raum geschaffen. Noch mehr gab der zweite Absatz des Punktes 1 zu Differenzen Anlass, nach welchem die Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution behaupten und ausbauen und die Gegenrevolution niederhalten sollten.

In der Debatte im Vollzugsrat hatte ich die Frage aufgeworfen: «Was ist ein konterrevolutionärer Akt?» In jener erregten Zeit gingen darüber die Meinungen weit auseinander. Es kam schon vor, dass sich irgendwo im Reiche gegenrevolutionäre Tendenzen zeigten. Zum Beispiel beim Rück- und Durchmarsch der Fronttruppen gab es Vorfälle, die die Bezeichnung Gegenrevolution zweifellos verdienten. Eine eigentliche Vendée gab es während der deutschen Revolution aber nicht.

Freilich sass die revolutionäre Regierung der Volksbeauftragten, weil sie ständig von der linksradikalen Bewegung bedroht war, nicht fest im Sattel. Ihr fehlten die Machtmittel, um sich im Reiche durchzusetzen. Ich hatte in der gemeinsamen Besprechung zu Punkt 1 folgende Einleitung vorgeschlagen:

«Solange die durch die Erklärung der Reichsregierung vom 12. November 1918 angekündigte konstituierende Versammlung noch nicht zur grundsätzlichen Regelung der Verfassungsverhältnisse der deutschen sozialistischen Republik zusammengetreten ist, bilden die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die politische gesetzgebende Körperschaft.

Der vom alten Regime übernommene Verwaltungsapparat in Reich, Staat und Gemeinden hat so lange unter der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte weiterzuarbeiten.»

Da ich hierfür bei der Mehrheit keine Gegenliebe fand, schlug ich zu Punkt 1 folgenden Zusatz vor:

«Erfordern konterrevolutionäre Akte sofortiges Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte, so ist das Einverständnis der Regierung des Reiches bzw. der einzelnen Staaten nachträglich auf schnellstem Wege einzuholen.»

Die Mehrheit hielt eine solche Deklaration für überflüssig. Im Vollzugsrat war auch der Entwurf einer Notverordnung zur Aburteilung konterrevolutionärer Sünder schnellstens ausgearbeitet worden. Der Entwurf hatte folgenden Wortlaut:

«Zum Schutze der Revolution wird bis zur anderweitigen endgültigen Regelung der Strafverfolgung gegenrevolutionärer Handlungen durch den Vollzugsrat unter Zustimmung des Rates der Volksbeauftragten mit Gesetzeskraft verordnet.

§ 1 Der Arbeiter- und Soldatenrat eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt kann eine dreigliedrige Kommission berufen zur Untersuchung der Anschuldigungen gegen Zivil- und Militärpersonen, mit den in der Strafprozessordnung vorgesehenen Befugnissen des Untersuchungsrichters.

§ 2 Ein Mitglied der Kommission muss die Befähigung zum Richteramt besitzen.

§ 5 Die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft bei diesem Verfahren findet nicht statt.

§ 4 Die Zuständigkeit der bestellten Kommission geht der der Staatsanwaltschaft und der ordentlichen Gerichte vor.

§ 5 Nach Abschluss der Untersuchung ist das Ergebnis an Stelle der Anklageschrift dem ordentlichen Gericht zur Aburteilung zu unterbreiten.

§ 6 Soweit nicht durch die Landesjustizverwaltung die Materie vollständig geregelt ist, beschränkt sich das Recht der Arbeiter- und Soldatenräte, Massnahmen zur Niederhaltung der Gegenrevolution zu treffen, auf die in dieser Verordnung gegebenen Bestimmungen.

Dieser Entwurf wurde meiner Erinnerung nach im Vollzugsrat gar nicht behandelt. Die Zustimmung der Volksbeauftragten zu einem solchen Entwurf wäre niemals zu haben gewesen. Haase hat sich bei allen Besprechungen über die Errichtung politischer Sondergerichte gegen die Einführung von Revolutionstribunalen gewendet. Nach Einsetzung solcher Tribunale sei nie gewiss, wer zuletzt aktiv und wer passiv mit ihnen zu tun bekomme. In revolutionären Zeiten wüssten auch die Linksradikalen nicht, ob sie übermorgen nicht von noch weiter links stehenden geköpft würden, wenn das Hals abschneiden einmal kraft revolutionären Rechtes Brauch geworden sei. Haase pflegte in solchem Falle seine Ausführungen durch eine Handbewegung nach dem Halse eindrucksvoller zu gestalten, wenn von der Einsetzung von Revolutionstribunalen die Rede war.

Auf dem Gebiete der Verwaltung wurden durch das Gegeneinanderregieren von Volksbeauftragten und Vollzugsrat geradezu Konflikte provoziert. Hiervon wurde besonders Preussen betroffen. In Süddeutschland kümmerte man sich um den Berliner Vollzugsrat überhaupt wenig. Der Vollzugsrat hatte am 16. November folgende schneidige Bekanntmachung erlassen:

«Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlass der preussischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dies ist jedodi nur so zu verstehen, dass ihre Amtsführung unter schärfster Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt.

Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen, oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen und unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die ständige Überwachung aller Massnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.»

Das rein sozialistisch geleitete, preussische Innenministerium antwortete darauf;

«Durch den soeben veröffentlichten Runderlass an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, dass die Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernrats als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben, und vorbehaltlich der Vereinbarungen im Einzelnen bei allen wichtigen Verhandlungen zuzuziehen sind. Soweit die Verhandlungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlass vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Ämter zu entsetzen; gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung hier ein und fordern gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, dass durch solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung entstehen kann. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung, den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte wieder zu ermöglichen. Glaubt ein Arbeiter-, Soldaten- bzw. Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muss er diese dem Ministerium des Innern vortragen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen, oder von der preussischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von örtlichen Arbeiter-, Soldaten- bzw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.»

Durch sein Hineinregieren in die Verwaltung hat der Vollzugsrat die Demokratisierung der Verwaltung aufs Schwerste gehemmt. Zu allem Überflus hat der Vollzugsrat am 16. November noch eine weitere, zu Missverständnissen Anlass gebende Verordnung erlassen:

«Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat allen wichtigen Dienst- und Amtsstellen Beauftragte beigegeben, über deren Befugnisse Folgendes bestimmt ist:

1. Die Beauftragten sind durch den Vollzugsrat eingesetzte Kontrollorgane, sie sind bei allen wichtigen Verhandlungen der Amtsstellen, der sie zugeteilt sind, hinzuzuziehen.
2. Der Verkehr der Amtsstellen mit den Beauftragten hat in einer Form zu erfolgen, die die reibungslose Aufrechterhaltung des Betriebes und die Fernhaltung jeder Störung gewährleistet.
3. Den Beauftragten steht das Recht vorläufigen Einspruchs zu. Erhebt ein Beauftragter gegen eine Massnahme der Amtsstelle Einspruch, so hat er die Angelegenheit unverzüglich dem Vollzugsrat zur Entscheidung vorzutragen.
4. Der Beauftragte hat über seine Tätigkeit in angemessenen Zeitabschnitten Bericht zu erstatten.»

Den Zentralbehörden waren schon Beigeordnete aus beiden sozialistischen Parteien beigegeben. Was sollten da die Beauftragten des Vollzugsrats noch?

Nach einer neuen Verhandlung mit den Volksbeauftragten wurde dann endlich am 23. November vom Vollzugsrat ein Aufruf an die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands veröffentlicht, in dem klipp und klar gesagt wurde, dass die Arbeiter- und Soldatenräte im Reiche sich

im Allgemeinen jedes direkten Eingriffs in die Verwaltung zu enthalten hätten. Die wichtigsten Sätze dieses Aufrufs lauteten:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen sind, im Einverständnis mit der revolutionären Regierung neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheint. Im Übrigen ist eine laufende, wachsame Kontrolle vollständig ausgeübt, einzurichten. Alle störenden Einflüsse in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür massgebenden Stellen erfolgen, so weit es sich nicht um Festnahmen im gewöhnlichen Ordnungs- und Sicherheitsdienst handelt.
3. Beschlagnahmungen irgendwelcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den massgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentliche Körperschaften anderer Orte, oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten von den Gemeindeverwaltungen oder sonstigen öffentlichen Körperschaften verwaltet werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Bankdepots.
5. Alle Eingriffe in den Schiffahrts-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.»

Auch diesmal hatte der Vollzugsrat wieder vor den Volksbeauftragten kapituliert, weil die Praxis letzteren recht gab. Sollte das Wirtschaftsleben wieder in Gang kommen und das deutsche Volk, dessen Ernährungsdecke so schmal war, vor dem Hunger geschützt werden, so durfte der vorhandene Behördenapparat nicht von unten her desorganisiert werden.

In der Sitzung vom 2. Dezember sollte im Reichsausschuss des Vollzugsrats über die spezielle Kontrolle der Reichsbehörden verhandelt werden. Ich erbat sofort nähere Erklärungen darüber, wie die Durchführung dieser Kontrolle gedacht sei. D ä u m i g erwiderte, dass die Beauftragten des Vollzugsrats sich um alle Anregungen, Wünsche, Forderungen, die die betreffenden Ressorts angingen, zu kümmern, aber nicht in die technischen Arbeiten einzugreifen hätten. Max Cohen-Reuss wollte erst dann ein Einschreiten als berechtigt anerkennen, wenn fertige Tatsachen vorlagen. Vor solcher Festlegung warnte Däumig. Lemke wieder wollte den Ämtern politische Direktiven geben, wobei er besonders an das Auswärtige Amt dachte. Ich schlug vor, sich in direkten Verhandlungen mit der Regierung von Fall zu Fall zu verständigen.

Ich wurde schliesslich für das Reichsschatzamt als Beauftragter vorgeschlagen und gewählt. Wegen der Finanzen gingen mir irgendwelche Wünsche, Anregungen oder Forderungen aus dem Reiche bis zum Ersten Rätekongress nicht zu.

Zu einer Posse artete in der gleichen Sitzung die Debatte über die Ernennung eines Beauftragten für das Auswärtige Amt aus. Hierfür empfahl sich Georg Ledebour, da er sich seit langen Jahren mit auswärtiger Politik beschäftigt habe. Er wandte sich gegen den gleichfalls vorgeschlagenen Cohen-Reuss, weil dieser früher Scheidemann-Politik getrieben hätte. Das vertrage sich nicht mit den Errungenschaften der Revolution. Als ich ihm erwiderte, dass es sich jetzt nicht um die Politik handele, die vor der Revolution getrieben worden sei, ging er gegen mich und Cohen-Reuss los, deren Politik dazu beigetragen habe, Deutschlands Ruin herbeizuführen. Cohen machte den Vermittlungsvorschlag, Ledebour und ihn vorzuschlagen, da er auf ein erspriessliches Zusammenarbeiten mit Ledebour hoffe. Däumig unterstützte diesen Vermittlungsvorschlag mit der Begründung, dass es sich um eine Kontrolle des Amtes und nicht um Politiktreiben auf eigene Faust handeln könne. Aber der eigensinnige Ledebour blieb unerbittlich. Bergmann schlug dann vor, dass die beiden Genannten und ein später zu ernennender Süddeutscher zusammen die Kontrolle des Auswärtigen Amtes ausüben sollten. Wenn sich Ledebour der Mehrheit nicht fügen wolle, so habe er eben den Geist der Revolution nicht erfasst. Ledebour lehnte Bergmanns Theorie, dass man sich unbedingt der Mehrheit fügen müsse, ab. Er würde eine Politik, die er nicht billige, auch nicht vertreten. Darauf erwiderte Däumig, dass bei der Kontrolle nur der Gesamtwillen des Arbeiter- und Soldatenrats zu berücksichtigen sei. (Der war aber nicht so leicht festzustellen! D. V.) Es handelte sich im Übrigen nur um ein Provisorium von zwei Wochen. Nun schlug Ledebour Paasche vor. Cohen-Reuss erinnerte daran, dass die Entente die unkompromittierten Arbeiter- und Soldatenräte nicht empfangen, sondern anscheinend lieber mit kompromittierten Bourgeoisvertretern verhandele. Er sei im Übrigen nicht kompromittiert. Er habe zwar Kriegskredite bewilligt, aber im Übrigen die Politik der Fraktion in auswärtigen Angelegenheiten dauernd bekämpft. (Das war, soweit die Ostpolitik während des Krieges in Betracht kam, ganz richtig. D. V.) Durch Parteitritt gehe die Revolution zugrunde. Nach längerer weiterer Debatte erhielten bei der Abstimmung Stimmen: Lemke 10, Paasche 16, Cohen-Reuss 7 und Ledebour 3. Aus Ärger über diese durch seinen Eigensinn

und sein unkameradschaftliches Verhalten hervorgerufene wohlverdiente Niederlage lehnte Ledebour nun auch ab, als Beauftragter für das Innere zu fungieren, desgleichen Däumig. So wurde ich auch noch als Beauftragter für das Innere gewählt. Ich nahm an, damit nicht von Neuem kostbare revolutionäre Zeit in langen Diskussionen vertrödelte wurde. Es wurden dann weiter bestellt für das Reichswirtschaftsministerium und Demobilmachungsamt Bernhagen, für das Ernährungsamt Haedrich, für das Reichsjustizamt Bergmann, für das Kriegsministerium Rusch, dem später noch ein Mitglied aus dem Reiche beigegeben werden sollte, für das Reichsmarineamt Driesen, der vorher in der Debatte erklärt hatte, dass sämtliche Soldatenräte der Marine auf dem Boden der Unabhängigen stünden, desgleichen die gesamte Vertretung der Flotte. Die Kontrolle des Reichsarbeitsamts und des Reichspostamts blieb offen.

Nun schlug Cohen-Reuss für die Kontrolle der Waffenstillstandskommission Ledebour vor mit der Begründung, dass Erzberger auf die Finger gesehen werden müsse. Däumig trat dem bei. Aber Ledebour reizte es nicht, Erzberger auf die Finger zu sehen. Er wollte mit der Waffenstillstandskommission nichts zu tun haben und behauptete, dass die Waffenstillstandskommission für die Friedensverhandlungen nicht massgebend sei. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Lemke wurde ersucht, die Wako mit zu kontrollieren. In der Sitzung vom 4. Dezember teilte Lemke aber vor Eintritt in die Tagesordnung mit, dass Staatssekretär Erzberger den Empfang von Beauftragten des Vollzugsrats ablehne. Hingegen sei ihm ein schriftlicher Bericht erwünscht. Der Reichsausschuss des Vollzugsrats beschloss, Erzberger schriftlich zu ersuchen, den Beauftragten des Vollzugsrats zu empfangen. Der Empfang fand aber niemals statt.

Die meisten übrigen Ämter wurden übrigens praktisch auch nicht kontrolliert. 14 Tage später machte der Erste Rätekongress der Tätigkeit des Vollzugsrats ein Ende.

In der Sitzung des Reichsausschusses vom 3. Dezember wurde über eine Beschwerde des Reichsernährungsministeriums verhandelt, weil entgegen allen Aufrufen Arbeiter- und Soldatenräte im Reich wieder selbstherrlich in die Kartoffelbestände eingegriffen hatten. Der Vollzugsrat wurde gebeten, schleunigst eine Anweisung herauszugeben, nach der sich die Arbeiter- und Soldatenräte aller Eingriffe in die Nahrungsmittelbestände zu enthalten hatten. Die Verteilung der Kartoffelbestände müsse Sache der Reichs- und Provinzialstellen bleiben.

In der Sitzung des Reichsausschusses vom 5. Dezember teilte Cohen-Reuss auf Grund einer privaten Unterredung mit Ebert mit, dass die Regierung energisch gegen die vom Vollzugsrat vorgenommenen Ressortkontrollen Einspruch erhebe. Ebert habe behauptet, dass von allen Seiten in die Regierungsgeschäfte hineingeredet würde. Man dürfe sich nicht wundern, dass unter diesen Umständen sich die dort beschäftigten Personen fragten, ob sie noch weiter arbeiten sollten. Der Vollzugsrat dürfe keine grösseren Befugnisse haben als der Hauptausschuss des Reichstages während des Krieges. Landsberg machte darauf aufmerksam, dass selbst der Vergleich mit dem Hauptausschuss nicht ganz richtig gezogen sei. Im Hauptausschuss hätten im Kriege nur Parlamentarier gesessen, die doppelt ausgewählt gewesen seien: erstens von den Wählern und dann noch von der Fraktion. Solche Auslese hätten die Mitglieder des Vollzugsrats nicht passiert. Nach langer Debatte wurde beschlossen, das in Aussicht gestellte Schreiben der Volksbeauftragten abzuwarten. In der Sitzung des Reichsausschusses vom 12. Dezember teilte dann Däumig mit, dass nicht nur von der Reichsregierung, sondern auch von der preussischen Regierung Schreiben eingegangen seien, in denen diese darauf bestünden, dass eine Kontrolle der Ämter nur im Einvernehmen mit den Kabinetten stattfinden könne. In den Ämtern seien schon Beigeordnete. Däumig bemerkte dazu, dass die Ernennung dieser Beigeordneten aber auf einem Abkommen mit den sozialistischen Parteien beruhe. Der Reichsausschuss würde die Verhandlungen hierüber wohl kaum zu Ende führen. Wollte er sich für das System der Beigeordneten erklären, so müssten diese wirklich in allen Reichs- und preussischen Ämtern eingesetzt werden, denn es müsse eine Instanz in den Ämtern geben, an welche die dem Vollzugsrat zugehenden vielen Wünsche und Beschwerden weiterzuleiten seien.

Cohen-Reuss und ich schlossen uns im Wesentlichen dem an. Das Wichtigste sei, dass es zu einer tatsächlichen Mitarbeit der Beigeordneten komme. Die Ernennung der Beigeordneten sollte nach wie vor im Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien erfolgen. Die Kontrolltätigkeit des Reichsausschusses könne nur in einer gewissen Fühlungnahme bestehen. Gegen diese würden die Volksbeauftragten auch nichts einzuwenden haben.

Die Regierung der Volksbeauftragten hatte ihr Verlangen auf vertrauensvolles Zusammenarbeiten inzwischen erneut in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Vollzugsrat geltend gemacht. Als Ergebnis wurde am 9. Dezember amtlich Folgendes bekanntgegeben:

«In einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Gross-Berlins und dem Rat der Volksbeauftragten wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Beide, geschaffen durch die Revolution, streben demselben politischen Ziele zu, dem deutschen Volk die sozialistische Republik zu sichern. Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution gegebenen Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte nicht geändert werden kann. Aus der Stellung des Vollzugsrats ergibt sich das Recht der Kontrolle, dem Rat der Volksbeauftragten liegt die ihm übertragene Exekutive ob. Beide sind überzeugt, dass ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten erspriesslich ausgeübt werden kann. Wir geben der Zuversicht Ausdruck, dass unser Volk, in Anerkennung der schwierigen inneren und äusseren Lage, uns dabei tatkräftig unterstützen wird.»

Der Vollzugsrat war damit auf das ihm einzig mögliche Betätigungsfeld verwiesen. Aber selbst dieses Feld wurde ihm im Reiche immer mehr bestritten. Berlin wurde immer mehr in Verruf gebracht durch die Revolutionsspielerei des Klubs der Deserteure, die zu den Ereignissen des 6. Dezember führten, von denen noch die Rede sein wird.

Am wenigsten war man von dem Treiben der Berliner Radikalen im Westen Deutschlands erbaut. Am 10. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, erschienen vor dem Reichsausschuss des Vollzugsrats die Genossen Schäfer, Winnen und Kuhnert aus Köln am Rhein und baten, sie zu den Beratungen zuzuziehen. Sie seien gekommen, um die so notwendige Verbindung zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten des Niederrheins und Berlins herzustellen. Dazu führte Schäfer u.a. aus:

«Im Rheinlande bestehe die Auffassung, die Berliner Genossen, besonders der Vollzugsrat, können die Situationen nicht so überschauen, wie es notwendig wäre, sie betrachten die ganze Sachlage durchweg spezifisch berlinisch. Nach ihrer Ansicht wären die Parteivorstände hierzu besser in der Lage und daher auch die gegebene Kontrollinstanz gewesen. Weiter könne man ganz und gar nicht verstehen, warum in Berlin mit der Einberufung der Nationalversammlung gezögert würde. Die späte Einberufung gibt den Gegnern der Republik, besonders der im Rheinland stark vertretenen Zentrumspartei, Zeit, eine grosszügige Agitation gegen Berlin in die Wege zu leiten. Gestärkt würde diese Agitation durch die Berufung A. Hoffmanns zum Kultusminister.

Weiterhin bestehe im Rheinland die Auffassung, dass es einer Einladung der russischen Regierung zu der Delegiertenkonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte nicht bedurft hätte.

Die Stimmung für die rheinisch-westfälische Republik sei grösser als man glaube, und es bestehe keine Gewähr, dass dieser Gedanke nicht auch unter Sozialisten Anhänger finde. Von Berlin aus sei noch keine Kundgebung erlassen, wie man sich die Aufteilung Preussens und das Verhältnis der Staaten untereinander denke.»

Über die rheinischen Verhältnisse sagte Winnen u.a.:

«Nach seiner Meinung liegt der Hauptherd der Loslösungsbestrebungen in Köln. In anderen Gegenden wäre wenig davon zu merken. Das Problem der Trennung von Kirche und Staat habe zwar die katholischen Arbeiter sehr verschluckt, aber er stehe keinesfalls auf dem Standpunkt Schäfers, dass dadurch eine weitere Zersplitterung gefördert würde. Auf keinen Fall dürfe man aus Furcht vor den Loslösungsbestrebungen notwendige Sozialisierungsmassnahmen unterlassen.»

Kuhnert stimmte Winnen zu:

«Im Rheinland ist die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften ebenso gross wie die der freien Gewerkschaften. Das Durcheinander in Berlin zwischen Mehrheitssozialisten, den Anhängern der USPD, und der Spartakusgruppe sei für das Reich Sprengpulver.»

Nachdem Ledebour und ich den Kölner Genossen einige Aufklärung gegeben hatten, gaben sie zu, dass nicht alle gegen Berlin erhobenen Vorwürfe berechtigt seien.

Die im Rheinland vorhandenen Befürchtungen wegen eines neuen Kulturkampfes waren gegenstandslos.

Adolph Hoffmann und Haenisch hatten nur über die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht in Preussen unter dem 28. November folgende Verordnung erlassen:

1. Die geistliche Ortsschulaufsicht in Preussen ist von heute ab aufgehoben.
2. Die bisherigen Inhaber bleiben solange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisschulinspektoren übernommen sein werden.
3. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muss am 31. Dezember abgeschlossen sein.

Der Erlass brachte also nur die Durchführung einer alten liberalen, auch von den Sozialisten vertretenen Forderung der Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht. Damit konnte sich, die Kirche zu Revolutionszeiten schon abfinden, umso mehr, als die Rechte der Kirche durch die Revolution nicht geschmälert, ihre Freiheiten aber erweitert wurden.

In Süddeutschland war die Stimmung ähnlich wie am Rhein. Zu Beginn der stürmischen Sitzung der Berliner Soldatenräte vom 28. November, in der der Vollzugsrat so scharf kritisiert worden war, hatte der vom Münchener «Matrosenrat» entsandte Genosse K ö h r e der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Reichseinheit nicht gefährdet würde und bemerkt: «Das schönste Weihnachtsgeschenk, das ihr euren süddeutschen Brüdern geben könnt, ist das Versprechen, die Nationalversammlung schnellstens einzuberufen.»

Reicher Konfliktstoff häufte sich auch in den Gemeinden an, besonders in Preussen. Die Gemeindevertreter waren noch auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt. Da in allen Orten Arbeiter- und Solda-

tenräte bestanden, konnten reaktionäre Gemeindevertreter und Magistratsbeamte sich nicht gegen den revolutionären Geist vergehen. Spartakus dachte allerdings darin anders. Er versuchte mehrfach, Gemeindevertretungen lahmzulegen. Als z.B. der Bürgermeister von Mariendorf bei Berlin für den 5. Dezember eine Gemeindevertretersitzung einberief, putschte ein Spartakushandzettel die Bevölkerung gegen diese Sitzung auf. Der Handzettel lautete:

«Arbeiter, Soldaten Mariendorfs!

Euer Bürgermeister hat für Donnerstag, den 5. Dezember 1918, Nachmittag 5 Uhr, nach dem Gymnasium, Kaiserstrasse 21-23, eine

Gemeindevertretersitzung einberufen. Das elendeste aller Dreiklassenparlamente soll auch weiter eure Geschicke bestimmen! Die Geldsäcke regieren weiter! Duldet ihr noch länger dieses Parlament?! Seid auf der Hut! Die alten Feinde der Revolution sind eifrig am Werke, euch wieder in die alten Fesseln zu schlagen! Nicht das Geldsackparlament, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat muss unsere Gemeindeverwaltung führen. Nieder mit dem Hausbesitzerparlament! Es lebe der Arbeiter- und Soldatenrat!»

Was geschah aber, wenn die Gemeindevertretung nicht zusammentrat? Dann herrschte die Bürokratie, kontrolliert durch einen Arbeiter- und Soldatenrat, der sich selber hochleben liess.

In ähnlicher Weise war der Spartakusbund in Neukölln vorgegangen. Die Vorsitzenden des Vollzugsrats hatten im Drange der Geschäfte wieder einmal Vollmachten unterschrieben, ohne sich um die Verhältnisse in Neukölln vorher zu kümmern. So bekam Spartakus in der «Republik» Neukölln Gelegenheit zu Experimenten. Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnete in Neukölln das Mietsrecht neu. Am Schluss einer solchen Verfügung vom 29. November 1918 hiess es: «Zu widerhandlungen werden nach den Revolutionsgesetzen betrafft.» Das war grober Unfug. Zur Bestrafung fehlten die Paragraphen. Auch dieser Fall gab Anlass zu Debatten im Vollzugsrat. Kostbare Zeit wurde totgeschlagen. Noch am 6. Dezember 1918 wurde den Mitgliedern des Vollzugsrats ein Durchschlag der Verfassung des Arbeiter- und Soldatenrats Neukölln zugestellt. Dort hatte sich der linke Flügel der Unabhängigen über alles hinweggesetzt, was die eigene Partei vertrat. Das ulkige Dokument zur Errichtung einer Klassenherrschaft à la Sowjetrussland hatte folgenden Wortlaut:

«Verfassung des Arbeiter- und Soldatenrates.

1. Der Arbeiter- und Soldatenrat Neuköllns ist die höchste Instanz der Stadt.
2. Er besteht aus: 48 Mitgliedern der USPD., 24 Soldaten, davon 14 Mitglieder der hier stationierten Truppen und 10 Mitglieder der übrigen heimgekehrten Soldaten.

3. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist über die Tätigkeit des Magistrats Neukölln verfügende und ihn kontrollierende Körperschaft. Er übt die Polizeigewalt unmittelbar aus und hat die Kontrolle über das Militär.
4. Die Arbeitervertreter des Arbeiter- und Soldatenrates wählen aus ihrer Mitte zwei, die Soldaten Vertreter einen Vorsitzenden, welche die Sitzungen des Plenums mit gleichen Rechten leiten. Sie wählen ferner 20 bzw. 10 (zusammen 30) Delegierte, die den Vollzugsrat bilden. In diesem vollzieht sich die Wahl der Vorsitzenden in gleicher Weise. An Stelle dieser Delegierten treten im Arbeiter- und Soldatenrat Ersatzmänner.
5. Der Arbeiter- und Soldatenrat wählt die mit der Kontrolle beauftragten Personen, sowie sämtliches Personal, das zur Durchführung seiner Massnahmen nötig ist.
6. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses und Verwaltungskörpers der Stadt können nicht Mitglieder des Soldatenrates sein.
7. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses sind verpflichtet, den Verhandlungen des Arbeiter- und Soldatenrates beratend beizuwohnen, sofern dieser nicht in besonderem Falle gegenteilig beschliesst
8. Den Verhandlungen des Vollzugsausschusses dürfen die drei Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates beratend beiwohnen. Die Sitzungen sind ihnen bekanntzugeben.
9. Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates und des Vollzugsausschusses sowie deren Vorsitzenden können jederzeit von ihren Wählern ihres Amtes enthoben werden.
10. Bekanntmachungen und Verordnungen des Vollzugsausschusses erhalten nur Gültigkeit durch gemeinsame Unterschrift seiner Vorsitzenden oder deren Bevollmächtigten. Zur Unterschriftleistung sind die Genannten verpflichtet.
11. Die Richtlinien für die Höhe der Entschädigung und Entlohnung für alle Angestellten, Arbeiten und Sitzungen werden vom Arbeiter- und Soldatenrat festgesetzt. Er entscheidet über Einstellung, Entlassung sowie Arbeitsverhältnisse in allen städtischen Verwaltungskörperschaften.
12. Die Verhandlungen der vorgenannten Körperschaften sind öffentlich.»

Im Vollzugsrat fand dieses Vorgehen der Neuköllner Radikalen am 11. Dezember scharfe Verurteilung. Heller meinte als Referent mit Recht, dass solche Verfügungen die Anarchie herbeiführen müssten. In der Debatte verteidigte der zugezogene Kommunist Eberlein die Mariendorfer und Neuköllner damit:

«Die Parlamente sind aufgelöst und die Rechte auf die Arbeiter- und Soldatenräte übertragen. Warten wir deshalb nicht, jagen wir alles zum Teufel.»

Durften sich aber die Berliner Linksradikalen wundern, dass unter solchen Umständen die Abneigung gegen Berlin im Reiche ständig wuchs?

Nach seinen fortgesetzten Niederlagen wurde der Vollzugsrat gegen die Volksbeauftragten vorsichtiger. Als am 13. Dezember Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats Brüssel vor dem Reichsausschuss des Voll-

zugsrats erschienen, um über die Liquidation in Brüssel Bericht zu geben, werden sie vom Vollzugsrat an die Volksbeauftragten verwiesen, denen die Exekutive übertragen sei.

Ebert und Haase waren Mitte Dezember darin ganz einig, unter Zurückstellung sachlicher Differenzen die bisherige gemeinsame Arbeit und die gemeinsame Auffassung über die Exekutivgewalt der Regierung und die Kontrollbefugnis des Vollzugsrats vor dem ersten Rätekongress zu vertreten. Dieser Plan scheiterte an der Uneinigkeit der sozialistischen Arbeiter, die damals so stark war, dass sie nicht einmal vor der Majestät des Todes schwieg.

Die Beerdigung der Opfer des 9. November fand erst am 20. November – dem Busstage – statt. Von den 15 Toten waren allerdings vorher schon sieben durch ihre Angehörigen auf verschiedenen Gemeindefriedhöfen zur letzten Ruhe geleitet worden. Die übrigen sollten vom Tempelhofer Felde aus bestattet werden, wo unter Bruno Tauts Leitung für die acht Särge das Baugerüst errichtet war, von dessen Redekanzel aus Richard Müller, Brutus Molkenbuhr, Hugo Haase und Paul Hirsch sprachen. Ihre Worte gingen auf dem von grauen Nebelschleiern überspannten weiten Feld verloren. Dann ging der schier unendliche Zug in der zwölften Stunde durch die Belle-Alliance-Strasse über das Halleische Tor, die Budapester Strasse, durch das Brandenburger Tor, die Linden entlang zum Schlossplatz, wo kein Hohenzoller mehr den Opfern dieser Revolution huldigen konnte, durch die Königstrasse und die Landsberger Strasse zum Friedhof der Märzgefallenen. Dort waren in der Nähe der Gräber der Märzgefallenen die Gräber für die Opfer der Novemberrevolution hergerichtet, um die Leiber derer aufzunehmen, die am Eingangstor zur deutschen Republik gefallen waren. Der Zug nahm erst nachmittags 4 Uhr ein Ende. Ihn führten Matrosen und Dragoner zu Pferd. Das Alexanderregiment marschierte unter der roten Fahne. Über tausend Kränze wurden auf Wagen mitgefahren. Rote Schleifen und rote Blumen gaben an jenem dunklen Tage dem düsteren Bilde Farbe und Leben. Der Vollzugsrat und die Volksbeauftragten gingen geschlossen im Zuge mit. Militärkapellen spielten Trauerweisen. Die acht Särge standen auf drei schwarz ausgeschlagenen Lastwagen, zweimal je drei und einmal zwei. Auf allen öffentlichen Gebäuden wehten die roten Fahnen auf Halbmast. Die Glocken läuteten. Die Belegschaften der Gross-Berliner Fabrikbetriebe gingen zu Hunderttausenden im Zuge mit. So waren, seit die Welt besteht, Proletarier noch nicht zu Grabe geleitet worden.

Auf dem kleinen Friedhof der Märzgefallenen erhielten nur die nächsten Anverwandten, die Vertreter der Behörden, der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte, die Berliner Abgeordneten und die Stadtverordneten Zutritt. Den Magistrat vertraten Oberbürgermeister Wer-muth und Bürgermeister Reicke. 450 Sänger des Arbeitersängerbundes sangen den toten Freiheitskämpfern das Lied der Unsterblichkeit. Der Berliner Bläserchor spielte Trauermärsche. Dann ein paar kurze Reden und die Matrosen feuerten eine Ehrensalve über die frischen Gräber. Bis in die Dunkelheit defilierten die Massen an den Gräbern der Novembergefallenen vorbei.

Leider brachte der Parteistreit zum Schlusse in die Feier, die bis dahin ohne jede Störung verlaufen war, einen hässlichen Misston. Es war verabredet worden, dass an den Gräbern nur Barth reden sollte. Die Auswahl des Redners war schon eine Konzession an die Radikalen. An den Gräbern der Novembergefallenen sollte wenigstens der Streit der sozialistischen Parteien ruhen. Da drängte sich Luise Zietz vor und redete für die Unabhängigen. Nun durfte natürlich auch Karl Liebknecht nicht fehlen. Er schmetterte sein «Die Revolution ist in Gefahr» über die Gräber. Conrad Haenisch, der neben mir stand, war über das taktlose Benehmen der beiden ausser sich, die nicht das Recht hätten, die Opfer der Revolution für eine Partei in Anspruch zu nehmen. Ich beruhigte ihn allmählich und sagte ihm schliesslich: «Wir werden uns dafür umso mehr an die Lebenden halten, die wir zum Aufbau des neuen Deutschland brauchen.»

VIII. Der 6. Dezember 1918

Der 6. Dezember 1918, ein Freitag, gehört zu den blutigen Tagen der deutschen Revolution. Aber nicht nur Tragik, auch Komik regierten die Nachmittagsstunden dieses Tages. Die Verhaftung des Vollzugsrats im Abgeordnetenhaus war ein Stückchen im Stile des Hauptmanns von Köpenick.

Ausgangspunkt aller Aktionen dieses Tages war das Treiben Berliner radikaler Kreise, teils von links, teils von rechts.

Den Anstoss dazu gaben Organisationen, die linksradikal orientiert waren, sich aber irgendwelchen Ansehens nicht erfreuten. Es waren dies die «Räte der Urlauber und Deserteure».

Am Freitag nachmittags $\frac{3}{4}$ 4 Uhr war der Berliner Kommandantur gemeldet worden, dass um 4 Uhr im Norden und Osten Berlins, in den Germaniasälen, Sophiensälen und Andreassälen drei Deserteurversammlungen stattfänden. Die Teilnehmer beabsichtigten nach den Ver-

sammlungen Strassendemonstrationen zu machen, um ihre Forderungen evtl. mit Waffengewalt durchzubringen. Kurz darauf lief die Nachricht von der im Abgeordnetenhaus auf Veranlassung von rechtsradikaler Seite versuchten Verhaftung des Vollzugsrats in der Kommandantur ein. Es schien also, als ob von rechts und von links gleichzeitig gegen die bestehende Gewalt operiert würde. Von Wels wurde der Befehl gegeben, die Chausseestrasse direkt vor der Maikäferkaserne von der Invalidenstrasse aus abzuriegeln. Das Regierungsviertel sollte von blutigen Zusammenstössen freigehalten werden. Während der Zug aus den Germaniasälen mit Erfolg abgedrängt wurde, rückte der Zug aus den Sophiensälen gegen die Invalidenstrasse vor und weigerte sich, auseinanderzugehen. Es kam zu einer Schiesserei, bei der das Blut von 16 Toten und 12 Schwerverwundeten das Berliner Pflaster rötete. Wer zuerst geschossen hatte, war, wie gewöhnlich in solchen Fällen, nicht aufzuklären. Der Führer der Gardefüsiliere war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass nur aus Notwehr geschossen werden dürfe. Jeder Teil schob dem anderen die Schuld zu. Ein Teil der Demonstranten trug Waffen. Der Polizeipräsident hatte den Demonstranten die Umzüge unter der Voraussetzung gestattet, dass die Teilnehmer unbewaffnet seien. Der radikale Polizeipräsident versäumte es, die Kommandantur von seiner Abmachung zu benachrichtigen. In diesem Falle wäre die Abriegelung der Strassen durch die Kommandantur unterblieben.

Während sich diese blutigen Vorgänge im Norden der Stadt abspielten, rüsteten wir uns im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses zu der üblichen Nachmittagsplenarsitzung um 4 Uhr. Da stürmten in der fünften Stunde Soldaten des Franzer-Regiments ins Abgeordnetenhaus. Sie hatten angeblich von der Reichsregierung den Befehl, den Vollzugsrat zu verhaften und abzuführen. Wenigstens behauptete das ein Feldwebel namens Fischer, von Beruf Zivilingenieur. Irgendeinen Ausweis besass Fischer nicht. Seinen Soldaten kam die Sache anscheinend überhaupt nicht geheuer vor. Sie hatten bald mit uns die lebhafteste Diskussion. Es zeigte sich dabei, wie zweckmässig es war, dass Cohen-Reuss die Uniform der Franzer trug. Er hatte sich mit seinen neuen Regimentskameraden bald angefreundet. Die Soldaten begriffen schliesslich, dass man alte erfahrene Politiker auch während einer Revolution nicht ohne Haftbefehl verhaften und abführen kann.

Zum Überfluss kam noch Barth und erklärte den Soldaten, dass er

die Regierung sei, und dass die Regierung von einem Haftbefehl nichts wisse.

Selbstverständlich hatte die Reichsregierung diese Komödie nicht vorbereitet. Barth hat selbst argwöhnischen Radikalen ausdrücklich versichert, dass weder Ebert noch Landsberg, noch Scheidemann irgendwie mit den Vorgängen des 6. Dezember in Verbindung gestanden hätten. Sonst würde er, Barth, keine Minute länger in der Regierung verblieben sein.

Die wahren Schuldigen sind nie festgestellt worden. Das Ganze war eine lächerliche Farce. Das Gerücht von der Verhaftung des Vollzugsrats verbreitete sich wie ein Lauffeuer in Berlin und schuf neue Erregung. Ledebour hat später tief bedauert, dass er wegen einer Sitzung des Vorstandes der Unabhängigen in jener historischen Stunde des Vollzugsrats nicht anwesend war.

Zu gleicher Zeit demonstrierten bewaffnete Soldaten vor der Reichskanzlei unter Leitung des Kommandanten des Franzerregiments, des Feldwebels Spiro. Diese Demonstration war von ihren Leitern als Unterstützung der Regierung Ebert-Haase gedacht gegen die Hetze, die Spartakus gegen die Regierung trieb. Spiro war einige Tage vorher mit einigen anderen Leuten vom Franzerrcgiment bei Ebert erschienen, hatte die Demonstration angekündigt und gebeten, dass sich Ebert mit ihr einverstanden erklären möge. Ebert erklärte die Demonstration für überflüssig und machte besonders darauf aufmerksam, dass Demonstrationen zweckmässigerweise von den Soldaten und Arbeitern gemeinsam veranstaltet werden sollten. Spiro liess trotzdem von seinem Plane nicht ab. Er setzte sich im Gegenteil mit anderen Truppenteilen in Verbindung. So zogen ein Teil der Fvanzer und ein Teil der von dem Grafen Metternich geführten Marinetruppen aus dem Mars tall zusammen mit Teilen einer Studentenwehr, die sich mit geldlicher Unterstützung bürgerlicher Kreise gebildet hatte, nach dem Reichskanzlerpalais, um Ebert eine Ovation zu bringen, die Regierung des Schutzes der Truppen zu versichern, sich gegen die Misswirtschaft im Vollzugsrat zu wenden und die baldige Einberufung der Nationalversammlung zu verlangen. Am Schluss seiner Ansprache behauptete Spiro, im Namen der ganzen Nation zu sprechen, wenn er Ebert zum Präsidenten der Republik ausriefe. Als Ebert darauf nicht einging, legte ihm ein Matrosenführer die direkte Frage vor, ob er das Amt eines Präsidenten der deutschen Republik annehme: Ja oder Nein Ebert wehrte diese Frage mit der Bemerkung ab, dass er einen solchen Ruf nicht annehmen könne, ohne mit seinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. «Das

sei eine hochwichtige Frage, deren Entscheidung allein in den Händen der Reichsregierung liege.» Diese Bemerkung mag nach dem ungeschriebenen Kodex des revolutionären Rechts nicht ganz korrekt gewesen sein, aber schliesslich mussten die Berliner Soldaten doch wieder auf den Weg gebracht werden. Auf Spiros Befehl rückten sie dann auch geordnet wieder ab.

Blutvergiessen in der Chausseestrasse, versuchte Verhaftung des Vollzugsrats, versuchte Ausrufung Eberts zum Präsidenten: waren das nicht drei Anzeichen eines Putsches zur Einleitung der Gegenrevolution? Spartakus behauptete es. Erwiesen ist nur, dass Beamte des Auswärtigen Amtes, denen damals nicht genug Ordnung in Deutschland herrschte, die vielleicht sogar ehrlich fürchteten, dass bei solchen Zuständen Deutschland überhaupt zu keinem Frieden käme, sich anschickten, einer werdenden neuen gesetzlichen Ordnung vorzugreifen. Zwei Beamte des auswärtigen Dienstes, Graf Matuschka und Freiherr R. v. Rheinbaben und ein Herr Marten, der sich um die Organisation der Studentenwehr bemüht hatte, sollen den Befehl zur Verhaftung des Vollzugsrats gegeben haben, wozu ihnen übrigens jede amtliche Legitimation fehlte. Michael Marten hatte schon Ende 1917 Aufsehen erregt, als er Flugschriften versendete: «Dem Abgeordneten Cohn-Nordhausen gewidmet», die Bilder aus der Zeit des Russeneinfalls in Ostpreussen enthielten. Er hat später als antisemitischer Hetzapostel den «Wahrheitsbund» gegründet.

Mitwisser sollten Freiherr v. Stumm vom Auswärtigen Amt, Graf Metternich von der Matrosendivision und Hauptmann Cohler gewesen sein. Graf Matuschka und Freiherr v. Rheinbaben waren flüchtig. Die Untersuchung gegen die Studentenwehr ergab, dass die betreffenden Studentengruppen unbedingte Unterstützung der Regierung zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf ihr Programm geschrieben hatten, und im Übrigen die baldige Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung verlangten. Das Geld für die Wehren, etwa 10'000 bis 11'000 Mark, sollte der früher im Auswärtigen Amt tätig gewesene Freiherr v. Stumm beschafft haben. Es war jedenfalls keinerlei Nachweis dafür zu erbringen, dass die Wehren Umsturzbestrebungen huldigten. Der linksradikale Polizeipräsident Eichhorn, der zunächst die leitenden Personen der Studentenwehren hatte verhaften lassen, schrieb in seinem Bericht vom 9. Dezember 1918:

«Ich bitte aber den Vollzugsratsausschuss bzw. die Reichsregierung sofort zu der Frage der politischen Schutzhaft Stellung zu nehmen, denn unmittelbare strafbare Handlungen sind den Genannten vorläufig noch nicht nachzuweisen. Und

würden sie dem Richter vorgeführt, wie es die Vorschrift bei einer sich auf die Strafprozessordnung stützenden Festnahme erfordert, dann würden sie wahrscheinlich sofort aus der Haft entlassen werden.»

Über die Aufrechterhaltung der Verhaftung kam es zu einem Konflikt zwischen Volksbeauftragten und Vollzugsrat. Die Volksbeauftragten beriefen sich mit Recht darauf, dass ihnen nach der Vereinbarung die Exekutive gehöre. Der Vollzugsrat trat darauf wieder einmal den Rückzug an.

Allerdings wurde durch eine besondere Verfügung eine Voruntersuchung über die Vorgänge des 6. Dezember angeordnet. Die Verfügung hatte folgenden Wortlaut:

«Der Rat der Volksbeauftragten beauftragt hiermit

1. den Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann,
2. den Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg,
3. den Dr. Walter Bergmann, behufs Vorbereitung eines evtl, ordentlichen gerichtlichen Verfahrens die Vorgänge am vergangenen Freitag und die damit zusammenhängenden Vorgänge zu untersuchen.

Den drei genannten Personen werden hiermit Vollmachten sowohl hinsichtlich von Zivil- als auch Militärpersonen verliehen, die nach der Reichsstrafprozessordnung der Untersuchungsrichter hat. So weit die Strafprozessordnung eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vorsieht, wird vorliegend davon Abstand genommen. Vielmehr haben die drei genannten Herren insoweit selbst zu entscheiden.

Der Rat der Volksbeauftragten.
gez. Ebert. gez. Haase.

Die Richtigkeit der Abschrift bescheinigt

Der Chef der Reichskanzlei.

I. A.: Walter Oehme.

Einverstanden laut Beschluss des Vollzugsrats vom 11. Dezember 1918.

Vollzugsrat des A.- und S.-Rats Gross-Berlin

Deutsche Sozialistische Republik.

Molkenbuhr.

Rich. Müller.

Ein Ergebnis zeitigte diese Untersuchung meiner Erinnerung nach nicht.

Die Vorgänge des 6. Dezember waren für Spartakus wie gefunden.. Obwohl nicht das geringste über eine Beteiligung der Volksbeauftragten und der Mehrheitssozialdemokratie nachgewiesen war, forderte die «Rote Fahne» in dem üblichen schwülstigen Stile zum Massenstreik auf:

«Arbeiter! Soldaten! Genossen! Die Revolution ist in höchster Gefahr! Rettet, rettet, rettet euer Werk des 9. November usw. usw.» «Diese Verbrecher sind die Wels und Genossen, die Scheidemann, Ebert und Compagnie!» «Fegt hinweg von der Regierung die wahren Schuldigen ...» «Das blutige Verbrechen muss geahndet, die Verschwörung der Wels, Ebert, Scheidemann muss mit eiserner Faust nieder-

gemacht, die Revolution gerettet werden.» «Nieder mit den blutbesudelten, feigen Veranstaltern des Putsches.» «Ans Werk! Auf die Schanzen! Zum Kampf!»

Als die unabhängige «Freiheit» feststellte, dass Ebert und Scheidemann von dem Putschversuch nichts gewusst hätten und durch ihn überrascht worden seien, heulte die «Rote Fahne» u.a.;

«Die Haase, Ebert reichen sich jetzt die Hand über den 14 Leichen der Chausseestrasse.

Wir wiederholen: Was vor dem 6. Dezember politische Prinzipienlosigkeit war, ist nach dem 6. Dezember politische Ehrlosigkeit.»

So ähnlich delirierte die «Rote Fahne» täglich.

Am folgenden Sonntag, dem 8. Dezember, demonstrierte Spartakus in Treptow, die Unabhängigen im Friedrichshain, die Mehrheitssozialdemokraten in 14 Versammlungen, darunter einer Riesenversammlung im Lustgarten, in der Ebert sprach. Er schloss unter brausendem Beifall seine Rede mit den Worten: «Es lebe die Freiheit, die Demokratie, die Nationalversammlung und die alte deutsche Sozialdemokratie.»

Spartakus-Trupps zogen unter Karl Liebknechts Führung in der sechsten Nachmittagsstunde jenes Tages vom Alexanderplatz über die Linden nach der Wilhelmstrasse, wo das Reichskanzlerpalais still im Dunkel lag. Nur ein nach der Wilhelmstrasse gelegenes Fenster war erleuchtet. Aus ihm sah der Volksbeauftragte Barth. Die Menge begrüßte ihn und forderte ihn zum Reden auf. Da er heiser war, lehnte er zunächst ab. Auf wiederholtes Drängen sagte er dann:

«Ich wünschte nur einmal mit Karl Liebknecht in einem der grossen Säle Berlins, sagen wir im Zirkus Busch, zusammenzutreffen und ihm zu sagen, was ich ihm zu sagen habe. Und ich bürgte dafür, dass nicht ein Arbeiter auf seiner Seite bleibt. (Stürmische Unterbreidung.) Dass ich in der Regierung sitze, und dass ich zugegeben habe, dass die Regierung und der Vollzugsrat paritätisch zusammengesetzt sind, das ist geschehen, weil im Zirkus Busch am 10. November nicht Scheidemann, sondern Karl Liebknecht auf mich eindrang und sagte: ‚Es muss geschehen, wenn die Revolution nicht gefährdet werden soll.›

Das war den Spartakusleuten zu viel Wahrheit auf einmal. Es regnete auf Barth Schimpfworte wie: Lügner, Schweinehund, Strolch, Schuft, Rowdy, haut ihn runter. Einige Besonnene verhüteten den Sturm auf die Reichskanzlei und Barth konnte seine Zigarre weiter rauchen, während Karl Liebknecht mit erhobenen Fäusten drohend zu seinen Getreuen redete:

«Wir haben gezeigt, dass wir die Macht haben, dieses ganze Nest auszunehmen, aber ich fordere euch auf, euren Willen und eure Entschlossenheit nur in dem Ruf zu dokumentieren: Es lebe die soziale Revolution, es lebe die Weltrevolution.»

Dann zog die Menge wieder ab zu den marmornen Hohenzollernbildern in der Siegesallee, wo sie sich aufzulösen pflegte, wenn es dunkel wurde.

Über die Vorgänge am 6. Dezember fand am 7. Dezember im Pfeilersaal der Reichskanzlei eine gemeinsame Sitzung der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats statt. Als Ebert sie eröffnen wollte, sagte der Leichenmüller: «Sie irren sich, das ist eine Sitzung des Vollzugsrats, zu der wir Kabinettsmitglieder zugezogen haben, daher werde ich die Leitung übernehmen.» Ebert fand sich damit ab. Später zeigte sich, wie töricht Richard Müllers Verlangen gewesen war. Da Ebert nicht die Leitung hatte, konnte er später einfach Weggehen, als ihm die Debatte zu dumm geworden war. Das tat er auch. Richard Müller erklärte Eberts Verhalten am 6. Dezember im Vorhof der Reichskanzlei für ganz unverständlich. Er fragte, warum die Kommandantur den verhafteten Marten wieder freigelassen habe. Die Regierung, die die Exekutive hätte, habe für die Festnahme der Täter nicht gesorgt.

Ebert erwiderte, dass er im Vorhof der Reichskanzlei ganz unvorbereitet geredet habe. Die Volksbeauftragten hätten zur Aufhellung des Tatbestandes alle nötigen Massnahmen angeordnet.

Ledebour: Die Dinge haben ihren Zusammenhang. Der Vollzugsrat wird verdächtigt, die Berliner Diktatur anzustreben. Ebert hätte die Soldaten energisch in ihre Schranken weisen müssen. Der Plan zur Verhaftung des Vollzugsrats sei durch zwei Marinesoldaten dem Regierungsrat Brecht und Herrn Moser in der Reichskanzlei mitgeteilt worden. Brecht und Moser müssen sich hier verantworten, ob sie die Mitteilung an Haase und Ebert weitergegeben haben. Haben sie einem der Volksbeauftragten Mitteilung gemacht, dann gehört dieser Fall vor ein Kriegsgericht, wenn nicht, dann diese beiden Beamten. Er beantrage, Brecht und Moser dingfest zu machen und hier vorzuführen.

Ebert erhob Einspruch gegen ein solches Verfahren und verlangte weiter Trennung der Untersuchung von der politischen Verhandlung.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde Ledebours Antrag mit 18 gegen 13 Stimmen angenommen. Haase übernahm die Verantwortung dafür, dass die beiden zur Stelle wären.

Landsberg führte aus, dass kein Kabinettsmitglied an eine Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse denke. Die Volksbeauftragten hatten sich für sofortige Enthaltung des Vollzugsrats eingesetzt, als sie von der Verhaftung Kenntnis erhielten.

Scheidemann: Alle Kabinettsmitglieder missbilligen die Vorgänge des 6. Dezember auf das Entschiedenste. Warum spielt sich Ledebour in dieser Köpenikiade als Staatsanwalt auf? Jeder Volksbeauftragte bringe ein grosses persönliches Opfer, sonst wäre er längst zurückgetreten. «Wenn Sie für meinen Posten einen Besseren haben, dann trete ich mit Kussband zurück!»

Wegmann erklärte Wels für unfähig, seinen Posten zu bekleiden, weil er Marten habe entweichen lassen.

Die Vernehmung von Brecht und Moser ergab, dass diese mit den Matrosen gesprochen und auch Aufzeichnungen gemacht hatten, die sie Weitergaben.

Däumig: Niemand glaubt, dass das Kabinett bewusst gegenrevolutionäre Strömungen unterstützt. Aber das Kabinett ist zu sehr von den Maximen der alten Regierung beeinflusst. Es fühlt sich nicht als Revolutionsregierung, deshalb ist ihm der Vollzugsrat unbequem. Aber beides sind Kinder der Revolution. Das Kabinett tut nichts, um die Diskreditierung des Vollzugsrats zu hindern. In der Kommandantur sitzen Herren der Gegenrevolution. Der gute Glaube von Wels ist nicht zu bezweifeln. Das Ansehen des Vollzugsrats ist jetzt schwer erschüttert. Eine gemeinsame Erklärung für die Öffentlichkeit sei deshalb notwendig.

Haase: Von den Angaben der beiden Matrosen hat niemand Mitteilung erhalten. Aber ich bitte eines im Auge zu behalten. Jeden Tag wird ein Putsch gemeldet (Dittmann: heute liegen fünf Mitteilungen vor). Der Putsch wurde im Auswärtigen Amt ausgeheckt. Dort sind neben Beamten, die auf dem Boden der Republik stehen, auch noch so die, die Misstrauen verdienen. Wels und Eichhorn sind darauf hinzuweisen, dass Soldaten nicht zur Absperrung verwendet werden dürfen. Die alten Generäle wollen vielfach nicht abdanken. Eventuell muss da mit fester Hand zugegriffen werden. Zu der Diskreditierung des Vollzugsrats haben wir nicht beigetragen. Wir stehen und fallen mit dem Vollzugsrat. Der Vollzugsrat aber hat wichtige Beschlüsse gefasst, ohne sich mit uns vorher zu verständigen.

Cohen-Reuss: Wenn es zum Bruch zwischen Vollzugsrat und Volksbeauftragten käme, führe das zur Katastrophe. Der Vollzugsrat muss bald zur Konstituante Stellung nehmen. Für diese ist eine Mehrheit sicher. Kommt es zu blutigen Konflikten zwischen Arbeitern und Soldaten, so haben wir in vier Wochen in Berlin einen englischen Gouverneur.

Rich. Müller: Die Regierung hat Schuld. Sie ist der Pressehetze gegen den Vollzugsrat nicht entgegengetreten. (Scheidemann: Wir haben Pressefreiheit.) Die Freiheit hört auf, wo es heisst: «Tötet Liebknecht.» Die Hetze gegen Spartakus muss selbstverständlich die Gegenrevolution auslösen, morgen werden grosse Massen gut bewaffneter Arbeiter auf den Strassen sein. Wenn nicht alles Erforderliche geschieht, kommt es zu einem Blutbad.

Auf den Einwurf von Ledebour, ob man zu der Hetze gegen den Vollzugsrat etwa schweigen solle, erwidert

Scheidemann: In welcher Rolle befinden Sie sich eigentlich hier. Sie behandeln uns, als ob wir Schulbuben wären. (Scheidemann verlässt die Sitzung.)

Obuch: Die Gefahr von links besteht in Wirklichkeit nicht. Ebert hätte uns eine andere Antwort geben müssen. Die Massen werden es nicht verstehen, wenn Ebert noch länger im Amt bleibt. (Lebhafte Zurufe.) Ebert muss ausscheiden. Moser und

Brecht haben uns frech belogen. Die beiden Matrosen sind empört darüber, wie uns die beiden Lügen ins Gesicht gesagt haben.

Hermann Müller: Das ist die Gossenausdrucksweise eines Rechtsanwalts.

Haase bemerkt, dass sich die beiden Aussagen durchaus vereinigen lassen.

Obuch beantragt schriftlich, dass Ebert aufzufordern sei, das Amt als Kabinettsmitglied niederzulegen und aus der Regierung auszuscheiden.

Pörschmann: Wenn Sie heute beschliessen, Ebert abzusetzen, so haben Sie sämtliche Fronttruppen sofort gegen sich. Streiten Sie sich doch nicht um Kleinigkeiten. Sie haben doch vor allem die Aufgabe, die Errungenschaften der Revolution aufrechtzuerhalten.

Hermann Müller: Durch nichts wird der Vollzugsrat mehr diskreditiert als durch Verhandlungen, wie wir sie heute erlebten, und wie sie auch sonst bei uns üblich sind. Wird der Antrag auf Absetzung Eberts angenommen, so lösen Sie in Deutschland keinen Zorn aus, sondern nur Gelächter.

Der Antrag Obuch wurde schliesslich gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Wieder war ein langer Abend nutzlos verthan. Als Resultat ergab sich nur, dass die beiden Matrosen von Ebert nicht empfangen worden waren, weil Kabinettsitzung war. Ihre Aussagen waren protokolliert, ihnen aber nicht solche Wichtigkeit beigemessen worden, da täglich falsche Putschnachrichten einliefen. Also wieder: Das grosse Missverständnis.

IX. Die Konferenz der Ministerpräsidenten und die deutsche Aussenpolitik

Die deutsche Revolution setzte sich zwar in allen deutschen Bundesstaaten gleichmässig durch, aber sie räumte nicht mit den Landesgrenzen auf, sondern knüpfte überall an das Gegebene an und führte deshalb auch nicht zum deutschen Einheitsstaat. So entstand eine Reihe partikularistischer Revolutionen, deren partikularistische Einstellung noch durch die Art gefördert wurde, wie der Berliner Vollzugsrat seine Aufgabe auffasste. Es darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass insbesondere die französischen Militaristen in Süddeutschland und im Westen sich alle Mühe gaben, partikularistische Strömungen zu stärken. In jeder Lockerung des Reichsgefüges sahen sie eine verstärkte Sicherung für Frankreich. Die Volksbeauftragten sahen sich deshalb veranlasst, die Ministerpräsidenten der Länder zum 25. November 1918 zu einer Sitzung nach Berlin zu laden, nachdem die Ministerpräsidenten der süddeutschen Freistaaten unter sich schon Rat gehalten hatten. Die Sit-

zung fand im grossen Kongresssaal im Reichskanzlerpalais statt, in dem 1878 Bismarck: in Anwesenheit von Benjamin Disraeli, Gortschakow, Schuwalow, Andrassy, Waddington u.a. dem Berliner Kongress präsi- diert hatte. Das hatte sich Otto von Bismarck auch nicht träumen lassen, dass zwei Jahrzehnte nach seinem Tode im Berliner Kongresssaal Mi- nisterpräsidenten tagten, die zum Teil noch von den Wunden reden konnten, die ihnen Bismarcks Sozialistengesetz geschlagen hatte, und die nun die geschichtliche Aufgabe hatten, von Bismarcks Werk zu ret- ten, was noch zu retten war. Wilhelm Blos aus Stuttgart und Karl Ull- rich aus Hessen konnten in diesem Saal darüber nachdenken, wie vor mehr als vier Jahrzehnten ihre politische Tätigkeit so ganz anders be- gonnen hatte. Polizei und Staatsanwalt hatten sie damals verfolgt.

Die Volksbeauftragten hatten die Zusammenkunft als Konferenz der deutschen Regierungen einberufen. Sie wollten deshalb dem Vollzugs- rat eine Vertretung nicht einräumen. Ich hatte zunächst vergeblich Ebert klar zu machen versucht, dass die Anwesenheit von zwei Vertretern des Vollzugsrats unter keinen Umständen Schaden bringen könnte. Die amtlichen Beratungen über unsere Zulassung zogen sich bis in die Zeit der Verhandlungen des Kongresses hin. Schliesslich gab Ebert nach. Der Vollzugsrat delegierte Ledebour und mich zu dieser Konferenz. Als ich den Kongresssaal betrat, hielt gerade der Schneider Merges aus Braunschweig eine fürchterliche Brandrede. Er verglich die Regierung mit der Kerenskiregierung Russlands, und da er sich die Sache russisch zu Ende dachte, kam er zu dem Schluss, dass die Regierung vom Volks- zorn hinweggefegt werden müsse. In Begleitung des braunschweigi- schen Ministerpräsidenten Merges befand sich Exzellenz Boden, durch den sich der radikale Revolutionär Merges, genau wie sein konservati- ver Vorgänger, in Berlin vertreten liess. Emanuel Wurm fragte mich: «Was machen Sie denn hier?» Ich antwortete ihm, dass ich Delegierter des «Wohlfahrtsausschusses» sei. Da ich erst gegen Mittag nach dem Kongresssaal kam, habe ich den zu Beginn der Sitzung erfolgten Vor- stoss Eisners gegen Solf und Erzberger nicht miterlebt. Eisner hatte ver- langt, dass zuerst über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen und zugleich über die Frage der Aktionsfähigkeit der Regierung ver- handelt würde und dann erst über den politischen und nationalen Zu- sammenhang Deutschlands und die wirtschaftlichen Beziehungen der Gliedstaaten zum Reich.

Ebert drang aber damit durch, dass zuerst Solf und Erzberger ihre Referate hielten.

Solf trat für eine entschieden pazifistische Politik ein. Unter Hinweis auf Amerikas Haltung verlangte er Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Sonst drohe nach Taffs Wort Amerika mit dem Einmarsch, sonst würde Amerika Deutschland nicht mit Lebensmitteln versorgen. England lebe im Siegestaumel und sei für eine Unterdrückung von jeglichem Bolschewismus. Frankreich denke nicht an baldigen Frieden, es setze seine Hoffnungen auf den Separatismus. Das Ende der Sowjetregierung schein bevorzustehen. (Darin täuschte sich nicht Solf allein. D. V.) Solf beschwerte sich dann über Eingriffe Aussenstehender in die Regierungsgeschäfte. So sei z.B. ein Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet worden. Er beteuerte, dass er mit seinen Beamten unter der neuen Regierung loyal gearbeitet habe. Aber die heute herrschenden Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. Die heutige Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschliessen: die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, die die Einzelstaaten nicht anerkennen. Die auswärtige Politik darf nur der Reichsregierung obliegen. Der heutige Zustand könnte nur als Provisorium gelten. Die Nationalversammlung müsse bald einberufen und in einem zentral gelegenen Orte ausserhalb Berlins tagen. Nur so könne er an eine glückliche Zukunft der Republik glauben, die er nicht um die Früchte der Revolution bringen wolle.

Sodann gab Erzberger den Bericht über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission. An Milderungen wäre nur wenig zu erreichen. Wegen der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei am Tag zuvor zum ersten Male eine entgegenkommende Depesche Clemenceaus eingetroffen. Ob die militärischen Räumungstermine innegehalten werden könnten, sei zweifelhaft. Die Entente suche nach einem Rechtstitel, um in Deutschland einzurücken, daraus ergebe sich die dringende Notwendigkeit, einen Vorfrieden abzuschliessen.

Dann kam die Sensation dieser Konferenz, Eisners Angriff auf die Verantwortlichen für Deutschlands Aussenpolitik. Eisner führte aus:

Aus den Referaten von Solf und Erzberger wäre nicht zu merken, dass die Revolution inzwischen Arbeit getan habe. Man fasse sich an den Kopf, wenn man unter den Männern der Wako den Namen Erzberger lese, der für Deutschland die Weltvergiftung der öffentlichen Meinung organisiert habe. Solf setze seine Karte auf Wilson und vergesse dabei, dass er die Vertreter der alliierten Regierungen vor den Kopf stosse. Erzberger und Solf seien Männer der Konterrevolution. Nach seinen persönlichen Berichten forderten die Ententestaatsmänner für die Verhandlungen Männer, die nicht durch Tätigkeit für das alte System kompromittiert seien. Clemenceau habe erst neulich erklärt, dass die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen nicht dem deutschen Volke, sondern Wilhelm TL gegolten hätten. Der Kaiser sei gegangen. Ihm müssten alle kompromittierten Männer folgen. An die Spitze des Reiches müssten Männer kommen, die getragen von dem Vertrauen der Massen demokratische und soziale Politik trieben. Schliesslich schlug Eisner an Stelle des Bundesrats die Einsetzung eines provisorischen Präsidiums vor, das

allein Verhandlungen mit der Entente zu führen hätte. Nur so könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker als je sein Haupt erhebe.

In der Debatte trat Wolfgang Heine für Erzberger ein, während Karl Kautsky, damals Beigeordneter im Auswärtigen Amt, Eisners Auffassung beipflichtete.

Ullrich Hessen stimmte zwar grundsätzlich ebenfalls Eisner und Kautsky zu, glaubte aber, dass selbst unter den Unabhängigen unkompromittierte Männer schwer zu finden wären. Das Reich müsse bleiben, aber ohne Berliner Diktatur. Man wolle gemeinsam mit Berlin arbeiten und nicht die Parole ausgeben: Los von Berlin. Dringend notwendig sei die baldige Einberufung der Nationalversammlung.

Von den Linksradiكالen warf Geithner aus Gotha die Frage auf: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Besatzung zuziehen! Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland, und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen.

Auch Lipinski Sachsen legte gegen Solfs Auffassung, im Interesse des Friedens alle Sozialisierungsbestrebungen zurückzustellen, schärfste Verwahrung ein.

Der Volksbeauftragte Haase wies darauf hin, dass zwischen Solf und den Volksbeauftragten Meinungsverschiedenheiten herrschten, die durch Eisners Rede noch vertieft worden seien. Dagegen trat Ebert für Solf ein, der während des ganzen Krieges ein Vertreter der Idee des Verständigungsfriedens gewesen sei. Erzberger habe seinen Auftrag noch von der kaiserlichen Regierung erhalten. Da er die Vorverhandlungen geführt habe, sei er nicht zu ersetzen gewesen.

Endlich warnte damals Erzberger mit Recht vor der Annahme, dass Clemenceau anderen Unterhändlern als den bisherigen bessere Bedingungen gewähren würde.

Das Ergebnis gipfelte in dem Ersuchen an die Reichsleitung, auf die schnelligste Herbeiführung eines Vorfriedens hinzuwirken.

Eisners Vorstoss war nicht überraschend gekommen. Er war ein alter Gegner Erzbergers und hatte schon 1912 für die bayerische Sozialdemokratie eine Broschüre mit dem Titel: «Erzlügenberger» geschrieben. Seine Ansichten wurden auch von einigen Mitgliedern des Vollzugsrats geteilt. Eisner stützte sich auf Berichte aus der Schweiz, wo der bayerische Pazifist Friedrich Wilhelm Foerster sein bayerischer Geschäftsträger war. Eisner schätzte nicht nur die französischen Marschälle, sondern auch französische Staatsmänner, wie Clemenceau, Tardieu, Poincaré, ganz falsch ein.

Ich habe immer zu denen gehört, die die Alleinschuld Deutschlands am Kriege energisch bestritten haben, aber betonten, dass die Politik Wilhelms II. am Ausbruch des Krieges mitschuldig war. Eisner dagegen suchte in einem unerklärlichen Fanatismus Deutschland so stark wie möglich zu belasten, weil er den Irrwahn hatte, dass solche Selbstbezeichnungen gegen die frühere Regierung, ausgesprochen von Politikern neuen Geistes, Deutschland nützlich sein könnten.

Gewiss, Eisner selbst war unbelastet. Als er zu Beginn des Weltkrieges für das Pressebüro des Sozialdemokraten Curt Baake als Kriegsberichterstatter zur VI. Armee des Kronprinzen Rupprecht von Bayern gehen wollte, verhinderte das der Parteivorstand unter Haases Einfluss, weil damals umgekehrt befürchtet wurde, dass Eisners Phantasie und Begabung uns herrliche Hymnen auf Deutschlands Mission in der Welt schenken könnten.

Und Erzberger? Gewiss war er kompromittiert. Er hatte im September 1914 eine Annexionsdenkschrift an Bethmann-Hollweg gesandt, über die dieser mit verbindlichem Dank quittiert hatte. Aber Erzberger hatte seit 1914 viel dazugelernt. Wegen seiner Bemühungen um einen Verständigungsfrieden gehörte er seit 1917 zu den bestgehassten Männern. Er war einer der ersten, die noch während des Krieges mit Dernburg, Prof. Franke, Giesberts, Gothein, mir und anderen für die Völkerbundsidee wirkten. Schliesslich war er einer der Führer der Zentrumsparlei. Wir Sozialisten brauchten doch wirklich nicht den Ehrgeiz zu haben, für die Liquidation des imperialistischen Krieges durch einen Frieden, der unserem Volke unerhörte Lasten auf zwang, die alleinige Verantwortung zu tragen.

Angriffe auf Solf und das Auswärtige Amt waren den Volksbeauftragten nicht neu. Schon vor der Konferenz der Ministerpräsidenten hatte Barth verlangt, dass im auswärtigen Dienst aufgeräumt würde. Die Gesandtschaften in Bern, im Haag und in Kopenhagen müssten durch Sozialisten besetzt werden, damit von dort objektive Berichterstattung gesichert wäre. Diesem Wunsche wurde zunächst keine Folge geleistet. Auf den Berner Posten kam ab Januar 1919 Adolf Müller, der frühere Chefredakteur der «Münchener Post». Er hatte schon zuvor in der Schweiz nichtamtlich diplomatische Arbeit geleistet, war bei vielen Schweizer Politikern persona grata und wusste vor allem die für die Entente in jener Zeit dort wirkenden offiziellen und nichtoffiziellen Persönlichkeiten richtig zu beurteilen.

Noch vor der Konferenz der Ministerpräsidenten war die Entlassung des Staatssekretärs Freiherrn von Stumm in die Wege geleitet worden. Den Freiherrn von dem Busche wollte Solf noch behalten bis die Geheimregistratur in Ordnung gebracht war. Zu jener Zeit war Paasche im Arbeiter- und Soldatenrat auf die Idee gekommen, die Archive des Auswärtigen Amtes zu beschlagnahmen. Haase, der als Volksbeauftragter das Auswärtige Amt zu betreuen hatte, schickte seine Abgesandten aber nach Hause. Er erklärte ihnen, dass er dafür sorgen würde, dass nichts abhanden käme.

Die Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes aus der Zeit des Krieges wurde später Karl Kautsky übertragen. Die veröffentlichten Kautsky-Akten liefern den Beweis, dass nichts verheimlicht wurde. Die Nachwelt kann alle blöden Randbemerkungen Wilhelms II. nachlesen. Die Veröffentlichung der deutschen Akten war als Ergänzung zu der Veröffentlichung der österreichischen Akten geboten, die bereits in starkem Masse die deutsche Politik entlasteten.

Anfang Dezember hatten die Volksbeauftragten die Legationsräte Simons und Nadolny beauftragt, Denkschriften über die Reorganisation des Auswärtigen Amtes vorzulegen. Zu einer Reform des Auswärtigen Amtes kam es aber erst in den Jahren 1919/1920.

Im Reichsausschuss des Vollzugsrats verlangte ein Antrag des Bayern Haedrich im Einverständnis mit den Arbeiter- und Soldatenräten Bayerns und in Konsequenz des Vorstosses Eisners in der Konferenz der Ministerpräsidenten am 2. Dezember den sofortigen Rücktritt von Solf und seine Ersetzung durch einen Gegner des alten Systems und weiter die Zusicherung, dass Erzberger an den Friedens Verhandlungen nicht teilnehmen dürfe. Über den Antrag wurde erst am 4. Dezember verhandelt. Auf Grund einer Unterredung, die Haase mit Lemke und Paasche vom Vollzugsrat hatte, wurde mitgeteilt, dass nach Auffassung der Volksbeauftragten Solf abgehen solle, sobald ein Nachfolger gefunden sei. Man denke an den Grafen Brockdorff-Rantzau, damals Gesandter in Kopenhagen. Über diesen hatte sich Haase gelegentlich sehr lobend ausgesprochen. Neben ihm wurde noch Rosen, der damals Gesandter im Haag war, genannt.

In der Diskussion erklärte Paasche auf Däumigs Anfrage, dass alle Kundgebungen Solfs ohne Karl Kautskys Kenntnis hinausgegangen wären. Haase hätte hierfür sorgen müssen.

In der Debatte verteidigte ich Solf. Mir sei nicht bekannt, dass Solf sich geweigert habe, Kautsky gegenzeichnen zu lassen. Die Gegenzeichnung sei doch überhaupt nur bei wichtigen Noten nötig. Von Brockdorff-Rantzau wisse ich nur, dass Haase und Scheidemann ihn genauer kennen und viel von ihm hielten. Persönlich könne ich für ihn nicht bürgen. Im Kriege sei er für eine selbständige Politik des Reichskanzlers eingetreten. Er war bereits einmal Anwärter, als Kühlmann ins Auswärtige Amt kam. Er habe damals die Bedingung gestellt, dass er das Amt unbeeinflusst von der Obersten Heeresleitung führen könne. Seine Ernennung sei daran gescheitert.

Däumig verlangte schleunige Entfernung von Solf. Es sei nicht notwendig, dass ein Diplomat alter Schule sein Nachfolger würde. Alle Vertreter der früheren Regierung seien aus der Kriegszeit kompromittiert.

Driesen von der Marine unterstützte Däumig, während ich darauf hinwies, dass der Mann, der nun käme, mit den Männern der kapitalistisch orientierten Entente-regierungen verhandeln und deshalb Gewandtheit im internationalen diplomatischen Verkehr haben müsse.

Auch Cohen-Reuss hatte von Haase und anderen nur Gutes über Brockdorff-Rantzau gehört.

Paasche aber sah jeden als kompromittiert an, der in der Kaiserzeit im Auswärtigen Amt gearbeitet hatte, und behauptete, dass jeder kluge Mann sich in die Geschäfte bald hineinfände. Wir müssten Männer suchen und finden, die den Standpunkt der Menschlichkeit vertreten.

Endlich verlangte Lemke die Schaffung eines Beirats, dessen Leitung Haase oder Kautsky übernehmen sollten.

Ledebour pries das englische System, nach dem der Minister immer aus dem Parlament genommen würde, und dem ein permanenter Unterstaatssekretär zur Seite stünde. Er schlug Kautsky als Staatssekretär und Brockdorff-Rantzau als Beirat vor.

Schliesslich wurden Cohen-Reuss, Lemke und Paasche beauftragt, das Resultat der Debatte den Volksbeauftragten mitzuteilen. Dabei sollte auch der Standpunkt vertreten werden, dass die Ernennung des Nachfolgers von Solf nur nach Anhörung des Vollzugsrats erfolgen dürfe.

Däumig bemerkte dazu: der Vollzugsrat habe schon viel zu viel von seinem Erstgeburtsrecht preisgegeben. Gehe die Verständigung mit der Regierung nicht glatt vonstatten, so komme es eben zum Konflikt.

Da zunächst nichts geschah, befasste sich der Reichsausschuss des Vollzugsrats am 12. Dezember nochmals mit den Personalveränderungen im Auswärtigen Amte. Paasche drängte wiederum auf Säuberung des Amtes von belasteten Personen. An der Sitzung konnte er selbst nicht teilnehmen. Sein Antrag wurde zurückgestellt, bis Material mit spezieller Begründung vorgelegt sei. In Sachen Solf sollte eine neue Aussprache angesetzt werden. Es blieb aber praktisch alles bis zum ersten Rätekongress unentschieden.

Inzwischen hatte sich der Konflikt zwischen Haase und Solf dermassen persönlich zugespitzt, dass eine Zusammenarbeit beider nicht mehr möglich war. Solf weigerte sich nach dem Bekanntwerden von Joffes Funkspruch über die Unterstützung der Unabhängigen durch russisches Geld, Haase die Hand zu geben. Haase beteuerte, dass er niemals russisches Geld genommen hätte. Er habe keine Ahnung gehabt, dass Barth Geldmittel bekommen hätte. Auch Schriften habe nur der Spartakusbund von Russland bezogen, der allerdings vor der Revolution im Parteirahmen der Unabhängigen gearbeitet habe. Daraus sei der falsche Eindruck entstanden, dass die Unabhängigen von Russland unterstützt worden seien. Die Leitung der Partei habe aber solche Unterstützung ausdrücklich abgelehnt. Barth hat damals zugegeben, dass er ohne Quitting Geld zur Waffenbeschaffung angenommen habe, das von Pazifisten des Auslandes stammen sollte. Von der russischen Botschaft habe er kein Geld bekommen. Er sei dort überhaupt nur einmal gewesen, als in der Botschaft zu Ehren des entlassenen Karl Liebknecht ein Empfang stattfand. Trotz aller Feststellungen blieb Solf dabei, dass er Haase nicht grüssen würde, solange er unter einer so schweren Anschuldigung stehe. Das war eine Woche vor dem ersten Rätekongress.

Am 13. Dezember genehmigte das Kabinett Solfs Abschiedsgesuch, nachdem es vorher den von Solf vorgetragene fünf Forderungen Brockdorff-Rantzau zugestimmt hatte. Diese Bedingungen waren in einem Briefe enthalten, den Brockdorff-Rantzau am 9. Dezember an Scheidemann geschrieben hatte, der sich auf Beschluss der Volksbeauftragten wegen Übernahme des Amtes des Staatssekretärs des Auswärtigen an ihn gewandt hatte. Dem Schreiben war ein Promemoria beigelegt. Aus beiden sei Folgendes mitgeteilt:

«Im Einzelnen möchte ich hier hinzufügen, dass ich bezüglich der Schaffung einer republikanischen Armee ein scharfes Vorgehen gegen die bolschewistischen Umtriebe und ihre Leiter bis zu den letzten Konsequenzen für unumgänglich erforderlich erachte. Anders sehe ich nicht die Möglichkeit, das grösste Unglück abzuwenden. Es ist sicher die heilige Pflicht jeder gewissenhaften Regierung, keinen Tropfen Blutes unnütz zu vergiessen; die Entwicklung scheint mir aber dahin zu treiben, dass, wenn um jeden Preis dieser Grundsatz jetzt durchgeführt wird, schliesslich die Regierung selbst und mit ihr das ganze Land in einem Blutbad erstickt wird.»

Weiter hiess es in dem Briefe an Scheidemann:

«Ich muss wissen, ob ich unter Umständen, d.h. wenn die Friedensbedingungen, die uns die Feinde diktieren werden, so ausfallen, dass sie eine auch nur annähernd menschenwürdige Existenzmöglichkeit für das Volk ausschliessen, ermächtigt wä-

re, meine Unterschrift zu verweigern; oder ob nur beabsichtigt wird, den Vertrag unter Protest zu vollziehen.»

In dem Promemoria hiess es:

«Was meines Erachtens heute in erster Linie nottut, ist eine absolute Stützung der Autorität der jetzigen Regierung. Die Autorität muss sichtbar für ganz Deutschland und für das Ausland gestützt werden, und zwar so schnell und so gründlich, wie die gefährliche Zusammenhanglosigkeit der deutschen Verhältnisse es gebieterisch erheischt. Dafür ist die beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung die unerlässliche Voraussetzung. . . . Die Spannung bis zu ihrem Zusammentritt ist kaum noch zu ertragen. Die ganze innere Unruhe, die bisher fruchtlosen Versuche der Spartakusgruppe und ihrer namenlosen Mitläufer, ebenso das gefährliche Misstrauen werden aus dieser Spannung und dieser Unruhe genährt. . . .»

«Darum müsste man mit aller Vorsicht die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte einschränken. Man müsste sie durch Vorträge von Berufenen über die grossen Linien der politischen Massnahmen unterrichten, aber jedem Versuch, mit- und durcheinander zu regieren, mit äusserster Energie entgegenzutreten. Es wird sich kein politisch bauender Mensch dazu hergeben, auf unklare und auf mangelnder Beherrschung des Stoffes beruhende Vorschriften oder Ratschläge dieser ungezählten Arbeiter- und Soldatenräte einzugehen.

Das etwa sind die Hauptgesichtspunkte, unter denen für mich eine positive Arbeit in der heutigen Lage des Reiches auf dem Gebiete der auswärtigen Politik möglich wäre.»

Brockdorff-Rantzau Bedingungen liessen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er schätzte die Last der Verantwortung, die er übernehmen sollte, im Ganzen richtig ein. Allerdings ahnte er noch nicht, dass die Entente gar nicht verhandeln, sondern nur diktieren wollte. Brockdorff-Rantzau wäre am liebsten Mitglied des Kabinetts geworden. Das ging aber nicht. Er wünschte Zutritt zu den Kabinettsitzungen, weil die Erledigung der Innenpolitik stark die Aussenpolitik beeinflussen würde. Den Streit zwischen Haase und Solf sah Brockdorff-Rantzau durch Haases klare Darlegung geklärt. Haase wurde nach eingehender Auseinandersetzung im Kabinett am 18. Dezember beauftragt, Brockdorffs Schreiben zu beantworten. In Anbetracht der ungeheuren Schwierigkeiten, die Deutschland bedrohten, waren die Volksbeauftragten froh, dass sich ihnen Brockdorff-Rantzau zur Verfügung stellte. Nur Barth war anderer Meinung. Er schlug Breitscheid als Solfs Nachfolger vor.

Nun war Eisners Willen erfüllt. Er hatte vorher noch einen lächerlichen Schritt unternommen. Er übermittelte durch seinen Gesandten Dr. Muckle den Volksbeauftragten eine Note folgenden Inhalts:

«Es hat sich gezeigt, dass die führenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes immer noch vom Geiste des alten Systems beherrscht sind, und so, getreu den Methoden dieses Systems, im höchsten Masse die Interessen Deutschlands schädigen. Unsere Lage ist augenblicklich so, dass wir, versagt uns die Entente ihre Beihilfe, in kürzester Zeit in den Abgrund einer fürchterlichen Hungersnot versinken. So ist es dringend geboten, dass die Entente mit Männern verhandelt, die nicht mit dem Makel des alten Systems behaftet sind, und denen sie volles Vertrauen entgegenbringen kann. Dass die Entente nicht an eine Vernichtung des deutschen Volkes denkt, zeigt die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten bereit sind, uns mit Nahrungsmitteln zu versehen. Um so reichlicher wird aber sicherlich diese Beihilfe fließen, je mehr die führenden Männer Deutschlands Vertreter eines neuen, vertrauenerweckenden Geistes sind, und auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wird der Rücktritt der Vertreter einer Zeit verlangt, über die ein furchtbarer Richterspruch schon gefällt ist. Sollte diesen Vorstellungen kein Gehör geschenkt werden, so wird die bayerische Regierung die Beziehungen zum Auswärtigen Amt abbrechen.»

Selbstverständlich hatte dieses Dokument auf die Berliner Entscheidung keinen Einfluss.

Während der Konferenz der Ministerpräsidenten stattete Eisner übrigens auch dem Vollzugsrat einen Besuch ab. Aus der Rede, die er vor diesem hielt und die dann in Maschinenschrift den Mitgliedern übermittelt wurde, sei noch Folgendes mitgeteilt:

«Wir haben dafür gesorgt, dass diese je 50 Mann, die an dem ersten Revolutionstage gewählt wurden, bis zur Herbeiführung einer künftigen Nationalversammlung dauernd in dem A.-S.- und B.-Rat sitzen bleiben. . . . Ich bin der Meinung, und die Debatten, die wir im A.-S.- und B.-Rat geführt haben, haben mich darin bestärkt, wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir noch gestern hatten, dann brauchten wir nicht die Revolution. Ich habe heute gesagt, die Revolution ist keine Demokratie, sie will sie erst schaffen. . . . Wir hören ja jetzt sehr viel von den Bolschewisten. Ich bin keiner. Ich wünschte, dass ich es wäre. Meine Überzeugung ist dagegen. Erstens liebe ich die Methode des Bolschewismus nicht. Ich glaube an den Geist und die Macht der Ideen. . . . Solange wie der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisierung vorzunehmen. Wenn es uns nicht gelingt, den Frieden zu bekommen, und zwar in ganz kurzer Zeit, dann brauchen wir uns nicht mehr den Kopf über das Kommende zu zerbrechen, dann kommt alles von selbst. ... Wir müssen versuchen, über die nächsten Monate hinwegzukommen. Wir müssen den Frieden erzwingen, und wir müssen die Revolution sichern. Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter- und Bauernräte.»

Eisners Absicht, die Wahlen zur Nationalversammlung hinauszuschieben, fand in Deutschland keine Gegenliebe. Die badische Revolutionsregierung setzte die Wahlen zur badischen Landesversammlung

sogar schon auf den 5. Januar 1919 fest. Eisners Abkehr von der Demokratie fand die Abweisung seines Geschäftsträgers in Bern, Friedrich Wilhelm Foerster, der im «Vorwärts» und in der «Münchener Post» gegen ihn polemisierte.

Eisner hatte Foerster nach Bern gesandt, damit er von dort aus den Abschluss des Friedens fördere. Foerster sagte ihm jetzt vor aller Welt, dass er den Posten nur angenommen hätte, weil er geglaubt habe, dass Eisners Regierung auf demokratischer Grundlage arbeiten werde. Jetzt aber wolle Eisner über die Gestaltung des Verfassungswesens nur eine bestimmte Klasse autokratisch entscheiden lassen. Den Arbeiter- und Soldatenräten müsse gesagt werden: Die Idee der Nationalversammlung ist das Symbol für die unentbehrliche Versöhnung aller Klassen zum Zwecke der Rettung unseres Vaterlandes vor Auflösung und schmähhlicher Bevormundung von aussen her. Das alles habe er Eisner, den er seines selbstlosen Charakters willen hoch achte, wissen lassen. Die Verlängerung des Waffenstillstandes und der Präliminarfrieden würden zweifellos nur einer Regierung bewilligt werden, die alles ins Werk setze, im beschleunigten Tempo die Nationalversammlung einzuberufen, wobei gegenüber der dringenden weltpolitischen Bedeutung dieser schleunigen Einberufung alle technischen Bedenken zurücktreten müssten.

Foerster hat sich nicht auf die Polemik im «Vorwärts» und der «Münchener Post» beschränkt, sondern auch in einem Schreiben an den ersten Rätekongress gegen die Diktatur absichten der Linksradiكالen entschieden Stellung genommen. In dem Schreiben kam folgender Satz vor:

«Den Ententevölkern gilt allein die auf geordnetem parlamentarischem Wege entstellende Mehrheit als die gesetzliche Trägerin des Volkswillens. Jede Diktatur einer bestimmten Klasse, käme sie von oben oder von unten, gilt im Westen als Sünde gegen den Geist der Demokratie, der keine Ausschaltung irgendeiner Gruppe von der Mitbestimmung der nationalen Geschicke duldet.»

Das war ganz richtig.

Robert Lansing, der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten in den Vereinigten Staaten von Amerika, hat auf ein Telegramm Eberts über die drohende Lebensmittelnot in Deutschland am 13. November durch Funkspruch u.a. geantwortet:

«Deshalb hat der Präsident mich beauftragt, zu erklären, dass er gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen und diese Angelegenheit sofort den alliierten Regierungen unter der Bedingung anheimzustellen, dass in Deutschland nachweislich die öffentliche Ordnung besteht

und fortbestehen wird und dass eine gerechte Verteilung der Lebensmittel nachweislich garantiert werden kann.»

Übrigens hatten wir es auch von sozialistischer Seite her schriftlich, dass man von uns die Etablierung des neuen dritten Reiches auf dem Boden demokratischer Grundsätze erwartete. Die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien hatten am 11. November 1918 in einem Telegramm an Hjalmar Branting über Deutschlands Lage nach dem Waffenstillstand berichtet, das von Molkenbuhr, Pfannkuch und mir, von Bernstein, Kautsky und Oskar Cohn gezeichnet war. Eduard Bernstein erhielt darauf folgende Antwort:

«Werter Genosse! Das Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cachin und Vandervelde befördert worden mit besten Empfehlungen. Ich bin sicher, dass eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Ententeländern gegen eine erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands einsetzen wird. Heute melden Zeitungstelegramme, dass Wilson und sogar Clemenceau sich gegen jede unhumane Massregel ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird diese versöhnliche Strömung noch mehr stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, dass die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Rahmen der Demokratie auch gegen die verkleidete Tyrannei von unten klar und fest steuern werden! Branting.»

Branting hat sich später oft mit Genugtuung darüber geäußert, dass es in Deutschland der sozialistischen Bewegung gelungen sei, die Propheten des Moskauer Evangeliums schachmatt zu setzen. Auch die Berichte der Gesandten aus dem neutralen Ausland betonten immer wieder, dass bei grösserer Ausbreitung des Bolschewismus in Deutschland kein Entgegenkommen in der Lebensmittelbelieferung erwartet werden dürfe.

Übrigens hatte Wilson bereits am 11. November 1918 in seiner Ansprache an den amerikanischen Kongress unzweideutig gesagt:

«Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben? Mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberreten und mit welcher Bürgschaft, dass ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt ein Grund für nicht geringe Sorgen und Befürchtungen.»

In einem Aufruf, den Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin unterzeichnet hatten, und der sich an die Proletarier aller Länder richtete, wurde Hilfe von den Kommunisten im Auslande gefordert:

«Die Zeit der leeren Manifeste, platonischen Resolutionen und tönenden Worte ist vorbei: die Stunde der Tat hat für die Internationale geschlagen. Wir fordern euch auf: Wählt überall Arbeiter- und Soldatenräte, die die politische Macht ergreifen, und die zusammen mit uns den Frieden herstellen werden. Nicht Lloyd

George und Poincaré, nicht Sonnino, Wilson, Erzberger und Scheidemann dürfen den Frieden schliessen. Unter dem wehenden Banner der sozialistischen Weltrevolution soll der Frieden geschlossen werden.»

Dieser Aufruf fand in den Siegerländern kein Echo. Dagegen haben die Sowjetrussen ihre Bemühungen, in Deutschland Einfluss zu gewinnen, nicht aufgegeben. Immer wieder versuchten sie, Zwietracht zwischen den Volksbeauftragten und den Unabhängigen zu säen. Dazu war auch Joffes Funkspruch bestimmt gewesen.

Über die Beziehungen zu Sowjetrussland hatte das Kabinett der Volksbeauftragten am 18. November 1918, in Anwesenheit von Solf und Karl Kautsky, eine eingehende Aussprache. Als Ergebnis wurde ein langes Telegramm nach Russland gesandt, in dem es u. a. hiess, dass von der Räteregierung ein Funkspruch an alle Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräte Deutschlands gerichtet worden sei, dessen Inhalt lautete:

«Soldaten und Matrosen, gebt die Waffen nicht aus der Hand, dann treiben euch die vereinigten Kapitalisten zu Paaren. Es gilt, mit den Waffen in der Hand wirklich die Macht überall zu übernehmen, eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebknecht an der Spitze zu bilden. Lasst euch keine Nationalversammlung aufschwätzen. Ihr wisst, wohin euch der Reichstag gebracht hat.»

Darauf antworteten die Volksbeauftragten:

«Die deutsche Volksregierung kann nicht umhin, in dieser Aufforderung an die Bevölkerung, eine bestimmte Regierung zu bilden, den Versuch einer Einwirkung auf die inneren Verhältnisse Deutschlands zu erblicken, der unter den gegebenen Umständen eine schwere Schädigung des deutschen Volkes zur Folge haben kann. Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Staaten und auch mit dem russischen in Frieden und guten Beziehungen zu leben. Sie muss aber verlangen, dass das Recht des deutschen Volkes auf eigene Bestimmung seiner inneren Angelegenheiten geachtet wird, und dass Einwirkungen hierauf von aussen unterbleiben. Die vorstehende Aufforderung zur Bildung einer Regierung auf anderer Grundlage und mit anderen Zielen als die der deutschen Volksregierung lässt ausserdem nicht erkennen, welche Stellung die russische Sowjetregierung der gegenwärtigen deutschen Regierung gegenüber einnimmt. Wenn die Sowjetregierung normale Beziehungen mit ihr unterhalten will, muss die deutsche Regierung darüber im Klaren sein, dass die russische Regierung sie anerkennt und nicht die Bildung einer anderen Regierung in Deutschland fördert.

Mit Rücksicht darauf hat die deutsche Volksregierung im Einverständnis mit dem Vollzugsrat des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen, die russische Regierung vor Wiedererrichtung der beiderseitigen diplomatischen Vertretungen um Folgendes zu ersuchen;

1. Um eine klare Anerkennung der gegenwärtigen deutschen Volksregierung und der Verpflichtung, sich aller Einwirkung auf die deutsche Bevölkerung zur Bildung einer anderen Regierung zu enthalten.
2. Um eine Klarstellung der bei der Absetzung der deutschen Generalkonsulate stattgehabten Vorgänge.

Hinsichtlich des Punktes 1 darf die deutsche Regierung einer entsprechenden Äusserung entgegensehen. Als Ausführung des Ersuchens in Punkt 2 erwartet sie, dass die deutschen Generalkonsulate nunmehr endlich ungehindert aus Russland abreisen und sich nach Deutschland begeben können, und bittet ferner, je ein Mitglied des deutschen Arbeiter- und Soldatenrats aus Moskau und Petersburg nach Deutschland ausreisen zu lassen, damit sie über die Einzelheiten des Zustandekommens ihrer Organisation Auskunft geben und alle sonstigen, ihre Stellung und Befugnisse betreffenden Fragen erörtern können.»

Die Generalkonsuln waren einfach in Moskau und Petersburg ihres Amtes enthoben worden, weil die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte dort ihre Absetzung beschlossen hatten, übrigens unter Beteiligung russischer amtlicher Stellen. Auf die Sowjetregierung, die sich immer noch einbildete, die Weltrevolution auf Deutschland übertragen zu können, machte dieses Telegramm keinen Eindruck. Sie unterstützte Spartakus nach wie vor. Am 17. Januar 1919 bekam sie dafür ein Telegramm, in dem erklärt wurde, dass gegen Russen, die in Deutschland aufrührerische Bewegungen unterstützten, auf das Schärfste vorgegangen würde.

In Anbetracht der feindseligen Haltung der russischen Regierung gegen die deutsche Regierung verzichtete die Mehrheit des Vollzugsrats auf die Aufrechterhaltung der Einladung der Russen zum Ersten Rätekongress. Dabei war die Einladung durch Funkspruch schon herausgegangen. Die russischen Arbeiter- und Soldatenräte hatten in einem Begrüssungstelegramm formell den Wunsch ausgesprochen, russische Delegierte zur Information über die deutsche Revolution an dem Ersten Rätekongress zuzulassen. Für Cohen-Reuss, mich und andere war es ganz selbstverständlich, dass sich diese Delegation in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht einzumischen hatte. Die russischen Sozialisten waren eingeladen und nicht die russische Regierung, mit der ja seit der Zeit vor der Revolution die diplomatischen Beziehungen unterbrochen waren. An eine Rückkehr Joffes war nur gedacht, falls sich die Russen verpflichten würden, jegliche bolschewistische Propaganda unter den Angehörigen der Ententestaaten zu unterlassen. Radek hatte Haase eines Tages mitgeteilt, dass die Russen geeignete Personen nach Deutschland schicken wollten, um unter den Angehörigen der Ententestaaten Stimmung für Russland zu machen. Haase lehnte dieses Ansinnen ab, weil er mit Recht fürchtete, dann mit der Entente in Konflikt zu kommen. Übrigens war die sogenannte grüne Grenze damals im Osten so weit auf, die Passkontrolle daher so unzulänglich, dass auch uneingeladen sich immer eine grosse Anzahl russischer Emissäre zum Studium der deutschen Revolution in Berlin und in den deutschen Indu-

striezentren aufhielten. Aus diesen Erfahrungen war Haase für äusserste Vorsicht in der Behandlung der Russen, lehnte aber ab, Deutschland in eine allgemeine antisowjetistische Front einzuspannen. Grundsatz blieb für ihn, dass für die Bekämpfung der russischen Bolschewisten kein Tropfen deutschen Blutes fliessen dürfe.

In der Reichskonferenz der Ministerpräsidenten stellte Ebert den versammelten Führern der deutschen Stämme den erschienenen Gesandten der «Republik Deutsch-Oesterreich», Professor Ludo Hartmann, vor, der als Gast den Verhandlungen beiwohnen wollte. Genosse Hartmann dankte für die freundliche Begrüssung und wollte seine Anwesenheit als Gast nicht als Präjudiz aufgefasst wissen. Er betrachte sich schon völlig als zu Deutschland gehörig. Ludo Hartmann, der über Oesterreichs Grenze hinaus sich einen Ruf als Historiker erworben hatte, war ein begeisterter Anhänger des Anschlusses Oesterreichs an das deutsche Mutterland. Aber bei der Anschlussfrage waren Hemmnisse vorhanden, die die Volksbeauftragten veranlassten, bei allem Gleichklang der Gesinnung sich zunächst zurückzuhalten. Noch wusste niemand, was die Sieger im Weltkrieg planten. Optimisten hofften immer noch auf einen Abschluss des Weltkrieges wie die napoleonischen Kriege hundert Jahre vorher mit einer Art «Wiener Kongress». Pessimisten sahen aber damals schon, dass das von den Siegerstaaten im Kriege proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker für den Frieden nur praktische Bedeutung bekommen würde, soweit das zu den machtpolitischen Plänen der siegreichen Entente passte. Man fürchtete in deutschen Kreisen, dass ein sofortiger Anschluss Oesterreichs an die deutsche Republik nachteilige Konsequenzen am Rhein zur Folge haben könnte. Das Wichtigste war aber zunächst, das Rheinland für Deutschland zu erhalten. Dieses von nationalen Überlegungen bestimmte Zögern der Volksbeauftragten fand nicht in allen Kreisen Oesterreichs gebührendes Verständnis. Genosse Otto Bauer, der Staatssekretär des Auswärtigen in der «Republik Deutsch Österreich», sandte an den Volksbeauftragten Haase bei Übernahme des Amtes am 15. November ein Telegramm, in dem es u.a. hiess:

«Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reichs einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensverhandlungen ins Einvernehmen zu setzen und diese Verhandlungen in engster Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schliesslich, auch unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich

die neuen slawischen nationalen Staaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperren, leiden wir bittere Not an Kohle und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutschen Arbeiterklassen sind überzeugt, dass die neue Regierung der deutschen Republik uns in diesen Stunden der Not beistehen wird.

Was wir brauchen, ist an zuständiger Stelle bekannt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluss dafür einzusetzen, dass wir die unentbehrliche Aushilfe an Kohle und Lebensmitteln rasch und schnell bekommen. Ich hoffe, dass die alten freundschaftlichen und parteigenössischen Beziehungen, die uns verbinden, es uns erleichtern werden, die engste und dauernde Verbindung zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich herzustellen.

Mit herzlichen Grüßen

Otto Bauer.»

Wenn auch Verhandlungen über die unmittelbare Vereinigung wegen der bei den Volksbeauftragten vorhandenen Bedenken damals nicht in Fluss kamen, so wurde Ludo Hartmann doch Gelegenheit gegeben, das Werden der deutschen Republik aus nächster Nähe mit zu erleben. An den Arbeiten des Verfassungsausschusses in Weimar nahm Hartmann später lebhaften Anteil. Zur gemeinsamen Behandlung der den Friedensschluss betreffenden Fragen waren die Volksbeauftragten bereit.

Die verarmte deutsche Republik suchte den österreichischen Brüdern auch in schwerster Zeit zu helfen, indem sie von den geringen Vorräten an Lebensmitteln und Kohlen nach Oesterreich beträchtliche Mengen abgab. Die Kohlen und Lebensmittel mussten über Salzburg gehen, weil bei der Durchfuhr durch die tschechoslowakische Republik die Gefahr der Beschlagnahme vorhanden war. So etwas kam übrigens auch in Bayern vor. Haase musste sich als Volksbeauftragter für die auswärtigen Angelegenheiten tatsächlich zehn Tage nach der Revolution telegraphisch an Eisner nach München wenden, damit in Zukunft für unsere österreichischen Brüder bestimmte Kohlensendungen nicht mehr von bayerischen Arbeiter- und Soldatenräten beschlagnahmt wurden, wie das von Wien aus beschwerdeführend gemeldet worden war.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten hatte im Übrigen ergeben, dass, von den Regierungen in Gotha und Braunschweig abgesehen, keine grundsätzlichen Gegner der Nationalversammlung vorhanden waren. Eisner nahm eine abwartende Stellung ein. Für ihn war die Nationalversammlung nicht die Grundlage, sondern die Krönung des Gebäudes. Baden, Hessen und Württemberg waren für baldige Einberufung. Baden war übrigens der Zusammensetzung seiner Regierung entsprechend auf der Konferenz durch den Sozialdemokraten Anton Geis

und durch den Demokraten Ludwig Haas vertreten. Gegen eine «überstürzte» Einberufung sprachen sich auch die Volksbeauftragten Haase und Barth aus. Im Übrigen sollte zunächst der erste Rätekongress stattfinden. Haase gab den Misstand zu, dass der Berliner Vollzugsrat für alle Arbeiter- und Soldatenräte sprechen könne. Leider habe der Vollzugsrat das Datum des ersten Rätekongresses erst auf den 16. Dezember festgesetzt.

Am Schlusse der Konferenz erstatteten die Staatssekretäre der wichtigsten Reichsämter Bericht über die innere Lage Deutschlands. Das Bild, das die Fachminister am Schlusse der Konferenz von Deutschlands Lage gaben, war trostlos:

Emanuel Wurm vom Reichsernährungsamt wies nochmals auf den Kohlenmangel, auf den Ausfall der Kriegsgefangenen bei der Ernteeinbringung und auf das eigenmächtige Vorgehen mancher Arbeiterräte hin, die den Verteilungsplan gestört hatten. In Westpreussen sei eine Kartoffelmissernte gewesen. In den Posener Überschussgebieten sei die Gefahr vorhanden, dass polnische Chauvinisten die Belieferung Deutschlands unterbinden würden. Der Schleichhandel sei in Blüte. Nur das Aufhören der Blockade und ein annehmbarer Vorfrieden könnten Rettung bringen, was beides wieder die Konsolidierung Deutschlands zur Voraussetzung haben müsste.

Koeth, der Demobilmachungskommissar, der kein Sozialist war, war in dieses schwierige Amt berufen worden, weil ihm der Ruf eines guten Organisers vorausging. Er schilderte die Schwierigkeiten der Umstellung der Kriegs- auf die Friedensindustrie. Die Versorgung der Kraftwerke und Gasanstalten mit Kohlen sei gefährdet. Wenn die Industrie auf neuer Grundlage in Gang gebracht werden sollte, so erfordere das Arbeit und nochmals Arbeit. Mit einer starken Resignation sagte dieser ethisch eingestellte Mann in seiner Schlussrede, dass er gerade in dieser Versammlung von Sozialisten erwartet hätte, dass mehr von brüderlicher Nächstenliebe gesprochen würde.

Schiffer (Schatzamt) wies darauf hin, dass zurzeit die Finanzgebarung der rechtlichen und gesetzlichen Grundlage entbehre und kündigte ein Finanzprogramm an, das sich gegen alle unsittliche Bereicherung wende, aber schon aus praktischen Gründen erst von der Nationalversammlung beschlossen werden müsse.

August Müller vom Reichswirtschaftsamt wies auf die Depotwanderungen von Norddeutschland nach Süddeutschland hin und warnte vor Eingriffen in die Kreditwirtschaft.

Die Darlegungen von Wurm, Koeth, Schiffer und August Müller verfehlten ihren Eindruck nicht. Eine Resolution, die im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und der ungestörten Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form als unbedingt erforderlich erachtete, wurde einstimmig angenommen:

«In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, dass jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.»

Die Gefahr des Zusammenbruchs der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft war damals ungeheuer gross. Es war ein Glück, dass damals ein Kenner der Finanzwissenschaft wie Eduard Bernstein sozialistischer Beigeordneter im Reichsschatzamt war. So wurden Reibungen verhindert, die leicht hätten eintreten können, wenn nach den Ratschlägen unreifer Leute der Versuch gemacht worden wäre, mit der Sozialisierung der Banken zu beginnen. Ein Land, das auf die Hilfe seiner siegreichen kapitalistisch orientierten Nachbarn unbedingt angewiesen war, wenn es für eine nicht zu kurz bemessene Übergangszeit überhaupt existieren wollte, wäre dem Zusammenbruch nicht entgangen, wenn es sich, ohne Besitz der notwendigen Existenzmittel für seine 65-Millionen-Bevölkerung, nach kommunistischem Muster selbstständig machen wollte. Deutschland fehlten damals Rohstoffe und Lebensmittel. Es hatte nur seine Arbeitskraft.

Ebert sagte damals in seinem Schlusswort auf der Konferenz der Ministerpräsidenten, dass Sozialismus Arbeit sei. Arbeit und Disziplin, darauf komme es an, wenn für die deutsche staatliche Neuordnung das ökonomische Fundament geschaffen werden sollte.

Das Ergebnis fasste er in die Sätze zusammen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volks willens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

X. Um das Heer der Republik

Welche Rolle die Soldaten bei der Bildung der Regierung der Volksbeauftragten am 10. November im Zirkus Busch gespielt haben, ist im Kapitel 4 geschildert. Die Revolution war in keiner Weise durch militärische Verbände vorbereitet worden. Am 9. November bildete sich im Kriegsministerium aus Sozialdemokraten und Demokraten ein «Soldatenrat», der von Ebert anerkannt wurde. Sein Abzeichen war die grossdeutsche schwarz-rot-goldene Binde. Das war also zu einer Zeit, wo

noch kein «Arbeiterrat» existierte. Zum Beigeordneten im Kriegsministerium war Paul Göhre bestellt worden, der sich einst mit seinem Buch «Drei Monate Fabrikarbeiter» die Sympathien der Arbeiterklasse erworben hatte und seit Jahren sächsischer Reichstagsabgeordneter war. Bereits am 9. November erschien ein Aufruf der Regierung an das Heimateer, der zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mahnte, weil nur so die ordnungsgemässe Zurückführung des Feldheeres, die Entlassung der Mannschaften, die Ernährung von Volk und Heer durchgeführt werden könnte. Der Bürgerkrieg müsse vermieden werden, «alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstpflicht unverändert weiterzuführen».

«Die Bildung von Soldatenräten und die Beteiligung dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen.»

«Ihre Hauptaufgabe ist, bei Einrichtung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das engste Einvernehmen zwischen Mannschaften und ihren Führern herzustellen.»

«Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder bei gemeinen Verbrechen oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.»

Der Aufruf war gezeichnet: Ebert, Reichskanzler, Scheuch, Kriegsminister, Göhre, Mitglied des Reichstags.

An der Spitze der ausführenden Militärgewalt für Berlin sollte der Aktionsausschuss der Gross-Berliner Truppen stehen. Der betreffende Befehl lautete:

«Die gewählten Vertreter aller Gross-Berliner Truppen haben einen Aktionsausschuss gebildet. Der Aktionsausschuss ist die Spitze der ausführenden Militärgewalt, die er, unabhängig von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten der Arbeiterräte und irgendwelchen Parteizwistigkeiten, solange ausübt, bis die einzuberufende Nationalversammlung andere Bestimmungen getroffen hat.

Der Aktionsausschuss hat sich der sozialistischen Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zur Verfügung gestellt; den Anordnungen desselben ist unbedingt Folge zu leisten. Der ständige Sitz des Ausschusses ist das Kriegsministerium, Leipziger Strasse.

Erste Befehlsausgabe für alle Truppen, Formationen und militärischen Behörden: Montag Vormittag 11 Uhr im Hofe des Kriegsministeriums. Der Aktionsausschuss der Gross-Berliner Truppen; Hans Coler, August Dibbern, Christ, K. Finzel, Richard Hebner, Curt Sugelt, Fritz Kretschmer, Brutus Molkenbuhr, Oskar Schäfer, Erich Schulz, Friedrich Trippe, Hugo Wels, Gerhard Wilken, Hans Wolf.

Berlin, den 10. November 1918. Der Reichskanzler Ebert.

Im Laufe des 9. November hatte sich dann ein zweiter «wilder» Soldatenrat gebildet, der sich an das Militär wandte und sagte:

«Wir arbeiten Hand in Hand mit den Arbeitern und ihrer Regierung. Ihr erhaltet in kurzer Zeit regelmässige Befehle.»

Unter den Unterzeichnern dieses Aufrufs finden wir die Namen von Beerfelde, Hans Paasche, Cohen, Gelberg, Bernhagen, Bergmann, Strobel, die dann in den Vollzugsrat kamen.

Nach Bildung der Regierung der Volksbeauftragten im Zirkus Busch erliessen die Volksbeauftragten folgende Bekanntmachung:

«Die Volksregierung ist von dem Wunsche beseelt, dass jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen In kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plan vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das Schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not muss die Folge sein.

Die Volksregierung erwartet von euch strenge Selbstzudit, um unermesslichen Schaden zu verhüten. – Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und Folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Bedingung.
2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimmen in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.
4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.
5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnen. Gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.
6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr und zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert, Flaase, Scheidemann,
Dittmann, Landsberg, Barth.»

Barth hat später behauptet, dass der Erlass gegen seine Stimme im Kabinett beschlossen worden sei. Wegen des Punktes 2 sind die Volksbeauftragten des Öfteren stark angegriffen worden. Sie konnten aber diese Formulierung, durch die bedeutsame Vorschriften des alten Heerwesens auf recht erhalten blieben, durch die damals waltenden Umstände begründen. Die Räumungsfristen waren vom Marschall Foch so kurz bemessen worden, dass viele Militärs daran zweifelten, ob in dieser Zeit die Räumung durchgeführt werden könnte. Jede Störung des Kommandos gefährdete den gesamten Rückmarsch und setzte deutsche Truppen der Gefangennahme aus.

Die Aufsicht über das Militärwesen hatte sich Ebert in der Regierung vorbehalten. Er blieb vom 9. November ab in ständiger Verbindung mit dem General Groener, der als Ludendorffs Nachfolger Generalquartiermeister geworden war. Ebert hielt auf diesen Schwaben, der 1914 als Chef des Militäreisenbahnwesens die Mobilmachung durchgeführt hatte, grosse Stücke. In der Literatur über die Novembertage ist des Öfteren von einem Pakt die Rede, den Ebert und Groener am 9. November geschlossen hätten. Der Entwurf eines solchen Paktes existiert nicht. Er war auch gar nicht notwendig, da Ebert und Groener in dem Hauptpunkte, dass Deutschland bald zu einem gesetzmässigen Zustand kommen müsse, wenn es Frieden haben wolle, einer Meinung waren. Die Fühlung zwischen dem Hauptquartier und den Volksbeauftragten war leicht aufrechtzuerhalten. Aus der Kriegszeit her bestand ein direkter Draht von der Obersten Heeresleitung zur Reichskanzlei, was freilich die Mitglieder des Vollzugsrats nicht wussten. Groener und Ebert konnten sich also verständigen, ohne dass ein spartakistischer Spitzel die Gespräche abhören konnte.

Die bereits eingehend geschilderten Differenzen zwischen Linksradikalen und Volksbeauftragten führten zur Gründung der republikanischen Soldatenwehr, wozu die Kommandantur am 17. November einen Aufruf erliess. Am 5. Dezember versammelte sich der «Bund aktiver Unteroffiziere und Kapitulanten» im Zirkus Busch, der dann eine Art freiwillige Regierungstruppe bildete und Ebert eine Huldigung darbrachte. Führer waren die Feldwebel Suppe und Machholz. Während des Huldigungszuges hatte Spartakus Handzettel verteilen lassen. Ohne Erfolg. Zweck der Bildung dieser Wehr war, die in den Kasernen vorhandenen besseren Elemente zu sammeln. Ihr Kommandeur wurde der Major Meyn, die Intendantur hatte Dr. Bongert. Diese Truppen sollten auf 10'000 Mann gebracht werden.

Gleichzeitig hatte der Legationsrat Walter Simon aus Mitteln der Reichskanzlei an Colin Ross im Dezember 1918 3'000 Mark gegeben, damit der Wachdienst in den Kasernen verschärft würde. Diese Wachtruppen kamen vor allem für den Schutz der öffentlichen Gebäude in Betracht.

Die Volksbeauftragten missbilligten diese Eigenmächtigkeit Simons einmütig und Simon hat sich dadurch bei den Linksradikalen in den Verdacht konterrevolutionärer Gesinnung gebracht. Dabei hat gerade er dem werdenden neuen Staat leidenschaftlich gedient.

In der Vollversammlung der Soldatenräte Gross-Berlins vom 11. Dezember hatte sich die Fünfeznerkommission gegen die Bildung einer freiwilligen Regierungstruppe von aktiven Unteroffizieren ausgesprochen. Das war fünf Tage vor dem ersten Rätekongress, also zu einer Zeit, in der die Soldatenräte der Berliner Garnison fürchteten, dass ihr angenehmes Leben nicht ewig dauern würde. Sie beschwerten sich über mangelhafte Vertretung ihrer Interessen im Vollzugsrat und konnten nur mit Mühe und Not daran gehindert werden, Brutus Molkenbuhr abzusagen, dem sie vorwarfen, die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats nicht genügend einexerziert zu haben. Die Fünfeznerkommission war der Ansicht, dass an Stelle Molkenbuhrs ein anderer Obmann gesetzt werden müsse, der über ein reifes Alter, reiche Lebenserfahrung, Tatkraft und hinreichenden Schwung verfüge, wenn – die Kameraden einen solchen Mann zur Verfügung hätten. Damit war der Fall allerdings zugunsten Molkenbuhrs entschieden.

Ab Anfang Dezember befassten sich die Volksbeauftragten mit der Schaffung einer Volkswehr, die zum Schutze der Regierung auf demokratischer Grundlage organisiert werden sollte. Sie gingen dabei von dem Erfahrungssatze aus, dass eine Regierung, die sich nicht auf Macht stützt, keine Regierung sei. Auf die Garnisonstruppen war verflucht wenig Verlass, wenn es sich um ernste Entscheidungen handelte. Bei drohenden Strassenkämpfen zeigten Polizei und Militär die bedrohliche Neigung, sich neutral zu erklären, um abzuwarten, wer oben bliebe. Trotzdem geht Anton Fischer in seiner Broschüre «Die Revolutionskommandantur in Berlin» sicher zu weit, wenn er sagt, «dass die Kasernen zum Brechen voll waren, wenn es zum Essen und Löhnungsempfang ging, aber leer, wenn von der Kommandantur einige Soldaten verlangt wurden. Männlein und Weiblein seien Tag und Nacht dort zu Hause gewesen usw. usw.»

Richtig ist, dass die besten Elemente unter den Soldaten so schnell als möglich nach Hause wollten, um im frisch anzukurbelnden Produktionsprozess Arbeit zu finden. Sie wollten so kurz wie möglich in den Kasernen verbleiben.

Nach Eberts Idee sollte diese Volkswehr auf Grund freiwilliger Meldungen gebildet werden. Die Mannschaften sollten ihre Führer selbst wählen und für den Erlass von Disziplinarvorschriften, für Urlaubserteilung, für Absetzung der Führer selbst zuständig sein. Sie sollten durch Handschlag zum Gehorsam gegen die selbstgewählten Führer, gegen die deutsche Republik und ihre Regierung verpflichtet werden. Ebert glaubte, dass sich eine genügend grosse Anzahl von gesunden

und unbescholtenen Leuten nicht unter 25 Jahren zur Erfüllung dieser Aufgabe finden würde. Diese Truppe sollte auf die Korpsbezirke verteilt werden und insbesondere die Aufgabe haben, die grossen Lagerbestände aus der Kriegszeit zu sichern. Als Sold waren 200 bis 300 Mark monatlich gedacht und für die Führer Zuschläge von 25 bis 100 Mark. Die Volksbeauftragten stimmten diesem Plan Eberts zu. Der Kriegsminister sollte einen geeigneten Offizier bestimmen und dieser einen Plan für die Aufstellung solcher Freiwilligenformationen entwerfen. Es sollten vorläufig 11'000 Mann gesucht werden. Der Kriegsminister Scheuch äusserte gegen die Wahl der Offiziere durch die Truppen schwere Bedenken. Soldie Wahl sei nur bei Freischärlern üblich. Ferner trat der Kriegsminister für die Aufrechterhaltung der Grusspflicht im Interesse der Disziplin ein. Der Kriegsminister Scheuch hatte übrigens schon vor dem Ersten Rätekongress am 15. Dezember sein Entlassungsgesuch eingereicht. Ebert bat ihn zu bleiben, bis ein Nachfolger gefunden sei. Er dachte dabei an den Obersten Reinhard. Haase befürwortete die Ernennung des 33jährigen Hauptmanns Bölcke, eines Bruders des bekannten Kampffliegers, der schon vor dem militärischen Zusammenbruch innerlich auf dem Boden der neuen Ordnung gestanden habe. Haase gab für Bölcke die Erklärung ab, dass er im Falle der Ernennung annehmen würde und dass mit ihm die sieben Hamburger Punkte, die der erste Rätekongress beschlossen hatte, durchzuführen seien. Ausser Haase trat auch Dittmann für Bölcke ein. Barth verlangte, dass nicht nur das Auswärtige Amt, sondern auch das Kriegsministerium von einem Sozialisten geführt würde, weil die sozialistische Regierung sonst in der Luft schwebe. Da ein Teil der Volksbeauftragten Bölcke gar nicht kannte, sollte Gelegenheit gegeben werden, ihn kennenzulernen.

Der Kriegsminister Scheuch hat sein am 15. Dezember 1918 eingereichtes Entlassungsgesuch u.a. mit den fortgesetzten Angriffen auf das Offizierskorps begründet. Er schrieb dazu u.a.: «Dagegen sind meine unablässigen Bemühungen, das Misstrauen gegen das Kriegsministerium, das Misstrauen und den Hass gegen das ganze dienstbereite Offizierskorps zu mindern, erfolglos geblieben. Dies Misstrauen und dieser seit den ersten Tagen der Revolution durch Verbreitung unwahrer Tatsachen geweckte und genährte Hass werden unablässig und in einem unerhörten Übermass weitergeschürt. Dieser Hass richtet sich gegen einen Berufsstand, der mit einem Verlust an Toten von 59,2 Proz. heimkehrt gegenüber einem Mannschaftsverlust von 19 Proz. Ich führe das nicht an, um zu vergleichen, sondern um zu zeigen, mit welchem glänzenden Beispiel diese Männer ihrer Mannschaft vorangegangen sind. Ereignisse der allerletzten Zeit, die ich der Reichsregierung unterbreite

habe: der die Offiziere in dem neuen Staat entrechtende, des passiven Wahlrechts zu den Soldatenräten beraubende Beschluss des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats, die widerrechtliche Festnahme und fünf Tage lang unter entwürdigender Behandlung aufrechterhaltene Haft eines mir unmittelbar unterstellten, völlig schuldlosen Offiziers, die gegen die Offiziere der in Berlin einziehenden Truppen gerichtete Flugblatthetze des Vollzugsrates, die bei den in ihre Kasernen zurückgekehrten Truppen durch Soldatenräte betriebene Beseitigung der Offiziere, die Unmöglichkeit der von mir verfügten Ernennung des Kommandanten von Potsdam beim dortigen Vorsitzenden des Soldatenrats Geltung zu verschaffen, und noch viele Geschehnisse gleicher Prägung lassen mich erkennen, dass mein ganzes Mühen fruchtlos bleibt, und dass mein Bestreben, Ordnung im Heere wieder herzustellen, bei den mir geleisteten Widerständen zu dem in Übereinstimmung mit der Regierung verfolgten Ziel nicht führen kann. Man stösst die ehrlich und in nicht wankender Vaterlandsliebe angebotene Hilfe zurück, ohne zu bedenken, dass nur die Mitwirkung der im Kampf gestählten und mit ihrer Mannschaft in vier Kriegsjahren zusammengeschweissten Offiziere der Truppe jenes Gefüge erhalten kann, ohne weldie an die dem Land von der Regierung verheissene Ruhe, Freiheit und Ordnung nicht zu denken ist. Ich halte es für meine Pflicht, diese der Vernichtung entgegenführenden Schäden in tiefstem Ernst zum Ausdruck zu bringen.»

Persönliche Differenzen hatte der Kriegsminister weder mit den Volksbeauftragten noch mit dem Unterstaatssekretär Göhre gehabt. Aber er wollte auf ein Amt verzichten, in dem es ihm auch trotz der Gegenzeichnung der Befehle durch Göhre nicht möglich war, bis zu den unteren Stellen durchzudringen.

Den Beschwerden von Scheuch lag folgender Tatbestand zugrunde: In der Tagung der Gross-Berliner Soldatenräte vom 5. Dezember war nach einer Debatte, in der einige Soldatenräte die Offiziere schlechthin als eine Gefahr für die Revolution bezeichnet hatten, in der Abstimmung den Offizieren das aktive Wahlrecht einstimmig zugebilligt, das passive aber mit grosser Mehrheit versagt worden. Darauf legte ein Offizier sein Amt nieder, ein anderer Redner erklärte: «Wie kann man Offizieren, die mit euch im Dreck gekämpft haben, die Rechte verweigern?» Trotzdem blieb es bei der Aberkennung der Wählbarkeit.

Das Misstrauen richtete sich übrigens nicht nur gegen Offiziere, sondern auch gegen Aussenseiter, die durch die Revolution auf militärische Posten gekommen waren. Am 15. November hatte Otto Wels den aus dem Lazarett entlassenen Anton Fischer, der im Heimatdienst bei der Landwehrinspektion Berlin Adjutant war, in die Kommandantur genommen. Dieser war früher Franziskanermönch gewesen, dann Gymnasiallehrer geworden und im Kriege zur Front gekommen. Er gehörte zu den Leuten, die sich nicht leicht verblüffen liessen. Barth verlangte

am 11. Dezember von den Volksbeauftragten die Absetzung Fischers, weil auch er in Putschaffären verwickelt sein sollte. Ebert weigerte sich, auf vage Verdachtsmomente hin, dem stattzugeben. Und was stellte sich heraus? Am 9. Dezember abends waren Eichhorn und ein Matrosenführer um 10 Uhr auf der Kommandantur erschienen und hatten behauptet, dass die Gegenrevolution im Anmarsch wäre. Im Grunewald sei ein Jägerbataillon aufgestellt, das einen Angriff auf Berlin plane. Der Angriff erfolgte nicht. Ferner sollten die Mariendorf er Husaren unruhig sein. Es wurde ermittelt, dass die Unruhe der Husaren auf die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln zurückzuführen gewesen war. Ausserhalb Charlottenburgs sollte bereits ein Artilleriegefecht im Gange sein. Davon war nichts richtig. Gespenster trieben wieder einmal ihr Unwesen. Eichhorn aber liess den Telephon- und den Telegraphenverkehr sperren, drohte mit dem Aufmarsch der Matrosen und legte Pläne darüber vor, wie er mit Dörrenbach und Spiro die Zugänge von Berlin gegen die anmarschierende Gegenrevolution verteidigen wollte. Fischer protestierte gegen diese Massnahmen, zu denen der Polizeipräsident nicht berechtigt war. Als sich beim Morgengrauen ergab, dass alles auf haltlosen Berichten beruhte, wurde um 7 Uhr morgens der Telephon- und Telegraphenverkehr wieder freigegeben.

An den Vorbereitungen der Zwischenfälle des 5. Dezember sollte u.a. auch der Graf Metternich beteiligt gewesen sein, ein Neffe des vormaligen ausgezeichneten Botschafters in London. Der 31jährige Kürassieroberleutnant war eine faszinierende Persönlichkeit. Er hatte nach der Revolution zunächst den Auftrag übernommen, eine Sicherheitstruppe zum Schutze der öffentlichen Gebäude zu bilden. Er fand dann Anschluss an die Volksmarinedivision. Im Kampf um Schloss und Marstall lehnte er es aber ab, Matrosenkommandant zu werden, da er als Graf befürchtete, Misstrauen zu wecken. Die Matrosen, die nach Zuzug von 700 Mann aus Cuxhaven zeitweilig auf 3'000 Mann angewachsen waren, sollten die öffentlichen Gebäude sichern. Am 14. November wählte die Matrosendivision Tost, den Führer der Cuxhavener, zum Kommandanten und übertrug dem Grafen Metternich den Verkehr mit den Behörden. Dieser hatte vor Beginn der Revolution in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes gearbeitet. Als Tost am 23. November in den 53er Ausschuss der Marine gewählt worden war, wurde Metternich doch zum Kommandanten der Matrosen gewählt. Als solcher gab er sich Mühe, Ordnung in die Truppe zu bringen und vor allem

zu verhindern, dass im Schlosse weiter gestohlen wurde. Das gelang ihm nicht ganz.

Graf Metternich wohnte in dieser Zeit nicht im Schlosse, sondern im Hotel Adlon. Die Echtheit seiner Gesinnung kam von Neuem in Verdacht, als bekannt geworden war, dass der vormalige preussische Kronprinz, ehe er nach Wieringen ging, als Gast in Metternichs holländischem Schloss gewohnt hatte. Metternich sollte darauf seinen Abschied nehmen. Aber die Matrosen, die nun einmal zu ihm Vertrauen hatten, baten ihn, zu bleiben, trotzdem Richard Müller vom Vollzugsrat ihn im Verhör gehabt hatte. Jedenfalls war Metternich Mitwisser jenes Planes gewesen, nach dem am 6. Dezember die Soldatenzüge Ebert gehuldigt hatten und dessen Anreger wohl der Hauptmann Coler gewesen ist. Metternich beteuerte, dass bei dieser Unternehmung an irgendwelche gegenrevolutionären Ziele nicht gedacht worden sei. Aber um nicht immer wieder von neuem Misstrauen ausgesetzt zu sein, legte der Graf am 7. Dezember das Kommando nieder und verliess Berlin. Sein Nachfolger wurde Radtke.

Die Nervosität der Berliner linksradikalen Kreise wurde umso grösser, je mehr Truppen des Feldheeres in Berlin einrückten, um hier entlassen zu werden. Als Ebert am 9. November diese Truppen auf die junge deutsche Republik und auf ihre provisorische Regierung vereidigte, erhoben die Linksradikalen Vorwürfe, weil die Vereidigung nicht auf die Verfassung der sozialistischen Republik erfolgt war. Eine solche Verfassung bestand aber noch gar nicht. Übrigens musste damals schon gegen einen Hauptmann vorgegangen werden, der nur bereit war, der gegenwärtigen Regierung die Treue zu halten, nicht aber der Republik.

Die Vereidigung der Truppen sollte möglichst in den Vororten, also vor dem Einzug in Berlin erfolgen. Ihren Einzug wollten die Truppen haben. Ebert begrüßte am Steglitzer Rathaus das Korps Lequis mit einer Rede, deren Leitsatz war: «Friede, Freiheit, Ordnung! Das werden die Sterne sein, denen wir folgen werden.» Am 10. Dezember erinnerte Ebert die Truppen daran, dass sie erhobenen Hauptes zurückkehren könnten: Nie hätten Menschen Grösseres geleistet. Die neue Freiheit sei erstanden. Die alte Herrschaft habe wie ein Fluch auf unseren Taten gelegen. Arbeit sei die Religion des Sozialismus.

Am 11. Dezember erklärte Haase in einer Rede den einziehenden Truppen, dass die rote Fahne das Symbol der Menschenverbrüderung sei, zu der sich die sozialistische Republik bekenne. Auch Scheidemann und Wels hielten Ansprachen an die nun täglich einziehenden Truppen-

körper, die der Aufmunterung bedurften, weil sie vielfach eine gedrückte Stimmung zeigten. Der Vollzugsrat war bei dem Einzug der Truppen durch seine soldatischen Mitglieder vertreten. Ferner liess er Flugblätter unter die ankommenden Soldaten verteilen, in denen besonders der Gegensatz zwischen Offizieren und Mannschaften aufgezeigt wurde. So hiess es in dem Flugblatt an die Kameraden, auf das der Kriegsminister Scheuch hin wies, u.a.:

«Ihr habt draussen in Trommelfeuer und Schlachtenlärm den Gang der politischen Ereignisse nicht verfolgen können. Ihr standet bis zum letzten läge unter dem Einfluss Eurer Offiziere. Mag auch mancher menschlich fühlende Mann unter den Offizieren sein, so gehören sie doch alle einer Gesellschaftsschicht an, der das Fühlen und Denken der einfachen Arbeiter und Soldaten fremd ist. Die Offiziere sind in ihrer überwiegenden Mehrheit ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung nach keine begeisterten Anhänger der sozialistischen Revolution. Man hat versucht, Euch mit allerlei Schauermythen über Anarchie und Diktatur zu verhetzen und gegen die revolutionären Kräfte in Deutschland und besonders in Berlin aufzubringen.

Sorgt für den Ausbau der Soldatenräte in Euren Reihen und macht Euch frei von dem moralischen Einfluss der Offizierskaste.»

Den Soldaten wurde gesagt, dass sie nun nicht mehr «Skaven des Militarismus» seien, und dass sie die Revolution vor dem fünften Kriegswinter bewahrt hätte, den unerbittliche Eroberungslust ihnen aufzuerlegen bereit war.

Diese Flugblätter verfehlten ihre Wirkung nicht. Für alle, die im Kriege ungerecht behandelt worden waren, war diese Sprache ein Labsal.

Im Reichsausschuss des Vollzugsrats ritt der Bayer Haedrich am 3. Dezember eine Attacke gegen die Offiziere; das Tragen der Achselstücke müsse durch Vollzugsratsbeschluss verboten werden.

Lemke bemerkte dazu, dass auch die freigewählten Offiziere irgendein Abzeichen tragen müssten. Bergmann betonte, dass die Ostfront nicht so arbeiten könne wie der 53er Marinerat. Der Abtransport der Truppen sei schwierig. Soeben komme die Nachricht vom Zusammenbruch der 8. Armee. Wer da helfen wolle, müsse ein genialer Mensch sein. Hindenburg habe seine Fähigkeiten bewiesen.

Ich erinnerte in der Debatte daran, dass es auch Soldaten gegeben habe, die empört waren, als man den Offizieren die Abzeichen abriess. So lange die Demobilisierung im Gang sei, wäre ein Beschluss über die Abzeichen schwerlich einheitlich durchzuführen. Was die von Däumig in einem Antrag verlangte Absetzung von Hindenburg, Sixt von Armin und Mackensen angehe, so sollten wir uns hüten, den allgemeinen Wirrwarr dadurch noch zu steigern. Beide Teile des Heeres würden dadurch nur aufgeputscht. Ich glaubte nicht, dass ein Appell an die Mannschaften zurzeit mehr wirken könnte als die Kommandogewalt der Führer. Wir sollten beides anwenden: Appell an die Mannschaften und Beibehaltung der Führer, trotzdem

Hindenburg sicher immer konservativ und voll Gottvertrauen gewesen sei.

Die Tage der Führer seien doch so wie so gezählt.

Rusch verlangte, dass die Oberste Heeresleitung nach Berlin verlegt würde. Füge sie sich dem nicht, so sei das ein Beweis dafür, dass sie konterrevolutionär wäre. In der Abzeichenfrage müsste eine Vorlage gemacht werden.

Paasche meinte, dass die Generalsfrage aus der Stimmung der Revolution heraus verstanden werden müsse. Mit der Unersetzlichkeit und Gottähnlichkeit der Herren Hindenburg usw. sei es so wie so vorbei. Der Apparat, dem Hindenburg vorstehe, funktioniere, und Hindenburg könne aus seiner Stellung ruhig verschwinden, ohne den Abtransport ins Stocken zu bringen. Wie eines Tages Ludendorff gegangen worden wäre, so könne auch Hindenburg gehen, damit diese Leute fühlen, dass die Zeit des Militarismus vorüber sei. Hindenburg erliesse Kundgebungen, die den reaktionären Offizieren den Rücken stärkten.

Die Debatte wurde am 4. Dezember fortgesetzt.

Bergmann verteidigte die Schaffung der Eisernen Division im Osten, deren Gründung vom Soldatenrat angeordnet, und die keineswegs gegenrevolutionär sei. Ihr Zweck sei, u.a. bei Auseinanderfallen von I ruppenteilen die Bahnlinien zu sichern. Was den Einzug der Truppen, angehe, so wisse jeder, der an der Front war, dass es die Jahre hindurch die Sehnsucht der Truppen war, in die Hauptstadt einzuziehen. Zögen sie auch nicht als Sieger ein, so sei doch die Zumutung, vorher die Waffen abzugeben, eine derartige, dass der Versuch der Durchführung zu schweren Konflikten führen müsse. Freiwillig würden die Truppen die Waffen nicht abgeben. Würden die Soldaten misstrauisch, so würden sie umso leichter eine Beute der uns feindlichen Agitation werden.

Ich stimmte diesen Ausführungen Bergmanns zu: Die Truppen würden die erzwungene Ablieferung der Waffen mit Misstrauen betrachten. Der Versuch, sie vor dem Einzug wegzunehmen, würde das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung haben. Wer solle übrigens den Truppen die Waffen abnehmen?

Haedrich-Bayern bestritt, dass die Truppen eine solche Sehnsucht nach dem Einzug hätten. Man solle beim nächsten Transport den Versuch machen, die Truppen schon vor Berlin zu entwaffnen. Gelingen das nicht, dann könne man es bei den folgenden Truppen in der Garnison versuchen.

Ledebour: Experimente können wir jetzt nicht machen. Misslingt der Versuch, so wird er bekannt, und wir sind blamiert.

Lemke machte den Vorschlag, die Abgabe der Waffen zu einer Feierlichkeit zu gestalten. Den Soldaten könne zuvor durch Flugblätter gesagt werden, dass das neue Regime keine Waffen brauche, sondern friedliche Arbeit: «Ihr werdet deshalb nach Eurem Einzug in die Heimat die Waffen abgeben.»

Es wurde beschlossen, ein solches Flugblatt zu schreiben. Die Ausgestaltung der Feierlichkeit sollte dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat übertragen werden

Dadurch, dass der Vollzugsrat nach dem Ersten Rätekongress verschwand, wurde weder das Flugblatt geschrieben, noch eine feierliche Waffenabgabe veranstaltet.

Am Schluss der Sitzung des Reichsausschusses vom 5. Dezember wurde dann über die Absetzung der Generale weiterverhandelt. Der der Debatte zugrunde liegende Antrag Däumig hatte in seinem ersten Teile im Auswärtigen Amt die Absetzung von Solf und Dr. David verlangt.

In seinem zweiten Teil sagte der Antrag:

«Mit Rücksicht darauf, dass verschiedene Heerführer in feindseliger Weise gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgegangen sind und bewusst oder unbewusst gegenrevolutionären Machenschaften Vorschub leisten, mit Rücksicht ferner darauf, dass die Beibehaltung von Heerführern, die fortgesetzt für die Verlängerung des Krieges bis zum endgültigen Siege eingetreten sind, die Friedensbestrebungen nur erschweren und hinausschieben kann, ersucht der Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte den Rat der Volksbeauftragten, dass die Generäle Hindenburg, Mackensen, Sixt von Armin, von Böhme, von Ehrhardt u.a. ihres Kommandos enthoben werden.

Durch einen systematischen Abbau des Systems der Soldatenräte und durch einen Appell an die Selbstdisziplin der heimkehrenden Truppen ist der ordnungsmässige Demobilisierungsprozess des Heeres besser gewährleistet als durch die Beibehaltung von Generälen des alten Systems, die der revolutionären Neuordnung Abneigung, passive Resistenz oder sogar offenen Widerstand entgegensetzen.»

In der Debatte forderte Cohen-Reuss zunächst, dass so wichtige Beschlüsse nicht gefasst werden dürften, ohne die Regierung zu hören. Übrigens sei der Volksbeauftragte Barth nach Ems gefahren. Man solle seine Rückkehr abwarten. Die Beratung des Antrages wurde darauf zurückgestellt.

Tatsächlich hatten Übergriffe von Offizieren der zurückgeführten Feldtruppen zu Konflikten geführt. Es waren u.a. Befehle gegen das Tragen roter Fähnchen und roter Abzeichen erlassen worden. Rote Fahnen hatten gelegentlich Offiziere herunterholen lassen, weil sie aus der Friedenszeit her noch den Rotkoller hatten. Diese Offiziere waren über die Vorgänge in der Heimat nicht genügend orientiert. Wenn sie gewusst hätten, dass auf dem Schloss Glienicke, das dem Sohne des Prinzen Friedrich Karl gehörte, am 9. November schon die rote Fahne auf gezogen gewesen war, hätten sie vor der roten Fahne mehr Achtung gehabt.

Zum Schutz der roten Fahnen wurde im Kabinett am 2. Dezember folgender Beschluss gefasst:

«Rote Fahnen und Abzeichen sind das Symbol der deutschen Republik, wie das aus dem Beflaggen der Amtsgebäude hervorgeht. Jedes Vorgehen gegen die roten Fahnen und Abzeichen ist deshalb verboten.»

Dieser Beschluss hatte nur moralische Bedeutung. Mit Gesetzeskraft wurde er nicht erlassen. Dem Verbot fehlten die Strafbestimmungen. Das führte gelegentlich zur Selbsthilfe.

Aus Potsdam, Aachen, Detmold, Lennep, Kreuznach, Krefeld usw. lagen Meldungen über das Herunterholen roter Fahnen durch Offiziere oder auf Befehl von Offizieren vor. Aus Kassel wurde mitgeteilt, dass ein Offizier, der eine rote Fahne entfernen wollte, von einer Wache, die keinen Spass verstand, erschossen wurde. Aus Paderborn, dass General v. Mudra der 17. Armee das Tragen roter Fahnen strengstens untersagt habe. In Essen entstand eine Schiesserei, weil ein Offizier vom Hauptpostamt und vom Bahnhofsgebäude rote Fahnen entfernen wollte. In Brandenburg an der Havel hatten einrückende Truppen eine rote Fahne heruntergeholt. Sie wurde aber mit militärischen Ehren wieder gehisst. In Wilhelmshaven wurde ein Leutnant, der eine rote Fahne heruntergerissen hatte, von den Mannschaften mit der Waffe bedroht. Er wurde wegen Vergehens gegen die §§ 110, 113, 141 und 142 des Strafgesetzbuches mit 7 Monaten 2 Wochen Gefängnis bestraft.

Als General Groener wegen einiger solcher Fälle interpelliert wurde, erklärte er, dass sie an Zahl gering seien, wenn man bedenke, dass Millionen deutscher Soldaten jetzt demobilisiert würden. Er wundere sich, dass sich nicht noch mehr Fälle ähnlicher Art ereigneten. Jedenfalls bemühte sich General Groener, Reibungen beim Transport zu vermeiden. Die Oberste Heeresleitung hatte aber nicht jeden Offizier ganz in der Hand.

Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder hatte Ebert festgestellt, dass sich die Oberste Heeresleitung loyal auf den Boden der Republik gestellt und diese anerkannt habe. Um eine bessere Verbindung herzustellen, wurde am 20. November der Reichstagsabgeordnete Giebel als Vertreter der Reichsregierung bei der Obersten Heeresleitung bestellt. Er sollte in Wilhelmshöhe bei Kassel, wohin die Oberste Heeresleitung am 14. November übersiedelt war, darauf achten, dass die Oberste Heeresleitung keine politischen Angelegenheiten ohne Zustimmung des Kabinetts erledigte.

Giebel sprach auch am 1. Dezember auf dem Emser Frontsoldatentag, auf dem 326 Delegierte 220 Divisionen vertraten und auf dem auch Brutus Molkenbuhr und Emil Barth anwesend waren. Der Emser Tag zeigte, dass die Frontsoldaten für die Republik und die Regierung der Volksbeauftragten waren. Nur gegen die Forderung der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe machten sich einzelne Stimmen geltend.

Feldmarschall von Hindenburg war nach Verlegung der Obersten Heeresleitung nach Kassel vom Soldatenrat durch folgende Bekanntmachung begrüsst worden:

«Mithbürger und Soldaten! Heute trifft der Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit Offizieren und Mannschaften des Grossen Hauptquartiers in Kassel ein, um von Wilhelmshöhe aus die Demobilisation unserer Truppen zu leiten. Hindenburg gehört dem deutschen Volke und dem deutschen Heere. Er hat sein Heer zu glänzenden Siegen geführt und sein Volk in schwerer Stunde nicht verlassen. Nie hat Hindenburg in der Grösse seiner Pflichterfüllung uns nähergestanden als heute. Seine Person steht unter unserem Schutz. Wir wissen, dass die bürgerliche und soldatische Bevölkerung Kassels ihm nur Gefühle der Verehrung und Hochachtung entgegenbringen wird, und dass er vor jeder Belästigung sicher ist. Der Generalfeldmarschall trägt Waffen, ebenso die Offiziere und Soldaten des Grossen Hauptquartiers, wenn sie ihn begleiten.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat: Grzesinski.»

Im Kabinett stellte Barth die Absetzung Hindenburgs erneut zur Debatte. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Entfernung Hindenburgs die beste Widerlegung der ententistischen Legende vom Fortbestehen des preussischen Militarismus wäre.

Ebert wehrte sich dagegen: Hindenburg und Groener hätten auf Ehrenwort versichert, hinter der neuen Regierung zu stehen. Es bestünde kein Grund, an ihrem Wort zu zweifeln und an ihren Stellungen zu rütteln. Gerade wegen der Schwierigkeiten der Demobilmachung sei es erforderlich, alle Erschütterungen vom Eleere fernzuhalten.

Eine starke Spannung erhielt das Verhältnis zwischen Volksbeauftragten und Oberster Heeresleitung erst durch die Beschlüsse des Ersten Rätekongresses über das Heerwesen. Um die militärischen Angelegenheiten im Zusammenhang behandeln zu können, will ich auf diese jetzt schon eingehen. Auf dem Ersten Rätekongress hatte der Hamburger Delegierte L a m p l sieben Punkte über das Heerwesen aufgestellt, die auch die Zustimmung der Berliner Soldatenvertreter gefunden hatten. Sie lauteten, nachdem sie durch die Kommissionsberatung geringfügige Abänderungen erfahren hatten, in ihrer auf dem Kongress nahezu einstimmig angenommenen Fassung wie folgt:

«1. Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. In den Garnisonen wird die militärische Kommandogewalt im ständigen Einvernehmen mit der obersten Kommandogewalt von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten ausgeübt. Militärische Angelegenheiten, die allen Garnisonen gemeinsam sind, werden von den Trägern der obersten Kommandogewalt im Verein mit einem Delegiertenrat der Garnison erledigt.

2. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und das Verbot des ausserdienstlichen Waffentragens angeordnet.

3. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Führern im Dienste den zur Durchführung der Ziele der so-

zialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen.

Vorgesetzte ausser Dienst gibt es nicht mehr.

4. Entfernung der bisherigen Achselstücke, Unteroffizierstressen usw. Kokarden, Achselklappen und Seitengewehre ist ausschliesslich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Der Kongress verlangt Abschaffung aller Orden und Ehrenzeichen und des Adels.

5. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen der Mehrheit ihres Truppenteils geniessen, dürfen wiedergewählt werden.

6. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange können im Interesse der Demobilisation in ihren Stellungen belassen werden, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen.

7. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.»

Über Lamp1s achten Punkt:

«Vorstehende Sätze sind Richtlinien. Die endgültigen Ausführungsbestimmungen werden von den sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats und im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Heer und Marine festgesetzt.»

wurde auf dem Kongress nicht abgestimmt. Die ursprüngliche Formulierung Lamp1s in Punkt 1 hatte nur den ersten Satz enthalten, das Weitere, die Kommandogewalt in den Garnisonen betreffend, war auf Antrag der Unabhängigen in der Kommissionsberatung beschlossen worden.

Hindenburg sandte darauf an die Armeeoberkommandos ein Telegramm, das die Hamburger Punkte für das Feldheer nicht anerkannte. Das Telegramm lautete:

«Ich erkenne die von dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gefasste Resolution, betreffend Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, dass eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung, nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ebert und erwartet von dieser Regierung, dass sie die von ihr gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als massgebend anerkennt, und dass es dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun. ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.»

In einem zweiten Telegramm war gesagt worden, dass das Telegramm nicht zur Veröffentlichung bestimmt sei.

Mit dem Ersten Rätekongress hatte der Vollzugsrat abgedankt. Der auf dem Kongress gewählte Zentralrat, der nur aus Mehrheitssozialisten bestand, war zum 20. Dezember zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Volksbeauftragten einberufen worden. Ebert teilte zur Begründung mit, dass über die sieben Punkte sofort eine Aussprache nötig sei, denn Heeres- und Marineleitung behaupteten, im Rahmen der sieben Punkte die Demobilmachung nicht ordnungsgemäss zu Ende führen zu können. Die Offiziere des Feldbahnwesens vertraten besonders diesen Standpunkt. Die der Waffenstillstandskommission zugeteilten Offiziere drohten mit dem Rücktritt.

In dieser Sitzung schilderte General Groener die Schwierigkeiten der Demobilmachung:

Im Osten sei eine Armee völlig aufgelöst. Nur wenn im Osten die Mannschaften ihren Führern folgten, käme der letzte Mann auch aus der Ukraine nach Hause. Man möge das Band zwischen Offizieren und Mannschaften nicht zerreißen. Führer liessen sich gegenwärtig nicht wählen. Durch solche Massnahmen würde eine allgemeine Desorganisation eintreten, jeder Mann würde sich auf die Bahn stürzen, um so schnell wie möglich nach Hause zu kommen. Wenn der Beschluss auf Abschaffung der Abzeichen auch menschlich verständlich sei, so würde er doch im Offizierskorps des Feldheeres einen Sturm der Entrüstung auslösen. Das sei begreiflich. Auf Wunsch des Feldmarschalls v. Hindenburg hätten sich die Offiziere bisher der Regierung zur Verfügung gestellt «Wenn wir gehen – denn ich lasse mir die Achselstücke nicht wegnehmen –, dann kommt der völlige Zusammenbruch. Ich kann diejenigen verstehen, die den Beschluss gefasst haben, aber seine Ausführung würde wie eine Katastrophe wirken. Auch Sowjetrußland hat in seinem Heer Drill eingeführt und sein Heer hat keine selbstgewählten Offiziere. Die Art, wie die deutsche Armee im Westen die schwierigen Räumungsbedingungen erfüllt hat, erregt die Bewunderung amerikanischer Offiziere. Ich bin durchaus der Überzeugung, dass mit unserem alten Heeressystem gebrochen und ein neues aufgebaut werden muss. Besonders die Offiziere müssen aus den Massen hervorgehen. Zu all dem können wir aber erst kommen, wenn wieder mehr Ruhe und Ordnung herrscht. Noch weiss niemand, ob und welche Vorschriften uns die Entente über unser Heeressystem machen wird. Über Orden und Ehrenzeichen denke ich selbst sehr freimütig Ich habe nie grossen Wert auf sie gelegt Wenn Sie aber den Frontkämpfern das Anlegen der Kriegssorden verbieten wollen, bringen Sie nur unnötige Unruhe ins Volk.»

Die freimütigen Ausführungen des Generals Groener, die von Edler v. Mann für die Marine und von Ebert warm unterstützt wurden, machten auf den Zentralrat einen starken Eindruck.

Grzesinski wies darauf hin, dass der Kongressbeschluss auf Grund der vielen Beschwerden der Soldaten über ihre Offiziere zustande gekommen sei. Wie sollten diese Beschwerden abgestellt werden? Es habe niemand daran gedacht, die Oberste Heeresleitung neu wählen zu lassen.

Scheidemann erkannte die Undurchführbarkeit der Beschlüsse für das Feldheer an. Alle Offiziere hätten darunter zu leiden, dass ein Prozentsatz der Offiziere sich gegen die Soldaten ungehörig benommen habe. Gegen die Abschaffung der Rangabzeichen hätten auch schon die republikanischen Unteroffiziere Protest erhoben. Aufrecht zu erhalten sei der Beschluss über das Verbot des Waffentragens ausserhalb des Dienstes. Das sei in anderen Ländern auch durchgeführt. Dass die Offiziere die Achselstücke ablegen sollen, empfänden sie als Degradation.

Lampl verteidigte die Beschlüsse. In Hamburg, Lübeck und Bremen seien sie bei allen Chargen durchgeführt und deshalb kein Ausnahmegesetz gegen die Offiziere. Die Rangunterschiede sollten ja nicht abgeschafft werden. Ohne sie könnte auf die Dauer kein Heer existieren. Die Beschlüsse sollten symbolisch zeigen, dass die Zeit des Militarismus vorüber sei. Was die Orden angehe, so könnte nach den Hamburger Beschlüssen eine Ausnahme für die wegen Tapferkeit vor dem Feinde verliehenen Orden gemacht werden. Die Soldaten lehnten das aber ab, weil ein Drittel aller Eisernen Kreuze ungerecht verteilt worden sei. Lampl schlug schliesslich praktisch vor, zu sagen:

«Die Bestimmungen gelten nur für das Heimatheer, für die Fronttruppen erst, nachdem sie ihre Waffen in den Kasernen niedergelegt haben.»

Ein Vertreter der Ostfront schloss sich dem an. Für das Frontheer kämen die Beschlüsse nicht in Betracht.

Cohen-Reuss riet dazu, mit dem Berliner Soldatenrat ganz offen zu reden. Dieser würde dann einsehen, dass es sich nur um Forderungen für das Heimatheer handeln könne. Es sei bedauerlich, dass die Anträge vom Kongress nicht in Form von Richtlinien gefasst worden seien.

Leinert-Hannover bemerkte, dass er nie an eine Durchführung dieser Bestimmung beim Frontheer gedacht habe. Niemand wolle die Offiziere in den Ämtern, insbesondere im Kriegsamt und in der Waffenstillstandskommission zur Wahl stellen.

Haase: Zu Beginn der Revolution wurde das Ablegen der Achselstücke nicht als Degradation empfunden. Auf dem Rätekongress haben auch Offiziere für die sieben Punkte gestimmt. Die Oberste Heeresleitung habe keinen Erlass über die roten Abzeichen herausgegeben, wie das die Volksbeauftragten wünschten.

Vogt-Breslau: In Schlesien ist beim Grenzschutz das Tragen von Achselstücken erlaubt. Auch bei den Heimattruppen braucht nicht alles über einen Kamm geschoren zu werden.

Barth war für strikte Durchführung der Kongressbeschlüsse. Sonst würde es im Volke heissen: Die Militärkamarilla ist stärker als alles andere.

General Groener: Die Oberste Heeresleitung hat sich lediglich bemüht, konterrevolutionäre Gedanken aus sachlichen und aus moralischen Gründen im Heere zu unterdrücken. Solange der Feldmarschall und ich an der Spitze der Obersten Heeresleitung stehen, kann ich Ihnen die bündige Versicherung abgeben: «Wir denken nicht daran, Konterrevolution zu machen.» Ebenso soll alles geschehen, um berechtigten Beschwerden abzuweichen. Wir haben angeordnet, dass Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppe nicht besitzen, so schnell wie möglich entfernt werden sollen. Auf viele Offiziere wirkt nun einmal die rote Farbe aufreizend. Aber ich bitte dringend, nicht zu generalisieren. Über das Waffentragen ausserhalb des Dienstes

ist eine Verständigung möglich, wenn auf dem Wege von und zum Dienst die Waffe getragen werden kann. Wenn wir den Offizieren die Abzeichen wegnehmen, machen wir uns vor der Welt lächerlich. Offizierswahl durch Soldatenräte gibt es nirgends. Ich erhebe auch dagegen Einspruch, dass die Bestimmungen nur für das Heimatheer gelten sollen. Heimatheer und Fronttruppen lassen sich nicht immer trennen. Denken Sie an den Grenzschutz im Osten. Bei Differenzierung gleitet uns das Offizierskorps aus der Hand. Meine Aufgabe ist nicht leicht. Sie ist die schwerste meines Lebens. Erschweren Sie mir aber dieselbe so, dann sage ich: «Nun ist die Sache für mich zu Ende.» Auf Grund der Sieben Punkte wird nie ein Heer aufgebaut werden können. Die Russen haben ihres ganz anders aufgezogen. Ich nehme die Beschlüsse nicht so tragisch. Auch in diesen Wein wird Wasser geschüttet werden. Was wir brauchen, ist Ruhe und Vermeidung des Bürgerkriegs. Ich mache den Vorschlag, die Volksbeauftragten mögen bekanntgeben, dass der sofortigen Durchführung der sieben Punkte Schwierigkeiten entgegenstünden. Bis zum Erlass von Ausführungsbestimmungen sollte es bei dem jetzigen Zustand verbleiben. Die Ausführungsbestimmungen könnten demnächst mit dem Kriegsministerium beraten werden, das würde Beruhigung schaffen.

Dittmann sah beim Eingehen auf Groeners Vorschläge ganz schwarz. Für den Zentralrat und die Volksbeauftragten sei das Selbstmord. Wenn der wichtigste Beschluss des ganzen Kongresses für Null erklärt würde, könnte das zur Anarchie führen.

Ebert: Der Kongress hat überstürzt gehandelt. Von ruhiger Beratung war keine Rede. Die Kommission hat zunächst nur an Richtlinien gedacht, deren Durchführung der Regierung übertragen werden sollte. Wenn darin Übereinstimmung herrscht, dass die Bestimmungen nicht für das Feldheer gelten sollen, sind Ausführungsbestimmungen nötig. Darüber muss mit dem Kriegsministerium gesprochen werden. Die Bestimmungen sollen in Gesetzesform gebracht werden. Sie können nicht vor Erlass der Ausführungsbestimmungen in Kraft treten. Über das Ergebnis der gemeinsamen Beratungen von Volksbeauftragten und Zentralrat soll eine Verordnung erfolgen.

In der gemeinsamen Sitzung, die am 28. Dezember mit dem Zentralrat stattfand, protestierte Haase nochmals gegen die Kapitulation der Regierung vor Hindenburg und Groener in der Ausführung der sieben Punkte. Die Regierung sei schwach, weil sie sich nicht auf die Massen stützen wolle.

Ebert erwiderte, dass die Oberste Heeresleitung die Demission eingereicht hätte. General Groener habe die Gründe für seine Haltung offen dargelegt. Von Soldatenräten seien hunderte von Telegrammen gegen die Beschlüsse des Kongresses eingelaufen. (Zuruf: «Von Groener bestellte Arbeit.») So sehen Sie die Soldatenräte an?! Wenn Groener auf den Knopf drückt, tanzen sie?

In der Debatte war auch darauf hingewiesen worden, dass über die künftige Organisation des Heeres noch keine Klarheit vorhanden sei.

Am 10. Dezember hatte Lloyd George in einer grossen Wahlrede in Bristol die Aufhebung des englischen Gesetzes über die Dienstpflicht in Aussicht gestellt. Als Voraussetzung für einen dauernden Frieden in Europa hatte er gleichzeitig verlangt, dass auf dem Kontinent die Dienstpflichtarmeen ein Ende finden müssten. Dies war die erste Rede, aus der man schliessen konnte, dass wahrscheinlich von Deutschland zuerst die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht verlangt werden würde.

Für die Arbeiter- und Soldatenräte empfanden die alliierten Generale im besetzten Gebiete keine Sympathien. Die oft verbreitete Nachricht, dass die Arbeiter- und Soldatenräte überall aufgelöst würden, war aber falsch. Dass sie andererseits nicht anerkannt würden, hat Marschall Foch dem Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach in einem den Besuch des ersten Rätekongresses betreffenden Schriftwechsel ausdrücklich bestätigt. In Köln hatte am 19. Dezember der englische Gouverneur bekanntgegeben, dass in den von den britischen Truppen besetzten Gebieten sich die Arbeiter- und Soldatenräte jeglicher Einwirkung auf Staats- und Kommunalbehörden sowie der Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten hätten.

Der angekündigte Rücktritt des Kriegsministers Scheuch hatte sich verzögert, weil das Kabinett wegen der innerpolitischen Wirren der zweiten Dezemberhälfte nicht zur ruhigen Arbeit gekommen war. So war es auch nicht zur Ausarbeitung des Planes für das 11'000-Mann-Heer gekommen. Der Kriegsminister wollte diese Arbeit wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung seinem Nachfolger überlassen. Die Ersetzung Scheuchs durch Oberst Reinhardt erfolgte dann erst nach Rücktritt der Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten. Reinhardt war bereit, das Amt anzunehmen, wobei er eine Verständigung mit der Obersten Heeresleitung voraussetzte. Reinhardt war von Hause aus Monarchist. Er erklärte jedoch, wie damals die meisten Offiziere, dass er die ihm anvertrauten Truppen niemals gegen die Regierung verwenden würde. Der vom Rätekongress gewählte Zentralrat stimmte der Ernennung Reinhardts am 31. Dezember zu.

Reinhardt wurde in einer gemeinsamen Sitzung von Volksbeauftragten und Zentralrat durch Noske eingeführt, der inzwischen in der neuen, rein mehrheitssozialistischen Regierung das Heerwesen übernommen hatte.

Noske erklärte in dieser Sitzung, dass die Bildung einer Volkswehr äusserst rasch nötig sei. Wenn die Regierung über den Frieden verhandeln wolle, müsse sie einen Machtfaktor zur Verfügung haben, der ihren Bestand garantiere, solange die

zu wählende Nationalversammlung nicht ihren Rücktritt fordere. Über die Art der Durchführung der sieben Punkte des Rätekongresses könne und werde eine Einigung zu erzielen sein.

Oberst Reinhardt erinnerte daran, dass er dreissig Jahre in Krieg und Frieden dem Heere gedient habe. Deutschland sei in einer solchen Krise, dass wir an Äusserlichkeiten nicht kleben dürften. Zeit sei nicht zu verlieren, wenn wir wieder vorwärtskommen wollten. Dazu müsse aber auch das Misstrauen verschwinden, das so grosse Risse durch unser Volk gehen liesse.

Ebert trat warm für Reinhardt ein, der den komplizierten Betrieb des Heeres kenne, was wegen der Demobilmachung dringend nötig sei. Auf Anfrage von Pfaff sagte er, dass mit Bölcke und Feldmann auch verhandelt worden sei. Die Volksbeauftragten würden aber die Ernennung Reinhardts empfehlen.

Pfaff fragte Reinhardt, ob alle Anordnungen wieder von den Offizieren ausgehen sollten und die Soldatenräte nur als Beschwerdeinstanz gedacht wären.

Oberst Reinhardt erwiderte, dass eine mehrköpfige Kommandoführung nicht praktisch sei. Der Soldatenrat solle das Recht zur Klage gegen einen Führer haben und bis zur Enthebung vom Dienst durchführen oder auch den Wunsch nach einem anderen Führer ausdrücken können.

Als Lampl die Hamburger Resolution über die Kommandogewalt rühmte, erwiderte Noske, dass sich die Hamburger Vorschläge nur auf einen Übergangszustand beziehen dürften. Was von den Generalkommandos übrig bliebe, sei noch ganz unklar. Jetzt gehe es um das Wichtigere, die Schaffung des Volksheeres. Wenn Scheuch ginge, müssten im Amte übrigens auch noch andere Herren ersetzt werden, z.B. General v. Wriesberg usw.

Oberst Reinhardt erklärte, für jeden Vorschlag dankbar zu sein. Es gehe aber weniger darum, Räte an Stelle von Kommandeuren zu setzen, als das Vertrauen zwischen Führern und Leuten wiederherzustellen. Dazu sei der Soldatenrat das richtige Bindeglied. Wir wollen der Soldatenräte nicht entbehren, sondern sie an die richtige Stelle setzen. Auf Anfrage erklärte Oberst Reinhardt, dass er, weil er unterwegs gewesen sei, Hindenburgs Erlass an Ober-Ost gegen die sieben Punkte nicht gekannt habe.

Noske bemerkte hierzu, dass nach Bekanntwerden dieses Erlasses die Volksbeauftragten der Obersten Heeresleitung mit Nachdruck gesagt hätten, dass alle politischen Kundgebungen der Obersten Heeresleitung der Regierung vor Erlass vorzulegen seien. Selbstverständlich wäre der Rätekongress zurzeit als Ausdruck des Volkswillens anzusehen.

Lampl sprach sich für Reinhardts Ernennung aus. Der Posten müsse bald besetzt werden. Der Berliner Soldatenrat verlange die Veröffentlichung der sieben Punkte des Rätekongresses im Armeeverordnungsblatt. Eine sozialistische Volkswehr lasse sich nicht in einigen Wochen aufbauen.

Nachdem noch mitgeteilt worden war, dass die Oberste Heeresleitung am 3. Januar von Kassel nach dem Osten verlegt würde, bestätigte der Zentralrat gegen drei Stimmen Reinhardts Ernennung zum Kriegsminister.

Der Zentralrat der Sozialistischen Deutschen Republik führte nach Beendigung des Januarputsches langwierige Verhandlungen mit dem Kriegsminister Reinhardt über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt und die Stellung der Soldatenräte im Friedensheer. (Die mobilen Verbände blieben besonderer Regelung vorbehalten.) Es würde zu weit führen, diese Verhandlungen im Einzelnen zu schildern. Ich selbst war an den Verhandlungen persönlich stark beteiligt. Das Ergebnis wurde am 19. Januar 1919, dem Tage der Wahl zur Nationalversammlung, im Armeeverordnungsblatt 53. Jahrgang Nr. 8 veröffentlicht. Es war gezeichnet: Die Reichsregierung: Ebert, Noske, der Kriegsminister: Reinhardt, der Unterstaatssekretär: Göhre, der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte der Deutschen Sozialistischen Republik: Max Cohen, Hermann Müller.

Eingeleitet wurde die Veröffentlichung durch einen Aufruf des Kriegsministers Reinhardt: «An die Offiziere, die Unteroffiziere und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres», in dem es u.a. hiess:

«Dem Ruf ihrer Führer folgend, stellten sich die Offiziere und Unteroffiziere den neuen Staatsgewalten zur Verfügung. Der grosse Riss wurde vermieden. Es blieben aber viele Hemmungen auf dem Wege zum Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen Führern und Soldaten zu beseitigen. Natürliche grosse Schwierigkeiten in der Übergangszeit sind zu überwinden. Dazu lässt uns der denkbar härteste Druck von aussen keine ruhige Entwicklungsfrist. Wir müssen uns vielmehr schrittweise mit Behelfsmassnahmen vorwärtsarbeiten.

«Die Verordnungen vom heutigen Tag über Kommandogewalt, Stellenbesetzung, Anzug und Grusspflicht sind soldie Massnahmen.»...

...»Der Tag der Bekanntgabe der Verordnungen lässt die Armee erkennen, dass der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik und der Rat der Volksbeauftragten im Zusammenarbeiten mit dem Kriegsministerium hierbei jeden Nebenzweck ausschloss. Die Verordnungen konnten weder die Wahl beeinflussen, noch durch ihr Ergebnis beeinflusst werden.»

Aus der Verordnung über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer, die zwölf lange Absätze enthielt und die ganz abzudrucken zu weit führen würde, ist Folgendes wichtig:

«1. Die oberste Kommandogewalt hält der vom Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gewählte Rat der Volkbeauftragten inne.

2. Die Ausübung der Kommandogewalt überträgt der Rat der Volksbeauftragten, soweit er nicht unmittelbare Befehle erteilt, dem preussischen Kriegsminister. Die Festsetzungen der Reichsverfassung finden auf ihn sinngemässe Anwendung. Dem Kriegsminister ist ein Unterstaatssekretär beigeordnet.

4. Bei den höheren Verbänden wie bei Truppen und sonstigen Formationen üben die Führer die Befehlsgewalt aus. Sie sind der Reichsregierung und ihren unmittelbaren Vorgesetzten für ihre Tätigkeit verantwortlich.

5. Bei den Regimentern, selbständigen Bataillonen und gleichgestellten Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer in der Richtung, dass die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung missbrauchen. Beim Erlass allgemeiner, für die Dauer gültiger Anordnungen, die sich auf die Fürsorge für die Truppe, auf soziale und wirtschaftliche Fragen, auf Urlaub und Disziplinarsachen beziehen, wirken die Soldatenräte mit und zeichnen mitverantwortlich. Die rein militärischen Befehle, die sich auf Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen beziehen, gehen von den Führern allein aus; sie bedürfen keiner Gegenzeichnung eines Soldatenrats.

Bei den kleineren Einheiten (Kompagnien, nichtselbständigen Bataillonen usw.) wirken Vertrauensleute nach näherer Anordnung des Führers und des Soldatenrats des Regiments usw. bei der Fürsorge für die Truppe und Aufrechterhaltung der Manneszucht und Ordnung und des gegenseitigen Vertrauens mit

6. Jedem Generalkommando steht ein Korps-Soldatenrat für den Korpsbezirk zur Seite. Die Korps-Soldatenräte stehen für die Truppenangelegenheiten des ganzen Korpsbezirkes zu den Generalkommandos in gleichem Verhältnis wie die Regimentssoldatenräte zu den Regimentsführern. Dem Korpsoldatenrat müssen alle Klagen der Truppensoldatenräte des Korpsbezirks zur Mitprüfung zugestellt werden. Die Entscheidung über Beschwerden trifft das Generalkommando nach Anhören des Korpsoldatenrats. Wird die Entscheidung von letzterem für schädlich gehalten, so kann er unmittelbar an den Unterstaatssekretär im Kriegsministerium berichten, der die Entscheidung des Kriegsministeriums herbeiführt. Gegen die Entscheidung kann Berufung bei der Regierung eingelegt werden. Korpsoldatenräte dürfen sich auch jederzeit an den Zentralrat wenden.

9. Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Sobald die Soldaten ihre Führer kennen, frühestens nach 14 Tagen, spätestens nach vier Wochen tatsächlich gemeinsam geleisteten Dienstes, melden die Soldatenräte schriftlich dem Führer, ob die Unterführer, oder der nächsthöheren Dienststelle, ob die eigenen Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzen, oder aus welchem Grunde der Einzelne dies nicht hat. Die Gehorsamspflicht wird vor einer von höherer Stelle getroffenen Entscheidung nicht unterbrochen. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten, sie können aber die Absetzung beantragen. Die Entscheidung trifft innerhalb des Regiments der Führer, soweit dies möglich, weiterhin das Generalkommando oder das Kriegsministerium. Bei jeder dieser Dienststellen werden die Einsprüche geprüft und darnach entschieden. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und dem Betroffenen die Berufung an die nächsthöhere Dienststelle bis zum Zentralrat der Deutschen Republik zu; im gleichen Sinne wie bei Beschwerden (vgl. Ziffer 6).

12. ... Jeder Soldat, Führer, Unterführer, mag er Offizier, Unteroffizier oder Mann sein, ist während seiner Dienstzeit der Regierung der Republik zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Jeder Heeresangehörige, der die von der Regierung unmittelbar oder durch das Kriegsministerium oder durch die Kommandostellen

ergehenden Befehle nicht befolgt, macht sich strafbar, ebenso derjenige, der seine Dienstgewalt zu Handlungen gegen die Regierung missbraucht Unberührt hiervon bleibt jedem Heeresangehörigen das Recht und die Freiheit der eigenen Überzeugung und damit Wahlrecht und Wählbarkeit Die damit zusammenhängenden Handlungen müssen vom militärischen Dienst auf das Strengste geschieden werden.»

In langwieriger Arbeit war es so gelungen, die Soldatenräte in die Heeresorganisation einzubauen, ohne die Befehlsgewalt der Offiziere illusorisch zu machen. Die Beschwerde war den Soldaten bis zur Reichsregierung hinauf gesichert. Die Korps Soldatenräte konnten sich auch an den Zentralrat wenden. Die Absetzung ungeeigneter Führer konnte beantragt werden. Die letzte Entscheidung hatte der Zentralrat Unbedingter Gehorsam gegen die Regierung der Republik war festgelegt. Ebenso war den Heeresangehörigen Wahlrecht und Wählbarkeit zugestanden.

Gleichzeitig traten die vorläufigen Bestimmungen über Bekleidung und Anzug im Friedensheer in Kraft. Sie können im Einzelnen in der gleichen Nummer des Armeeverordnungsblattes nachgelesen werden.

Die Kennzeichnung der Unteroffiziere und Offiziere geschah durch das Tragen verschieden breiter Streifen am linken Oberoder Unterarm.

Endlich traten gleichzeitig vorläufige Bestimmungen über den militärischen Gruss im Friedensheer in Kraft:

13. Der militärische Gruss soll kein Zeichen des Zwanges und der Unterwürfigkeit sein, sondern der Ausdruck der Kameradschaft....

2. Einen einseitigen Grusszwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht mehr. Dagegen besteht für beide die Pflicht, sich gegenseitig zu grüssen, wobei der Jüngere und im Dienstgrad Niedere dem Älteren zuvorkommen muss. Die Grusspflicht ruht im Weichbild grösserer Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten, wie innerhalb aller Menschenansammlungen. Näheres ist von den örtlichen Dienststellen zu regeln.» ... usw.

3.

Durch diese Verordnungen waren nicht alle Soldatenräte zufrieden gestellt. Am 1. April 1919 traten vor dem zweiten Rätekongress die Soldatenräte des Gardekorps im früheren Herrenhaus zu einer Voll Versammlung zusammen und stellten Anträge zum Rätekongress, in denen es u.a. hiess:

«Der Erlass über die Neuregelung der Kommandogewalt vom 19. Januar 1919 kann von der Versammlung nicht als Erfüllung der Wünsche der Soldaten anerkannt werden und muss wieder verschwinden.»

«Die Versammelten sind der Ansicht, dass die militärischen Mitglieder des Zentralrats durch ihre Zustimmung zu dieser Verfügung die Interessen der deutschen Soldaten und Soldatenräte verraten haben.

Sollten die militärischen Mitglieder des Zentralrates jedoch mit ihrer ablehnenden Meinung überstimmt gewesen sein, so wäre es ihre Pflicht gewesen, korporativ zurückzutreten.»

Praktische Bedeutung konnten diese Beschlüsse nicht haben. Längst tagte die Nationalversammlung in Weimar. Sie hatte seit Februar 1919 über die Wehrfragen zu entscheiden, nicht ein neuer Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Nationalversammlung hat dann am 25. Februar Ebert als vorläufigen Reichspräsidenten ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligen verbände durch Anwerben von Freiwilligen und Eingliederung bereits bestehender Volkswehren eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen zu schützen, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung zu verschaffen und Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten hätte.

Nach Ausbruch des Januar putsches, der angezettelt worden war, um die Regierung zu stürzen, waren Freiwilligenverbände gebildet worden, die der Regierung die Handlungsfreiheit geben und die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung garantieren sollten. Gegen diese Verbände wehrten sich die Soldatenräte vergebens. Wären die in den Berliner Kasernen liegenden Truppen in den Revolutionsmonaten November 1918 bis Februar 1919 zuverlässige Stützen der Regierung gewesen, hätte es zur Bildung der Freiwilligenkorps gar nicht zu kommen brauchen. Für die Freiwilligen Verbände und die republikanischen Wehren galten die Bestimmungen vom 19. Januar 1919 nicht. Beide sollten verschwinden mit dem Gesetz über die Bildung der vorläufigen Reichswehr.

Das Vorhandensein der Freiwilligenkorps benutzten die Linksradi-kalen immer wieder, um auf die noch nicht demobilisierten Soldaten des Feldheeres Einfluss zu gewinnen. Die Sozialdemokratische Partei hat sich damals alle Mühe gegeben, diese Einflussnahme zu verhindern. In einem Flugblatt mit dem Titel «Soldaten! Brüder im grauen Rock!» wurden die Soldaten auf die soziale Befreiung durch die Revolution hingewiesen, wurden die Errungenschaften der Revolution aufgezählt, und die Soldaten aufgefordert, mit Begeisterung in die Kampf-reihen der Sozialdemokratie zu treten.

Gegen spartakistische Wühlereien wurde zur Wahlzeit ein vom Partei vorstand der Sozialdemokratie gezeichnetes Flugblatt in den Kasernen verbreitet, in dem es u.a. hiess:

«Soldaten! Es werden in den Kasernen Aufrufe verbreitet, welche die so notwendige Einigkeit unter den Soldaten und Arbeitern zu zerstören suchen. Insbesondere wird darin unsere Partei, zu der sich viele Tausende von Kameraden kennen, angegriffen, weil sie die Kriegskredite bewilligt hat

Wir haben die Kriegskredite bewilligt, weil wir Euch, die Ihr draussen standet, die Treue halten wollten, und weil wir den Sieg der Gegner, die genau so imperialistisch sind wie unsere früheren Machthaber, soweit es an uns lag, verhindern wollten.

Das war unsere Auffassung, und wenn andere anders dachten, so reichten wir mit ihnen nicht, denn es gibt ja jetzt keine Kriegskredite mehr zu bewilligen. Heute gilt es, alle Streitigkeiten unter Sozialisten zu begraben und einig für den demokratischen und sozialistischen Wiederaufbau Deutschlands zu wirken.»

*

*

Besonders geartet lagen die Verhältnisse im Osten, wo im Gegensatz zum Westen der Oberste Kriegsrat der Entente keine scharfen Räumungsvorschriften erlassen hatte, weil er das sofortige Nachrücken der Bolschewisten fürchtete. In einem Brieftelegramm des Auswärtigen Amtes an das Kriegsministerium und die Armeeabteilungen vom 21. November 1918 hiess es:

«Auswärtiges Amt fasst Artikel 12 des Waffenstillstandsvertrages dahin auf, dass eine völlige Räumung der Ober-Ost-Gebiete durch unsere Truppen erst zu erfolgen hat, wenn seitens der Entente der Augenblick dafür als gekommen bezeichnet wird.»

Ganz abgesehen davon hielt Erzberger wegen der Sicherung der Lebensmittelzufuhr nach den deutschen Zuschussgebieten einen besonderen Grenzschutz im Osten für notwendig und wollte die Garantie dafür übernehmen, dass dort keine gegenrevolutionäre Gefahr entstände.

Trotzdem der Grenzschutz in den östlichen Provinzen im Einvernehmen mit den sozialistischen Parteien und unter Beteiligung der Arbeiter- und Soldatenräte eingerichtet wurde, war er dauernd eine Quelle des Misstrauens.

* * *

Auf dem ersten Rätekongress war auch der 53er Rat der Marine umkämpft. Er hatte sich eine ganz eigenartige Stellung erobert. Er war zu Beginn der Revolution als «Zentralrat der Marine» von einer Konferenz der Soldatenräte der Marine eingesetzt worden. Er hatte sich mit einer genügenden Zahl von Mannschaften umgeben und beherrschte so tatsächlich in Berlin das Reichsmarineamt. Dort war von der Kaiserzeit her für alles Vorsorge getroffen. Infolgedessen hatte der 53er Rat sogar

eine eigene Druckerei zur Verfügung. Der Staatssekretär der Marine, Edler von Mann, war ganz von dem 53er Rat abhängig, der tatsächlich verfügte, was zu geschehen hatte, und inhibierte, was ihm an den Verfügungen des Staatssekretärs nicht passte.

Auf dem Rätekongress beschwerte sich Noske darüber, dass wegen der persönlichen Auseinandersetzungen die praktische Arbeit im Reichsmarineamt zu kurz komme. Wichtige Angelegenheiten, die u.a. die Waffenstillstands Verhandlungen betroffen hätten, seien tagelang verschleppt worden, weil ein Matrose abwesend war, dessen Unterschrift gebraucht wurde. Der Ausschuss sei überhaupt zu gross. Dazu erklärten in patziger Art Vertreter des 53er Rates, dass über die Verminderung des Ausschusses die Marine zu entscheiden hätte und nicht der Kongress. So wurde die höchste Instanz der Arbeiter- und Soldatenräte mit einer Handbewegung beiseite geschoben, wenn die zu erwartenden Beschlüsse den Linksradikalen nicht passten. Nachdem Noske in die Regierung der Volksbeauftragten eingetreten war, beliess er es nicht bei der ursprünglich geplanten Reduktion des Rats auf 25 Mann, sondern erklärte, dass nur noch sechs Mann herabgesetzte Diäten bekämen.

Das Parlament der Marine war damit erledigt. Der Zentralrat der Marine hatte übrigens auch versucht, durch Verhetzung der Sozialisten «die Einigkeit der Massen» zu fördern. Er hatte in einem Flugblatt u.a. gesagt:

«Mit tiefstem Wehgefühl sahen wir die Führer der Mehrheitssozialdemokratie das Bürgertum zum Kampfe gegen das klassenbewusste Proletariat aufbieten. Täglich, stündlich dringt zu uns die Kunde von neuen opferschweren Bruderkämpfen. Ein Meer ungeheurer Lüge hat sich über die Hauptstadt des Reiches ergossen.

Die Bourgeoisie triumphiert, und das Proletariat blutet, blutet wie nur je!

Sozialisten! Nun ist's genug!

Erkennt die Schande, seht die Schmach! Reisst Euch empor aus Fesseln, die die Lüge um Euch schloss!...

Wer reinen Herzens ist und Liebe hat zum Volk, kann nimmer sich auf Rohgewalten stützen.

Genosse Scheidemann, Genosse Ebert, Noske, Landsberg, Eichhorn!

Habt Ihr das Volk noch lieb? Habt Ihr es je geliebt?»...

Wenn der Satz des Flugblattes: «Wer reinen Herzens ist und Liebe hat zum Volk, kann nimmer sich auf Rohgewalten stützen» vom 9. November ab allgemein beherzigt worden wäre, so hätte es auch in Deutschland ähnlich wie in Oesterreich möglich sein müssen, ein republikanisches Heer auf demokratischer Grundlage aufzubauen.

XI. Um die Sozialisierung

Wer die Arbeit der Volksbeauftragten objektiv betrachtet, muss zugeben, dass es ihnen von Anfang an nicht an Initiative fehlte. Als Wirtschaftsfragen von besonderer Bedeutung drängten sich den leitenden Männern alsbald die Siedlungsfrage und die Sozialisierungsfrage auf.

Gustav Bauer, der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, berichtete den Volksbeauftragten bereits in der Kabinettsitzung vom 15. November über Vorschläge zur Landsiedlung. Er war deswegen mit den Professoren Sering und Oppenheimer in Verbindung getreten. Er erhielt vom Kabinett Vollmachten für die zunächst zu treffenden Vorbereitungen. Wenn gelegentlich der Vorwurf gemacht wurde, dass in Deutschland nach der Revolution nicht mit der Aufteilung des Bodens der Grossgrundbesitzer «kraft revolutionären Rechts» begonnen worden sei, so vergessen diese Kritiker, wie schwierig die Ernährungsverhältnisse damals lagen. Wer Einblick hatte, dem graute damals vor Winter und Frühjahr, der sah nur die Rettung in einer kommenden guten Ernte. Es drohte die Wiederholung des Kohlrübenwinters von 1916/17. Nach Angaben Barths in einer Versammlung vom 21. November würden wir nach zwei Monaten kein Fett, nach drei Monaten kein Mehl und nach fünf Monaten keine Kartoffeln mehr haben. Wenn durch die Vorgänge in Polen die Zufuhr abgeschnitten würde, würde die Lage noch schwieriger werden.

Die Lage wurde bald noch schlimmer, weil die Spartakisten im Ruhrgebiet Einfluss auf eine Minderheit der Bergarbeiter erhalten hatten, die die Kohlenförderung hemmten und dadurch die Herstellung künstlichen Düngers verzögerten. Bei der damaligen trostlosen Wirtschaftslage hätte kein noch so Radikaler es gewagt, durch revolutionäre Dekrete die Agrarverhältnisse grundlegend zu ändern. Die Folge wäre stärkster Widerstand der landwirtschaftlichen Besitzer gewesen. Aufgabe war vielmehr, möglichst ohne Reibungen alle Nahrungsmittel zu erfassen und zu verteilen.

Der Schleichhandel blühte. In der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses, der Fraktion der Nationalversammlung und der Kontrollkommission vom 22. März 1919 habe ich als Referent über die politische Situation und die Lage der Partei im Rückblick auf jene Zeit ausgeführt:

«Der Schleichhandel blüht mehr denn je. Die Moral ist vollständig zum Teufel gegangen. Was ist aus unserem polizeifrommen Lande geworden? Herr Hugenberg hat vielleicht nicht das Recht zu der Mahnung: das deutsche Volk solle bald wie-

der ehrlich, werden. Aber in der Sache hat er das Richtige getroffen. Die Wenigen, die sich vorher noch an die Ordnung gekehrt haben, wollen jetzt nicht mehr länger die einzigen Dummen sein.»

Mehr als die Siedlungsfrage beschäftigte die Sozialisierung s frage damals die Gemüter. Die deutsche Republik war am 10. November im Zirkus Busch als sozialistische Republik ausgerufen worden. Die Massen glaubten nun vielfach, dass es eine einfache Sache wäre, die Schlüsselindustrien durch revolutionäre Dekrete zu sozialisieren. Spartakus verlangte dies selbstverständlich täglich. Aber auch die «Freiheit», das Organ der Unabhängigen, nährte zu Beginn ihres Bestehens den Glauben an die Wunderkraft der Volksbeauftragten und der Arbeiter- und Soldatenräte. Die «Freiheit» verlangte am 16. November, dass die Regierung unverzüglich Hand an die grossen, und gerade in diesen Tagen so lebenswichtigen Betriebe lege und sie sofort als Nationaleigentum erkläre. Die Bergwerke, die Betriebe der Schwereisen- und der verwandten Betriebe, desgleichen die Textil werke, die der chemischen, der elektrischen, der grossen Lederindustrie:

«Unser grösster Feind ist die Angst vor der eigenen Courage.... Die Regierung muss eine sofortige Beschlagnahme aller wichtigen Werke verfügen. Die finanzielle Auseinandersetzung kann später erfolgen.»

Zum Beweise, dass das alles gut gehen würde, wurde Ludendorff zitiert, der in den besetzten Gebieten Frankreichs und Belgiens die Industrie unter militärischer Zwangs Verwaltung habe arbeiten lassen. Die «Freiheit» stand mit ihrer Auffassung nicht allein. So hat auch der Kie-ler Arbeiter- und Soldatenrat, der paritätisch zusammengesetzt war, am 22. November 1918 einstimmig eine Resolution angenommen, in der es hiess:

«Die Werke und die Grossbetriebe der Industrie sowie der Grundbesitz sind sofort als Nationaleigentum zu erklären.»

Der Rat der Volksbeauftragten hatte am 12. November in seinem Aufruf an das deutsche Volk gesagt:

«Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen.»

In demselben Aufruf hiess es aber auch:

«Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater, sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.»

Damit war sicherlich nichts über die Sozialisierung gesagt. Barth behauptet allerdings, dass er in diesem Aufruf auch einen Passus über die kommende Sozialisierung aufgenommen wissen wollte. Es sei aber mit fünf gegen eine Stimme beschlossen worden, bei diesem Aufruf die Frage der Sozialisierung offen zu lassen.

Am 18. November beschloss dann das Kabinett, die Industriezweige, die nach ihrer Entwicklung dazu reif seien, zu sozialisieren. Es sollte zunächst zur Vorbereitung eine Kommission eingesetzt werden.

In diese Kommission wurden von bekannten Sozialisten berufen: Heinrich Cunow, Rudolf Hilferding, Otto Hue, der Führer der Bergarbeiter, und Karl Kautsky, ausserdem der Berliner Universitätsprofessor Karl Ballod, der unter dem Pseudonym «Atlantikus» im Dietz-Verlag bereits 1898 eine Broschüre über den Zukunftsstaat: «Produktion und Konsum im sozialistischen Volksstaat» herausgegeben hatte, von dem aber unter dem Kaiserreich niemand wissen durfte, dass er Sozialist war. Ferner wurden die Professoren E. Franke, der bekannte Berliner, Sozialreformer, E. Lederer aus Heidelberg, Robert Wilbrand aus Tübingen und Dr. Theodor Vogelstein aus Berlin in die Kommission berufen. Später kamen noch Karl Umbreit, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Professor Schumpeter, Graz, hinzu.

Für die Sozialisierungskommission war ursprünglich auch Walter Rathenau vorgesehen. Aber das Misstrauen, das aus den Reihen der Unabhängigen ihm unverhohlen entgegengebracht wurde, hatte zur Folge, dass auf seine Mitarbeit verzichtet wurde. In einem Briefe an Genossen Rudolf Breitscheid vom 22. November 1918 sagte Rathenau:

«Ich glaube nicht, dass ein anderer bürgerlicher Schriftsteller sich so entschieden gegen das alte System und für eine neue soziale Ordnung eingesetzt hat wie ich. Meine Schriften sind in hunderttausenden von Exemplaren durch das Land gegangen und haben, wie ich glaube, dem Umschwung gute Dienste geleistet. Die Vertreter der kapitalistischen Ordnung rechnen mich zu ihren entschiedenen Gegnern, und ich hatte daher nicht erwartet, von der Revolution als Gegner begrüsst zu werden.»

Am 16. Dezember wandte sich Rathenau an Ebert unmittelbar und wollte wissen, warum er, nachdem sein Name bereits öffentlich genannt worden war, nachträglich aus der Sozialisierungskommission ausgeschlossen worden sei. Er könne nicht glauben, dass sich das lediglich auf das Veto der Unabhängigen gründe. Er könne nicht glauben, dass Ebert aus der Erörterung über den künftigen Wirtschaftsaufbau alle Kräfte ausschliessen werde, die mit der Praxis vertraut seien. Verbittert bemerkte er, dass er sich in den ersten Tagen, seinem Gewissen folgend, der Volksregierung zur Verfügung gestellt habe. Aber diese habe keinen Gebrauch von seinen Diensten gemacht und ihm könne nichts lieber sein, als zu wissen, dass es ihr an geeigneten Kräften nicht

fehle. Ebert gab Rathenau später als Grund an, dass man von seiner Mitwirkung in der Sozialisierungskommission habe absehen wollen bis zu einem späteren Zeitpunkt, in dem Männer der Praxis berufen werden sollten. Rathenau liess das unter Berufung auf seine wissenschaftlichen Schriften nicht gelten. Er sei nicht nur Industrieller, wenn er auch kein Professor sei. Wenn damals gegen Rathenau Misstrauen vorhanden war, so nicht zuletzt deshalb, weil seine Propaganda für die unmögliche Massenerhebung in dem Artikel der «Vossischen Zeitung» vom 7. Oktober 1918 noch in frischer Erinnerung war.

Walter Rathenau bekannte sich stets als Gegner des orthodoxen Marxismus und glaubte in seinen Schriften ein System auf gestellt zu haben, dass das Marxistische abzulösen berufen wäre und ausserdem seiner Meinung nach leichter zu verwirklichen sei. Er hat die Wirkung seiner Schriften sicherlich stark überschätzt. Gelegentlich wies er freilich selbst darauf hin, dass seine Schriften in Skandinavien mehr beachtet würden als in Deutschland.

Die Sozialisierungskommission trat am 5. Dezember 1918 im Reichswirtschaftsrat zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Inzwischen hatte sich ergeben, dass die Inangriffnahme der Sozialisierung von schwerwiegender Bedeutung für die Ankurbelung des Wirtschaftslebens werden würde. Konnte der Sprung von der Kriegszwangswirtschaft zur Sozialisierung in jener Zeit des Ungewissen überhaupt gewagt werden? Bezeichnenderweise sah ein Mann, dessen starke Seite theoretische und praktische Volkswirtschaft nicht war, klarer als die anderen: Kurt Eisner. Er sprach das bereits in dem Aufruf der Regierung des bayerischen Volksstaats vom 15. November 1918 aus. Es hiess in diesem Aufruf:

«Wir halten es für notwendig, hinsichtlich unserer unveränderten sozialistischen Ziele keinen Zweifel zu lassen. Wir sprechen aber in vollkommener Offenheit aus, dass es uns unmöglich erscheint, in einer Zeit, da die Produktivkräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie in den Besitz der Gesellschaft sofort zu überführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, was zu sozialisieren ist. Es ist die Auffassung von Karl Marx, dass die Wirtschaft dann in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden muss, wenn die Produktivkräfte sich so gewaltig entwickelt haben, dass sie die zu enge Hülle der kapitalistischen Ordnung sprengen.»

Die gleiche Auffassung vertrat Eisner auf der Konferenz der Ministerpräsidenten und vor dem Berliner Vollzugsrat.

In seinem Schlusswort sagte Eisner vor dem Vollzugsrat:

«Man muss sich darüber klar sein, dass man nicht sozialisieren kann bei dem Zusammenbruch der Produktion. Zu unserem Finanzminister haben wir in Bayern einen bürgerlichen Mann gemacht (Jaffé). Es ist einer der hervorragendsten Männer Deutschlands. Unser Finanzminister Jaffé ist wohl einer der Radikalsten in der

Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Und seine Aufgabe erblickte er drei Tage nach der Revolution in der Sozialisierung der Banken. Es ist nun interessant zu sehen, auf wie ungeheure Schwierigkeiten dieser Mann bei der praktischen Ausführung dieses Planes gestossen ist. Er hat zuerst mit den Hypothekenbanken angefangen, die ihm besonders am Herzen lagen. Es ergaben sich aber so grosse Schwierigkeiten, dass er dieses Problem vorläufig fallengelassen hat.»

Auch die Regierung der Volksbeauftragten hatte inzwischen eingesehen, dass mit dem grundsätzlichen Beschluss vom 18. November für die Sozialisierung noch nichts getan war. Die Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts, des Schatzamts und des Demobilmachungsamts hatten den Volksbeauftragten ihre Bedenken vorgetragen. Das letztere hatte die ungeheure Aufgabe, den Übergang der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu vollziehen. Man bedenke dabei, dass der Export, der im Frieden Millionen Arbeiter und Angestellte ernährt hatte, nach den meisten Teilen der Welt noch völlig unterbunden war. Wo die Kriegsindustrie zunächst weiterarbeitete, wurde sowieso verlangt, dass sie das ohne Gewinn tat.

Die Industriellen, die sich auf Friedensarbeit umzustellen hatten und das in ihrem eigenen Interesse tun wollten, zögerten mit der Hergabe von Aufträgen, weil die Erörterungen über die Sozialisierung sie fürchten liessen, dass ihre Betriebe vergesellschaftet werden könnten. Sie waren damals überhaupt nicht sicher, ob Deutschland nicht den russischen Leidensgang gehen würde. Diese Unsicherheit erseh wertete die Unterbringung der entlassenen Soldaten im Wirtschaftsleben, ja, Arbeiterentlassungen waren zu befürchten. Besonders die älteren Arbeiter und Angestellten hatten Sorgen, nicht mehr unterzukommen. Die Volksbeauftragten wollten nach Kräften helfen. Staatsaufträge sollten vergeben werden. Der Weiterbau des Mittellandkanals wurde alsbald angeregt. Reich, Land und Gemeinden sollten zusammen 1[^] Milliarden Mark für Wohnungsbauten zur Verfügung stellen. Aber diese Nachhilfe durch Vergebung von Staatsaufträgen erfolgte schliesslich auf Kosten der Währung. Die Mark stand, wie der Staatssekretär des Schatzamts, Schiffer, am 12. Dezember mitteilte, schon auf 40 Pfennige. Hinzu kam, dass in Berlin gelegentlich Belegschaften in besonders radikal besetzten Stadtvierteln einfach auf russische Art versuchten, die Betriebe in Regie zu übernehmen. Dann musste der Vollzugsrat sich mit dieser Art gewaltsamer Sozialisierung befassen. In einem Falle hatte in der See- strasse in Berlin ein 21jähriger Vorsitzender des Arbeiterrats den Betrieb, in dem er beschäftigt war, «sozialisiert», den Inhaber hinausge-

wiesen, das Material beschlagnahmt. Er berief sich auf eine Ermächtigung durch den Vollzugsrat. Er stellte sich heraus, dass Richard Müller, die lebendige Stempelmaschine, neben Dutzenden von anderen Schreibern, an jenem Tage auch dieses Schreiben hatte mitstempeln lassen, ohne dass jemand gemerkt hatte, worum es sich eigentlich handelte. Der Mehrheitssozialist Büschel vom Vollzugsrat musste in diesem Falle intervenieren. In den Einigungsverhandlungen wurden die Lohndifferenzen geregelt, im Übrigen aber der Chef wieder eingesetzt. Dem Arbeiterrat sollte von den Betriebsvorgängen nach Möglichkeit «Kenntnis gegeben werden».

Nachdem einige solche Fälle sich ereignet hatten, erschienen Deputationen der Grossbetriebe bei den Volksbeauftragten und erklärten, ihre Betriebe stiliegen zu müssen, wenn ihnen keine Sicherheit gegen solche Eingriffe gegeben werde. Dabei wehrten sich die Unternehmer damals nicht gegen Eingriffe der Reichsregierung in das Wirtschaftsleben, wünschten auch die materielle Unterstützung durch Reichsmittel, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen und die Arbeiter zufriedenzustellen. Das Arbeitsamt, das Reichswirtschaftsamt und das Demobilisierungsamt befürworteten, dass zur Ankurbelung des Wirtschaftslebens Reichsmittel gegeben würden. Der Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt und sein Beigeordneter Eduard Bernstein hatten dagegen die stärksten Bedenken. Sie sahen in dieser Subventionswirtschaft vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ein grosse Gefahr.

Die Schaffung von Arbeitsgelegenheit unter Beibehaltung des kapitalistischen Systems befriedigte die Arbeiterschaft keineswegs. Sie verlangte gefühlsmässig als Frucht der Revolution die Sozialisierung.

Von den Unabhängigen war es besonders Karl Kautsky, der sich bemühte, die Arbeiterklasse über den Umfang des Zusammenbruchs aufzuklären, der die Erfüllung ihres Wunsches verhinderte. Er schrieb in der «Freiheit»:

«In Bausch und Bogen alles für nationalisiert erklären und dann hinterdrein drangehen, die Bedingungen dafür zu schaffen, heisst das Pferd beim Schwanz aufzäumen, heisst ein Übergangsstadium schaffen, in dem Kapitalistische Produktion nicht mehr und sozialistische noch nicht möglich ist, ein Stadium, in dem eine rationelle Produktion überhaupt nicht möglich ist. Es heisst, vorübergehend die Produktion zum Stocken bringen. Eine solche Art Sozialismus gerade jetzt im Moment der Demobilisierung durchführen oder auch nur fordern, hiesse Deutschland in ein Tollhaus verwandeln.»

Von der russischen und der deutschen Sowjetpresse wurde Kautsky dafür als Renegat beschimpft.

Dass Sozialismus Aufbau bedeutete, und dass Aufbau ohne Arbeit unmöglich war, sahen die einfachsten Arbeiter ein. Wenn an die Arbeiter lebenswichtiger Betriebe der Appell auf Mehrarbeit erging, blieb das nicht fruchtlos, trotz der Versuche der Spartakisten, immer wieder Zwietracht zu säen. Als die unabhängige «Freiheit*» die Errungenschaft des Achtstundenarbeitstages als Erfolg der Revolutionsperiode bezeichnet hatte, erklärte die «Rote Fahne» selbstverständlich den Achtstundentag als eine überholte bürgerliche Reform und forderte den Sechsstundentag. Wäre die «Freiheit» für den Sechsstundentag eingetreten, so hätte die «Rote Fahne» den Vierstundentag als nächstes Ziel proklamiert.

Die Kommunisten suchten die Arbeiter einzufangen mit der Parole: «Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Lohn.» Das war sicher populär. Wer damals Wirklichkeitssinn hatte, musste trotzdem vor dieser Parole warnen. Grosse Verdienste hat sich damals der linksradikale Volksbeauftragte Barth erworben. Er ermahnte die Berliner Arbeiterräte am 25. November in den «Germaniasälen», Verständnis für die Schwierigkeiten zu haben, unter denen die Volksbeauftragten arbeiten müssten.

Für Experimente sei die Zeit nicht geeignet. Was geschehe, müsse planmässig, grosszügig, einheitlich, organisch im Interesse der Allgemeinheit angepackt und durchgeführt werden. Eine Sozialisierung könne es nur nach einem einheitlichen Plan geben. Er warne die Arbeiter, die Revolution nur als eine grosse Lohnbewegung aufzufassen. Wenn sie nur das wäre, würde sie bald zu Ende sein.

Das waren wertvolle Worte, ausgesprochen in einer Versammlung, die von Fanatikern nicht frei war. Einer der Delegierten hatte empfohlen, einen General zu erschiessen, und einen Kapitalisten zu enteignen. Solche abschreckenden Beispiele würden helfen. Selbstverständlich sollten nur Leute erschossen werden, die etwas verbochen hätten, wie er begütigend hinzufügte.

Die Linksradikalen hatten für Barths Äusserungen kein Verständnis. Sie kannten ihren Barth vom Metallarbeiterstreik nicht mehr wieder. In der zweiten Versammlung der Gross-Berliner Arbeiterräte vom 29. November musste sich Barth dagegen verteidigen, dass er ein Renegat sei, wie ihm das in Neukölln vorgeworfen war:

Er sei geblieben, was er war, aber den Tatsachen könne er sich nicht verschliessen. Das deutsche Volk könne sich keine Rohstoffe aus den Ärmeln schütteln, und «sozialisieren kann man nur, wenn etwas zum Sozialisieren da ist». Streiken sei heute keine Kunst, dazu gehöre kein Mut. Man müsse heute von den Arbeitern erwarten, dass sie die Leute zur Vernunft brächten.»

In derselben Versammlung rief Kali ski den verhimmelten Arbeiterräten zu:

«Verwechseln Sie nicht Massenbewusstsein mit Grössenwahn.» Mit wirtschaftlichen Angelegenheiten dürfe man nicht spielen. Es stehe das Schicksal von Millionen auf dem Spiel. Politische Dummheiten könnten repariert werden, wirtschaftliche Dummheiten hätten Millionen auszubaden. Kaliski fragte die Arbeiterräte, ob sie die wirtschaftliche und technische Leitung von Grossbetrieben übernehmen könnten, und antwortete auf vereinzelte Zurufe «Jawohl, Jawohl», er freue sich, dass nur ein paar junge Elemente den Mut zu diesem «Jawohl» aufgebracht hätten.

Nachdem sich dann ein paar Schreier gegen Ebert und Scheidemann und deren sozial patriotischen Gehirnkleister ausgelassen hatten, nahm ich das Wort, um Barths Auffassung zu unterstreichen.

Ich käme eben aus dem Reiche, wo die Massenstimmung gegen Berlin ungeheuer sei. Durch turbulente Szenen in den Versammlungen der Berliner Soldaten- und Arbeiterräte würde diese Missstimmung gestärkt, durch die unfruchtbare Arbeit genährt. Unser Wirtschaftsleben würde nur in Gang kommen, die Erwerbslosen würden nur Arbeit erhalten, wenn eine gewisse Sicherheit erzeugt würde, die das Disponieren erlaube. Wenn wir nicht zu einheitlichen Richtlinien kommen und die Autorität erlangen würden, die Beschlüsse auch durchzusetzen, segelten wir bald unrettbar in völlige Anarchie. Wenn die Arbeiterräte sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellten, würden wir bald nur noch einen Rahmen einer sozialen Republik haben, aber keinen Inhalt. Als ich die Volksbeauftragten in Schutz nahm, die dodi von den Arbeiter- und Soldatenräten als Regierung eingesetzt worden seien, wurde mir zugerufen: «Nein, nur von Soldaten.» ich erwiderte: «Wenn Euch die Regierung nichtpasst.sojagtsiedochfor t.» Ihr werdet euch aber täuschen, wenn ihr glaubt, dass hinter Ebert und Scheidemann nur ein kleines Häuflein steht. Der Zank in den sozialistischen Reihen gefährdet die Republik aufs Äusserste. Wenn der Zank unter den Arbeitern nicht aufhört, wird der Bestand einer sozialistischen Revolution nur noch Monate oder Wochen währen.

Mein Schlussappell, den Streit unter den sozialistischen Reihen zu begraben, löste langanhaltenden Beifall aus. Das war ein Beweis dafür, dass die Mehrheit der Arbeiterräte zu der erlangten Freiheit sichere Arbeit und ausreichendes Brot haben wollten, für jene Zeit aber bereit waren, unmögliche Experimente zu unterlassen. Nur der Führer der revolutionären Obleute, Wegmann, sagte in der gleichen Versammlung der Berliner Arbeiterräte:

«Solange die politische Unreife der grossen Massen so klar hervortrete, sei es nicht angängig, eine Nationalversammlung zustande zu bringen! Auf dem Lande hätten die Landräte und Pfaffen noch den grossen Einfluss! Da ist die Stimmung noch nicht reif für die Nationalversammlung!

Mit ähnlichen Äusserungen über die Unreife der Massen hatten die Konservativen bis zur Revolution die Notwendigkeit des Dreiklassen-

wahlrechts verteidigt. Zu viel Reaktion und zu viel Revolution führen zu ähnlichen Schlüssen. Mit Wegmanns Entgleisungen arbeitete damals die Mehrheitssozialdemokratie unter den Arbeitern sehr erfolgreich gegen die Linksradikalen.

Barth's Auftreten gegen die Unvernunft der Linksradikalen war nicht der Ausbruch einer momentanen Laune gewesen. In der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter sprach er sich Anfang Dezember nochmals scharf gegen Arbeitsniederlegungen aus, die auf alle Fälle unterbleiben müssten:

Es bedürfe des grössten Idealismus, der Solidarität und Entsaugung, wenn wir überhaupt durch diese Schwierigkeit hindurchkommen sollten. Die deutsche Industrie habe keinen nennenswerten Kredit mehr im Auslande. Der unentbehrliche Kredit für die Rohstoffversorgung sei aber nur durch Erzeugung von Exportgütern zu schaffen. Früher war der Streik eine Tat, heute sei er eine Dummheit!»

Gegen übertriebene Lohnforderungen nahmen damals nicht nur die Volksbeauftragten Stellung. Sie wurden dabei unterstützt von der preussischen Regierung, die als Besitzerin von Eisenbahnen und Bergwerken gleichzeitig der grösste Arbeitgeber der Welt war. Noch am 2. Januar 1919, einen Tag vor dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der preussischen Regierung, hat diese eine Verfügung gegen übertriebene Lohnforderungen der Arbeiter herausgegeben, in der es hiess:

«Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muss. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, dass ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Masse eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Mass des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie heranretende Lohnforderungen zwar mit aller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig dahin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.»

Diese Verfügung war gezeichnet: Hirsch, Ströbel, Braun, Ernst, Adolph Hoffmann, Rosenfeld.

Der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. J. Reichart, hielt am 30. Dezember 1918 vor der Vereinigung

der Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks einen Vortrag, in dem er u.a. ausführte:

«Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?»

«Am 9. Oktober 1918 sass im Stahlhof zu Düsseldorf eine Anzahl von Eisenindustriellen, die sich über diese Dinge unterhielten. Die Versammelten waren sich einig darüber, dass unter den bestehenden Verhältnissen die Regierung des Prinzen Max von Baden und des Herrn von Payer unhaltbar sei, und dass sie bald gestürzt werden würde. Man hat die Lebensdauer dieser Regierung auf nicht mehr als 4-5 Wochen veranschlagt, die leider auf den Tag zugetroffen ist. Jedenfalls haben sich die Eisenindustriellen von einer schwachen Regierung keine Hilfe versprechen können. Blickte man weiter und fragte man: kann vielleicht das Bürgertum künftig eine starke Stütze und Hilfe für die deutsche Wirtschaftspolitik werden, so musste man angesichts der vielen bedauerlichen Erscheinungen und der häufigen Enttäuschungen, die man in all den Jahrzehnten erlebt hat, sich sagen: Auf das Bürgertum, wie es einmal in Deutschland ist, ist in wirtschaftspolitischen Dingen leider kein Verlass. Einen überragenden Einfluss schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluss: inmitten der allgemeinen grossen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften.»

Aus ureigensten Interessen fanden die Industriellen so den Anschluss an die Gewerkschaften. Um einen Preis. Sie mussten das Prinzip aufgeben, das gerade die Scharfmacher der Schwerindustrie am heftigsten verteidigt hatten: Den Standpunkt «des Herrn im Hause», die Erbschaft der Stumm und Kirdorff. Trotzdem war die Arbeitsgemeinschaft der Sieg eines Prinzips, für das die Gewerkschaften gerade gegen die Schwerindustrie solange gekämpft hatten. Die gelben Gewerkvereine wurden auf Verlangen der Gewerkschaften von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschaltet. Der Achtstundentag, seit dem Pariser Kongress von 1889 die Maiforderung der Arbeiterklasse, konnte ohne Verdienstaufschlag durchgeführt werden. Mit diesem Zugeständnis kamen die Arbeitgeber, als sie die Arbeitsgemeinschaft eingingen, allerdings nur den Volksbeauftragten zuvor.

Die Gewerkschaften waren bei den revolutionären Räteführern nicht beliebt. Im Kampf gegen die «Gewerkschaftsbonzen» hatten sie sich ihre Popularität zu erringen versucht. Aber sie sahen ein, dass sie ohne Gewerkschaften trotzdem nicht auskommen konnten.

Die Berliner Gewerkschaftskommission gab bekannt, dass in den Betrieben ohne Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftsorganisation nichts unternommen werden dürfe, und dass die Arbeiterräte als politische Körperschaften sich nicht in die wirtschaftlichen Angelegenheiten der Betriebe einzumischen hätten. Der Vollzugsrat hatte die Gewerkschaften ausdrücklich als die massgebenden Faktoren bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestätigt. Unternehmer nahmen das gelegentlich zum Anlass, Arbeiterräte abzuweisen, wenn diese für die Betriebsbelegschaften vorstellig wurden. Dann sollte der Vollzugsrat wieder den Arbeiterräten helfen. Er tat das durch folgende Verordnung:

«Die verschiedenen Bekanntmachungen der Reichsregierung und anderer Behörden, auch die Bekanntmachung der Gewerkschaftskommission von Berlin sind geeignet, Missverständnisse über die Rechte der Arbeiterräte bzw. Arbeiterausschüsse aufkommen zu lassen. Die Unternehmer betrachten die Arbeiterausschüsse bereits als aufgelöst und weigern sich, diesen die Kontrolle über den Betrieb einzuräumen. Demgegenüber erklärt der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Folgendes:

Bis zur endgültigen Neuwahl der Fabrikarbeiterräte, die unter Aufsicht der Gewerkschaften vorgenommen wird, bleiben die bestehenden Arbeiterausschüsse in Kraft. Diesen Ausschüssen steht das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozess entstehenden Fragen zu.»

Der Beschluss war, wie Richard Müller in seinem Buche «Vom Kaiserreich zur Republik» zugibt, in später Stunde im Vollzugsrat gefasst worden, ohne dass seine Tragweite erkannt wurde. Durch Abfassung von Richtlinien wurde er praktisch ausser Kraft gesetzt, bevor er in Kraft getreten war. Die Betriebsräte hatten nach den neuen Richtlinien alle die Arbeiter und Angestellten betreffenden Fragen gemeinsam mit den Betriebsleitungen zu regeln. Bei dieser Gelegenheit wurde dann gleichzeitig den Versuchen wilder Sozialisierung einzelner Betriebe ein Riegel vorgeschoben, indem der Vollzugsrat erklärte:

«Die Sozialisierung der Betriebe darf nur von der sozialistischen Regierung systematisch und organisch in Berücksichtigung der gesamten inner- und aussenpolitischen Verhältnisse vorgenommen werden.»

Das passte Richard Müller nicht. Er verlangte die Kontrolle des gesamten Geschäftsbetriebes durch die Arbeiterräte. Sollten die Unternehmer wagen, dagegen Widerstand zu leisten, so musste dieser eben gebrochen werden. Eventuell musste zur Enteignung obstruierender Unternehmer geschritten werden! Durch wen? Durch die Arbeiter des betreffenden Betriebes?

Als aber Arbeiterräte kamen und an den alten Satz erinnerten: «Akkordarbeit ist Mordarbeit», wusste Richard Müller sie damit zu trösten, dass die grundsätzliche Regelung der Frage der Akkordarbeit nicht

jetzt, sondern erst beim Wiederaufbau einer geordneten Wirtschaft geregelt werden könne:

«Wir können nicht einfach dekretieren: von morgen ab gibt es keine Akkordarbeit mehr. Damit würden wir den ganzen kapitalistischen Grossbetrieb, der auf dem Akkordsystem beruht, lahmlegen.»

In den Richtlinien für die Betriebsräte, die der Vollzugsrat am 23. November veröffentlichte, wurde u.a. verlangt:

«Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit dürfen Entlassungen nicht erfolgen, bevor nicht die Arbeitszeit bis zu vier Stunden herabgesetzt ist. Der Lohnausfall wird durch die Arbeitslosenfürsorge geregelt.»

Kurz vor dem Ersten Rätekongress wurden die deutschen Unternehmerkreise durch das eigenmächtige Vorgehen eines rheinischwestfälischen Arbeiterrates in Erregung versetzt.

Am 8. Dezember 1918 wurden August Thyssen, Fritz Thyssen, Edmund Stinnes (der Sohn) und die Direktoren Herle, Becker, Wirtz u.a. in Mülheim a. d. Ruhr vom Arbeiter- und Soldatenrat verhaftet und stundenlang verhört. Ihnen wurde zur Last gelegt, dass sie in einer Konferenz in einem Hotel in Dortmund der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente das Wort geredet und damit Landesverrat begangen hätten. Sie wurden nach Berlin gebracht. Die Firma Thyssen telegraphierte an den Volksbeauftragten Ebert, dass keiner der Genannten an der angeblichen Sitzung in Dortmund teilgenommen hätte, also widerrechtliche Freiheitsberaubung vorläge. Der Inhaber des betreffenden Hotels sagte aus, dass eine derartige Konferenz bei ihm überhaupt nicht stattgefunden habe. Der Kellner, der als Belastungszeuge fungierte, sei nicht unbedingt glaubwürdig. Es musste selbstverständlich alsbald die Enthftung der gefangenen Industriekapitäne angeordnet werden, gegen die keinerlei konkretes Beweismaterial vorlag.

Auf dem Ersten Rätekongress sprach Rudolf Hilferding über die Sozialisierung. Er war wie die Volksbeauftragten für die Überführung der für die Sozialisierung reifen Betriebe in den Besitz der Gemeinschaft.

Reif seien Kohlenbergbau, Erzbergbau, Eisenverarbeitung auf allen Stufen, Kalibergbau. Notwendig sei auch die Verstaatlichung des Grossgrundbesitzes, besonders der Forsten.

Hilferding war selbst Mitglied der Sozialisierungskommission und war sich der Schwierigkeiten der Durchführung dieser Forderungen im Einzelnen natürlich bewusst:

«Eine politische Revolution sei verhältnismässig leicht durchzuführen. Die Durchführung der Sozialisierung bedeutet die Ersetzung einer Wirtschaftsform durch eine andere. Das sei nicht auf dem Wege eines Dekretes zu machen, sondern das sei ein langwieriger Prozess. Die Sozialisierung bedeute die Verwirklichung

eines höchsten sozialen Ideals, das nur durch die Zusammenarbeit aller sozialen Kräfte zu erreichen sei.»

Der Kongress nahm nach längerer Debatte eine Kompromissresolution an, die die Regierung beauftragte, unverzüglich mit der Sozialisierung des Bergbaus und der zur Sozialisierung reifen Industrien zu beginnen.

Hilferding hatte in seinem Referat mit Recht darauf hingewiesen, dass zur Durchführung der Sozialisierung die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit haben müsse. Da aber die Wahlen zur Nationalversammlung infolge der Treibereien der Linksradikalen so lange hinausgezögert wurden und der gehässige Kampf unter Sozialisten und Kommunisten auf Arbeiter- und Angestelltenkreise vielfach abstossend wirkte, erhielt die Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit. Damit war für den Fortgang der Sozialisierungsbestrebungen das stärkste Hemmnis eingetreten.

Die Frage der Sozialisierung war auch Gegenstand der Debatten zwischen Volksbeauftragten und Zentralrat, bevor es zum Austritt der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung kam. Ebert war damals, trotzdem der Bericht der Sozialisierungskommission noch nicht vorlag, zum Entgegenkommen bereit. Er machte den Vorschlag, dass die Sozialisierungskommission aufgefordert werde, zunächst einen Plan für die Sozialisierung der Bergwerke auszuarbeiten.

Die Sozialisierungskommission legte dem Zentralrat zum 7. Januar 1919 über ihre Tätigkeit einen vorläufigen Bericht vor. Sie stellte allgemeine Grundsätze für die Sozialisierungsarbeit und im Zusammenhang damit einen eigenen Arbeitsplan auf. In ihrem Bericht wurde u.a. ausgeführt:

«Dabei ging sie (die Kommission) davon aus, dass nichts gefährlicher sein würde, als das wirtschaftliche Leben schematisch nach einem allgemeinen Rezept umwandeln zu wollen, dass es vielmehr von dem Entwicklungsstände und der technischen Eigenart der einzelnen Wirtschaftszweige abhängt, ob und in welcher Form sie einer Vergesellschaftung zugänglich wären. Darin liegt schon der weitere Grundsatz beschlossen, dass unter Vergesellschaftung keineswegs durchgängig Verstaatlichung verstanden wird, vielmehr kommen, je nach dem besonderen Falle, auch das Eigentum der Gemeinde oder sonstiger Selbstverwaltungskörper oder die Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften und schliesslich verschiedene Formen der Beteiligung und Kontrolle durch die Allgemeinheit in Betracht.

Massgebend für alle diese Fragen ist in erster Linie, und zwar nicht nur wegen der allgemeinen Grundsätze des Sozialismus, sondern, insbesondere in der gegenwärtigen Lage, die Rücksicht auf die Erhaltung und womöglich Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft. Diese Rücksicht veranlasste auch von vornherein die Festlegung des Grundsatzes, dass im Falle der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln die bisherigen Besitzer entschädigt werden sollen, damit eine Be-

unruhigung oder gar Unterbrechung der Produktion in der gegenwärtigen kritischen Lage verhindert werden.»

«So begreiflich die Ungeduld der Öffentlichkeit ist, auf eine konkrete Verwirklichung des sozialistischen Programms zu sehen, so würde die Kommission doch ihrer grossen Verantwortlichkeit nicht gerecht werden, wenn sie ohne gründliche Prüfung aller Einzelfragen Vorschläge ausarbeiten würde, die in jedem Falle von einschneidendster Wirkung auf das ganze Leben des deutschen Volkes sein müssten. Die Einsicht in die Grösse ihrer Aufgabe verbietet der Kommission, dem populären Verlangen nachzugeben; die Kommission hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt und hält an ihm fest, dass nur gründliches methodisches Durcharbeiten der einzelnen Probleme zum Ziel führen kann.»

Vom Reichsschatzamt erwartete die Kommission aus fiskalischen Gründen weitgehende Monopolpläne. Das vornehmste Mittel der Einwirkung des Staates auf die Industrie war im Kriege die Beschlagnahme und die Zuweisung der Rohstoffe gewesen. Die Knappheit der Rohstoffe, der Mangel an Kohle und an Arbeitern hatte im Kriege vielfach zu Stilllegungen und Zusammenlegung verwandter Betriebe geführt. Das hatte sich aber nach Tagesbedürfnissen ganz unorganisch vollzogen, während jetzt eine rationelle Zusammenarbeit erfolgen sollte. Da die Unternehmer auf völlige und baldige Aufhebung der gesamten Zwangswirtschaft drängten, empfahl die Sozialisierungskommission den Volksbeauftragten, die Zwangsorganisation im einzelnen Falle nur in Übereinstimmung mit der Kommission abzuändern oder aufzuheben. Damit sollte eine Einwirkung auf rationelle Umorganisation bei der Umstellung auf Friedenswirtschaft gewährleistet werden. Das Reichsschatzamt hat sich damals nur mit Projekten für ein Branntweinmonopol und ein Versicherungsmonopol beschäftigt, über die aber noch keine Entscheidung gefallen war.

Die Sozialisierungskommission hat damals auch eingehend über den Steinkohlenbergbau verhandelt. Dabei wurde auch die Frage der Rentabilität des Staatsbetriebes erörtert. Bevor die Arbeiten der Kommission beendet waren, hat die Sozialisierungskommission den Volksbeauftragten folgende grundsätzliche Erklärung zugestellt:

«Die mineralischen Bodenschätze des deutschen Reichs sind Eigentum der Nation. Die Regierung ist gewillt, dieses Eigentumsrecht geltend zu machen, indem sie die an Private verliehenen Bergwerksgerechtsame, soweit es sich um noch nicht in Abbau genommene Felder handelt, für das Reich zurückerkämpft, und indem sie die Übertragung des Eigentums an den in Betrieb befindlichen Werken auf das Reich grundsätzlich ausspricht. Die Fragen der Betriebsorganisation und die Form der Entschädigung bleiben den näheren Ausführungsbestimmungen vorbehalten.

Auf alle Fälle aber muss die gesamte Absatzorganisation, die Preisbildung und die Entscheidung über die Errichtung neuer Schächte und den Aufschluss neuer Bergwerke der staatlichen Regelung und Aufsicht unterliegen. Die Bergwerksregale der Privaten werden unverzüglich aufgehoben werden. Die entsprechenden Gesetze werden mit grösster Beschleunigung ausgearbeitet.

In den Betrieben sollen die Grundsätze der sozialen Demokratie gesetzlich durchgeführt werden. Die gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten werden insbesondere weitgehenden Einfluss auf die Bestimmung von Arbeitslöhnen, Arbeitszeit und Sicherheitsmassnahmen erhalten. Zu diesem Zwecke wird ihnen vor allem der nötige Einblick in die Geschäftsführung gesichert werden müssen. Dadurch werden sie auch Gelegenheit haben, dafür zu sorgen, dass technische Anregungen der im Betriebe Tätigen berücksichtigt werden. Leitender Gesichtspunkt für den gesamten Betrieb wird nicht mehr das kapitalistische Gewinninteresse sein, sondern Verbesserung der Lage der Arbeiter und Angestellten und das Gesamtinteresse der Gesellschaft.»

Soweit war die Sozialisierungskommission Anfang Januar 1919, als der kommunistische Aufstand das Gefüge der Republik so schwer erschütterte, dass die Weiterexistenz der Regierung der Volksbeauftragten in Frage stand und als uns noch zwölf Tage von der Wahl zur Nationalversammlung trennten, deren Ausgang für das Schicksal aller Sozialisierungsbestrebungen von entscheidender Bedeutung sein musste.

Die Nationalversammlung erhielt eine bürgerliche Mehrheit. Die Sozialdemokratische Partei hat deshalb den Kampf um die Herbeiführung der Sozialisierung nicht aufgegeben. Auf ihre Notwendigkeit wies der Aufruf von Parteivorstand und Fraktion der Nationalversammlung vom 1. März 1919 hin. In der Nationalversammlung stellte die sozialdemokratische Fraktion am 1. März folgenden Antrag:

«Die Nationalversammlung wolle beschliessen:

1. Das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen steht allein der Nation zu.

2. Die Reichsregierung wird aufgefordert, die Bergwerke und die Erzeugung von Energie mit möglichster Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei die Arbeiter und Angestellten durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle und Verwaltung zu beteiligen.»

Die Reichsregierung versprach, einen diesen Wünschen entgegenkommenden Gesetzentwurf in kürzester Frist ausarbeiten zu lassen. Am 3. März 1919 gingen nach vorheriger Beratung im Staatenausschuss der Nationalversammlung ein Sozialisierungsgesetz und ein Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft zu. Das erste war ein Rahmengesetz, das dem Reiche ganz allgemein die Befugnis zur Sozialisierung von Betrie-

ben gab, während das zweite die künftige Leitung der deutschen Kohlenwirtschaft einem Reichskohlenrat übertrug, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher unter Staatsaufsicht miteinander zu beraten hatten. Dem Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft folgte dann noch ein solches über die Kaliwirtschaft, für die ein Reichskalirat geschaffen wurde. Die Gesetzentwürfe lösten bei der eingehenden Beratung in den Ausschüssen lebhaften Widerstand der bürgerlichen Parteien aus.

Der entscheidende § 2 des Gesetzes über die Sozialisierung lautet:

«Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung

1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften in Gemeinwirtschaft zu überführen, im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.

Ein Antrag auf Streichung der Worte: «Gegen angemessene Entschädigung» scheiterte am Widerspruch aller bürgerlichen Parteien.

So war die Möglichkeit der Sozialisierung da, aber die Sozialisierung «marschierte» trotzdem nicht. Die Sozialisierung des «Kohlensyndikats» war nicht die Sozialisierung, die die Arbeiter gefordert hatten. Die schrankenlose Privatwirtschaft war allerdings eingeschränkt durch ein gewisses Oberaufsichtsrecht des Reiches. Gemein Wirtschaft war das aber noch lange nicht. Nach Auflösung der Nationalversammlung war die sozialisierungsfeindliche bürgerliche Mehrheit im ersten Reichstag stärker geworden. Gleichzeitig war die ausserparlamentarische Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächer geworden.

Nach der Niederlage der Spartakisten im Berliner Januarputsch versuchten die Kommunisten immer wieder, im Ruhrgebiet, im Halleschen Braunkohlengebiet, in Ober- und Niederschlesien Generalstreiks zu entfesseln mit der Parole: «Sozialisierung der Schlüsselindustrien». Waren die Kommunisten politisch unterlegen, so wollten sie doch versuchen, mit ökonomischen Machtmitteln die neue deutsche Republik aus den Angeln zu heben. Die Bewegungen, die diese kommunistische Kampfparole auslöste, haben nicht nur die beteiligten Arbeiter schwer geschädigt, sondern wegen des durch sie verursachten Kohlenmangels auch unbeteiligte Arbeiter zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Dabei fehlte diesen Streiks jede klare Linie und jede zentrale Kampfleitung. Abwechselnd wurde heute in diesem, morgen in jenem Bezirk ein Feuer angezündet. Erreicht wurde dadurch nichts. Auch dort *nicht*, wo wie im

Ruhrgebiet in der ersten Januarhälfte 1919 vorübergehend eine gemeinsame Front von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Spartakisten gebildet worden war, «um die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus selbst in die Hand zu nehmen». Auch das dauerte nur kurze Zeit. Jedes Bündnis mit den Linksradikalen trug den Keim des Zerfalls in sich.

Auf dem Boden demokratischer Grundsätze erfolgte unter tatkräftiger Unterstützung der einsichtigen deutschen Arbeiter die Konsolidierung der deutschen Wirtschaft.

XII. Der Erste Rätekongress

Es kann nicht meine Absicht sein, im Rahmen dieses Buches den Verlauf des Ersten Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte zu schildern, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin tagte. Die Verhandlungen dieses Kongresses wurden stenographisch aufgenommen. Sie sind in der «Druckerei des Admiralstabes der Marine» gedruckt und von Robert Leinert-Hannover, einem der Vorsitzenden des Kongresses, Ende Januar 1919 herausgegeben worden.

Die Volksbeauftragten forderten die Einberufung des Kongresses, weil sie glaubten, mit einem aus Vertretern des ganzen Reiches zusammengesetzten, auf diesem Kongress zu wählenden Zentralrat besser zusammenarbeiten zu können, als mit dem Berliner Vollzugsrat. Dieser mischte sich immer wieder in die Exekutive ein. Haase und Dittmann hatten zu freundschaftlicher Aussprache über die vorhandenen Differenzen geraten, Ebert behauptete aber, dass der Vollzugsrat die Volksbeauftragten als Puppen behandeln wolle. Das sei nicht mehr zu ertragen. Die Missstimmung Eberts war begründet. Ende November war z.B. ein gewisser Ettisch auf dem Haupttelegraphenamt, auf dem Luise Kautsky amtierte, erschienen und hatte behauptet, vom Vollzugsrat Auftrag zu Jiaben, die zu befördernden Telegramme durchzulesen und abschreiben zu dürfen. Der Vollzugsrat wollte damit der Gegenrevolution bis in die Telegraphendrähte hinein nachspüren. Ebenso verlangte der Vollzugsrat, dass das Wolffsche Telegraphenbüro seine Bekanntmachungen gratis brächte, wie die der Regierung, und verlangte hierzu die Unterstützung der Volksbeauftragten, die aber ein Eingreifen ablehnten und dem Vollzugsrat rieten, sich mit dem Wolff sehen Telegraphenbüro zu einigen oder zu zahlen. Landsberg drohte Ende November mit dem Aus-

scheiden der Mehrheitssozialdemokratie aus der Regierung. Er wollte es Haase, Dittmann und Barth überlassen, die Politik Deutschlands allein weiterzuführen, wenn nicht endlich wirkliche Garantien gegen die fortgesetzten Übergriffe des Vollzugsrats geschaffen würden.

In einer Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratie, die am 28. November in Berlin stattgefunden hatte, und in der ich als Referent für die baldige Einberufung der Nationalversammlung eingetreten war, hatte Ebert in der Diskussion mitgeteilt,

dass Bestrebungen im Gange wären, eine Regierung Haase-Dittmann-Liebknecht zu bilden. Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat habe den Rücktritt aller angeblich durch die Kriegspolitik kompromittierten Persönlichkeiten verlangt. Die Partei sei bereit, die mit den Unabhängigen am 9. November getroffenen Abmachungen zu halten. Sie könne aber nicht dulden, dass ihr in der Auswahl der Vertrauensleute Vorschriften gemacht würden. In diesem Sinne habe er im Kabinett eine Entschliessung herbeizuführen gesudt. Für diese Entschliessung sei keiner der unabhängigen Volksbeauftragten eingetreten. Er würde sich mit den Kollegen solidarisch erklären, deren Ausscheiden verlangt würde.

Der Parteiausschuss hatte darauf einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

«Der Vollzugsrat des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats München hat in einer Entschliessung den Vollzugsrat Berlin aufgefordert, den Sturz der Reichsregierung herbeizuführen, wenn sie weiterhin einer Reihe von Personen eine einsprechende Stellung einräume, unter denen auch Scheidemann und David genannt werden. Der Vollzugausschuss München scheint ganz übersehen zu haben, dass die Bildung der bestehenden Regierung auf einer Verabredung der beiden sozialdemokratischen Parteien beruht, die von den Arbeiter- und Soldatenräten Gross-Berlins mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit bestätigt worden ist. Es liegt auf der Hand, dass keine der beiden sozialdemokratischen Parteien es dulden kann, dass ihr das Recht, ihre Vertrauensmänner selbst zu bestimmen, entwunden wird. Der Versuch, den einen oder anderen von ihnen aus der Regierung zu entfernen, muss daher die Abmachung der beiden Parteien erschüttern.»

Die Zusammenarbeit mit den unabhängigen Volksbeauftragten war besonders in aussenpolitischen Fragen durchaus gut gewesen. Dagegen waren noch Gegensätze wegen des Termins der Einberufung der Nationalversammlung vorhanden. Für deren baldige Einberufung fanden immer wieder Kundgebungen statt. In Berlin hatten sich am 30. November 1918 die Soldatenvertreter mit 300 gegen 2 Stimmen dafür ausgesprochen, dass die Nationalversammlung zu dem technisch am ehesten möglichen Termine einberufen werden möge. (In dieser Versammlung war übrigens fast einstimmig die Anerkennung von Delegierten des Rates der Deserteure und Urlauber abgelehnt worden.)

Im Saale des «Rheingold» hatte am 1. Dezember unter dem Vorsitz von Eugen Ernst eine Versammlung der Mehrheitssozialdemokratie stattgefunden, in der Ebert über Demokratie und Sozialismus sprach.

Unter Berufung auf das Erfurter Programm von 1891 erklärte er, dass die Sozialdemokratie nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte kämpfe, sondern gegen jede Unterdrückung sei. In diesem Sinne habe die Sozialdemokratische Partei, ihrer Tradition getreu, den kommenden Wahlkampf zu führen. So werde sie siegen. Sozialismus sei uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu vermehren. Ebert sprach sich scharf gegen alle Gewaltpolitik aus, von wem sie auch komme. Sozialismus bedeute planmäßige Ordnung. Nur wenn die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringe und dem Volke weniger Lasten auferlege und mehr Verbrauchsmöglichkeiten und Freude bringe, werde sie sich dauernd behaupten können.

Eberts Ausführungen wurden durch Otto Braun noch ergänzt. Unter lebhaftem Beifall gelobten die Versammelten, die Regierung in ihrem Kampf allen Widerständen und Hindernissen zum Trotz zu unterstützen.

Sonntag für Sonntag fanden in allen Teilen Berlins solche Versammlungen der Mehrheitssozialdemokratie statt, die gegen den notwendig zur Anarchie führenden Terror von links Stellung nahmen und eine klare Entscheidung gegen alle Gewaltpolitik forderten.

Starke Erregung rief damals eine angebliche Äusserung des preussischen Volksbeauftragten «für Volksbildung und schöne Künste», Adolph Hoffmann, hervor, der dem Sinne nach geäußert haben sollte: ergäben die Wahlen zur Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit, so werde die Nationalversammlung gesprengt und die Diktatur des Proletariats eingeführt werden. Die preussische Regierung konnte, wie sie am 14. Dezember erklärte, sich hierzu zunächst nicht äussern, da infolge Erkrankung Hoffmanns der Inhalt seiner Äusserung nicht genau festgestellt werden konnte. Haase sah sich bei einem Empfang auswärtiger Journalisten gezwungen, nachdrücklichst zu erklären, dass ein gewaltsames Auseinandertreiben der Nationalversammlung, wenn sie etwa eine bürgerliche Mehrheit erhalten sollte, ausgeschlossen wäre.

Inzwischen versuchte Hoffmanns Kollege im Unterrichtsministerium, Conrad Haenisch, weil im Rheinland und in den katholischen Teilen Schlesiens eine starke Erregung über Adolph Hoffmanns Unterrichtserlass vorhanden war, Beruhigung zu schaffen.

Haenisch beteuerte, dass dieser Erlass nur den Gewissenszwang für Lehrer und Schüler beseitigen sollte. Andere Länder wären darin schon weitergegangen als

Preussen. Der Erlass entspräche einer Entschliessung des preussischen Lehrervereins. Die Demokratie verlange Gewissensfreiheit. In den Ausführungsbestimmungen solle jede nur denkbare Rücksicht auf konfessionelle Eigenart und örtlich bedingte kirchliche Sitten genommen werden. Im vaterländischen Interesse sollten alle Reibungen vermieden werden. Ein neuer Kulturkampf dürfte in einer Zeit nicht aufkommen, in der die Reichseinheit aufs Äusserste bedroht sei. Auf kirchlich kulturellem Gebiete gäbe es nichts Abstossenderes als öde Pfaffen fresser ei, Aufklärung und Bilderstürmerei. Im Übrigen habe die Nationalversammlung selbstverständlich auch auf diesem Gebiete die endgültige Regelung zu treffen.

Nach seiner Gesundung erklärte Adolph Hoffmann, er habe nur d arauf hin gewiesen, dass bei übereilter Wahl nicht Zeit zur Aufklärung der Massen des Volkes gegeben sei. Infolgedessen sei es möglich, dass die Wahl zur Nationalversammlung keine sozialistische Mehrheit ergebe. Alsdann könnte es schon so kommen, dass die enttäuschten Massen die Nationalversammlung sprengen würden. – Dieses Dementi nützte freilich nichts. Vorsichtshalber untersagte Haenisch Herrn Harndt, dem Pressechef Adolph Hoffmanns, jede weitere selbständige Tätigkeit, nachdem dieser sich in einer durch WTB verbreiteten Kundgebung über «die gradlinige Ausbreitung der kulturellen Interessen durch Adolph Hoffmann⁴¹ ausgelassen hatte.

Ende November drohte der schlesische Volksrat der Reichsregierung mit einem Ultimatum von 48 Stunden Frist für den Fall, dass sie die Nationalversammlung nicht einberufe.

Zu gleicher Zeit ging Genosse Adolf Braun, der Chefredakteur der «Fränkischen Tagespost» gegen Eisner vor, der von München aus mit seinen Leuten ganz Bayern terrorisieren wolle: Das Wahlrecht zu den bayerischen Arbeiter- und Soldatenräten, das Eisner durchgeführt hatte, bezeichnete er als schlechter als das preussische Dreiklassenwahlrecht. Adolf Braun sagte Eisner nach, dass er sich von Beratern beeinflussen lasse, die eine schwere Gefahr für die ganze weitere Entwicklung Deutschlands bedeuteten.

In Köln a. Rh. hatten am 4. Dezember zwei Riesenversammlungen stattgefunden, in denen Wilhelm Marx und Karl Trimborn, die Führer des rheinischen Zentrums, gegen die Berliner Treibereien Stellung nahmen. Sie wollten von Rheinland-Westfalen aus zur Erhaltung der Einheit des Reiches den Wiederaufbau des neuen Staatswesens aufnehmen, da es in Berlin unmöglich zu sein scheine, eine geordnete Regierung zu bilden. Dabei war auch schon von Vorberatungen für die Bildung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik im Rahmen

des Reiches die Rede. Eine solche Sprache war umso weniger gerechtfertigt, als die Zentrumsherren am Rhein keine Ursache hatten, sich aufs hohe Ross zu setzen. In Düsseldorf und Essen war Spartakus zeitweise ebenso mächtig wie in Berlin.

Am 11. Dezember erliessen die Volksbeauftragten einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem sie sich gegen die Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik im Rahmen des Reiches aussprachen. Auch über das künftige Schicksal des preussischen Staates habe die Nationalversammlung endgültig zu entscheiden:

«Eine Neuregelung seines Staatsgebiets dürfte durchaus im Gange der wirtschaftlichen Entwicklung liegen.»

Bereits 48 Stunden nach der Kundgebung des Kölner Zentrums hatte eine grosse Arbeiterversammlung im Kölner Gürzenich unter Leitung des sozialistisch geführten Kölner Arbeiterrats sich scharf gegen die Zentrumsbestrebungen auf Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik erklärt. Immerhin war die Bewegung am Rhein ein Beweis dafür, dass die Parole: Los von Berlin im Reiche zog. Diese Strömungen drängten geradezu zur Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung. Aber die unabhängigen Volksbeauftragten wollten diese immer noch verzögern. Die unabhängigen Volksbeauftragten begründeten ihre Haltung damit, dass ein grosser Teil der im Osten stehenden Truppen und die Kriegsgefangenen noch nicht mitwählen könnten. Ebert berief sich dagegen mit Recht darauf, dass die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes und besonders die Soldaten die baldige Wahl der Konstituante verlangten. Ebert hatte ursprünglich in der Regierung als Wahltermin den 19. Januar 1919 vorgeschlagen. Aus Entgegenkommen schlug er dann den 2. Februar vor mit dem Vorbehalt, dass der Rätekongress über den Termin endgültig zu entscheiden hätte. Schliesslich einigte sich das Kabinett gar auf den 16. Februar, wobei sich Ebert der Stimme enthielt. Mit diesem Vorschlag gingen die Volksbeauftragten an den Rätekongress.

Zum Ersten Rätekongress waren über 500 Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte erschienen. Die Prüfung der Mandate war äusserst schwierig. Nicht weniger als 63 Mandate wurden für ungültig erklärt. Die Parteizugehörigkeit verteilte sich ungefähr wie folgt: 300 Mehrheitssozialdemokraten, 100 Unabhängige, 35 Bürgerliche und 65 unbekannter Parteirichtung. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte also die absolute Mehrheit auf dem Kongress.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt Robert Leinert -Hannover, der sich im preussischen Dreiklassenhause als Landtagsabgeordneter der Sozi-

aldemokratie seine Sporen verdient hatte, Fritz Seger, der Führer der Unabhängigen auf dem Leipziger Rathaus und Gomolka als Soldatenvertreter.

Gleich zu Beginn des Kongresses kam es zu einer Kraftprobe, weil die Linksradiakalen verlangten, dass Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die keine Mandate hatten, als Gäste mit beratender Stimme zugelassen würden. Dagegen empörte sich der gesunde demokratische Sinn der Mehrheit der Kongressteilnehmer. Wie kamen die Linksradiakalen dazu, für zwei der ihrigen solche Sonderrechte zu verlangen? Das Organ Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts forderte gleichzeitig die Arbeiter Berlins auf, die Betriebe zu verlassen und durch Massendemonstrationen den Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte «würdig zu begrüßen». Die Delegierten aus dem ganzen Reiche sollten in Berlin unter den Druck der Strasse gesetzt werden. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Missstimmung im Reiche gegen den Berliner Terror berechtigt war, so wurde er mit diesem Aufruf und den ihm folgenden Demonstrationen geliefert. Die Kongressteilnehmer waren zumeist alte geschulte Parteigenossen, die nicht das geringste Verständnis für diesen Zauber hatten. Diese Veteranen der Arbeiterbewegung liessen sich nicht einschüchtern. Im Gegenteil. Damals wurde schon manchem klar, dass die Nationalversammlung ihre Arbeiten in Berlin kaum ruhig zu Ende führen könnte. Tatsächlich folgten Zehntausende dem Rufe der «Roten Fahne». Die damals angegebene Zahl 50'000 ist weit übertrieben. Die Zahl 250'000, von der die «Rote Fahne» schrieb, ist glatt erschwindelt. Wobei nicht vergessen werden darf, dass auch bei dieser Demonstration sich zahlreiche Neugierige eingefunden hatten.

Vor dem Abgeordnetenhouse hielt Karl Liebknecht an die in der Prinz-Albrecht-Strasse Versammelten eine seiner beliebten feurigen Ansprachen gegen die «Scheidemänner» und die Nationalversammlung, für die soziale Revolution usw. Die Kongressdelegierten liessen sich zunächst durch das «Hoch!» und «Nieder!» nicht einmal beim Mittagessen stören. Aber es sollte noch anders kommen. Im Vertrauen auf den ungenügenden Schutz des Kongresses wurden gut einstudierte Demonstranten zwecks Einschüchterung in den Kongresssaal entsandt.

Am 16. Dezember erschien im Kongresssaale eine Arbeiterdeputation und verlangte für 250'000 Arbeiter gehört zu werden. Sie trug die bekannten Spartakusforderungen vor, in sechs Punkten zusammengefasst. Das unverfrorene Auftreten der Deputation löste stürmische Pro-

teste der Kongressmehrheit aus. Besonders gross war die Erregung über Punkt 4: Beseitigung des Ebert-Haaseschen Rats der Volksbeauftragten, und über Punkt 5: Bildung einer Roten Garde. Der Vorsitzende Leinert machte dem Spektakelstück ein Ende, indem er erklärte, dass der Kongress die Forderungen zur Kenntnis genommen hätte und im Laufe seiner Beratungen über sie entscheiden würde.

Der Kongress entschied sodann über das Verhältnis der Volksbeauftragten zum künftigen Zentralrat, ohne jede Rücksichtnahme auf die Forderungen der Spartakisten. Die Folge war, dass am 18. Dezember sich der Auftritt wiederholte. Obwohl der Kongress einen neuen Empfang der Deputation mit 400 gegen 10 Stimmen mit der Begründung, dass er sich von einer Berliner Deputation nicht terrorisieren lasse, abgelehnt hatte, drängten die Demonstranten einfach in den nicht geschützten Sitzungssaal und ihr Sprecher redete, ohne dass ihm der Präsident das Wort erteilt hatte, stürmisch auf den Kongress ein. Die Kongressdelegierten redeten nun auch. Da sie in der Mehrzahl waren, verstand man den Sprecher der Deputation gar nicht. Aber schliesslich gab Leinert, um die Szene zu beenden, nach und liess den Sprecher doch noch sein Anliegen vortragen. Dabei kam nichts heraus als der erneute Vortrag der bereits mitgeteilten und durch den ablehnenden Kongressbeschluss erledigten Forderungen.

Der Führer der Deputation berief sich darauf, dass auch während der französischen Revolution das Volk von der Tribüne aus dem Konvent seine Forderungen vorgetragen hätte. Das hätte er lieber nicht sagen sollen. Diese arrangierten Auftritte durften mit den spontanen Kundgebungen aus der Zeit der grossen französischen Revolution nicht verglichen werden.

Als Leinert schliesslich dem Sprecher ins Wort fiel und für ein ungestörtes Weiterarbeiten des Kongresses Ruhe verlangte, zog die Demonstration endlich schimpfend ab mit der Behauptung, dass auf dem Kongress die Reaktion herrsche.

Aber nicht nur Arbeiterdeputationen, sondern auch solche der Soldaten wurden in den Kongress entsendet. Am 17. Dezember erschienen in der Nachmittagsitzung des Kongresses etwa 30 Soldatenvertreter, die Pappdeckelschilder trugen, auf denen Regimentsnamen standen. An den folgenden Tagen hagelte es dann Proteste der Soldatenräte einer Anzahl Regimenter über den Missbrauch ihrer Regimentsnamen. Auch diese spartakistischen Soldatenvertreter drangen in den Kongresssaal ein und stellten sich vor dem Präsidententisch hinter der Rednertribüne

auf. Im Gesicht hatten sie zum Teil etwas Grau aufgelegt, um gefährlicher auszusehen. Ihr Sprecher trug eine Entschliessung vor, die in die Forderung auslief: «Alle Kommandogewalt dem obersten Soldatenrat.» Wie Hohn wirkte Absatz 3 der Entschliessung:

«Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.»

Als die Soldatendeputation wegen der Dringlichkeit der Forderungen deren sofortige Abstimmung verlangte, entstand auf dem Kongress ein minutenlanger Tumult. Der Vorsitzende lehnte die Abstimmung mit der Begründung ab, dass einige der Forderungen reiflicher Beratungen bedürften. Heckert aus Chemnitz und Ledebour traten aber für alsbaldige Beratung ein. Der Lärm wurde immer grösser. Die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie verliessen den Saal, um eine gesonderte Beratung abzuhalten. Darauf randalierten die Soldaten erst recht. Schliesslich fand ein Vermittlungsvorschlag Haases, die Beratung auf den 18. Dezember zu vertagen, Geltung, weil Seger nach diesem Vorschlag einfach die Sitzung schloss. Die Soldatenvertreter heulten vor Wut, ballten die Fäuste und fuchtelten mit ihren Stöcken in der Luft herum. Schliesslich zogen sie ab.

Am nächsten Tage wurden die Soldatenforderungen in einer Kommission durchberaten. Das Ergebnis waren die sieben Hamburger Punkte, über deren Entstehung und Schicksal ich in dem Kapitel 10: «Um das Heer der Republik» bereits berichtet habe.

Aber hatte Limbertz nicht recht, wenn er auf dem Kongress diese Sorte Berliner Arbeiter- und Soldatenräte als «wildgewordene rote Spiessbürger» charakterisierte?

Im Ganzen zeigte der Erste Rätekongress, dass im Reiche die Arbeiter und Soldaten die Politik der Mehrheitssozialdemokratie billigten. Der Partei vorstand hatte die auf dem Boden der Partei stehenden Delegierten vor dem Kongress zu einer Fraktionssitzung zusammenberufen. Die Aussprache ergab, dass sich bei Differenzen im Einzelnen die sozialdemokratischen Delegierten in der Hauptfrage einig waren: Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung noch im Januar.

Die Entscheidung über die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Volksbeauftragten und Zentralrat und über die Wahl zur Nationalversammlung fiel eigentlich schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung, dem Bericht über die Tätigkeit der Volksbeauftragten und des Vollzugsrats. Es wurde bei diesem Punkte ein Antrag Lüdemann-Kahmann-Severing mit grosser Mehrheit angenommen, der folgenden Wortlaut hatte:

«Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die gesamte politische Macht in Deutschland repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und die vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten. Der Kongress bestellt ferner einen Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der die Überwachung des deutschen und des preussischen Kabinetts ausübt. Ihm steht das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten des Reiches und, bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch der Volksbeauftragten Preussens zu. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden von dem Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestellt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören.»

Diese Resolution entsprach der staatlichen Auffassung, die die Volksbeauftragten stets gegen den Vollzugsrat vertreten hatten.

Beim zweiten Punkt referierte Cohen-Reuss über die Wahlen zur Nationalversammlung mit dem Ziel einer baldigen Fierbeiführung der Wahlen. Er ging davon aus, dass die Wahlen für die Nationalversammlung umso günstiger für die Sozialisten ausfallen müssten, je früher sie stattfänden. Cohen-Reuss beantragte, die Wahlen schon am 19. Januar stattfinden zu lassen, also vier Wochen vor dem unter den Volksbeauftragten vereinbarten Termin. Cohens Referat fand zum Schluss stürmischen Beifall.

Der Korreferent Däumig sprach gedrückt und ohne Schwung. Er wusste, dass er für eine verlorene Sache kämpfte. Er rief den versammelten Arbeiter- und Soldatenräten zu, dass der lebhafte Beifall, den sie Cohen-Reuss gespendet hätten, das Todesurteil für die Arbeiter- und Soldatenräte bedeute. Seiner Auffassung nach musste das Rätesystem die allein mögliche staatsrechtliche Grundlage der sozialistischen Republik sein. Aber alles das machte auf den «politischen Selbstmörderklub», wie die Linke ironisch den Ersten Rätekongress nannte, keinen Eindruck. Die «Philister» siegten. Mit 344 gegen 98 Stimmen fiel Däumigs Antrag, der die Einberufung eines neuen Rätekongresses forderte, der die Entscheidung über die künftige Verfassung treffen sollte. Bis dahin sollte den Pöäten die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt zustehen. Der Rätekongress nahm Cohens Antrag mit 400 gegen 50 Stimmen an und setzte die Wahlen zur Nationalversammlung bereits auf den 19. Januar fest.

Während der Tagung des Kongresses machte die preussische Regierung am 16. Dezember der «Republik Neukölln» ein Ende. Das war ein Beweis dafür, wie wenig Macht eigentlich hinter dem Spartakusge-

schrei stand. Die «Republik Neukölln» fiel, während die Spartakisten im Innern Berlins gegen den Rätekongress demonstrierten.

Nachdem Richard Müller den Rechenschaftsbericht des Vollzugsrat gegeben hatte, antwortete ihm Wilhelm Dittmann, der Punkt für Punkt seine Anklagen widerlegte. Richard Müllers Angriffe wurden von Brass-Remscheid, Wegmann, Heckert-Chemnitz und vor allem von Ledebour unterstützt. Ledebour tobte sich nochmals gegen die «Scheidemänner» aus, die sich der Revolution bemächtigt hätten, die er doch so gern geleitet hätte. Ihm konnte Dittmann erwidern, dass selbst der Vollzugsrat gegen 5 Stimmen von 45 den Antrag auf Amtsenthebung Eberts abgelehnt hätte. Dittmanns Referat fand bei den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie und der Soldaten starken Beifall. Bei den Unabhängigen weniger. Das lag daran, dass die Unabhängigen damals noch die Spartakisten in ihren Reihen hatten. Barth, ihr Volksbeauftragter, behauptete, dass sie in vier Richtungen gespalten wären: Die stärkste Gruppe um Heckert, Brass, Richard Müller war im Bewusstsein ihrer Ohnmacht für Abstinenzpolitik auf alle Fälle, die Gruppe Geyer-Koenen für Abstinenz wenn irgend möglich, die Gruppe Lauffenberg-Barth gegen Abstinenzpolitik wenn irgend möglich, die Gruppe Hilferding-Dittmann gegen Abstinenzpolitik unter allen Umständen. Bei solcher Zerfahrenheit war es kein Wunder, dass von unabhängiger Seite die Delegierten nicht einmal zu einer Vorbesprechung eingeladen worden waren.

Als Barth auf dem Kongress gegen die Volksbeauftragten auftrat und sich als der «wahre Jakob» der Revolution vorstellte, der allein immer den richtigen Weg gewusst hätte, den die anderen fünf aber nicht betreten wollten, rief er Ebert auf die Tribüne, der ihm schliesslich sagte, dass er und seine Freunde es sich überlegen müssten, ob sie mit Barth noch weiter zusammenarbeiten könnten, wenn gegen die Wiederholung eines solchen Auftritts keine Garantien gegeben würden.

Scheidemann hat sich auf dem Kongress sehr deutlich gegen die Absicht ausgesprochen, die Arbeiter- und Soldatenräte zu verewigen. Deutschland sei in einer so verzweifelten Lage, dass eine Klasse gar nicht allein die Verantwortung für die Zukunft übernehmen könne.

Ich habe mich an den Debatten des Kongresses nur einmal beteiligt. Ich habe dabei Richard Müller gegen Angriffe der Presse in Schutz genommen, nach denen er sich um 80'000 Mark bereichert haben sollte. Ich stellte fest, dass ich Richard Müller seit Jahren als einen selbstlosen, opferbereiten Parteigenossen kennengelernt hätte. Ich schilderte dann, wie aus dem ganzen Reiche täglich Berge von Telegrammen an den Vollzugsrat gekommen wären. Man hätte manchmal glauben können, dass man im Reiche den Vollzugsrat für allweise und allmächtig hielte. Der Vollzugsrat sei aber nicht allweise und auch nicht allmächtig gewesen. Vor lauter Reden sei er zu keinen klaren Beschlüssen über wichtige politische Fragen

gekommen. ich wies im Einzelnen nach, wie die Tätigkeit des Vollzugsrats die Missstimmung gegen Berlin genährt habe. Ich schloss unter lebhaftem Beifall mit dem Ersuchen, den Streit von der Arbeiterschaft fernzuhalten. Dann würde es ein Leichtes sein, durch eine Regierung, die im Vertrauen des Volkes wurzelt, jeden gegenrevolutionären Versuch mit eiserner Faust niederzuschlagen.

Der Vollzugsrat besah werte sich auf dem Kongress auch darüber, dass ihn die Volksbeauftragten in Geldsachen knapphielten. Anfang Dezember war dem Vollzugsrat das Geld ausgegangen. Er verlangte von den Volksbeauftragten 2½ Millionen Mark zur Bestreitung seiner laufenden Ausgaben bis zum 28. Februar 1919. Die Volksbeauftragten sahen in dem vorgelegten summarischen Voranschlag keine Unterlage für ernsthafte Beratungen und gaben ihn dem Vollzugsrat zurück. Besonders Haase wandte sich scharf gegen diese Art, Geld auszugeben und verlangte vom Vollzugsrat das \V irtschaften nach den Grundsätzen eines guten Hausvorstehers. Haase wollte sich im Kabinett für die Bewilligung der unbedingt notwendigen Mittel einsetzen, nachdem ein spezifizierter Etat eingereicht sei. Der Vollzugsrat legte dann einen neuen Etat vor. Die Volksbeauftragten lehnten ihn wieder ab. Sie beschlossen jedoch am 14. Dezember, dem Vollzugsrat 100'000 Mark zu überweisen, von denen das Reich und Preussen je die Hälfte zahlen sollten. Hiervon waren für den Kongress 90'000 Mark bestimmt, wobei für die Kongressteilnehmer sedis Tage Diäten in Rechnung gestellt waren, aber in Höhe von 50 Mark statt der beantragten 50 Mark. 5'000 Mark sollten für einen Theaterabend in der Staatsoper (es wurde zu Ehren des Kongresses «Carmen» gespielt) und 5'000 Mark für sonstige Ausgaben ausgeworfen werden.

Unter den Einnahmen des Vollzugsrats befanden sich nach dem dem Kongress vorgelegten Rechnungsbericht u.a.: «vom Genossen Ettisch im November gegeben 28,272,45 Mk. und von der Nationalbank aus beschlagnahmten Geldern abgehoben im November 360'000, Dezember 250'000, zusammen 610'000 Mk.». Damit hatte es folgende Bewandnis:

Es handelte sich um 450'000 Schweizer Franken, die in 640'000 Mark umgewechselt worden waren. Dieses Geld war ohne Rechtstitel beim Soldatenrat des stellvertretenden Generalstabs in Berlin am 9. November 1918 beschlagnahmt worden. Nach einem Ende November eingegangenen Schreiben der «Siebenerkommission des Soldatenrats Gross-Berlin» hatte ein gewisser Kurt Dette, der durch eine Vollmacht von Ledebour und Barth legitimiert gewesen sei, sich des Geldes be-

mächtigt Das Geld oder ein Teil davon wurde am 10. November Ettisch übergeben, der damals im sogenannten Sicherheitsausschuss sass. Ettisch hat es dann für den Vollzugsrat deponiert. Die Siebenerkommission stellte folgende Fragen und Forderungen:

1. Wir fragen: Mit welchem Recht hat der Vollzugsausschuss über das Geld verfügt?
2. Für welche Zwecke ist das Geld verwandt?
3. Wir verlangen unter allen Umständen die Zurückerstattung des gesamten Betrages für das Auswärtige Amt.

Als der Fall untersucht wurde, gab Ledebour am 2. Dezember 1918 zu Protokoll:

«Ich erinnere mich nicht, mit Barth zusammen einem mir völlig unbekanntem Kurt Dette eine Vollmacht ausgestellt zu haben. Ich bitte, mir die Vollmacht vorzulegen, um feststellen zu können, ob es sich da nicht um eine Fälschung handelt.»

Von diesen beschlagnahmten Geldern hatte der Vollzugsrat seit Anfang November seine Ausgaben bestritten.

lieber die Verwendung der Gelder teilte er der Presse u.a. Folgendes mit:

«Der Vollzugsrat ist am 12. November gegründet worden. Von diesem Tage ab bis zum 1. Dezember hat der Vollzugsrat auf Grund buchmässiger Belege 339 204,05 Mark verausgabt; dazu kommen für die Zeit vom 1. bis 5. Dezember 46 646,88 Mark. Der Vollzugsrat hat also bis zum 5. Dezember insgesamt 385 859,93 Mark ausgegeben. In dieser Summe befinden sich auch die nicht unerheblichen Ausgaben für 40 Kuriere, die von Berlin aus von Mitte November ab nach allen Eisenbahnknotenpunkten entsandt worden sind, um zu verhindern, dass wilde Truppen, die nicht nach Berlin gehören, hierherkommen. Jeder Kurier hat 20 Mark Tagegelder erhalten. In die Summe sind ausserdem 27'000 Mark, die unterschlagen worden sind, und 3'000 Mark, die für das Personal der Funkstation verausgabt worden sind, einbezogen worden. Ein Teil des Geldes ist für den inzwischen eingestellten umfangreichen Propagandadienst verwendet worden. Die Mitglieder des Vollzugsrats – zuerst 28, jetzt 40 – erhalten ein Tagegeld von 50 Mark. Spesen werden nicht bewilligt. Die Schreibmaschinendamen bekommen 10 bis 15 Mark täglich, mehrere, die sich in bevorzugten Stellen befinden, werden mit 20 Mark und in Einzelfällen mit mehr bezahlt. Der Botenlohn beträgt täglich 20 Mark. Kuriere, die besondere Vertrauensstellungen innehaben, erhalten 30 Mark. Weitere Büroangestellte bekommen täglich 25 Mark, geistige Arbeiter 30 Mark und einige wenige Abteilungsleiter 40 Mark. Man muss berücksichtigen, dass das gesamte Personal auf tägliche Kündigung angestellt, und dass die Arbeitszeit fast uneingeschränkt ist.»

Am Schlusse des Kongresses machten die Soldatenvertreter noch einen Versuch zur Einigung. Ihr Antrag forderte den Zusammenschluss der beiden sozialistischen Parteien im kommenden Wahlkampf. Der Vorsitzende Seger von den Unabhängigen wollte den Antrag nicht zur

Abstimmung bringen, weil der Kongress nicht *zuständig* sei. Severing erklärte sich damit einverstanden. Aber die Soldaten setzten durch, dass Heitmann-Königsberg den Antrag begründete:

«Millionen von Soldaten würden, ganz gleich, wie sie während des Krieges zur Politik der Sozialdemokratie gestanden hätten, jetzt keinen Grund zur Aufrechterhaltung der Spaltung finden können. Im Kampfe gegen den Kapitalismus könne sich die Arbeiterklasse den Luxus des Bruderkampfes nicht mehr leisten. Die Parteien könnten einheitlich in den Wahlkampf ziehen, denn der Gegensatz Haase-Liebknecht sei grösser als der Haase-Ebert.»

Das gab Ledebour erneuten Anlass gegen die «Scheidemänner» zu toben. Der Antrag bezwecke eine Vergewaltigung durch diese «unaufgeklärten» Räte, wobei er mit den Fingern auf die Soldatenvertreter zeigte. Als Scheidemann ihm antwortete, machten die Linksradiكالen einen Höllenspektakel. Ihr Pfeifen und Schreien wurde von den sozialdemokratischen Vertretern mit anhaltenden Ovationen für Scheidemann beantwortet.

«Scheidemann lobte die guten Absichten der Soldaten, erklärte es aber für unmöglich, auf dem Kongress parteipolitische Entscheidungen zu fällen. Die Aufnahme, die der Antrag gefunden habe, zeige, dass es Sozialisten gäbe, die statt den Kapitalismus zu bekämpfen, für die Zerreissung der Arbeiterschaft wirkten. Als darauf erneut ein Riesenlärm losging, antwortete Scheidemann, dass die deutschen Arbeiter diesen Leuten am 19. Januar die verdiente Antwort geben würden.»

Das haben die deutschen Arbeiter dann auch am 19. Januar getan.

Lampl-Hamburg zog alsdann den Antrag der Soldatenfraktion zurück und bat seine Freunde von der Ost- und Westfront nach der Rückkehr in die Heimat zu sagen, was sie in Berlin gesehen und gehört hätten, damit die Kameraden auf dieses Treiben die notwendige Antwort geben könnten.

Die haben auch die Soldaten am 19. Januar gegeben.

Das wichtigste Ereignis des Kongresses bereitete sich aber in aller Stille vor. Gegen Haases Rat beschloss die Fraktion der Unabhängigen, sich an der Wahl für den zu bildenden Zentralrat nicht zu beteiligen. Als Grund wurde angegeben, dass der Zentralrat nur noch Kontrollinstanz sein sollte und nur das Recht habe, die Gesetzentwürfe und Verordnungen der Volksbeauftragten anzunehmen oder abzulehnen. Bei der Fassung dieses Beschlusses waren Ledebour und die späteren Kommunistenführer die treibenden Kräfte. Richard Müller hatte es satt, weiter eine Rolle zu spielen, der er auf keine Weise gewachsen war. Fünf Wochen Revolutionstätigkeit hatten ihn ganz mürbe gemacht.

So kam es, dass der aus 27 Mitgliedern gewählte Zentralrat nur aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokraten bestand, deren Namen ich in dem Kapitel anführe, das von der Arbeit des Zentralrats handelt.

Der Zentralrat wählte zu seinen drei Vorsitzenden Leinert-Hannover, Cohen-Reuss und mich. Kassierer wurde Schäfer-Köln, Schriftführer Wäger von der Ostfront.

Der Zentralrat bestätigte sofort die sechs bisherigen Volksbeauftragten. Haase und seine Freunde, die von ihrer eigenen Kongressfraktion so schmäählich im Stich gelassen worden waren, blieben in ihren Ämtern, obwohl sie wussten, dass ihre Stellung nun viel schwieriger sein würde.

Die «Rote Fahne» erkannte die Kongressbeschlüsse nicht an: Der Kongress habe seine Mandanten verraten und seine Vollmachten überschritten. Die Arbeiter- und Soldatenräte könnten nicht aufgelöst werden. Sie seien geboren aus der revolutionären Tat der Massen am 9. November. Sie existierten nicht von irgendeines Kongresses Gnaden. Die gesamte Macht sei nun ausschliesslich in den Händen der Scheidemänner:

«Und doch, auch diese Schmach nicht ohne Feigenblättchen. Denn Haase bleibt im Rat der Volksbeauftragten, an die Lende Eberts als Schamgürtel geheftet. Jawohl, er bleibt! Und der Dittmann, der Barth bleiben sicher auch. Die Linke der USP. zieht sich zur Rettung ihrer Ehre aus dem Vollzugsrat zurück, die Rechte bleibt standhaft als «prinzipienfester» Deckmantel der politischen Prostitution.

Der Haase-Konventikel kneift vor dem Parteitag, um der Verantwortung, um der klaren Entscheidung zu entgehen –, die innere Logik der Dinge bringt Entscheidung und Klarheit hervor. Die Parteimassen werden direkt herausgefordert und gezwungen, ihren Richterspruch zu fällen.»

Diese Sprache musste auf die Unabhängigen wirken, deren linker Flügel damals mit den Kommunisten den Rätegedanken vertrat. So wurde die Stellung der unabhängigen Volksbeauftragten auf die Dauer unhaltbar.

Das grosse Verdienst des Ersten Rätekongresses war, dass er dem deutschen Volke den Weg zur Nationalversammlung freimachte.

XIII. Der Kampf um Schloss und Marstall

Wer geglaubt hatte, dass nach der Ersetzung des Vollzugsrats durch den Zentralrat eine Zeit ungestörter Arbeit für die Volksbeauftragten kommen würde, wurde bitter enttäuscht. Vielmehr wurde die Republik Weihnachten 1918 durch neue Unruhen erschüttert. Persönlich habe ich diese Unruhen in Berlin nicht miterlebt, da ich am 23. Dezember 1918

zur Beerdigung einer nahen Verwandten nach Schlesien gefahren war, Als ich die Fahrt nach Görlitz antrat, legte der Bahnschaffner auf die Karte, die mich als Mitglied des Vollzugsrates legitimierte und mir das Recht auf freie Eisenbahnfahrt sicherte, keinen besonderen Wert. Vor meiner Reichstagsfahrkarte hatte er aber immer noch die grösste Hochachtung.

Anschliessend fuhr ich nach den Weihnachtsfeiertagen über Schweidnitz nach Oberlangenbielau, dem Hauptort meines damaligen Wahlkreises Reichenbach-Neurode. Ich führte im Reichstag des Kaiserreichs den Namen Müller-Reichenbach. Ich hatte im Trubel der Revolutionszeit noch keine Zeit gefunden, die Fühlung mit meinen Wählern aufzunehmen. Der Reichenbach-Neuroder Wahlkreis war für die Wahlen zur Nationalversammlung ein Teil des grossen Wahlkreises Breslau geworden. In der Nationalversammlung führte ich deshalb den Namen Müller-Breslau, den ich 1920 mit meinem dritten parlamentarischen Namen Müller-Franken tauschte.

Die Nachkommen der armen aufständischen Weber aus den 40er Jahren hatten trotz der schweren Not, die gerade dieser Teil Schlesiens im Kriege erlebt hatte, volles Verständnis für die Notwendigkeit des Aufbaus unserer Wirtschaft. Die Einwohner des Reichenbacher Teils meines Wahlkreises waren in der Hauptsache evangelisch. Der Neuroder Teil, der vor allem von Bergarbeitern bewohnt wurde, war katholisch. Diese Bergarbeiter waren zum grossen Teil für die sozialistische Bewegung gewonnen, weil das Bergkapital ihnen unter katholischer Führung entgegentrat. Vom 27. Dezember 1918 bis 2. Januar 1919 hielt ich täglich eine, an Sonntagen und am Neujahrstag zwei Versammlungen ab. In dem ganzen Gebiet war die Staatsumwälzung mit grosser Genugtuung begrüsst worden. Am 3. Januar 1919 fuhr ich zur Erledigung von Familienangelegenheiten nach Görlitz und von dort am 4. Januar nach Berlin zurück.

Über die blutigen Weihnachtsvorgänge in Berlin hörte ich zuerst in Agnetendorf nur Halbwahres. Satte Bürger unterhielten sich darüber, dass endlich in Berlin die bolschewistischen Matrosen, die man in bürgerlichen Kreisen fälschlich als die alleinigen Urheber der Revolution ansah, ordentlich eins abbekommen hätten.

In Wirklichkeit war das Ergebnis der Berliner Weihnachtskämpfe ein anderes. Die Unruhen hatten keineswegs mit einer Niederlage der Radikalen geendet. Im Gegenteil schöpften diese gerade aus dem Verlauf

der Weihnachtsunruhen den Mut, im Januar den Sturz der Regierung zu versuchen. Der General Lequis hat nach Abschluss der Unruhen ausdrücklich festgestellt, dass es zwar gelungen war, Ebert die Handlungsfreiheit wiederzugeben, dass es aber dem Militär nicht gelungen war, die Matrosen zur Übergabe zu zwingen.

In den Tagen des Rätekongresses war eine enge Verbindung zwischen den in den Kasernen liegenden Truppenteilen der Garde (Alexander, Franzer, Augusta, Kürassiere, Dragoner) hergestellt worden. Ihre Soldatenräte hatten angeblich einstimmig am 16. Dezember folgende Entschliessung angenommen:

«Wir stehen nach wie vor der Regierung Ebert-Haase zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zur Verfügung, protestieren aber auf das Energischste gegen die von reaktionärer Seite geplante Entfernung der Volksmarinedivision aus Berlin. Die Kameraden der Marine sind die ersten Träger und Schützer der Revolution gewesen. Ihre Anwesenheit in Berlin ist deshalb unbedingt erforderlich. Die Soldatenräte beantragen deshalb, dass die augenblicklich bestehende Volksmarinedivision noch vergrössert wird. Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, diese Entschliessung der nächsten Plenarsitzung der Gross-Berliner Soldatenräte als Dringlichkeitsantrag vorzulegen. Ferner sollen die Volksbeauftragten, der Vollzugsausschuss, die Stadtkommandantur, der 53er Ausschuss davon in Kenntnis gesetzt werden.»

Diese Entschliessung richtete sich gegen die Absichten der Volksbeauftragten, die bereits Schritte zur Verminderung der Volksmarinedivision von 1'000 auf 600 Mann unternommen hatten. Die Soldatenräte verlangten im Gegenteil ihre Vergrösserung! Nur aus Angst vor dem eigenen Abbau ist dieser Zusammenhalt von Garnison und Volksmarinedivision zu erklären. Der leitende Geist der Volksmarinedivision bei diesen Manövern war Dorrenbach, der engste Fühlung mit dem Polizeipräsidenten Eichhorn und dessen Schutzwehren unterhielt. Dorrenbach war damals 30 Jahre alt, hatte aber bereits eine bewegte Vergangenheit. Ursprünglich zum Geistlichen bestimmt, fiel er auf der Schule durch ungenügende Kirchenfrömmigkeit auf und bewies damit, dass er für den Beruf des Geistlichen keine Anlagen hatte. Dorrenbach schlug sich dann als Arbeiter und Angestellter durchs Leben, bis er 1914 ins Feld kam, wo er zum Offizier befördert wurde. Nachdem er mehrfach verwundet worden war, soll er in Frankreich einen erfolglosen Versuch gemacht haben, überzulaufen. Wenigstens wurde er wegen Fahnenflucht zu zwei Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Als die Revolution ausbrach, verdiente er sich gerade in Berlin mit Adressenschreiben kümmerlich sein Brot. Sofort trieb ihn sein Instinkt zu den Matrosen, in denen er die Träger der deutschen Revolution sah.

Auf sie übte dieser wurzellose Abenteurer bald einen starken Einfluss aus, den er sieb, während Radtke, Tost und Graf Wolf Metternich Kommandanten der Volksmarinedivision waren, erhielt. Der Kampf Dörrenbachs und seiner Anhänger richtete sich vor allem gegen die Kommandantur. Die «Rote Fahne» hetzte täglich gegen Otto Wels, den Berliner Stadtkommandanten, den sie für das am 6. Dezember in der Chausseestrasse vergossene Blut verantwortlich machte. Als am 21. Dezember die Toten des 6. Dezember begraben wurden, kam es vor der Kommandantur zu Demonstrationen, bei denen Wels als «Mörder» und «Bluthund» verflucht wurde.

Den eigentlichen Anlass zu den Weihnachtsunruhen hatte aber eine von dem Unabhängigen Bankier Hugo Simon, der zusammen mit Albert Südekum das preussische Finanzministerium leitete, am 12. Dezember 1918 dem preussischen Staatsministerium unterbreitete Denkschrift gegeben, die die rasche und vollständige Entfernung der Matrosendivision aus Schloss und Marstall verlangte. Hugo Simon war in grosser Sorge um die im Schloss aufgespeicherten Kunstschatze. Im Schloss wurde dauernd von Matrosen und von Besuchern der Matrosen gestohlen. In der Denkschrift war nicht nur die unverzügliche Entfernung der Matrosen verlangt worden, sondern es hiess, dass die Entfernung unvermutet und plötzlich geschehen müsse, damit keine Gelegenheit mehr bliebe, geraubte Gegenstände, die sich noch in den Quartieren befänden, wegzuschaffen. Der Wert des geraubten Gutes wurde auf eine Million Mark geschätzt. Ein Attentat auf die Silberkammer und auf den gut assortierten Weinkeller Wilhelm II. sei geplant gewesen, aber vereitelt worden. Der Inhalt der Weisszeugkammer wurde als gefährdet bezeichnet. Ein Teil der gestohlenen Sachen war von der Kriminalpolizei bei Matrosen beschlagnahmt worden.

Während die Volksbeauftragten die Stärke der Volksmarinedivision auf 600 Mann vermindert haben wollten, verlangte die Volksmarinedivision, dass sie als Teil der unter Wels' Kommando zu bildenden Republikanischen Soldatenwehr erhalten bliebe. Es war aber zwischen der Kommandantur und der Volksmarinedivision bereits am 13. Dezember vereinbart worden, dass vom 1. Januar 1919 ab die Löhnung nur noch für 600 Mann gezahlt würde. In einem Zahlungsbefehl der Regierung vom 21. Dezember 1918, den auch Haase, Dittmann und Barth unterzeichnet hatten, war die Kommandantur angewiesen worden, 80'000 Mark an die Volksmarinedivision zu zahlen, indessen erst «nach Räumung des Schlosses und Herausgabe aller Schlüssel an die Kommandantur».

Wels hatte Vertreter der Volksmarinedivision am 22. Dezember zu Verhandlungen hierüber nach der Kommandantur bestellt. Sie erschienen nicht. Tost versuchte vielmehr mit zwei Matrosen erneut mit den Volksbeauftragten zu verhandeln. Ebert suchte die Differenzen beizulegen. Tost erklärte sich bereit, für Räumung des Schlosses zu sorgen. Nach Abgabe der Schlüssel auf der Kommandantur hätte alsdann die Löhnung ausgezahlt werden können. Die Schlüssel wurden aber nicht auf die Kommandantur gebracht. Dorrenbach brachte sie vielmehr zu Barth in die Reichskanzlei, den die Militärangelegenheiten gar nichts angingen. Wollte er damit der Kommandantur einen Streich spielen?

Wels war gemäss der Verfügung der Volksbeauftragten bereit, die Löhnung auszuzahlen. Barth konnte Wels die Verantwortung nicht abnehmen. Sein Auftreten auf dem Rätekongress liess ihn nicht als den zuverlässigen Interpreten des Willens der Volksbeauftragten erscheinen. Barth hatte einfach die Pflicht, Dorrenbach klarzumachen, dass er die Schlüssel umgehend auf der Kommandantur abzugeben hatte. Dass er dies unterliess, war unverantwortlich. Für die folgenden blutigen Vorgänge lud er damit eine schwere Schuld auf sich.

Die durch eine telephonische Unterhaltung Barths mit Wels aufgeputschten Matrosen suchten hernach in der Reichskanzlei Ebert auf. Wie sie behaupteten, vergeblich. Als sie ihn nicht gleich fanden, – er sass mit Landsberg gerade in einem Zimmer der Reichskanzlei zu Mittag – gab Dorrenbach in einem Anfall von Grössenwahn der die Reichskanzlei bewachenden Matrosenabteilung den Befehl, die Tore zu schliessen, das Haus abzusperren und die Telephonzentrale solange zu besetzen, bis die Kommandantur die Forderung der Matrosen bewilligt hätte.

Als Ebert davon Nachricht bekam, machte er zunächst den Versuch, die Reichskanzlei auf gütlichem Wege durch Schlichtung der Differenzen mit den Matrosen zu befreien. Dörrenbach verhinderte aber die Einigung. Auf dem Umweg über einen unkontrollierten direkten Telephondraht zu einem anderen Amt wurde die Kommandantur durch General Groener und Ebert von der Absperrung der Reichskanzlei unterrichtet.

Wels traf darauf von der Kommandantur aus die Vorbereitungen zur Entsetzung der Reichskanzlei. Er wurde in diesen Bemühungen durch Dorrenbach gehindert, der sich inzwischen zur Kommandantur begeben und die Herausgabe des Geldes für die Löhnung verlangt hatte.

Während die Matrosen in der Kommandantur lärmten, wurden sie durch Schüsse aufgeschreckt, die vor der Universität gefallen waren. Wels befahl vom Balkon aus, sofort das Schiessen einzustellen. Aber der Zwischenfall war da. Die Matrosen umzingelten die Kommandantur. Sie schossen auf einen besetzten Lastwagen, weil dieser die Sperre durchbrochen hatte, ohne übrigens jemand zu treffen. Dagegen schoss nun die Besatzung eines Panzerwagens, der von der Charlottenstrasse nach den Linden fuhr, auf die Matrosen. Ergebnis: ein Toter und drei Schwerverletzte. Nun erfasste die Matrosen eine masslose Wut. Sie machten Wels, der an der Schiesserei ganz unschuldig war und sofort die Einstellung des Feuers befohlen hatte, trotzdem für alles verantwortlich. Sie stürmten in die Kommandantur und hätten Wels am liebsten gelyncht. Sie erpressten von ihm die Herausgabe der 80'000 Mark. Sie wollten ausserdem noch die schriftliche Bestätigung, dass sie dauernd in Berlin bleiben konnten, die Wels verweigerte. Die Freigabe der Löhnung trug nicht zur Beruhigung bei. Wels, Anton Fischer und Dr. Bongartz wurden als Geisseln im Marstall gefangengesetzt. Während die beiden letzteren wieder freigelassen wurden, setzten die Matrosen Wels, den sie auf dem Wege misshandelt und beschimpft hatten, erst im Schloss und dann im Marstall gefangen. Der Kommandant der Volksmarinedivision, Radtke, bemühte sich vergeblich, die Matrosen von Gewalttätigkeiten abzuhalten. Der Vorgang bewies, dass unter den Soldaten rohe, gewalttätige Menschen vorhanden waren, die die Anordnungen des eigenen Kommandanten missachteten.

Inzwischen hatten die Berliner Truppenteile von diesen beklagenswerten Vorgängen erfahren. Die Republikanische Soldatenwehr hatte Soldaten nach der Wilhelmstrasse beordert. Brutus Molkenbuhr ging zu Ebert, missbilligte das Vorgehen der Volksmarinedivision aufs Schärfste und war bereit, alle Anordnungen zur Befreiung der Volksbeauftragten und für Wels zu treffen. Ebert mahnte von der Anwendung der Gewalt ab und wollte, wie er in einer Ansprache an die Truppen sagte, unter allen Umständen Blutvergiessen vermieden haben, denn im Kriege sei Blut genug vergossen worden! Es kam zu einer Verständigung, derzufolge die Matrosen und die Truppen der Garnison abends nach 10 Uhr nach verschiedenen Seiten abzogen.

Molkenbuhr war inzwischen mit seinen Begleitern zum Marstall gefahren, wo trotz stündlicher Mahnungen aus der Reichskanzlei Wels weiter gefangengehalten wurde. Als Radtke nach 1 Uhr nachts mitteilte, dass zwar für Wels augenblicklich keine Gefahr vorhanden sei, dass

aber wegen der Haltung der Matrosen für sein Leben nicht gebürgt werden könne, rief Ebert den Kriegsminister Scheuch an und ersuchte ihn, zur Befreiung von Wels das Nötige zu veranlassen. Ebert hatte die Anordnung nachts getroffen, während keiner der unabhängigen Volksbeauftragten anwesend war. Das sollte für später Bedeutung bekommen. Der Kriegsminister Scheuch übertrug dem General Lequis die Ausführung. Berliner und Potsdamer Truppen wurden in Marsch gesetzt. Militärischerseits wurde am 24. Dezember, 7,50 Uhr früh, durch einen Leutnant die unbewaffnete Übergabe aller im Schlosse und Marstall befindlichen Matrosen gefordert. Für den Fall, dass bis dahin nicht die weisse Fahne gezogen würde, sollte Marstall und Schloss mit Artillerie beschossen werden.

Die Matrosen, die u.a. im Besitz von 5 Maschinengewehren und einem Geschütz waren, hissten die weisse Flagge aber nicht. Ab morgens 8 Uhr wurde sodann der «Heilige Abend» durch Eröffnung des Feuers auf Schloss und Marstall «eingeläutet». Das Feuer dauerte bis gegen 10 Uhr. Das Schloss wurde dabei stark beschädigt. Aber seine Besatzung bekam Hilfe.' Spartakus hatte inzwischen seine Mannen aufgeboten. Das verursachte neue Zusammenstöße.

Der Rat der Volksbeauftragten trat in der zehnten Morgenstunde zu einer Sitzung zusammen. Ebert gab auf Beschluss der Regierung den Befehl zur Einstellung des Feuers. Cohen-Reuss für den Zentralrat, Richard Müller für den Berliner Vollzugsrat, Ledebour, den Radtke noch in der Nacht zur Begütigung der Matrosen herangezogen hatte, Tost, Radtke, Dorrenbach und Däumig verhandelten inzwischen mit dem aus den Brest-Litowsker Verhandlungen bekannten Generalleutnant Hoffmann in der Universität.

Inzwischen hatte Eichhorn seine Sicherheitsmannschaften aufgeboten. Angeblich um das Übergreifen des Kampfes auf andere Stadtteile zu verhindern. Ein Teil seiner Leute nahm aber in Wirklichkeit für die Matrosen Partei. Dieses Durcheinander führte zur Demoralisierung der Truppen des Generals Lequis. Der Kampf wurde schliesslich auf Grund einer Abmachung abgebrochen, die die Volksmarinedivision verpflichtete, das Schloss zu räumen. Büroräume sollten sie im Marstall behalten. Die Matrosen sollten unter dem Befehl der Kommandantur in die «Republikanische Soldatenwehr» eingegliedert werden. Sie verpflichteten sich, in Zukunft nicht mehr an Aktionen gegen die Regierung teilzunehmen. Differenzen sollten fürder auf dem Verhandlungswege ge-

schlichtet werden. Die Division des Generals Lequis sollte sofort zurückgezogen werden. Matrosen und Soldaten hatten in ihre Quartiere zu gehen. Wels war sofort freizulassen.

Die Kämpfe hatten den Matrosen 7 Tote und ihren Helfern etwa ein Dutzend Tote neben zahlreichen Verletzten gekostet. Das Militär hatte zwei Tote.

Die Volksbeauftragten der Mehrheitssozialdemokratie sagten in ihrer am 27. Dezember veröffentlichten Darstellung der Vorgänge vom 23. und 24. Dezember ihren Parteigenossen u.a.:

«Genossen! Hier habt ihr den Bericht über die Handlungen eurer Vertrauensmänner in der Regierung. Ihr müsst das Urteil sprechen, denn durch euer Vertrauen heissen wir Volksbeauftragte! Wenn ihr uns Entlastung erteilt, müsst ihr aber noch ein Weiteres tun!

Ihr müsst uns Macht schaffen! Es gibt keine Regierung ohne Macht! Ohne Macht können wir euren Auftrag nicht ausführen, ohne Macht sind wir jedem preisgegeben, der verbrecherisch genug ist, für den eigenen jämmerlichen Ehrgeiz seine Kameraden und ihre Waffen zu missbrauchen!» ...

«Noch ein solcher Tag, und wir verlieren den Rang eines Staates, mit dem man verhandelt und Frieden schliesst.»

Im Rate der Volksbeauftragten verlangte damals vor allem Otto Landsberg, dass die Regierung von Berlin weg verlegt würde:

«So weiter zu regieren, sei unmöglich. Die Regierung sei in rüder Weise überfallen und dann erpresserischen Drohungen ausgeliefert gewesen. Das könne sich alle Tage wiederholen. Eine Regierung werde ohne Not nicht zur bewaffneten Abwehr schreiten, aber sie müsse imstande sein, einen Angriff abzuwehren. Die Weihnachtsvorgänge seien ein Gewaltakt gegen die Regierung gewesen, dem diese machtlos gegenüberstand. Eine Regierung, die von ihrer eigenen Wache verhaftet werde, sei dem Auslande gegenüber nicht verhandlungsfähig.»

Haase blieb diesen Ausführungen Landsbergs gegenüber dabei, dass die Regierung in Berlin bleiben müsse, wo die Ämter arbeiteten, und das nun einmal die Zentrale des politischen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands sei.

Die Regierung blieb auch in Berlin und überstand dort noch den Januarputsch. Dagegen reichte Wels sein Abschiedsgesuch als Kommandant von Berlin ein. Er war in jener Nacht von den Matrosen grausam gequält worden. Vier Matrosenleichen wurden zu ihm ins Zimmer getragen. Ihm wurde angedroht, dass ein über ihn ausgesprochenes Todesurteil durch Erhängen vollstreckt würde. Er hatte mit dem Leben bereits abgeschlossen. Stark mitgenommen, kehrte er in die Freiheit zurück.

Bei den Verhandlungen mit den Matrosen hatte Cohen-Reuss am 24. Dezember unter der Hand eine Übereinstimmung dahin festgestellt,

dass Wels nicht länger mehr Kommandant bleiben, während andererseits auch der leitende Einfluss Dörrenbachs auf die Matrosen ausgeschaltet werden sollte. Die Volksbeauftragten genehmigten am 28. Dezember Wels Rücktrittsgesuch vom Tage vorher. Mit ihm trat Oberst Schwerck zurück. An Wels Stelle war zunächst Oberst Reinhardt als Stadtkommandant vorgesehen. Aber die Berliner Soldatenräte, die nach dem Versagen der Truppen gegen die Matrosen, die sich wieder stark fühlten, setzten durch, dass Reinhardt das Amt nicht antrat. Im Rate der Volksbeauftragten schlug Barth vor, dass Brutus Molkenbuhr oder Kapitänleutnant Paasche oder Tost oder Polizeipräsident Eichhorn Kommandant von Berlin werden sollte. Schliesslich wurde Anton Fischer provisorisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kommandanten betraut. Eigentlich war beabsichtigt, einen Offizier zu ernennen und ihm einen politischen Beirat zuzugesellen. Man hielt diese Lösung sachlich für richtig, falls bei weiteren gewalttätigen Angriffen auf die Regierung wieder militärische Machtmittel eingesetzt werden müssten. In diesem Falle wäre das Vorhandensein ziviler Beigeordneter zweckdienlich gewesen.

Die Vorgänge im Schloss und vor dem Marstall hatten noch ein Nachspiel. Der «Vorwärts» brachte am folgenden Morgen einen Artikel, der mit den schuldigen Matrosen und ihren Drahtziehern nicht glimpflich umging. Das veranlasste am ersten Weihnachtsfeiertag einen Haufen Spartakisten und Matrosen unter Überrumpelung der Wache des Hauses Lindenstrasse 3 den Vorwärts zu besetzen. Das war nur möglich, weil der Wache verboten war, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Spartakisten gaben einen «Roten Vorwärts» heraus, als Gegenstück zu dem «lügnerischen Reptil Stampfers». Sie hinderten die Redakteure am 26. Dezember abends an der Wiederaufnahme der Arbeit für den wahren Vorwärts. Durch Vermittlung Däumigs und Eichhorns wurde der Vorwärts auf Beschluss der «revolutionären Obleute» wieder geräumt. Doch wurde zuvor von der Redaktion die Aufnahme einer Erklärung erpresst, die an der Spitze des Blattes zu bringen war, und in der es u.a. hiess, der «Vorwärts» habe in letzter Zeit in der schamlosesten Weise alle ehrlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft. Die revolutionären Obleute hielten daher die den Vorwärtsleuten erteilte Lektion für wohlverdient:

«Sie (die Versammlung der revolutionären Obleute. D. V.) verpflichteten sich, alle Kräfte einzusetzen, die revolutionäre Entwicklung weiterzutreiben und den Kampf für den Sozialismus zu Ende zu führen. In diesem Kampf ist selbstverständlich eingeschlossen der Kampf gegen die Regierung Ebert und deren Lakaien im «Vorwärts».

Die Versammlung der revolutionären Obleute erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den «Vorwärts» an. Sie ist der Meinung, dass die «Vorwärts»-Angelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort vom Vollzugsrat der Gross-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muss.»

Für die Redaktion des «Vorwärts» musste diese Erklärung von Stampfer, Heinrich und Kuttner gezeichnet werden.

Die Redaktion hatte aber das «Recht» erhalten, gegen den Inhalt dieser Erklärung Stellung zu nehmen, was sie sachlich scharf tat. Sie meinte zum Schluss, dass sie hoffentlich das Recht, ihre Meinung frei zu sagen, im revolutionären Deutschland kein zweites Mal würde zu verfechten brauchen.

Das war ein Irrtum. In der zweiten Januarwoche besetzte Spartakus den «Vorwärts» zum zweiten Male.

Dass die Redaktion des «Vorwärts» gezwungen werden konnte, die erwähnte Erklärung aufzunehmen, war der beste Beweis dafür, dass von einem Siege der Regierung nicht die Rede sein könnte. Die Regierung hatte die Pflicht, aber nicht die Macht, die Pressefreiheit zu schützen.

Die Matrosen sargten ihre sieben Opfer im Speisezimmer des Schlosses ein. Auf Marstallwagen fuhren sie sie nach dem Friedrichshain. In den Trauerreden wurden die Volksbeauftragten beschimpft. Im Leichenzuge wurden Tafeln getragen:

«Drei Mörder der Matrosen klagen wir an: Es sind Landsberg, Ebert und Scheidemann.»

Der Vers war holprig. Sein Inhalt verlogen. Gerade Ebert hatte sich bis zur Grenze des Erlaubten um die friedliche Beilegung der Differenzen bemüht. Die Matrosen hätten lieber ihren Dorrenbach anklagen sollen. Der fand freilich später auch ein tragisches Ende. Er verliess Berlin, nachdem der Januarputsch der Linksradiakalen niedergeschlagen worden war. Er wurde im März 1919 im Braunschweigischen verhaftet. Vom Schwurgericht wurde er von der Anklage, an einem bewaffneten Raubzug teilgenommen zu haben, freigesprochen. In Eisenach wurde er im Mai erneut verhaftet. Nach Berlin gebracht, wurde er bei einem angeblichen Fluchtversuch von einem Soldaten in den Hals geschossen. An der erlittenen Verletzung starb er am 19. Mai 1919 in der Charité.

XIV. Die erste Regierungskrise der Republik

Als ich am 4. Januar 1919 nach Berlin zurückkam, war die erste Regierungskrise der deutschen Republik ausgebrochen. Die unabhängigen Mitglieder Haase, Dittmann und Barth hatten ihre Ämter als Volksbeauftragte niedergelegt. Die preussischen unabhängigen Volksbeauftragten folgten am 3. Januar 1919 diesem Beispiel. Seit die Unabhängigen den Zentralrat boykottiert hatten, war ihre Partei ohne Verantwortung für die Politik der Volksbeauftragten. Ihre Kritik an dieser Politik musste sich deshalb verschärfen. Die Unabhängigen kämpften damals im eigenen Lager gegen die Elemente, die revolutionäre Politik gemeinsam mit den Spartakisten machen wollten. Die Spartakisten hatten sich inzwischen unter der Firma «Kommunistische Partei» selbständig gemacht und sich damit endlich von den Unabhängigen organisatorisch getrennt. Die Kommunisten predigten unentwegt ein gewaltsames Vorgehen zur Sicherung und Fortführung der Revolution. In dem Dezember-Manifest des Spartakusbundes hiess es:

«Die Herrschaft der Arbeiterklasse ist nur erreichbar auf dem Wege der bewaffneten Arbeiterrevolution. Die Kommunisten sind ihre Vorkämpfer.

Diese wird kommen, denn das Bürgertum setzt sich zur Wehr, und die Arbeiterklasse wird nur zu wählen haben zwischen Knechtung durch das Bürgertum und ihrer Herrschaft über das Bürgertum.»

«Die von der jetzigen Regierung vorbereitete Nationalversammlung würde ein Organ der Gegenrevolutionäre zur Erdrosselung der Arbeiterrevolution werden. Ihr Zustandekommen muss mit allen Mitteln verhindert werden.»

Die Arbeiter wurden zum Anschluss an die Kommunistische Partei aufgefordert mit der Behauptung, dass das Bürgertum den bewaffneten Bürgerkrieg wolle. Das war nicht zu beweisen. Das Bürgertum freute sich vielmehr darüber, dass die Proletarier sich nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch mit der Waffe bekämpften.

Bevor die Spaltung zwischen den Unabhängigen und dem Spartakusbund vollzogen war, hatte die Generalversammlung der Berliner Unabhängigen sich am 15. Dezember mit 485 gegen 195 Stimmen für Hilferding und gegen Rosa Luxemburg entschieden. Der linke Flügel der Unabhängigen stützte sich aber nach wie vor nicht auf den Parteiapparat, sondern auf die «revolutionären Obleute» der Berliner Grossbetriebe. Diese forderten damals die Einberufung eines Reichsparteitages der Unabhängigen für Ende Dezember. Sie verlangten den Austritt der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung. Sie wollten damit

die Politik fortführen, die auf dem Rätekongress mit der Absage an den Zentralrat begonnen worden war. Sie verlangten endlich, dass die Unabhängigen den Wahlkampf im antiparlamentarischen Sinne führen sollten.

Die revolutionären Obleute kühlten in dieser Zeit ihren Mut auch an Barth. In einem Beschlusse verurteilten sie «aufs Schärfste die Politik und das persönliche Verhalten des Genossen Barth nach seinem Eintritt in die Regierung». Sie entzogen ihm deshalb jedes weitere Vertrauen. Als Barth nach seinem Austritt aus der Regierung wieder Anschluss an die revolutionären Obleute suchte und am 31. Dezember in ihrer Sitzung erschien, wurde er hinausgewiesen, ohne dass ihm zuvor die Möglichkeit zu einer sachlichen Auseinandersetzung gegeben worden war. Er behauptet in seinem Schriftchen «Aus der Werkstätte der Revolution» darauf erklärt zu haben, dass «in kurzer Frist der Dilettantismus ihres (der revolutionären Obleute. D. V.) geistigen Führers, der sicher in jede gestellte Falle hineintappt, sie und die Revolution qualvoll zu Tode martern» werde.

Die blutigen Weihnachtskämpfe gaben den äusseren Anlass zu dem Austritt der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Reichsregierung. Über jene Vorgänge wurde am 27. Dezember in einer gemeinsamen Sitzung der Volksbeauftragten und des Zentralrats verhandelt. Haase und Dittmann hatten die Vorgänge des 23. und 24. Dezember in der Reichskanzlei nicht miterlebt, sondern nur Barth. Haase und Dittmann waren aber mit Ebert, Scheidemann und Landsberg ausserdem in Gegensatz geraten, weil die Vorgänge im Osten, wo die Polen vor den Friedens Verhandlungen auf territorialem Gebiet fertige Tatsachen schaffen wollten – und dann auch schufen – nach Auffassung Eberts und seiner Freunde eine völlige Demobilisierung noch nicht erlaubten. Ausserdem bestand der bereits von mir in Kapitel 10 behandelte Gegensatz über die Durchführung der Hamburger sieben Punkte des Rätekongresses.

In der auf den Nachmittag des 28. Dezember einberufenen Sitzung der Volksbeauftragten und des Zentralrats hatte Leinert den unabhängigen Volksbeauftragten die Frage vorgelegt, ob sie auch gewillt seien, erforderlichenfalls gegen die Spartakusgruppe die notwendigen Massnahmen zu treffen.

Haase bejahte das. Er wies auf das Ergebnis der Berliner Generalversammlung der Unabhängigen hin, die mit Dreiviertelmehrheit gegen Rosa Luxemburg entschieden habe und bemerkte, dass die Spartakisten die Führer der Unabhängigen gewiss nicht schonen würden, wenn sie zur Herrschaft gelangten. Er fügte aller-

dings hinzu, dass er an einen Putschversuch der Spartakisten nicht glaube. Die unabhängigen Volksbeauftragten seien bereit, jeden gegen die Regierung verübten Gewaltakt abzuwenden. Aber dabei wollten sie sich nur auf Truppen aus dem Proletariat stützen. Eine solche zuverlässige Schutzwehr könne und müsse die Regierung der Volksbeauftragten schaffen.

In dieser Sitzung trug dann Dittmann im Auftrage der unabhängigen Volksbeauftragten acht an den Zentralrat gerichtete formulierte Fragen vor, deren Beantwortung über das Verbleiben in der Regierung entscheiden sollte.

Nach dreistündiger Beratung antwortete der Zentralrat. Fragen und Antworten lauteten wie folgt:

Frage 1. Billigt es der Zentralrat, dass die Kabinettsmitglieder Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember dem Kriegsminister den in keiner Weise begrenzten Auftrag erteilten, mit militärischer Gewalt gegen die Volksmarinedivision in Schloss und Marstall vorzugehen?

Antwort: Die Volksbeauftragten haben lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarinedivision mitgeteilt worden ist, dass er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garantieren kann. Das billigt der Zentralrat.

Frage 2. Billigt der Zentralrat das am Morgen des 24. Dezember von den Truppen des Generalkommandos Lequis mit nur 10 Minuten befristete Ultimatum, sowie die Artilleriebeschiessung von Schloss und Marstall?

Antwort: Die zweite Frage beantwortet der Zentralrat mit Nein.

Frage 3. Erklärt sich der Zentralrat für die sofortige, strikte Durchführung der vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte gefassten Beschlüsse über die Abschaffung der Rangabzeichen und das Untersagen des Waffentragens ausserhalb des Dienstes für die Offiziere im Heimatheer?

Antwort: Der Zentralrat steht auf dem Standpunkt, dass die auf dem Kongress gefassten Beschlüsse durchzuführen sind. Der Rat der Volksbeauftragten wird beauftragt, die Ausführungsbestimmungen alsbald vorzulegen.

Frage 4. Billigt es der Zentralrat, dass die Oberste Heeresleitung in einem vertraulichen Telegramm an die Heeresgruppe Ober-Ost erklärt, sie erkenne diese Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte nicht an?

Antwort: Die vierte Frage wird mit Nein beantwortet.

Frage 5. Billigt der Zentralrat die von den Kabinettsmitgliedern Ebert, Scheidemann und Landsberg befürwortete Verlegung der Reichsregierung von Berlin nach Weimar oder einem anderen Orte Mitteldeutschlands?

Frage 6. Billigt der Zentralrat, dass statt der völligen Demobilmachung des stehenden Heeres nur eine Reduzierung desselben auf den Friedensstand unter Zurückhaltung und eventueller Auffüllung der beiden Jahresklassen 1897 und 1898 stattfindet?

Frage 7. Steht der Zentralrat mit uns auf dem Standpunkt, dass die Regierung der sozialistischen Republik sich militärisch nicht stützen kann und darf auf die Ge-

neralität und die Reste des auf dem Kadavergehorsam aufgebauten, alten, stehenden Heeres, sondern nur auf eine nach demokratischen Grundsätzen aus Freiwilligen zu bildende Volkswehr?

Antwort: Zu den Fragen 5, 6 und 7: Der Zentralrat kann diese Fragen ohne vorherige eingehende Erörterungen mit dem Rat der Volksbeauftragten nicht erörtern.

Frage 8. Ist der Zentralrat dafür, dass die Sozialisierung der dafür reifen Industrien durch gesetzgeberische Akte sofort in Angriff genommen wird?

Antwort: Der Zentralrat wünscht in allernächster Zeit von der für die Vorbereitung der Sozialisierung eingesetzten Kommission einen Vortrag über den Stand ihrer Arbeiten zu hören. Er ist der Meinung, dass diese Sozialisierungskommission in Ausführung der Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte so schnell wie möglich positive Vorschläge über die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe (insbesondere des Bergbaues) macht.»

Der Zentralrat begnügte sich aber nicht mit diesen Antworten, sondern stellte selbst den Unabhängigen folgende zwei Fragen:

«Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen?

Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich, von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten?»

Die Beantwortung dieser beiden Fragen lehnten die unabhängigen Volksbeauftragten ab. Da die Antwort des Zentralrats sie zum Austritt aus der Regierung veranlasse, behaupteten sie, nicht mehr antworten zu brauchen.

Haase, Dittmann und Barth blieben dabei, dass Ebert dem Kriegsmi-
nister keinen unbegrenzten Auftrag zur militärischen Gewaltanwendung geben durfte, zumal nach ihrer Auffassung eine solche zur Befreiung von Wels weder nötig noch zweckdienlich gewesen sei. Der Weg der Verhandlungen hätte in keinem Stadium verlassen werden dürfen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung habe der Zentralrat das Vorgehen von Ebert, Scheidemann und Landsberg gebilligt. Der Zentralrat habe des Weiteren nicht die sofortige und strikte Durchführung der militärischen Beschlüsse des Rätekongresses verlangt, sondern nur die alsbaldige Vorlegung von Ausführungsbestimmungen. Durch das Hinausschieben der Entscheidung über die Fragen 5 bis 7 würden die Errungenschaften der Revolution gefährdet. Ferner sichere die Entscheidung des Zentralrats nicht die Verwirklichung des Kongressbeschlusses über die Sozialisierung der dafür reifen Industrien. Dabei arbeiteten die Unabhängigen in der Sozialisierungskommission mit.

Der zur Unabhängigen Partei gehörende Genosse Eduard Bernstein, der damals als Beigeordneter im Reichsschatzamt wirkte und die

Schwierigkeiten kannte, unter denen die Volksbeauftragten regieren mussten, sagt in seinem Buche über «Die deutsche Revolution» (Berlin 1921) über diese Erklärung der unabhängigen Volksbeauftragten:

«Schwerlich wird jemand bei genauer Prüfung der Sätze den so schwerwiegenden Schritt des Austritts aus der Regierung für genügend begründet finden»...

«Es fehlte den drei unabhängigen Volksbeauftragten keineswegs nur die Deckung durch Parteigenossen im Zentralrat, es fehlte ihnen, was noch weit wichtiger war – denn der Zentralrat bestand ja doch aus Sozialisten, die keineswegs bloss Nachläufer der drei Mehrheitssozialisten in der Regierung waren, – an Verständnis in der eigenen Partei für die wirkliche Lage draussen im Lande und die aus ihr sich ergebenden politischen Notwendigkeiten.» ... «Dass aber mit Karl Liebknecht und dessen Verbündeten, die nach bolschewistischem Muster und wahrscheinlich auch mit bolschewistischer Unterstützung arbeiteten, der gewaltsame Zusammenstoss eines Tages unvermeidlich werden würde, konnte sich niemand verheimlichen, der deren Treiben offenen Auges verfolgte. In solcher Situation auf der Seite der die dann notwendige Repression übenden Regierungsgewalt stehen zu müssen, das war eine Perspektive, die auch andere mit Grauen erfüllen konnte.»

Und weiter:

«Menschlich lässt sich der Schlag, den die drei Unabhängigen der Republik durch ihren Austritt aus der Regierung versetzten, verstehen und zum mindesten entschuldigen. Politisch bedeutete er eine unrühmliche und verderbliche Kapitulation vor Spartakus.»

Genützt hat der Austritt aus der Regierung den Unabhängigen nichts. Sie waren von der Verantwortung frei. Die Wahlen zur Nationalversammlung brachten aber den Verantwortungsfreudigen den Sieg.

Mit dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung der Volksbeauftragten war einer Einigung der beiden sozialistischen Parteien erst recht der Boden entzogen. Auf Sonntag, den 22. Dezember 1918, war nach den «Concordia-Sälen» eine Versammlung für die Sozialisten bei der Lager einberufen, in der Eduard Bernstein ausführte:

«Der Parteihader muss begraben werden. Niemals habe ich den anderen den guten Glauben abgesprochen. Wer jetzt den Imperialismus in Frankreich und England beobachtet, will sagen, dass die Mehrheitssozialdemokraten im Unrecht waren!»

Bernstein hielt es für erlaubt, diese Frage aufzuwerfen, obwohl er nach wie vor die in der Vergangenheit getriebene eigene Politik für die richtige und die im Kriege von den Mehrheitssozialisten getriebene Politik für falsch hielt. Aber auf all das komme es jetzt nicht an. Jetzt hiesse es in Erinnerung an Karl Marx: «Sozialisten Deutschlands, einigt euch!»

Eduard Bernsteins Mahnruf fand taube Ohren.

XV. Aus der Zentralratszeit

Der auf dem Ersten Rätekongress gewählte Zentralrat der sozialistischen Republik, der nur aus Mehrheitssozialisten bestand, sah seine Hauptaufgabe darin, parlamentarische Kontrollinstanz für die Volksbeauftragten zu sein. Er verzichtete deshalb darauf, einen aufgeblähten Büroapparat zu unterhalten, wie das der Vollzugsrat getan hatte. Seine organisatorischen Arbeiten hatte der Zentralrat wie folgt eingeteilt:

Reichsangelegenheiten, Auswärtige Politik, Heereswesen: Robert Leinert, Max Cohen-Reuss, Hermann Müller.

Verkehrswesen (Eisenbahn, Post, Finanzen): Hermann Kahmann-Dresden, Wilhelm Knoblauch-Darmstadt, Heinrich Zwosta-Nürnberg.

Arbeiterfragen und Sozialpolitik: Gustav Heller-Berlin, Fritz Faass-Westfront.

Kultus, Gesundheit und Justiz: Max König-Dortmund, Fritz Herbert-Stettin, Hugo Struve-Westfront.

Ernährungsfragen: Albert Grzesinski-Kassel, Richard Horter-Karlsruhe. Marine-sachen: Max Pfaff-Kiel.

Soldatenangelegenheiten: Vorsitzender Georg Maier-Ostfront, Robert Kohl-Ostfront, Emil Pörschmann-Westfront, Walter Lampl-Hamburg, Hugo Struve-Westfront, Max Cohen-Reuss.

Interner Ausschuss: Vorsitzender Heller, Schäfer, Pörschmann, Maier.

Ferner gehörten dem Zentralrat noch an: Hermann Wäger-Ostfront, Albert Stuber-Esslingen, Karl Prokesch-München, Karl Zörgiebel-Köln, Karl Bethge-Freiberg, Heinrich Kürbis-Altona, Fritz Voigt-Breslau, Otto Sydow-Brandenburg.

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Bürobetriebes wurde ein Zentralbüro unter Leitung des Genossen Ritter eingerichtet.

Am 21. Dezember gab der Zentralrat bekannt, dass alle vom Vollzugsrat ausgestellten Vollmachten am 28. Dezember 1918 ihre Gültigkeit verlieren würden.

Das persönliche Zusammenarbeiten verlief im Zentralrat reibungslos. Die 27 Mitglieder kannten sich zum grössten Teil aus viel jähriger Zusammenarbeit in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Die Agitation für die Wahlen zur Nationalversammlung erlaubte freilich nicht allen Mitgliedern des Zentralrats, dauernd in Berlin anwesend zu sein. Dienstags und Freitags sollten regelmässig gemeinsame Sitzungen mit den Volksbeauftragten abgehalten werden. Der Januarputsch zwang aber bereits zur Änderung dieser Dispositionen. Ausserdem waren regelmässige Besprechungen zwischen Ebert und Leinert vorgesehen. Die Vorlagen der Regierung sollten sofort dem Zentralrat zugehen. Dem Zentralrat fehlte es nicht an Arbeit. Bald wurde er gezwungen,

Stellung zu Forderungen zu nehmen, die im Reiche erhoben wurden.

Ende Dezember 1918 kamen beunruhigende Nachrichten aus Oberschlesien. Noch vor dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung befasste sich eine Sitzung, an der neben den Volksbeauftragten Vertreter des Zentralrats, darunter Voigt-Breslau, teilnahmen, eingehend mit den dortigen Zuständen. Dort arbeiteten die Kommunisten nach russischen Methoden. Dort trieben die Polen Propaganda für den Anschluss Oberschlesiens an die polnische Republik. Dort war das Zentrum gegen die preussische Regierung aufgebracht wegen der angeblich beabsichtigten Trennung von Kirche und Staat. Zur Abwehr dieser Bestrebungen wurde in Schlesien damals das Projekt einer von Preussen losgetrennten selbständigen «schlesischen Republik», selbstverständlich im Rahmen des Reiches, diskutiert. In dem ober-schlesischen Teile der Provinz wurde die Parole ausgegeben: «Oberschlesien den Oberschlesiern». Es wurde verlangt, dass auf wichtige Verwaltungsposten Oberschlesier gesetzt würden, die der polnischen Sprache mächtig wären. Den polnischen Kindern sollte der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden.

Für Montag, den 30. Dezember, hatten der Breslauer Volksrat und der schlesische Zentralrat bereits eine Sitzung nach Breslau einberufen, um zu beraten, durch welche Zugeständnisse der Ausrufung einer «schlesischen Republik» vorgebeugt werden könnte. Vertreter der Reichs- und der preussischen Regierung sollten dort erscheinen, um über die Gewährung einer kulturellen Autonomie und über eine Neu-besetzung wichtiger Verwaltungsstellen – in erster Linie war an die Ersetzung des Oppelner Regierungspräsidenten von Miquel gedacht – beruhigende Erklärungen abzugeben. Geleitet wurden die schlesischen Sozialdemokraten dabei vor allem von dem Gedanken, ganz Oberschlesien dem Reich zu erhalten.

Voigt-Breslau vom Zentralrat erhob Vorwürfe gegen die sozialistische preussische Regierung, die nicht einmal den Breslauer Regierungspräsidenten von Jagow, der sich schon als Berliner Polizeipräsident durch seinen vergeblichen Kampf gegen die Wahlrechtsdemonstrationen vor dem Kriege den Ruf eines wilden Reaktionärs erworben hatte, abberufen hätte, trotzdem der Breslauer Soldatenrat das längst verlangt habe. Voigt drohte, dass der Soldatenrat aus eigener Initiative vorgehen würde, wenn v. Jagow nicht aus Breslau wegkäme.

Breitscheid vom preussischen Innenministerium sagte die Abberufung von Jagows zu, über die längst verhandelt würde. Man sei nur mit den Breslauern noch nicht über einen geeigneten Nachfolger einig geworden. Er gab der Auffassung Ausdruck, dass in Schlesien und am Rhein die ergangenen und die angeblich ge-

planten Erlasse Adolph Hoffmanns nur als Vorwand benutzt würden. Dem Regierungspräsidenten v. Miquel seien die besonderen Fonds gesperrt, mit denen die preussische Regierung früher in Oberschlesien gearbeitet habe. Besondere Beschwerden seien gegen ihn nicht eingegangen. Die Arbeitervertreter hätten anscheinend ganz gut mit ihm gearbeitet. Von Miquel habe selbst gefordert, dass möglichst katholische Beamten nach Oberschlesien gesandt werden möchten. Die Bildung selbständiger Republiken an Stelle bisheriger Provinzen Preussens müsse verhindert werden. Ob Preussen in seiner jetzigen Gestalt bestehenbleibe, hänge von der Entscheidung der Nationalversammlung ab.

Der preussische Ministerpräsident Paul Hirsch schloss sich dem an. Auch über die Trennung von Staat und Kirche habe die Nationalversammlung zu entscheiden. Zur Frage des Religionsunterrichts habe die preussische Regierung noch gar keine Stellung genommen. Es liege bislang nur ein Erlass des Unterrichtsministers vor, dem nicht alle Mitglieder des Kabinetts zugestimmt haben würden, der aber dem Kabinett gar nicht vorgelegt worden sei. Hirsch bemerkte dazu, dass Verfügungen von solcher Bedeutung die Minister nicht erst aus den Zeitungen kennenlernen dürften. Wegen ihrer Wirkung sollten sie von der Gesamtregierung erlassen werden.

Der Volksbeauftragte Landsberg zweifelte nicht daran, dass die oberschlesische Bevölkerung bei freier Wahl zu Deutschland halten würde. Aus oberschlesischen Kreisen sei der Wunsch nach militärischem Schutz laut geworden. Dorthin müsste zuverlässiges Militär gesandt werden. Wir müssten zeigen, dass von uns aus alles getan wird, was in unserer Macht steht, um Oberschlesien zu behaupten.

Voigt-Breslau hatte an sich gegen Entsendung von Militär nichts einzuwenden. In die Gruben dürfe aber Militär nur mit Zustimmung der Arbeiterräte beordert werden. Dass die oberschlesische Grossindustrie bei Deutschland bleiben wolle, daran sei nicht zu zweifeln.

Breitscheid teilte dann noch mit, dass der schlesische Oberpräsident sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Die Regierung habe Paul Löbe angefragt, ob er bereit sei, das Amt zu übernehmen. Löbe habe aber abgelehnt.

Nach dem Austritt der drei unabhängigen Volksbeauftragten hatte Ebert vorgeschlagen, mindestens zwei weitere Volksbeauftragte zu wählen. Der Zentralrat war für die Neuwahl von drei Volksbeauftragten. Nachdem aber der mitvorgeschlagene Paul Löbe abgelehnt hatte, blieb es bei der Zuwahl von zwei Volksbeauftragten. Gewählt wurden Gustav Noske und Rudolf Wissell. Vergeblich hatte der Marinevertreter Pfaff-Kiel gewarnt, Noske aus Kiel wegzunehmen, wo er sich grossen Einfluss auf die Bürger und auf die unabhängigen Kreise erworben hätte. Ihm wurden die Militär- und Marineangelegenheiten, Wissell die sozialpolitischen, die wirtschaftspolitischen und die Demobilisierungsarbeiten als Tätigkeitsgebiet zugewiesen. Ebert wurde zum geschäftsführenden Vorsitzenden der Volksbeauftragten ernannt. Ferner wurde am 30. Dezember beschlossen, dass von nun ab die Gesetze nicht mehr

als vom Rat der Volksbeauftragten, sondern als von der Reichsregierung erlassen bezeichnet würden.

Vor allem galt es damals, die Wahlen zur Nationalversammlung vorzubereiten. Erzberger hatte mit der Entente Fühlung genommen, um im besetzten Gebiet die Wahlen ungehindert vorbereiten zu können. Seine Bemühungen waren von Erfolg. Dagegen verboten die Franzosen die Vornahme der Wahlen in Elsass-Lothringen. Die Mehrheit der Volksbeauftragten hatte beschlossen, dass für dieses Gebiet ein Wahlkreis zu bilden sei. Sie beriefen sich auf den Vorgang von 1871, wo die deutsche Verwaltung die Wahl von Abgeordneten zur französischen Nationalversammlung in Bordeaux für Elsass-Lothringen zugelassen hatte. Die Franzosen aber betrachteten Elsass-Lothringen als reannektiertes Gebiet, dessen Bevölkerung nicht erst zu befragen war. Sicherlich hätte sich die dort zurückgebliebene Bevölkerung auch nicht an der Wahl beteiligt.

Nach den Erfahrungen des Ersten Rätekongresses erschien in Berlin ein ruhiges, geordnetes Arbeiten der Nationalversammlung nicht gesichert. Sie musste deshalb gegen Sprengung und Terror geschützt sein. In Erinnerung an 1848 lag der Gedanke nahe, in die Paulskirche nach Frankfurt a.M. zu gehen. Dagegen sprach, dass Frankfurt hart an der Grenze des besetzten Gebietes lag. Ausserdem wurden Kassel, Bayreuth und Weimar genannt. Die Entscheidung fiel zugunsten von Weimar, das eine zentrale Lage hat und auch nicht allzu weit von Berlin entfernt ist, wo die Reichsämtler arbeiteten.

Aussenpolitisch entstanden in jener Zeit neue Schwierigkeiten, weil nach dem Zusammenbruch im Osten alles in Aufruhr geraten war. Die Bevölkerung der neu entstandenen Randstaaten fürchtete ein Übergreifen des Bolschewismus auf ihr Gebiet. Auch die Entente wollte die Bolschewisierung jener Gegenden verhindert haben. Das war der Grund, warum die Entente zunächst nicht die sofortige Räumung dieser Gebiete, sondern im Gegenteil das Verbleiben des deutschen Militärs verlangte. Da der Vertrag von Brest-Litowsk ungültig geworden war, konnten andererseits die Russen das zum Anlass nehmen, dem russischen Reiche entrissene Gebiete wieder zu besetzen.

Die Polen verhandelten sogar in jener Zeit wegen des Ankaufs deutscher Waffen mit der deutschen Regierung. Die Armeeführung Ober-Ost hatte nichts gegen die Abgabe von Handfeuerwaffen, wohl aber gegen die Abgabe von Geschützen und anderem Kriegsgerät. Der Soldatenrat der 10. Armee war gegen jeden Verkauf von Waffen, weil die

Abgabe von Waffen an Polen von Russland als unfreundlicher Akt gewertet werden konnte. Andererseits konnten die Polen bei der Rückführung der letzten deutschen Truppen aus der Ukraine Schwierigkeiten bereiten. Die Polen strebten nach den bisher preussischen Gebieten, die überwiegend von Polen bewohnt waren. An Polen verkaufte Gewehre konnten also eines Tages gegen Deutsche losgehen.

Interessant war, dass Haase sich als Leiter der auswärtigen Politik gegen jeden Waffenverkauf an Polen und für Wahrung absoluter Neutralität ausgesprochen hatte, während sein Parteifreund Eisner Piłsudski telegraphisch versprach, seinen Einfluss zugunsten eines Waffenlieferungsvertrages geltend zu machen. Warum dies? Er bat gleichzeitig um Unterstützung für die beschleunigte Rückführung bayerischer Truppenteile. Solches Durchkreuzen der deutschen Aussenpolitik musste in die Zustände des siebzehnten Jahrhunderts zurückführen.

Zur Abwehr polnischer Übergriffe war versucht worden, einen Grenzschutz zu schaffen. Wenn auch anzunehmen war, dass überwiegend von Polen bewohnte Gebiete wegen des Kriegsverlustes an Polen abgetreten werden mussten, so sollte das doch keinesfalls vor Abschluss des Friedens geschehen. Der Grenzschutz war seiner Aufgabe vielfach deshalb nicht gewachsen, weil er aus bodenständigen Elementen gebildet, also von Polen durchsetzt war.

Die Reichsregierung und die preussische Regierung bemühten sich, mit den Polen zu einer Verständigung zu kommen. Das Reich sandte den Grafen Harry Kessler als Gesandten in ausserordentlicher Mission nach Warschau. Dieser war Philantrop und Pazifist. Mit der Polenpolitik des alten Regimes war er nicht im Geringsten belastet. Die preussische Regierung sandte am 20. November Hello von Gerlach nach Posen, der als Schriftsteller die Arbeit der preussischen Hakatisten seit Jahren scharf bekämpft hatte. Er war sehr optimistisch. Nach seiner Auffassung würden die Polen der Friedenskonferenz nicht vorgreifen. Er hoffte, dass die Polen sich zunächst mit der Ausserkraftsetzung der Ausnahmestimmungen der Kaiserzeit, mit Zugeständnissen in der Sprachfrage und mit der Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache begnügen würden. Was im Posenschen sich wirklich vorbereitete, davon merkte Herr von Gerlach nichts.

In den überwiegend von Polen bewohnten Teilen der preussischen Grenzprovinzen leistete sich der erwachende polnische Nationalismus fortgesetzt Gewaltakte gegen Deutsche. Diese wurden dann in der Pres-

se – die Kriegspressemethoden waren noch nicht abgebaut – oft stark übertrieben. Als dann in Polen bekannt wurde, dass in Deutschland Freiwillige für den «Heimatschutz Ost» gesucht wurden, gab das Grund zur Deutschenhetze. Die Polen bildeten polnische Schutzwehren gegen einen erwarteten deutschen Angriff. Nach einem Besuch der Minister Paul Hirsch und Eugen Ernst im Posenschen wurde die Auffassung der preussischen Regierung wie folgt öffentlich bekanntgegeben:

«Die Regierung hält einen besonderen Heimatschutz für die Provinz Posen nicht für nötig. Dagegen ist ein Grenzschutz unbedingt erforderlich zur Übernahme des Ostheeres und um die Ausfuhr von Lebensmitteln zu verhindern. Der Grenzschutz ist von bodenständigen (d.h. den in Friedenszeiten in demselben Bezirk garnisierenden) Truppen unter Kontrolle der Soldatenräte wahrzunehmen. Eine anordnende Gewalt steht den Soldatenräten nicht zu. Die zurzeit noch in der Provinz befindlichen Truppen aus fremden Bezirken sollen sofort zurückgezogen werden, sobald Truppen aus den zuständigen Generalkommandos zur Verfügung stehen, die sich aus den dienstpflchtigen Jahrgängen und Freiwilligen zusammensetzen.»

Trotzdem erhielt Graf Harry Kessler am 18. Dezember eine Note der polnischen Regierung zugestellt, die ihn aufforderte, mit dem Gesandtschaftspersonal Warschau zu verlassen, da die diplomatischen Beziehungen zu dem Deutschen Reich unterbrochen seien. Das war die Antwort auf die vierwöchigen Bemühungen eines wahrhaft friedliebenden Diplomaten. Piłsudski und Morazewski waren nicht stark genug, diese Brüskierung des Grafen Kessler zu verhindern. Das Ziel der polnischen Nationalisten ging dahin, durch Vorspann polnischer Volksräte überall deutsche Behörden durch polnische zu ersetzen. Nationalheld war damals neben Piłsudski der Klaviervirtuose Paderewski. Bei dessen Anwesenheit kam es um Weihnachten herum in Posen zu nationalen Demonstrationen. Gleichzeitig entfernten deutsche Soldaten gewaltsam Ententefahnen; ein ebenso blöder als schädlicher Streich. Es kam zu Strassenkämpfen. Die Deutschen wurden verdrängt. Der Oberpräsident musste seinen Sitz von Posen nach Bromberg verlegen. Ein Teil der früher preussischen Gebiete war damit tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, vom Reiche getrennt. Militärische Machtmittel zur Zurückeroberung dieser Gebiete konnte das Reich nicht einsetzen. Darüber waren sich alle zivilen und militärischen Faktoren klar. Die polnische Regierung schrieb in diesen Gebieten bald Wahlen zur polnischen Konstituante aus.

Zu Sowjetrussland waren die diplomatischen Beziehungen nicht wieder aufgenommen worden, seit der russische Botschafter Joffe kurz vor

der Revolution gezwungen worden war, Deutschland zu verlassen.

Nach dem Januarputsch, an dem Russen beteiligt waren, musste die Reichsregierung durch Ebert und Scheidemann den Russen telegraphieren:

«Bei Unterdrückung der aufrührerischen Bewegung, die hier kürzlich von einer terroristischen Gruppe zwecks politischer und tatsächlicher Vergewaltigung des deutschen Volkes unternommen worden ist, sind unwiderlegliche Beweise dafür zutage getreten, dass diese Bewegung mit russischen offiziellen Mitteln und von russischen Organen unterstützt worden ist, und dass russische offizielle Persönlichkeiten an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen die unzulässige verbrecherische Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands strengste Verwahrung ein. Sie sieht zunächst davon ab, aus diesem Grunde allen russischen Staatsangehörigen, die sich bisher frei in Deutschland aufhalten konnten, das gewährte Gastrecht zu entziehen, wozu sie an sich berechtigt wäre. Sie will jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen, dass gegen alle Russen, die sich einer Unterstützung der aufrührerischen Bewegung schuldig gemacht haben oder noch in diesem Sinne tätig werden, auf das Schärfste vorgegangen werden wird.»

Die Haltung der Volksbeauftragten zu Räterussland fand die Billigung des Zentralrats.

Die Weihnachtskämpfe, der Januarputsch, die Ermordung Liebknechts und die Agitation vor der Wahl zur Nationalversammlung fielen in die ersten Wochen der Tätigkeit des Zentralrats. Mit dem Zusammen treten der Nationalversammlung hörten die politischen Funktionen des Zentralrats auf. Er hat sich nachher noch mit dem Räteproblem befasst, für dessen Lösung er eine deutsche Form suchte. Auf dem Zweiten Rätekongress, der vom 8. bis 14. April in Berlin tagte, wurde von dem Rätegedanken zu retten gesucht, was noch zu retten war. Er sprach sich für Schaffung von Kammern der Arbeit aus, zu denen alle Arbeit leistenden Deutschen, nach Berufen gegliedert, wahlberechtigt sein sollten. Neben einer allgemeinen Volkskammer sollte in Kreis, Provinz, Ländern und Gesamtrepublik «eine Kammer der Arbeit» gebildet werden, der alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters zuerst zugehen sollten. Die Nationalversammlung hat in den Bestimmungen der Reichs Verfassung über den Reichswirtschaftsrat und die Bezirkswirtschaftsräte den Rätegedanken festgehalten. An den Ausführungsgesetzen dazu fehlt es nach neun Jahren aber immer noch. Am 18. Januar 1920 wurde das Betriebsrätegesetz von der Nationalversammlung beschlossen. Damit waren die ersten Schritte zur Wirtschaftsdemokratie hin getan.

XVI. Der Januaraufstand 1919

Als auf dem Ersten Rätekongress am 19. Dezember infolge der Boykottpolitik der Unabhängigen ein Zentralrat aus 27 Mehrheitssozialdemokraten gewählt worden war, herrschte nach Verkündung des Wahlergebnisses minutenlanges Lärm, untermischt von höhnischem Gelächter und wilden Verwünschungen. Das Protokoll des Kongresses vermerkt dabei:

«Man hört einige Matrosen rufen: Wir sprechen uns wieder! Wir gehen noch einmal auf die Strasse!»

Das sollte nur zu bald Wahrheit werden. Am Sonntag, dem 5. Januar, wurde durch Schuld der Linksradikalen jener Umsturzversuch eingeleitet, der die Kraft der Spartakusbewegung brach. Hilferding hat den Januaraufstand mit Recht die «Marneschlacht der Revolution» genannt.

Ich war am Abend des 4. Januar aus Schlesien nach Berlin zurückgekommen. Am folgenden Sonntag ging ich gegen Abend nach der Reichskanzlei, wo ich nur deren Leiter Curt Baake antraf, der mir über die Weihnachtskämpfe noch einiges erzählte. Aber diese Vorgänge hatten kaum mehr Bedeutung, denn soeben war der «Vorwärts» von einem revolutionären Haufen von Neuem besetzt worden. Das war unerträglich.

Dabei hatte Spartakus ursprünglich und eigentlich nicht die Absicht, im Januar 1919 die Weltrevolution bis zum Sturze der deutschen Regierung zu treiben, weil er wohl wusste, dass ein bolschewistisches Regiment sich in Berlin nicht halten konnte. Der Spartakusbund hatte in seinem Programm ausdrücklich betont, dass «die politische Revolution kein verzweifelter Versuch einer Minderheit» sein dürfe, «die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der grossen Millionenmassen des Volkes». Von einer spartakusgläubigen Millionenmasse war aber nicht die Rede. Die Kommunisten zählten bestenfalls nach Tausenden.

Den äusseren Anlass zu dem folgenschweren Konflikt gab das Vorgehen der preussischen Regierung gegen den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der zu Beginn des Weltkrieges als Redakteur des sozialdemokratischen Pressebüros eifriger Anhänger der Bewilligung der Kriegskredite gewesen war, sich später nach links entwickelte, den Unabhängigen beitrug, dann gegen Kriegsende die Leitung der Berliner sowjetrussischen Telegraphenagentur (Rosta) übernahm und schliesslich der Kommunistischen Partei beitrug. Als die Unabhängigen aus der preussischen Regierung austraten, folgte Eichhorn nicht dem Beispiel

Breitscheids, Rosenfelds und Adolph Hoffmanns. Er wollte sein Amt auch unter der rein mehrheitssozialistischen Regierung weiter behalten. Warum wollte Eichhorn nicht gehen? Er verfügte als Polizeipräsident über wirkliche Macht, die er nicht preisgeben wollte. Er war darin durchaus von dem Geiste der Jagow und Henniger beseelt. Dieser Geist erhielt sich auch, nachdem die politischen Akten der Kaiserzeit verfeuert worden waren*).

Eichhorns Macht reichte nicht allzu weit über den Alexanderplatz hinaus. Die fünf mehrheitssozialdemokratischen Volksbeauftragten «regierten» immer noch die Wilhelmstrasse und deren nächste Umgebung. In der Siegesallee «herrschte» Karl Liebknecht mit seinen Mannen über die steinernen Hohenzollern. Seine Macht reichte gelegentlich bis ans Brandenburger Tor, aber nicht immer in die Linden, so dass er keine direkte Verbindung mit dem Alexanderplatz hatte. Solche Zustände machten die deutsche Regierung zum Gespött des In- und Auslandes.

Was Emil Eichhorn angeht, so kann nicht bestritten werden, dass er die Revolution weitergetrieben wissen wollte. Eichhorn hat darüber am Schluss seiner Broschüre über die Januarereignisse, die er 1919 im Verlag der «Freiheit» erscheinen liess, begeistert geschrieben:

«Die Januartage waren ein stürmischer Atemzug der Revolution und die Revolution lebt noch. Sie wird sich wieder erheben, spottend ihrer Totengräber und sie wird ihren Siegeszug vollenden im Triumphe des Sozialismus.»

Wer die Revolution so fördern wollte, arbeitete für Spartakus. Zweifellos war Eichhorn nach seinem ganzen Verhalten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit geworden. Der Herr Polizeipräsident!

Persönlich mag Eichhorn, der zähe und energisch, aber keinesfalls ein Himmelsstürmer war, zugute gehalten werden, dass er an eine Festigung der Regierung der Volksbeauftragten nicht glaubte und daran zweifelte, dass die Nationalversammlung jemals zusammentreten würde. Eichhorn war von den Berliner Unabhängigen als Kandidat für

*) Die Verbrennung der politischen Akten muss schon zwischen dem 7. und 9. November im Polizeipräsidium erfolgt sein. Der Polizeiernt Henniger hatte sie befohlen. Bevor aber die Akten ins Feuer kamen, wurde noch ein Verzeichnis angelegt.

Es befanden sich u.a. darunter die Akten aller bekannten lebenden sozialistischen Parteiführer, darunter auch meine. Ausserdem die Akten des verstorbenen Abgeordneten Bebel, die des Dr.-Ing. Kommerzienrats Robert Bosch, des Professors Robert Michels, des Ex-Jesuiten Grafen Paul Hoensbroech und des späteren völkischen Schriftstellers und Professors Max Maurenbrecher.

die Wahlen zur Nationalversammlung aufgestellt und hatte als solcher das Zusammengehen mit den Kommunisten empfohlen. Ein Zusammengehen mit den Mehrheitssozialdemokraten fasste er als eine Annäherung an die bürgerliche Demokratie auf.

Die preussischen Volksbeauftragten hielten es für unmöglich, dass Eichhorn an der Spitze des Polizeipräsidioms bleiben könne. Der Berliner Polizeipräsident war nun einmal einer der wichtigsten politischen Beamten. Sie verlangten deshalb Rechenschaft über seine Haltung. Eichhorn lehnte es ab, über seine politischen Auffassungen Rechenschaft zu geben. Aber nicht seine politischen Auffassungen, sondern seine praktische Haltung gab der preussischen Regierung den Anlass zu ihrem Vorgehen. Eichhorn folgte nicht der Einladung des Innenministers. Er kündigte Paul Hirsch an, dass er auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe schriftlich zu antworten bereit sei. Hirsch wollte diese schriftliche Antwort berücksichtigen, wenn sie bis zum 4. Januar 1919 eingegangen wäre. Eichhorn hatte es aber nicht so eilig. Paul Hirsch verfügte als Innenminister sodann am 4. Januar die Entlassung Eichhorns aus der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidioms Berlin mit dem Bemerkten, dass sich Eugen Ernst bereit erklärt habe, bis auf Weiteres neben seinen bisherigen Funktionen die Leitung des Berliner Polizeipräsidioms zu übernehmen. Das Vorgehen des Innenministers erhielt die Zustimmung des Zentralrats. Zum Überfluss bestätigte auch der Berliner Vollzugsrat am 6. Januar, nachmittags 6 Uhr, mit zwölf Stimmen gegen die zwei Stimmen von Ernst Däumig und Richard Müller die Entlassung Eichhorns. Dieser Beschluss wurde wie folgt veröffentlicht:

«An die Bevölkerung Gross-Berlins!

Der Vollzugsrat für Gross-Berlin hat die vom Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik verlangte und vom Ministerium des Innern vollzogene Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn bestätigt. Mithin haben alle von der Revolution eingesetzten Behörden dieser Entlassung zugestimmt. Die erdrückende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Berlins wünscht, dass diese Enthebung so rasch wie möglich zur Tat gemacht wird. Den Befehlen des Polizeipräsidenten Eichhorn, der sich sein Amt willkürlich anmasst, ist daher nicht mehr Folge zu leisten. Wer sie befolgt, handelt in offener Auflehnung gegen die Reichsregierung, gegen den vom Kongress aller Arbeiter- und Soldatenräte gewählten Zentralrat und gegen den Vollzugsrat für Gross-Berlin.»

In der gleichen Sitzung des Gross-Berliner Vollzugsrats wurde mit derselben Mehrheit die Wiederherstellung der uneingeschränkten Pressefreiheit für alle Zeitungen und die Rückgabe des «Vorwärts» an die rechtmässigen Eigentümer beschlossen. Eichhorn *setzte* sich aber über

alle diese Beschlüsse glatt hinweg und appellierte einfach an die «revolutionären Obleute».

Als Eugen Ernst die Geschäfte des Berliner Polizeipräsidenten übernehmen wollte, behauptete Eichhorn, dass er von den Berliner Arbeitern als Polizeipräsident eingesetzt worden sei, ehe die Regierungen des Reiches und Preussens überhaupt gebildet waren, und dass er deshalb sozusagen unabsetzbar sei, solange ihn die Arbeiter nicht absetzten. Nun hatte Eichhorn allerdings am 9. November, nachdem Arbeiter, Soldaten und Matrosen in das Polizeipräsidium eingedrungen waren, dort die Geschäfte übernommen. Man hatte ihn aus dem Vorstandsbüro der Unabhängigen in der Schicklerstrasse einfach nach dem Polizeipräsidium geholt, als sich die Massen desselben bemächtigt hatten und feststand, dass die berühmte preussische blaue Polizei keine Lust mehr hatte, ihre Haut für Wilhelm II. zu Markte zu tragen. Der Polizeipräsident von Oppen war zusammengebrochen und verhandlungsunfähig. Emil Eichhorn und Karl Leid hatten damals das Polizeipräsidium von den höheren Beamten einfach unterschriftlich für die Unabhängigen übernommen.

Alles das änderte aber nichts daran, dass der Berliner kommissarische Polizeipräsident genau so dem preussischen Minister des Innern unterstand wie die übrigen staatlichen Behörden. Seit der Einsetzung des Zentralrats durch den Ersten Rätekongress war endlich gar kein Zweifel darüber möglich, dass Eichhorn zu gehen hatte, wenn die Regierung und der Zentralrat über die Notwendigkeit seines Verschwindens einig waren.

Eichhorn konnte auch nicht auf eine Ausnahmestellung Anspruch erheben, weil er sich des Öfteren Eigenmächtigkeiten zuschulden kommen liess. So hatte sich die Reichsregierung schon im Dezember mit den Waffenbestellungen zu befassen, die Eichhorn in Wittenau gemacht hatte. Er brauchte angeblich 15 Maschinengewehre für das Polizeipräsidium. Von diesen Bestellungen benachrichtigte er die Vorsitzenden des Vollzugsrats, nicht aber die preussische Regierung, die später zahlen sollte. Noch im Frühjahr 1919 erhielten Brutus Molkenbuhr und Richard Müller deswegen Rechnungen über 83'000 Mark präsentiert, weil das preussische Innenministerium die Zahlung verweigerte. Es handelte sich um Waffenlieferungen, die am 13. Dezember 1918, am 4. und 13. Januar 1919 erfolgt waren. Die beiden Vorsitzenden des Vollzugsrats hatten die Bestellungen gegengezeichnet.

Eduard Bernstein, der die Form des Entlassungsschreibens der preussischen Regierung bemängelt und eine Begründung der Massnahme so-

wie die Bezugnahme auf das Einverständnis des Zentralrats in dem Schreiben vermisst, gibt in seiner «Geschichte der deutschen Revolution» ausdrücklich zu, dass es sich nicht um die Massregelung eines Beamten, «sondern um die Lösung eines unhaltbar gewordenen Verhältnisses» handelte.

Die «revolutionären Obleute» der Gross-Berliner Betriebe, der Vorstand der Gross-Berliner Unabhängigen und die Zentrale der Kommunistischen Partei sahen in dem Vorgehen des Innenministers Paul Hirsch aber nichts als einen Gewaltstreich gegen Eichhorn.

Die Arbeiter wurden zu Sonntag, dem 5. Januar, nachmittags 2 Uhr, zu Massendemonstrationen gegen die Gewaltherrschaft der Ebert-Scheidemann-Hirsch und Ernst in die Siegesallee gerufen.

«Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt wird, soll das ganze deutsche Proletariat, die ganze deutsche Revolution getroffen werden.»

Die Demonstrationen waren vorher zu einem anderen Zweck angesetzt gewesen. Die Mannschaften der Jahrgänge 1896/1899 sollten aufgerufen werden, gegen die Verzögerung ihrer Entlassung zu protestieren. In seiner Ansprache an die jungen Mannschaften forderte Karl Liebknecht dann auch deren sofortige Demobilisation. In der Hauptsache wurden die Demonstrationen aber nun für Eichhorn ausgenutzt. Besonders stark waren sie auf dem Alexanderplatz und in seiner Umgebung. Sie bestärkten Eichhorn in seinem Widerstand gegen die Regierung.

Trotzdem in dem ersten Aufruf zur Demonstration in keiner Weise zur Anwendung von Gewalt aufgefordert worden war und das auch in den Ansprachen vor dem Polizeipräsidium nicht geschah – Ledebour wurde später entgegen der Anklage, nach der er bewaffnete Haufen gebildet und die Besetzung der Zeitungsbetriebe veranlasst haben sollte, von den Berliner Geschworenen freigesprochen – ging nur ein Teil der Demonstranten am Abend ruhig nach Hause. Ein anderer Teil ging ins Zeitungsviertel, besetzte die Verlagsdruckereien von Mosse, Ullstein, Scherl und Büxenstein und vor allem den «Vorwärts», in dem Stampfer täglich tapfer als ein wahrer Erzieher der Arbeiterklasse für die grossen verantwortungsvollen politischen Aufgaben, die nun zu lösen waren, gegen den Unverstand der Linksradikalen polemisierte.

Nachdem die Besetzung des Zeitungsviertels erfolgt war, wollte niemand die Verantwortung dafür übernehmen, weil diese Gewaltakte die ganze Bewegung vor der grossen Öffentlichkeit sofort ins Unrecht setzten. Die Haufen waren «kraft revolutionären Rechts» ins Zeitungsvier-

tel eingebrochen, um ihren Mut an der Presse zu kühlen, die gegen die Linksradikalen schrieb.

Die Übertumpelung des «Vorwärts» war möglich gewesen, weil die Reichsregierung Weisung gegeben hatte, wenn irgend möglich Blutvergiessen zu vermeiden.

Mit der Besetzung des Zeitungs Viertels war die deutsche Revolution in jene entscheidende Woche getreten, in der es um alles ging. Siegte Spartakus, so war die Welt um die Sowjetrepublik Berlin bereichert. Um mehr nicht, denn im Reiche hätte Berlin keine Schule gemacht. Die Volksbeauftragten waren diesmal entschlossen, dem Kampf nicht auszuweichen.

Das Tragische an dem Januarputsch war, dass die den Spartakisten und den, revolutionären Obleuten folgenden Arbeiter in einen Kampf gehetzt wurden, dessen bezeichnetes Ziel eigentlich gar nicht erreicht werden sollte. Die Führer liessen die Massen auf den Strassen stundenlang schreien: «Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!» Dabei hatten die Führer Angst, dass dieses Ziel erreicht werden könnte. Sie wussten, dass ein isoliertes sowjetistisches Berlin von seinem agrarischen Hinterland unter dem Beifall der Bourgeoisie ausgehungert werden würde und kapitulieren müsste.

Auf dem Gründungsparteitag der Kommunisten, der an der Jahreswende 1918/1919 stattgefunden hatte, waren die Führer darin einig, dass weder organisatorisch noch ideologisch in Deutschland die Voraussetzungen für die unmittelbare Machtergreifung des Proletariats gegeben waren. Organisatorisch deshalb nicht, weil der Spartakusbund nur wenig Fühlung mit den Arbeitern der Betriebe hatte. Die kleine Anzahl Spartakisten ging auf die Strasse und versuchte durch unentwegtes Geschrei die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf sich zu ziehen.

Rosa Luxemburg hielt auf dem Gründungsparteitag der Kommunisten am 31. Dezember 1918 eine Rede, in der sie die erste Phase der Revolution für abgeschlossen erklärte und nun eine zweite Phase anhaltend sich steigender ökonomischer Kämpfe prophezeite. Sie sagte ausdrücklich, dass der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann nicht das Nächste und ihre Ersetzung durch eine proletarisch-revolutionäre Regierung jetzt nicht das Notwendige sei. Die Regierung Ebert-Scheidemann müsse durch einen sozialistischen Massenkampf des Proletariats erst unterminiert werden. Die Revolution müsse auf das flache Land getragen werden, wo man leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfanges sei. Der bürgerliche Staat müsse von unten herauf aus-

gehöhlt werden. Der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann müsse erst der Schlussakt sein.

Wenn die Kommunisten der Auffassung waren, dass der Sturz der Regierung als politisches Ziel jetzt gar nicht in Frage kam, mussten sie alles vermeiden, was bei ihren Anhängern den Glauben erwecken konnte, dass die Regierung gestürzt werden müsse. Es war dann frivol, die Arbeiter auf die Strasse zu hetzen.

Am Abend des 4. Januar hatte die Zentrale der Kommunistischen Partei in Kenntnis des Vorgehens der preussischen Regierung gegen Eichhorn die Auffassung vertreten, dass eine auf die linksradikalen Teile des Proletariats gestützte Regierung sich keine 14 Tage halten würde, und man war sich deshalb – zufolge der eigenen später gegebenen Darstellung der Januar Vorgänge – darin einig, «dass alle Forderungen vermieden werden müssten, die den Sturz der damaligen Regierung mit Notwendigkeit zur Folge haben müssten». Das entsprach völlig einem kurz vorher verbreiteten Flugblatt der Kommunisten, in dem es hiess:

«Würden die Berliner Arbeiter die Nationalversammlung heute auseinanderjagen, würden sie die Scheidemann-Ebert ins Gefängnis werfen, während die Arbeiter des Ruhrgebiets, Oberschlesiens und die Landarbeiter Ostelbiens ruhig bleiben, so würden die Kapitalisten morgen Berlin durch Aushungerung unterwerfen können.»

Mit anderen Worten: es sollte eigentlich nur ein bisschen revolutionäre Gymnastik getrieben werden, vielleicht mit dem Hintergedanken, dass sich hierdurch die Regierung einschüchtern liesse und Eichhorn zum Nutzen der Linksradikalen so auf seinem Posten im Polizeipräsidium gehalten werden könnte.

Am Abend des 5. Januar, einem Sonntag, fand eine gemeinsame Sitzung der «revolutionären Obleute», des Vorstandes der Gross-Berliner Organisation der Unabhängigen und einiger Mitglieder der Zentrale der neugegründeten Kommunistischen Partei statt. Die anwesenden Unabhängigen gehörten meist zu dem linken Flügel, der mit den Kommunisten sympathisierte. Die Besetzung des Zeitungsviertels und die Demonstrationen rund um den Alexanderplatz hatten während dieser Sitzung eine hysterische Stimmung erzeugt, in der schliesslich einer den anderen zu überkreischen versuchte. Ganz wenige blieben nüchtern. Dorrenbach, der Unheil stiftete, wo er auftrat, machte den Anwesenden weiss, dass die Volksmarinedivision und die Berliner Regimenter bereit seien, die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. In Spandau stünden 2'000 Maschinengewehre und 20 Geschütze zum Kampfe gegen die Regierung bereit usw. Vergebens wiesen Stoll und Albrecht

darauf hin, dass nach den Erfahrungen der vergangenen Wochen auf die Truppen kein Verlass sei. Vergeblich warnte Däumig, der an das Ende dachte. Vergeblich wies Richard Müller auf die Folgen eines verfrühten auf Berlin beschränkten Vorgehens gegen die Regierung hin. Von den etwa 70 Anwesenden stimmten nur 6 – Däumig, Eckard, Malzahn, Richard Müller, Neuendorff und Rusch – dagegen, dass der Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturze durchzuführen sei. Die Mehrheit sah in der Besetzung des Zeitungsviertels ein unwiderstehliches Drängen der Massen zur Revolution. Der erste, der seine bessere Einsicht und damit das Aktionsprogramm der Kommunisten preisgab, war Karl Liebknecht. Er wollte nun auf einmal eingesehen haben, dass der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann nicht nur möglich, sondern auch nötig sei. Pieck von der kommunistischen Zentrale schloss sich ihm an, wie der Putzleck dem Leutnant: «Sofort müsse der Kampf aufgenommen werden.» Ledebour war für die Parole: «Wenn schon, denn schon! Und wenn schon, dann rasch und aufs Ganze.» Eichhorn war bereit, sich jeder Entscheidung der Konferenz zu unterwerfen. Er hiess damit den Kampf gegen die Regierung mit dem Ziel ihres gewaltsamen Sturzes gut.

Däumig, der den Putsch für verloren ansah, ehe er begonnen hatte, beteiligte sich nicht mehr an der Bewegung, ebenso Richard Müller. Ledebour griff beide später deswegen in der bei ihm üblichen gehässigen Art an. Richard Müller antwortete ihm in der «Freiheit»:

«Ledebour darf nicht glauben, dass ich meine Haut zu Markte trage, wenn ein politischer Narr aus vollständiger Verkenning der revolutionären Voraussetzung oder aus Eitelkeit eine «revolutionäre Erhebung» für gegeben erachtet.»

Die Sitzung der 70 zog sich bis in die frühen Morgenstunden des Montags hinein. Wie kam es in ihr zur Vorbereitung des Putsches? Richard Müller wies später darauf hin, dass die durch die Gründung der KPD. erfolgte Abspaltung der Spartakusleute von den Unabhängigen nicht ohne Einfluss auf das Abstimmungsresultat war. Die Kommunisten wollten beweisen, dass sie noch revolutionärer seien als der linke Flügel der Unabhängigen. Im Berliner Zentralvorstand der Unabhängigen sassen aber nach dem Urteil Richard Müllers schwankende Gestalten, die sich gewöhnlich nicht gern in Gefahr begaben, aber doch überall als die wildesten Schreier dabei sein wollten und sich recht revolutionär gebärdeten. Diese suchten in revolutionären Gesten Liebknecht zu überbieten.

Die Sitzung der 70 traf sofort alle Vorbereitungen für den Sieg, der

die zweite Phase der deutschen Revolution einleiten sollte. Es wurde ein provisorischer Revolutionsausschuss eingesetzt von nicht weniger als 53 Personen, an deren Spitze drei gleichberechtigte Vorsitzende: Ledebour, Liebknecht und Paul Scholze standen. Dieser Ausschuss sollte nach siegreich beendetem Kampf an Stelle der gestürzten Reichsregierung provisorisch die Regierungsgeschäfte übernehmen.

In dem Prozess, der gegen Ledebour vom 19. Mai bis zum 23. Juni 1919 vor den Berliner Geschworenen geführt wurde, gab Ledebour ausdrücklich zu, dass es Absicht der Verschwörer war, alles aufzubieten, um diese verderbliche Regierung (Ebert-Scheidemann) zu beseitigen. Wie am 9. November sollte nach den Absichten des Revolutionsausschusses ein Sturz der Regierung erfolgen. Von der neuen provisorischen Regierung sollten Wahlen für die Arbeiter- und Soldatenräte ausgeschrieben werden. Dann sollte von einem für ganz Deutschland gewählten Arbeiter- und Soldatenrat eine neue definitive Regierung gebildet werden.

Indessen hatten sich die Massen wieder schlafen gelegt, nachdem man sie lange genug ziel- und weisungslos auf der Strasse stehengelassen hatte. Am anderen Morgen hörten sie die Parole: «Generalstreik». Im Aufruf dazu hiess es u.a.:

«Erscheint in Massen heute Vormittag 11 Uhr in der Siegesallee.» «Um Grosses handelt es sich nunmehr! Es muss allen gegenrevolutionären Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden. Nieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann!»

Die Reichsregierung hatte keine Truppen zur Verfügung, auf die sie sich verlassen konnte. Die Mehrheitssozialdemokratie bot deshalb zunächst ihre Berliner Anhänger auf. Sie schlug Spartakus mit dessen eigener Taktik. Hatte der Revolutionsausschuss seine Anhänger nach der Siegesallee gerufen, so wurden die Mehrheitssozialdemokraten mit folgendem Aufruf für 11 Uhr nach der Wilhelmstrasse beordert:

«Arbeiter! Bürger! Soldaten! Genossen!

Zum zweiten Male haben bewaffnete Banditen des Spartakusbundes den «Vorwärts» gewaltsam besetzt. Die Führer dieser Banden proklamierten heute in öffentlichen Reden erneut den gewaltsamen Sturz der Regierung, Mord und blutigen Bürgerkrieg und Errichtung der Spartakusdiktatur. Dem deutschen Volk und insbesondere der Arbeiterschaft drohen die schlimmsten Gefahren. Anarchie und Hunger würden die Folgen der Spartakusherrschaft sein.

Jetzt ist unsere Geduld zu Ende!

Wir wollen uns nicht länger von Irrsinnigen und Verbrechern terrorisieren lassen. Es muss endlich Ordnung in Berlin geschaffen und der ruhige Aufbau des neuen revolutionären Deutschland gesichert werden. Wir fordern euch auf, zum Protest gegen die Gewalttaten der Spartakusbanden die Arbeit einzustellen und so-

fort unter Führung eurer Vertrauensleute vor dem Hause der Reichsregierung, Wilhelmstrasse 77, zu erscheinen.

Arbeiter! Bürger! Genossen! Soldaten!

Erscheint in Massen! Zeigt, dass ihr Manns genug seid, aus eigener Kraft eure Freiheit, euer Recht und euer Parteieigentum zu schützen.»

Von 10 bis 12 Uhr drängten sich Tausende, die nicht haben wollten, dass das Erbe der Revolution nutzlos vertan wurde, in der Wilhelmstrasse zusammen und deckten mit ihren Leibern die Regierung. Der Massenaufmarsch der Berliner Sozialisten hinderte an diesem Montag und an dem folgenden Dienstag, dass Liebknechts Mannen das Regierungsviertel besetzten. In der Umgebung dieses Viertels konnte der staunende Passant, so zum Beispiel in der Leipziger Strasse, sehen, dass zwei Züge aneinander vorbeimarschierten und sich nichts taten, trotzdem die einen ununterbrochen im Chore riefen: «Nieder mit Scheidemann! Nieder mit Ebert! Hoch die Weltrevolution!» und die anderen: «Nieder mit Liebknecht! Nieder mit Spartakus! Hoch die Demokratie! Hoch der Sozialismus!» Dieses friedliche Nebeneinander zeigte, dass keine Richtung wusste, welche die stärkere war. Allerdings hatten Liebknechts Scharen Waffen. Deshalb riefen die mehrheitssozialistischen Demonstranten vor der Reichskanzlei nach Bewaffnung. Scheidemann bat noch um Geduld, versprach aber, für Ausrüstung mit Waffen und nicht nur mit Knüppeln sorgen zu wollen. Scheidemanns Worte wurden bekannt und mahnten Liebknecht zur Vorsicht.

Die Berliner Mehrheitssozialisten waren in diesem Kampf quicklebend. War die «Vorwärts»-Druckerei auch besetzt, so gab es doch noch andere Druckereien in Berlin, in denen Flugblätter und Handzettel in Millionen hergestellt und dann unter die Massen geworfen werden konnten. Auch eine Extraausgabe des «Vorwärts» wurde so gedruckt und verteilt. Die Besetzung der «Vorwärts»-Druckerei hatte sich als ein Fiasko erwiesen.

Gegenüber dem «Vorwärts»-Gebäude befand sich damals in der Lindenstrasse das Propagandabüro der Gross-Berliner Sozialdemokratie, in dem die Wahlarbeiten erledigt wurden. Als das die Haufen bemerkten, die den «Vorwärts» besetzt hatten, warfen sie im Wahlbüro der Sozialdemokratie die Scheiben ein, schmissen Wahlflugblätter, Handzettel und Wahlplakate in Packen auf die Strasse und zündeten sie dann an. Der Scheiterhaufen brannte lichterloh. Die Strassenbahnen mussten in der Lindenstrasse den Verkehr einstellen. Das war die Rache dafür, dass trotz der «Vorwärts»-Besetzung kein «revolutionärer» «Vor-

wärts» herauskommen konnte, weil das Personal sich weigerte, zu setzen und zu drucken. Die Männer, die, zum Teil mit Dietrichen bewaffnet, den «Vorwärts» besetzt hatten, konnten mit diesen Diebeswerkzeugen weder den Strom bedienen noch die Setzmaschinen in Gang bringen. Im «Vorwärts»-Gebäude hatte die Besatzung übrigens böse gehaust. Die Räume des Parteivorstandes und des Parteiarchivs waren allerdings von jeder Brandschatzung verschont geblieben, wie ich am 12. Januar mit Genugtuung feststellen konnte.

Die Volksbeauftragten hatten sich am Sonntag Abend ausserhalb des Regierungsviertels über die nun zu treffenden Massregeln beraten. Über das Ergebnis wurde der Zentralrat am Morgen des 6. Januar, einem Montag, im Pfeilersaal der Reichskanzlei unterrichtet. Ebert erklärte kategorisch, dass es so nicht weitergehen könne. Zu einem Frieden könne Deutschland nur kommen, wenn es gefestigte Regierungsverhältnisse hätte. Die Volksbeauftragten seien deshalb zu der Überzeugung gekommen, dass sie sich eine Truppe schaffen müssten, auf die sie sich verlassen könnten.

Oberst Reinhardt, der Kriegsminister, schlug vor, den General Hoffmann mit der Aufgabe zu betrauen, in Berlin geordnete Verhältnisse herzustellen. Gegen diesen Vorschlag wurde eingewandt, dass die Übertragung des Oberbefehls an einen General in weiten Kreisen der Arbeiterschaft starke Bedenken auslösen würde. So lag der Vorschlag, dass Noske den Oberbefehl übernehmen solle, nahe. Dass er den guten Willen zum Betreten des richtigen Weges hatte, zeigte schon der Gouvernementsbefehl, mit dem er der Kieler Garnison am 11. November die Bildung der Regierung der sechs sozialistischen Volksbeauftragten mitgeteilt hatte. In diesem Befehl hiess es u.a.:

«Jeder Streit in der Arbeiterbewegung hat aufzuhören. Neben dem Reichskanzler Ebert und dem Staatssekretär Scheidemann sitzen die bisherigen unabhängigen Sozialisten Haase und Dittmann in der Regierung. Der unselige Streit in der Sozialdemokratie hat sein Ende erreicht. Nur eine geschlossene Arbeiterbewegung und eine einige festgefügte Sozialdemokratie darf es von jetzt ab geben.»

Noske erklärte sich bereit, diese schwere Aufgabe zu übernehmen. Er sagte selbst dazu: «Einer muss der Bluthund werden. Ich scheue die Verantwortung nicht!»

Wer gegen Spartakus aufzutreten wagte, kam um diesen Titel nicht herum. Wels hatte dies als Kommandant von Berlin schon vor Noske genügend erfahren. Der Zentralrat stimmte in der Beurteilung der politischen Lage mit den Volksbeauftragten völlig überein und erteilte durch einstimmigen Beschluss Noske ausserordentliche Vollmacht zur Anordnung der Massnahmen, die zur Wiederherstellung der Ordnung

in Berlin notwendig seien. So wurde Noske Generalgouverneur von Berlin und Oberbefehlshaber mit allen möglichen Machtbefugnissen, ohne dass ihm jemals besondere Vollmachten schriftlich ausgehändigt wurden.

Noske liess keinen Zweifel darüber, dass sich die Berliner Arbeiter einige Tage gedulden müssten. Er hielt dafür, dass eine etwaige Niederlage der Regierungstruppen so demoralisierend wirken würde, dass die Stellung der Regierung dann überhaupt unhaltbar würde. Deshalb dürfe die Besetzung Berlins durch regierungstreue Truppen erst dann erfolgen, wenn sicher wäre, dass Berlin von nun ab in allen seinen Teilen gehalten werden könne.

Noske verliess Berlin nach kurzem Aufenthalt im Generalstabsgebäude und schlug sein Quartier im Luisenstift zu Dahlem auf, das im Frieden einem Mädchenpensionat zum Aufenthalt gedient hatte. Von dort aus traf Noske seine Vorbereitungen. Im Berliner Zeitungs viertel waren inzwischen regelrechte Barrikaden errichtet worden. Die Zeitungshäuser von Mosse und Ullstein waren zu richtigen Festungen ausgebaut. Papierballen dienten als gute Deckung. Maschinengewehre waren zur Schaufensterdekoration geworden. Das Pflaster der Zugangsstrassen war aufgerissen. Von Rechtsblättern war nur der «Lokalanzeiger» besetzt.

Noske war der Überzeugung, dass die Anhänger Liebknechts, die im Besitz von Maschinengewehren waren, eine permanente Gefahr für die Reichskanzlei bildeten, die nur von einer kleinen Truppe unter Befehl des Offizierstellvertreters Suppe geschützt wurde. Ebert war der gleichen Auffassung und traf daher für den schlimmsten Fall Vorsorge.

Nach der Sitzung des Zentralrats und der Volksbeauftragten lud mich Ebert zu einer kurzen Aussprache in das Reichskanzlerzimmer. Ich habe ihn selten so besorgt gesehen. Ich fragte ihn geradezu: «Was ist denn nun noch los? Mehr als wir getan haben, indem wir Noske unbeschränkte Vollmacht gaben, können wir doch nicht gut tun?» Aber Ebert meinte, dass es fünf bis sechs Tage dauern könne, bis Noske ausserhalb Berlins genügend zuverlässige Truppen gesammelt hätte. Bis dahin könne die Reichskanzlei vielleicht in nächtlichen Kämpfen überrumpelt werden.

Für diesen schlimmsten Fall sollte ich ausserhalb Berlins eine Regierung bilden, gestützt auf die Organisationen im Reiche. Ich sollte nach Eberts Vorschlag Richard Fischer und Hermann Molkenbuhr hierfür als Mitarbeiter gewinnen. In Magdeburg, Dessau oder Weimar sollte ich gegebenenfalls diesen Versuch wagen.

Sogleich würde der Unterstaatssekretär Schiffer aus dem Reichsschatzamt erscheinen, der mir in die Hand geloben würde, dass in diesem äussersten Falle die Beamten des Reichs unter mir Weiterarbeiten würden. Schiffer erschien dann auch, gelobte mir für die deutschen Beamten Treue und verlas hierzu den Entwurf einer Erklärung, die erfreulicherweise zunächst keine praktische Bedeutung bekam.

Als ich mich von Ebert verabschiedete, um Molkenbuhr und Fischer über das Vorgefallene zu unterrichten, bat er mich, in den nächsten Tagen bei Eintreten der Dunkelheit nach Hause zu gehen. Für den Fall, dass das Regierungsviertel in die Hand der Spartakisten falle und die Volksbeauftragten erledigt würden, dürfte ich nicht mit gefasst werden. Ich folgte diesem Ratschlag.

Theoretisch war die Regierung Ebert-Scheidemann bereits am Montag, dem 6. Januar, erledigt. Der Revolutionsausschuss hatte das nämlich verfügt. Das betreffende Schriftstück ist uns aus einer Szene bekannt geworden, die in ein Lustspiel gehört.

Am Montag, dem 6. Januar, war der Marstall von Revolutionären in Uniform und Zivil besetzt. Es sollte mit der Eroberung wichtiger Berliner Gebäude ernst gemacht werden. In dem üblichen Durcheinander erhielt der Matrose L e m m g e n von der Volksmarinedivision den Befehl, mit 300 Mann nach dem Kriegsministerium in der Leipziger Strasse zu ziehen, um es für die provisorische Revolutionsregierung zu besetzen. Lemmgen befolgte den Befehl. Im Kriegsministerium empfing ihn der 28jährige Leutnant Bruno Hamburger im Auftrag des Staatssekretärs Paul Göhre. Ein Lemmgen beigegebener Zivilist gab Hamburger folgendes Schriftstück, von dem eigentlich erst nach dem Siege Gebrauch gemacht werden sollte:

«Kameraden! Arbeiter!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Sie ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss, der Vertretung der revolutionären sozialistischen Arbeiter und Soldaten (Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Kommunistische Partei) für abgesetzt erklärt.

Der unterzeichnete Revolutionsausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.

Kameraden! Arbeiter!

Schliesst euch den Massnahmen des Revolutionsausschusses an.

Berlin, den 6. Januar 1919.

Der Revolutionsausschuss.

i. V. Ledebour.

Liebknedit.

Scholze.

Hamburger besah sich das Schriftstück und bemängelte die fehlenden Originalunterschriften. Er sagte in allem Ernst zu der Deputation, dass einer Übergabe des Kriegsministeriums nichts im Wege stehen

würde, sobald die Unter Schriften des Revolutionsausschusses wirklich vorhanden seien. Er wäre im Ernstfall bereit gewesen, einer neuen Regierung das Kriegsministerium zu übergeben, das nur eine ganz schwache Besatzung hatte. Aber einen Brief, der nur Schreibmaschinenunterschriften trug, wollte er als Befehl nicht anerkennen. Sonst hätte ja jede Stenotypistin den Sturz der Regierung herbeiführen können. Lemmgen sah ein, dass das Kriegsministerium nicht besetzt werden dürfe, solange die Unterschriften des Revolutionskomitees nicht im Original vorhanden waren. Er zog deshalb wieder ab. Die 500 Revolutionssoldaten, die er auf der Leipziger Strasse hatte stehen lassen, liefen auseinander. Lemmgen ging nach dem Mars tall zurück. Dort liess er sich von Paul Scholze und Karl Liebknecht eine richtige Unterschrift geben. Karl Liebknecht unterzeichnete ausserdem für den gerade abwesenden Ledebour.

Nun hatte Lemmgen seine Unterschriften. Nun hätte er das Kriegsministerium besetzen können. Aber inzwischen revoltierte die Volksmarinedivision gegen den Revolutionsausschuss. Die Matrosen hatten sich durch ein Abkommen mit der Reichsregierung vom 24. Dezember verpflichtet, keine gegen die Regierung gerichtete Aktion mehr zu unterstützen. Die Mehrheit der Matrosen wollte dieses Abkommen halten. Sie erklärten sich für neutral. Die Führung der Volksmarinedivision wollte sogar Dorrenbach verhaften. Denselben Dorrenbach, der in der Nacht zum Montag damit renommiert hatte, dass die Gross-Berliner und Spandauer Garnison bereit ständen, die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen. Die Matrosen liessen dann den bis dahin in Schutzhaft festgehaltenen stellvertretenden Kommandanten Anton Fischer frei. Dieser hatte Liebknecht ins Gesicht gesagt, dass der grösste Teil der Berliner Arbeiterschaft nicht auf seiner Seite stünde. Liebknecht behauptete, dass der rührigere und intelligentere Teil ihm anhänge. So überschätzte Liebknecht seine Leute.

Die Zivilisten, die im Marstall ihr revolutionäres Hauptquartier aufgeschlagen hatten, wurden nun von dem stellvertretenden Kommandanten, dem 27jährigen Robert Grundtke, aufgefordert, unverzüglich den Marstall zu verlassen, was Liebknecht übrigens schon vorher getan hatte. Der Revolutionsausschuss musste nun seine Papiere packen. Alles das sah Lemmgen mit an. Dann nahm er das Schriftstück, das zur Besetzung des Kriegsministeriums dienen sollte, an sich, verliess den Marstall, ging nach Hause und meldete sich für acht Tage krank.

Nach acht Tagen war der Spartakusspuk in Berlin vorbei. Lemming ging dann in die Wilhelmstrasse und gab in Baakes Büro dem Sekretär Moser das Schriftstück, das dann im Prozess gegen Ledebour eine grosse Rolle spielte.

Ledebour kam am Nachmittag des 6. Januar wieder in den Marstall. Er fand dort seine Revolutionsregierung nicht mehr vor, weil sie inzwischen hinausgeworfen worden war. Er schimpfte fürchterlich über die «Matrosenverräter», die seit dem 31. Dezember 1918 ihren Frieden mit der Garde-Kavallerie-Division geschlossen und öffentlich erklärt hatten, dass sie mit Spartakus nichts mehr zu tun haben wollten.

Wenn auch das Kriegsministerium um die Besetzung gekommen war, so hatten doch wilde Haufen, denen angeblich niemand einen Auftrag gegeben hatte und für deren Tun hinterher niemand verantwortlich sein wollte, die Reichsdruckerei, die Eisenbahndirektion Berlin, das Proviantlager in der Köpenicker Strasse, die Pionierkaserne in der Köpenicker Strasse, den Schlesischen Bahnhof und andere Gebäude besetzt. Nächtlich fielen in allen Stadtteilen Schüsse. Beim Halleschen Tore habe ich selbst mehrfach erlebt, dass abends Linien der elektrischen Strassenbahn umgeleitet wurden, weil sich im Halbdunkeln Schiessereien entsponnen hatten. In der Nähe des Abgeordnetenhauses, in dem der Zentralrat tagte, fielen des Öfteren Schüsse, die angeblich von Dächern aus abgefeuert wurden. Wer sich vom Hotel Kaiserhof nach der Reichskanzlei begeben wollte, wurde damals von Schutzleuten darauf aufmerksam gemacht, dass er, auch wenn er in der Wilhelmstrasse die Mauer entlang ginge, vor Zufallsschüssen nicht sicher sei. Eines Nachmittags sah ich selbst, wie in die Vorhalle des Reichskanzlerhauses ein Toter getragen wurde, der stundenlang dalag, bis er zur Leichenhalle abgeholt wurde. Die Umgebung des Anhalter Bahnhofs war in jenen Tagen oft das Flugfeld irrender Kugeln. Militärisch hatte diese Bewegung den Charakter eines Guerillakrieges. Jede Oberleitung, überhaupt jeder militärische Plan, fehlte.

Bald setzten Vermittlungsversuche ein, zu denen die Reichsleitung der Unabhängigen bereits am 6. Januar die erste Anregung gegeben hatte. Haase war in jenen Tagen von Berlin abwesend. Aber im Gegensatz zur Berliner Ortsverwaltungsleitung der Unabhängigen, die unter dem Einfluss der «revolutionären Obleute» stand, sassen in der Reichszentrale der Unabhängigen alte Genossen, die die demokratischen Forderungen des Erfurter Programms noch nicht auf dem Russenaltar geopfert hatten. Kautsky, Dittmann, Breitscheid, Hilferding, Oskar Cohn

und Luise Zietz arbeiteten für eine Vermittlungsaktion, die Eduard Bernstein angeregt hatte.

Eduard Bernstein, der unter dem Kaiserreich für die Partei ins Exil gegangen war, um ihr von draussen her das Sozialistengesetz überwinden zu helfen, litt schwer darunter, dass die Zeit der Revolution durch die Uneinigkeit der Arbeiter für die sozialdemokratischen Ziele nicht besser ausgenutzt werden konnte. Bernstein trat, um den Einigkeitwillen symbolisch zu verkörpern, zur Mehrheitssozialdemokratie über, ohne seine Mitgliedschaft bei den Unabhängigen aufzugeben. Doch die Berliner Unabhängigen verboten ihm die doppelte Mitgliedschaft. So gezwungen, sich zu entscheiden, blieb Bernstein bei der Mehrheitssozialdemokratie mit der Begründung, dass ihm deren Innenpolitik für die junge Republik die richtige zu sein scheine. Dieser Kampfgenosse von Marx und Engels war fest davon überzeugt, dass diese den Terrorakt der Kommunisten ebenso abgelehnt hätten wie Marx seinerzeit die Auffassungen von Most und Bakunin. Erfreulicherweise hat sich Bernstein, der sein Leben lang Bekennermut hatte, auch nicht gescheut, im Prinzip das Vorgehen Noskes für durchaus verständlich zu halten. Er sagt hierzu in seiner «Geschichte der deutschen Revolution»:

«Und dass Noske nun die Massnahmen ergriff, die nach dem, was er vor sich gesehen, die zweckmässigsten erschienen, wenn es nötig wurde, den Aufstand mit Gewalt niederzuschlagen, kann ihm in keiner Weise zum Vorwurf gemacht werden. Die Verantwortung hierfür trifft diejenigen, die in so skrupelloser Weise mit dem Feuer des Aufruhrs gespielt hatten. Lediglich auf das Gebot des Augenblicks bezogen, waren sie nur dessen logische Folgerung.»

Und immer wieder liess Bernstein seinen gerechten Zorn an jenen aus, die an dem vergossenen Blut schuldig waren, die «die deutsche Republik mit Aufwand grosser Geldmittel nicht zu einer ruhigen Entwicklung als demokratisches Gemeinwesen kommen liessen: die Bolschewisten in Russland und deren Agenten in Deutschland.»

Die Verhandlungen zur Beilegung der Feindseligkeiten wurden noch am Abend des 6. Januar in der Reichskanzlei aufgenommen, wohin Breitscheid, Dittmann und Kautsky gekommen waren. Die Vermittlung wurde grundsätzlich von den Volksbeauftragten und dem Zentralrat angenommen. Auch die revolutionären Obleute und der Gross-Berliner Vorstand der Unabhängigen erklärten am Abend ihr Einverständnis. Für den Abschluss eines Waffenstillstandes wurde zunächst folgender Vorschlag formuliert:

1. Beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten. 2. Beiderseits keine weitere Heranziehung von Truppen. 3. Beiderseitige Abschiebung der schon herange-

schaften Truppen. 4. Beiderseits keine weitere Heranschaffung von Waffen und Munition.»

Hierzu gaben die Volksbeauftragten in den Verhandlungen, die von Mitternacht bis Montag früh 3 Uhr geführt wurden, folgende Erklärung ab:

«Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Zu irgendeiner Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar 1919 besetzten Gebäude freigegeben werden.»

Diese Erklärung war für die Volksbeauftragten etwas ganz Selbstverständliches. Sie wurde vom Zentralrat völlig gedeckt. Sie musste deutlich sein, damit die Vertreter der «revolutionären Obleute» vom ersten Tage ab wussten, dass ohne die Räumung der besetzten Gebäude, insbesondere der Zeitungen, an den Erfolg einer Vermittlungsaktion nicht zu denken war. Man muss im Auge behalten, dass diese Erklärung zu einer Zeit abgegeben wurde, in der die Volksbeauftragten gar nicht sicher waren, das Regierungsviertel halten zu können bis Noske zur Befreiung kam. Am Montag wurde nur erreicht, dass beide Parteien ihre Anhänger aufforderten, von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff zu machen.

Die Verhandlungen wurden am Dienstag, vormittags 11 Uhr, fortgesetzt. Die «revolutionären Obleute» blieben dabei, dass die Freigabe der besetzten Gebäude, wenn sie vor der Abmachung erfolge, die glatte Kapitulation bedeute, und dass die Freigabe deshalb erst das Ergebnis der Verhandlungen sein könne. Kautsky machte den Vorschlag, zu erklären, dass die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden sollten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führten. Die Vertreter der Putschisten waren bereit zu erklären:

«Wir betrachten die Zeitungen, die im Laufe der Kämpfe in die Hände der revolutionären Arbeiter gekommen sind, nur als Machtmittel zur Durchführung dieser Kämpfe. Daraus ergibt sich, dass ein beide Teile befriedigender Ausgleich die Herausgabe der besetzten Zeitungen einschliessen würde.»

Diese Erklärung war selbstverständlich ganz ungenügend. Es waren aber auch Zweifel darüber entstanden, ob der «Vorwärts» in die Erklärung einbezogen sei. Die Vertreter des Aktionskomitees hatten zu einer genügenden Erklärung hierüber keine ausreichenden Vollmachten. Die Verhandlungen wurden deshalb auf Mittwoch, den 8. Januar, früh 10 Uhr, vertagt.

Diese Verhandlungen wurden beeinträchtigt durch Meldungen über Kämpfe, die sich den Abmachungen zuwider am frühen Morgen des

Mittwoch zugetragen hatten. An jenem Mittwochmorgen drangen bewaffnete Haufen in die Druckerei am Schiffbauerdamm ein, wo der Erstsatz-Vorwärts gedruckt wurde, und verhinderten gewaltsam die weitere Herstellung des «Vorwärts». Zur Verteilung fertige Pakete warfen sie in die Spree. Dass dieser neue Gewaltakt in den frühen Morgenstunden «spontan von einer impulsiven Menge» verübt worden sei, konnte man niemand vorreden.

Andererseits hatten die Pioniere an jenem Morgen ohne jeden Auftrag der Regierung das Gebäude der Eisenbahndirektion gestürmt. Darin sahen die Putschisten ihrerseits wieder einen Bruch der Abmachung, die Waffen nicht zum Angriff zu gebrauchen.

Auf diese Weise kamen die Verhandlungen nicht vorwärts. Die Vertreter der Putschisten beschwerten sich über Verschleppung, wollten aber andererseits die Voraussetzungen für gedeihliche Verhandlungen nicht schaffen. Die Regierung und der Zentralrat hatten den Eindruck, dass die Putschisten die besetzten Gebäude als Pfand behalten wollten für die Durchsetzung von Forderungen, die nicht erfüllt werden konnten, wenn die Regierung nicht im Inlande und im Auslande um alle Achtung kommen wollte. Die Putschisten waren am Mittwoch, dem 8. Januar, bereit, folgende Erklärung abzugeben:

«Die Verhandlungskommission der Unabhängigen Arbeiterschaft beschliesst, die Freigebung der bürgerlichen Presse sofort zu bewirken, sofern die Regierung und der Zentralrat sich bereit erklären, nach Durchführung des Beschlusses unverzüglich in die Verhandlungen über die übrigen Fragen einschliesslich des «Vorwärts» einzutreten.»

Diese Erklärung war reichlich frech. Einer Regierung, die aus fünf Mehrheitssozialdemokraten bestand, einem Zentralrat, der aus 27 Mehrheitssozialdemokraten bestand, wagten die Putschisten den Vorschlag zu machen, die bürgerliche Presse freizugeben, das Organ der Mehrheitssozialdemokratie aber als Pfand zu behalten. Das Ansinnen wurde zurückgewiesen.

Die Lage der Regierung Ebert-Scheidemann besserte sich von Tag zu Tag. Aus den Reihen der Mehrheitssozialdemokraten waren inzwischen Regimenter zum Schutze des Regierungsviertels aufgestellt worden, so die Regimenter Reichstag, Liebe, Grautoff. Bei der Aufstellung dieser Regimenter hatten sich der Verleger Baumeister und der Redakteur Kuttner hervorragend organisatorisch betätigt. Sie bekämpften mit Erfolg Liebknichts Scharen am Brandenburger Tor. Sie warfen die Putschisten aus dem Reichstagsgebäude. Auf die Putschisten wirkte entmutigend, dass in der Wilhelmstrasse Werbebüros eingerichtet wor-

den waren, in denen sich Regierungsanhänger zum vorübergehenden militärischen Dienst einzeichnen konnten.

Die Reichsregierung erliess am 8. Januar 1919 einen Aufruf, dessen einfache klare Sprache den stärksten Eindruck auf die Bevölkerung machte. Er sei deshalb im Wortlaut wiedergegeben:

«Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Massnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muss aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt euren Platz entschlossen bei denen, die euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.»

Die Stimmung wurde in Berlin der Regierung immer günstiger. Schon waren ganze Abteilungen von Eichhorns Sicher heit s wehr zur Regierung übergegangen. Die «Rote Fahne» aber hetzte weiter. Sie schrieb am 9. Januar: «Heute gilt deü Ebert-Sozialisten nicht ‚Parität‘, sondern die Faust.»

Unter diesen Umständen konnte eine Vermittlertätigkeit nicht von Erfolg begleitet sein.

Am Abend des 9. Januar eroberten Teile der Garde-Füsiliere unter dem Feldwebelleutnant Schulze die Reichsdruckerei zurück, ohne dass ein Schuss fiel.

Inzwischen hatten Tausende von Arbeitern der AEG und der Schwartzkopff werke nach einer grossen Demonstrations Versammlung im Humboldt-Hain beschlossen, eine neue Verhandlungskommission zu bilden, mit dem Ziele, einen Waffenstillstand zur Vermeidung des Bruderkrieges zu schliessen. Es wurde vorgeschlagen, vor Eintritt in die Verhandlungen den Vorwärts zu räumen, wenn die Arbeiter der beiden Werke von dem Zentralrat und der Regierung die Zusicherung erhielten, dass «die Verhandlungen im sozialistischen, versöhnlichen

Geiste geführt, die Differenzpunkte einer paritätisch zusammengesetzten Kommission überwiesen werden und die endgültige Besetzung des Polizeipräsidiums nur im Einvernehmen mit den Unabhängigen erfolgt».

Eichhorn sah in dieser Erklärung eine Kapitulation vor der Regierung. Das war sie sicher nicht. Diese Arbeiter wollten ehrlich den Frieden.

Die Erklärung hatte aber einen anderen Fehler, so gut sie gemeint war. Sie stellte etwas in Aussicht, was nicht zu haben war. Die Vorwärtsbesetzung bestand aus Spartakusleuten, die noch am 10. Januar einer Arbeiterdeputation der Firma Ludwig Löwe auf Anfrage schroff erklärt hatten, dass sich die Besetzung eher unter den Trümmern des Vorwärtsgebäudes begraben liesse, als dass sie freiwillig abzüge. Andererseits konnte von einer Unterwerfung der Regierung unter die Entscheidung einer paritätischen Kommission gar keine Rede sein, denn da wären die Mehrheitssozialdemokraten gegen Unabhängige und Kommunisten in der Minderheit gewesen.

Inzwischen waren im Zeitungsviertel die Kämpfe eröffnet worden. Da die Besetzung dort gute Deckung hatte, kosteten die Kämpfe auf beiden Seiten schwere Opfer. Übrigens hatten auch die am Brandenburger Tor kämpfenden Regimenter Reichstag und Liebe und die Mai-käfer grössere Verluste als die Putschisten. Während die Belegschaften der Berliner Betriebe immer noch auf den Erfolg einer Vermittlungsaktion hofften, gab der Spartakusbund ihnen eine unzweideutige Antwort. Er erhob am 10. Januar in einem Flugblatt schwere Vorwürfe gegen die zweideutigen Führer der Unabhängigen, «die Oskar Cohn und Haase, die sich während des vierjährigen Gemetzels des Krieges nicht zu einer kühnen Tat aufraffen konnten» und «die jetzt heulen und lamentieren über Blutvergiessen der Revolution».

Die Sprache gegen die Regierung war noch um einige Grade schärfer:

«Die Ebert und Scheidemann seien Verräter des Proletariats, elende Handlanger der kapitalistischen Blutsauger, die Verkörperung der Gegenrevolution, die vom Urteil des Volkes Gerichteten.» «Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schaffott» und deshalb:

«Heraus aus den Betrieben, auf zum Generalstreik und zu den Waffen. Hinaus auf die Strasse zum letzten Kampf, zum Sieg!»

Die Vermittler aber wurden in folgenden Sätzen verhöhnt:

«Den tückischen Verrätern der SPD. aber und den zweideutigen Maklern, die zwischen dem Proletariat und seinen Judassen Einigung stiften wollen, gehört die geballte Faust.»

Regierung und Zentralrat wussten, wen sie vor sich hatten. Das hielt

Ledebour nicht ab, in seinem Maiprozess vor den Berliner Geschworenen mir als dem Hauptsprecher des Zentralrats den Vorwurf zu machen, dass ich es bei den Ausgleichsverhandlungen, die am Donnerstag und Freitag im Abgeordnetenhaus auf Anregung von Deputationen der Berliner Betriebe stattgefunden hatten, auf eine Verschleppung abgesehen gehabt hätte, weil ich mit der Regierung unter einer Decke gesteckt habe. Tatsächlich blieb für mich und uns alle für die Verhandlungen dauernd Voraussetzung, dass erst der Vorwärts geräumt werden müsse. Der war aber am Freitagabend noch nicht geräumt, und kein Vermittler konnte die freiwillige Räumung in Aussicht stellen. Für die Besetzung des Vorwärts, die auf eigene Faust Revolution machte, war die Autorität Ledebours gleich Null.

In der Nacht zum Freitag wurde Ledebour dann verhaftet. Er wollte erst nicht mitkommen. Als er den die Verhaftung vornehmenden Leutnant fragte, mit welchem Recht er verhaftet würde, antwortete dieser keck: «Mit dem Recht des Stärkeren.» Dagegen konnte Ledebour nichts Stichhaltiges einwenden.

Wenn mir damals Curt Rosenfeld als Verteidiger Ledebours den Vorwurf gemacht hat, dass ich ein Doppelspiel getrieben hätte, so ist mir das unverständlich. Ich war damals einer der drei Vorsitzenden des Zentralrats und gleichzeitig Partei-Vorstandsmitglied der Sozialdemokratie. Beide Körperschaften haben stets erklärt, dass Voraussetzung für eine Vermittlungsaktion die Freigabe des Vorwärts sein müsse. Das war ganz eindeutig. Es ist bedauerlich, dass das die Gegenseite nicht begreifen wollte. Zur Verschleppung der Verhandlungen trugen nur diejenigen bei, die die Freigabe des Vorwärts nicht erzielen konnten. Wir hatten im Dezember nach der ersten Besetzung des Vorwärts erlebt, wie um des lieben Friedens willen die Freigabe des Vorwärts unter dem Zwange der Aufnahme einer Erklärung erfolgte, in der die Vorwärtsredaktion und die Partei verhöhnt wurden. Wir waren nicht gesonnen, uns etwas Ähnliches zum zweiten Male bieten zu lassen.

Nach der zweiten Besetzung des Vorwärts hatten die Putschisten zudem öffentlich erklärt:

«Aber jetzt habt ihr den Vorwärts zum zweitenmal erobert. Jetzt haltet ihn fest. Kämpft mit Nägeln und Zähnen für ihn, lasst ihn euch nicht entreissen. Macht ihn zu dem Organ, dass er sein soll: einem Vorkämpfer auf dem Wege zur Freiheit.»

Es fehlte nur noch, dass gesagt wurde: Auf dem Wege zur Pressefreiheit.

In dem Bericht, den der Zentralrat unter dem Titel: «Fünf Tage Verhandlungen und dann erst der Sturm auf den Vorwärts» erstattete, wurde darauf hingewiesen, dass eine Deputation von Arbeitern aus den besetzten Druckereien, die 40'000 Arbeiter und Angestellte vertrat, mit Eichhorn in dessen neuem Hauptquartier in der Böttzowbrauerei verhandelt hatte. Dabei hatte Eichhorn noch am 10. Januar sich zwar bereit erklärt, die bürgerliche Presse freizugeben, aber nur, wenn sie sich einen Zensor gefallen liesse, und wenn die Volksbeauftragten und der Zentralrat sich schriftlich bereit fänden, keine Truppen in die befreiten Druckereien zu legen, die den Zensor in seiner Arbeit hinderten. Den Vorwärts wollte er nicht räumen. Der Bericht sagt dazu zusammenfassend:

«Zu einer solchen Schändung der Pressefreiheit waren Zentralrat und Volksbeauftragte natürlich nicht bereit. Sie hätten sich mit ewiger Schmach bedeckt, wenn sie sich auf die Zumutungen Eichhorns, des reaktionärsten Polizeipräsidenten Berlins, eingelassen hätten.»

In der Nacht zum 10. Januar wurde der Angriff auf das «Vorwärts»-Gebäude eröffnet. Es fiel, ehe Noske mit 3'000 Mann am Sonnabend von der Potsdamer Strasse her in Berlin einzog. Den Befehl, das «Vorwärts»-Gebäude zu nehmen, hatte das Regiment Potsdam unter Major von Stephani. In diesem Regiment stand u.a. auch ein Prinz aus der katholischen Linie Hohenzollern-Sigmaringen. Major von Stephani fragte Brutus Molkenbuhr wegen der Schwere der ihm übertragenen Aufgabe, ob der «Vorwärts» nicht auf dem Wege der Verhandlung zu entsetzen sei. Wegen der schroff ablehnenden Haltung der Besatzung musste Molkenbuhr bekennen, dass Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg hätten. Wegen dieser Erklärung ist Molkenbuhr von linksradikaler Seite später ganz zu Unrecht angegriffen worden. Sie entsprach durchaus der Sachlage.

Der gesamte «Vorwärts»-Komplex war von der Lindenstrasse bis zur Jakobstrasse zu hartnäckiger Verteidigung hergerichtet worden. Die Balkons der Vorderseite in der Lindenstrasse waren mit Maschinengewehren bespickt. Aber schliesslich kamen die Maschinengewehre gegen die Kanonen nicht auf, deren Donner weithin gehört wurde. Als eine sicher gezielte Mine mit einem Durchfegen die Balkons samt ihren Maschinengewehren zur Erde niederriss, so dass bis in den vierten Hof hinein das ganze Gebäude zitterte, erfolgte die bedingungslose Kapitulation der Besatzung. Der «Vorwärts»^{*8} war befreit!

Spartakus verlor nun Position um Position. Die Garde-Pionier-Kaserne in der Köpenicker Strasse und Wolffs Telegraphenbüro wurden

entsetzt. Die Druckereien von Ullstein, Mosse und Büxenstein wurden von den Regierun gstruppen gestürmt. Die Bahnhöfe wurden von den bewaffneten Putschisten gesäubert. Nur Eichhorn, dem das Polizeipräsidium nicht mehr sicher war, sass noch in der Bötzowbrauerei am Prenzlauer Tor, bis das Polizeipräsidium in der Frühe des 12. Januar gestürmt war. Eichhorn verbarg sich dann einige Tage in Berlin und fuhr darauf mit einem Auto ins Braunschweigische.

Noske konnte mit dem Gros seiner Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Berlin einziehen. Von der Diktatur des Spartakus war keine Rede mehr.

Die Januarunruhen haben nach dem Bericht, der später dem Untersuchungsausschuss des Landtags gegeben wurde, 156 Tote gefordert. Sie waren nicht alle im Kampfe gefallen. Auch an Erschiessungen Wehrloser hat es nicht gefehlt. Die Wut der Soldaten über den verlustbringenden Widerstand der «Vorwärts»-Besatzung war gross. Vielfach stachelte das Publikum die Soldaten noch zu Grausamkeiten auf, da es über die ewigen Unruhen empört war. Zur Aufstachelung der Bevölkerung hatten auch die Plakate und Flugblätter der Antibolschewistenliga beigetragen, der die rohe Kampfweise der «Roten Fahne» täglich neues Material lieferte. Von den 295 Gefangenen, die aus dem «Vorwärts»-Gebäude abtransportiert wurden, sind 7 auf dem Hofe der Dragonerkaserne in der Belle-Alliance-Strasse nach schweren Misshandlungen erschossen worden. Vom Rechtsstandpunkt aus war das ein durch nichts zu entschuldigender kaltblütiger Mord.

Jedenfalls ist kein Zweifel darüber, dass die Volksbeauftragten und insbesondere Noske alle Gewaltakte vermieden wissen wollten, die zur Erreichung des gesteckten Zieles nicht im Geringsten notwendig waren. Trotz des Januarputsches und auch des späteren Märzputsches, der noch mehr Opfer kostete, bleibt die deutsche Revolution von 1918/1919 eine der unblutigsten Revolutionen der Weltgeschichte. Als die spartakistische Besatzung des Mossehauses bei der Übergabe Sicherheit für das Leben verlangte, erklärte die Reichsregierung am 11. Januar 1919:

«Herrn Bachmann erklären wir, dass wir damit einverstanden sind, dass die Besatzung der Druckerei Mosse im Falle der Übergabe als Gefangene ohne Waffen abgeführt werde. Sie sollen nach Art der Kriegsgefangenen interniert werden.»

Von dieser Regierung, die stets bedacht war, Blutvergiessen zu vermeiden, sagte ein Aufruf der Kommunisten und der «revolutionären Obleute»: «Im Arbeiterblute will sie waten!» Die Volksbeauftragten

hatten verlangt, dass die Gefangenen der Staatsanwaltschaft übergeben würden. Dass aus der Reichskanzlei jemand den Soldaten den Befehl gegeben haben soll, die Gefangenen zu erschiessen, konnte niemals festgestellt werden. Nach den Aussagen des Majors von Stephani hat sich Genosse Stampfer, der Chefredakteur des «Vorwärts», für die Gefangenen eingesetzt und ihn mehrfach darauf hingewiesen, dass die Gefangenen, unter denen das Leben einer Frau besonders gefährdet zu sein schien, unmöglich erschossen werden dürften.

In der Parteikonferenz zu Weimar hat Noske am 23. März 1919 gesagt:

«Ich hatte doch wahrhaftig das übelste Geschäft während der ganzen Revolution.» «Dass die Regierungstruppen Ausschreitungen begehen würden, daran habe ich nicht einen Augenblick gezweifelt. Wenn man nach viereinhalbjähriger Kriegsdauer Zehntausende in Strassenkämpfen einsetzen muss, dann sind natürlich eine ganze Anzahl Elemente darunter, die man unter anderen Umständen weit von sich weisen würde. Aber wir müssen auch den Mut haben, festzustellen, dass eine grosse Anzahl übler Elemente sich planmässig in die Regierungstruppen eingeschlichen hat. Ich kann Ihnen aktenmässig nachweisen, dass Leute, die an einem Tage das Polizeipräsidium beschossen halfen, am nächsten Tage als Freiwillige zu Reinhardts Regiment gingen. Mein Name ist unter Ausweisen planmässig gefälscht und dann ist damit Schindluder getrieben worden. Immer wieder wird der Versuch gemacht, unsere Abzeichen fälschlich zu tragen und dann allerlei Gemeinheiten zu begehen.»

In seinem Aufruf vom 11. Januar 1919 sagte Noske u.a.:

«Ein Arbeiter steht also an der Spitze der Macht der sozialistischen Republik. Ihr kennt mich und meine Vergangenheit in der Partei. Ich büрге dafür, dass kein unnützes Blut vergossen wird. Ich will säubern, nicht vernichten. Ich will euch mit dem jungen republikanischen Heere die Freiheit und den Frieden bringen. Die Einigung der Arbeiterklasse muss gegen Spartakus erfolgen, wenn Demokratie und Sozialismus nicht untergehen sollen.»

Der objektive Geschichtsschreiber der Revolution wird auch nicht verschweigen dürfen, dass in den Wohnungen des «Vorwärts»-Gebäudes von einem Teil der Besatzung schwer geplündert wurde. Unter der Besatzung und ihrem Tross war allerhand Gesindel, vor dem Wäsche, Kleider und Silberzeug nicht sicher geblieben sind.

Als Wels, Molkenbuhr und ich Ende Januar 1919 zur Internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern reisten, wurden wir viel nach dem Berliner Januarputsch gefragt, weil die wildesten Gerüchte über das angeblich brutale Vorgehen der Reichsregierung gegen die «biedereren» Spartakisten im Umlauf waren. Zur Aufklärung zogen wir dann eine An-

sichtskarte aus der Tasche, die das «Vorwärts»-Gebäude nach der Rückeroberung mit allen seinen Verwüstungen zeigte. Dann sagten wir: «Geht man so gegen sein eigenes Haus vor, wenn es nicht zwingend notwendig ist?» Das war beweiskräftig.

In Berlin hatte der Vorstand der sozialdemokratischen Organisation (Theodor Fischer, Franz Krüger, August Pattlich) nach Abschluss der Kämpfe einen Aufruf an Arbeiter, Soldaten und Bürger herausgegeben, der mit folgendem Absatz begann:

«Vor acht Tagen begann Spartakus den Bürgerkrieg. «Kampf bis aufs Messer» erklärte Liebknecht der übrigen Bevölkerung. Heute liegen diese Vertreter der rohen Gewalt am Boden. Die treu zur sozialistischen Regierung stehenden republikanischen Truppen und zahlreiche Freiwillige aus dem Volke haben den Vergewaltigungen der Pressefreiheit und der persönlichen Freiheit ein Ziel gesetzt. Wir danken ihnen von Herzen für ihre Opferbereitschaft, sie haben die sozialistische Republik gerettet.»

Es hiess dann aber auch in demselben Aufruf:

«Jeder Jubel über das Niederschlagen der Spartakusgewalt liegt uns fern. Die Regierung hat ihre harte Pflicht getan, die das Volk von ihr verlangen durfte.»

«Sorgt jetzt dafür, dass nie wieder Bruderblut fliessen darf.»

Die «Rote Fahne» gab hinterher höhnisch den Führern die Schuld am Misslingen, die die vor Erregung zitternden Massen besänftigten, statt sie zur Tat zu führen. Zu diesen Führern gehörte auch Karl Liebknecht. Erst am 10. Januar verbot die Zentrale der Kommunistischen Partei Liebknecht und Pieck die weitere Teilnahme an den Beratungen des Revolutionsausschusses.

Am 13. Januar schickte der Vorstand der Gross-Berliner Unabhängigen die Arbeiter wieder in die Betriebe: «Euer Opfermut wird in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung unvergessen bleiben.» Geopfert für wen? Für Führer, die nicht wussten, was sie wollten, für Führer, «die berieten, berieten, berieten» – wie die «Rote Fahne» höhnte. Richard Müller aber sagte über die Januarkämpfe: «Die revolutionäre Gymnastik feierte Triumphe. Die Patentrevolutionäre besorgten die Geschäfte der Gegenrevolution.»

Die Regierung aber konnte als Ergebnis der Erledigung des Januarputsches zunächst zwei Tatsachen buchen:

1. Die Kampfkraft der Berliner Putschisten war zunächst völlig gebrochen.

2. Infolge der Niederwerfung des Putsches fanden die Wahlen zur Nationalversammlung ungestört statt. Die Demokratie hatte freie Bahn.

XVII. Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Am Vormittag des 16. Januar ging ich wie gewohnt zunächst gegen 9 Uhr nach unserem Parteibüro. Bartels erzählte mir dort, dass eben ein Soldat dagewesen sei, der mitgeteilt habe, dass Karl Liebknecht in der Nacht getötet worden sei. Näheres wusste er nicht. Ich glaubte das nicht. Keine Morgenzeitung hatte eine Notiz über nächtliche Kämpfe gebracht. Ich fuhr mit der Elektrischen nach der Prinz-Albrecht-Strasse. Niemand sprach von Liebknecht. Auch im Abgeordnetenhaus nicht. Da bat mich Ebert telephonisch sofort nach der Reichskanzlei. Dort sollte ich aus seinem Munde die Bestätigung der schauerlichen Mordtat empfangen, die in der Nacht zuvor nicht nur an Karl Liebknecht, sondern auch an Rosa Luxemburg verübt worden war.

Beide waren von Angehörigen der Bürgerwehr in der Wohnung des Genossen Marcussohn in Wilmersdorf, Mannheimer Strasse 43, verhaftet und dann im Edenhotel am Zoo beim Stabe der Gardeschützenkavallerie eingeliefert worden. Nach kurzem Verhör war die Überführung nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit angeordnet worden. Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden getrennt abtransportiert. Schon beim Verlassen des Hotels wurde Liebknecht von dem Posten stehenden Jäger Otto Runge mit dem Gewehrkolben so über den Kopf geschlagen, dass das Blut lief. Im Tiergarten wurde Liebknecht aufgefordert, das Auto, angeblich wegen einer Panne, zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit soll er versucht haben zu fliehen. Da er auf Anruf nicht halt gemacht haben soll, wurde nach militärischer Regel auf ihn geschossen. Von mehreren Schüssen getroffen, fiel er tot nieder. Der die Eskorte führende Kapitänleutnant Pflugk-Hartung meldete den Vorfall amtlich, liess aber die Leiche als die eines angeblich unbekanntes Mannes 11.20 Uhr nachts in der Rettungswache am Kurfürstendamm abliefern. Angeblich um so Aufsehen zu vermeiden.

Noch schlimmer verfuhr die entmenschte Soldateska mit Rosa Luxemburg, die, durch Misshandlungen bereits ohnmächtig geworden, im Auto durch einen Schuss getötet wurde. Der Oberleutnant Kurt Vogel lieferte die Leiche nicht ab, sondern liess sie in der Nähe der Corneliusbrücke in den Landwehrkanal versenken, wo sie erst nach Wochen gehoben wurde.

Das ist der Sachverhalt, der aber erst allmählich festgestellt wurde. Die erste amtliche Darstellung, nach der eine über die Spartakisten er-

bitterte Menge die Hauptschuld an den Misshandlungen getragen haben sollte, enthielt bewusst falsche Angaben der schuldigen Militärs. Die Regierung hatte den Willen, Aufklärung zu schaffen, am Abend des 16. Januar durch folgende amtliche Mitteilung kundgetan:

«Die Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben, die strengste Untersuchung angeordnet. Die beiden Getöteten hatten sich zweifellos schwer am deutschen Volke vergangen, sie hatten jedoch ebenso zweifellos Anspruch auf Recht, das Schuldige bestraft, aber auch sie vor Unrecht schützt. Ein Akt der Lynchjustiz, wie er an Rosa Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag, wird ihn sittlich verdammen. Ist im Falle Luxemburg das Gesetz offenbar verletzt worden, so bedarf es auch im Fall Liebknecht noch der Aufklärung, ob hier nach gesetzlichen Vorschriften gehandelt worden ist. Sollten sie verletzt worden sein, so müsste auch hier in der schärfsten Weise eingegriffen werden.»

Der Zentralrat billigte die Haltung der Reichsregierung, die eine gründliche Untersuchung mit dem Ziele schärfster Bestrafung etwaiger Schuldiger befohlen hatte.

Ich habe Ebert selten so erregt gesehen, als an jenem Morgen des 16. Januar. Neben den Gefühlen des Abscheus über die grässliche Tat machten sich folgende Erwägungen geltend: Eben war die Regierung des Januar putsches Herr geworden. Für eine ruhige Aufbauarbeit schien der Weg geebnet. Würde die Ermordung der beiden nicht zu neuen Kämpfen führen? Würden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Märtyrer nicht zu einer grösseren Gefahr werden, als sie jemals lebend waren?

Die angeordnete Untersuchung gegen die schuldigen Militärs – Zivilpersonen kamen, wie sich bald ergab, für die Tat nicht in Betracht – fand vor dem Gericht der Gardeschützenkavalleriedivision statt. Ein Sondergericht konnte nach Auffassung der Volksbeauftragten nicht eingesetzt werden. Jedem Angeschuldigten war das Recht zugesichert, von seinem ordentlichen Richter abgeurteilt zu werden.

Als Gerichtsherr fungierte General Hoffmann, als Untersuchungsrichter Kriegsgerichtsrat Jörns. Die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien forderten, dass die Untersuchung durch eine aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzte Untersuchungskommission vorgenommen würde. Die Volksbeauftragten stimmten dem nicht zu, waren jedoch damit einverstanden, dass je zwei Mitglieder des Zentralrats und des Gross-Berliner Vollzugsrats bei der Untersuchung mitwirken. Vom Zentralrat wurden Hugo Struve und ich dazu bestimmt.

Am 24. Januar musste ich dann zur ersten Internationalen Sozialistenkonferenz nach dem Kriege nach Bern fahren. Ich habe so nur an den ersten Besprechungen im Edenhotel teilgenommen, die der Aufhellung der Vorgänge in und vor dem Hotel galten.

Hugo Struve trat am 16. Februar zugleich mit den Gross-Berliner Mitgliedern Rusch und Wegmann von der Mitwirkung an der Untersuchung zurück. Sie begründeten das damit, dass mehrfach ihre Anträge über Zeugenvernehmungen, die zur Verhaftung der Anstifter, Täter und Beihelfer führen sollten, von dem Gerichtsherrn und den Untersuchungsrichtern abgelehnt worden waren, wodurch die Flucht von Schuldigen ermöglicht und für die Mitschuldigen wegen der Verständigungsmöglichkeit die Verdunklungsgefahr gegeben war. Sie forderten deshalb die Einsetzung eines Sondergerichts bzw. die Aburteilung der Schuldigen durch ein ordentliches Zivilgericht.

Beide Forderungen hatten die Volksbeauftragten bereits abgelehnt, bevor die Delegierten der beiden Parteien sich entschlossen hatten, an der Untersuchung teilzunehmen. Haase hatte als Volksbeauftragter immer die Auffassung vertreten, dass niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Jetzt setzte er sich für die Bildung einer Sonderkommission ein, die allerdings nicht richterliche Funktionen haben sollte, sondern, ähnlich wie die Untersuchungskommissionen des englischen Parlaments mit besonderen Vollmachten ausgestattet, in einer mit allen gesetzlichen Garantien umgebenen Untersuchung den Tatbestand feststellen sollte. Die Volksbeauftragten hielten demgegenüber die rasche Aburteilung der Schuldigen durch das Gericht wegen der Erregung weiter Kreise der Bevölkerung für nötig. Wenn der Untersuchungsrichter aber, wie geschehen, Anträge ablehnte, in denen Zeugenaussagen über wesentliche Punkte der Anklage angeboten worden waren, so vermehrte das die Erregung. Er hätte jedem sachlichen Antrag nachgehen müssen, um das vorhandene starke Misstrauen zu beseitigen. Was nützte nachher eine noch so energische Haltung des Anklagevertreters, wenn es in der Voruntersuchung an der notwendigen Aufhellung des Tatbestandes gefehlt hatte! Und hier setzten die Zweifel ein.

Die Gerichtsverhandlung brachte keine volle Aufklärung. Für eine gemeinsame Verschwörung der angeschuldigten Offiziere konnte der Beweis nicht erbracht werden. Eine solche hatte wohl auch kaum stattgefunden. Inwieweit die Vorgänge im Tiergarten auf Verabredung der verantwortlichen Offiziere beruhten, konnte in der gerichtlichen Ver-

handlung nicht nachgewiesen werden. Dass Mord vorlag, gab der Anklagevertreter zu. Jörns beantragte gegen die vier Offiziere, die geschossen hatten, die Todesstrafe wegen Mordes. Das Gericht sprach aber die Angeklagten frei. Die Indizien für eine Verabredung zur Ermordung Karl Liebknechts schienen dem Gericht für eine Verurteilung nicht auszureichen. Der Oberjäger Runge, der mit dem Kolben die beiden Opfer misshandelt hatte, erhielt zwei Jahre Gefängnis, Oberleutnant Vogel wegen Beiseiteschaffung einer Leiche und wissentlich falscher Dienstmeldung zwei Jahre vier Monate Gefängnis. Vogel gelang es mit Hilfe eines falschen Passes nach Holland zu entfliehen. Gefälschte Pässe waren damals wohlfeil zu haben. Die Kriegsmoral herrschte noch.

Das Verbrechen an Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte nicht die erwartete gerichtliche Sühne gefunden. Darüber herrschte in sozialistischen Kreisen allgemeine Empörung. Im Ausland wurde das zur Hetze gegen die Sozialdemokratie benutzt. Nach Bern hatte Theodor Liebknecht telegraphiert, dass wir Mehrheitssozialdemokraten an der Ermordung Liebknechts mitschuldig seien, weshalb unser Ausschluss von der Berner Konferenz erfolgen müsse. Die Konferenz ging über dieses lächerliche Ansinnen debattelos zur Tagesordnung über.

Branting, Troelstra und Huysmans wussten, dass nicht die leiseste Verbindung zwischen Eberts Regierungstätigkeit und diesem feigen Mord herzustellen war.

Dass im Bürgertum keine starke Entrüstung über die Tötung Liebknechts herrschte, daran war die Arbeit des Spartakusbundes selbst schuld. Am Tage vor seinem Tode hatte Liebknecht in der «Roten Fahne» noch den Fortgang der Revolution gefeiert. Er hatte die Schwere der Niederlage nicht begriffen, die die Berliner Linksradiكالen im Januarputsch erlitten hatten: «Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. ... Und der Sieg wird unser sein. ...»

«Denn Spartakus das heisst Sozialismus und Weltrevolution. Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet – aber der Tag der Erlösung naht!»

Der Vorstand der Berliner Mehrheitssozialdemokratie fand überall in der Partei Zustimmung, als er an der Spitze eines Aufrufes an die Arbeiterschaft Gross-Berlins sagte:

«Das tragische Ende Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wird von allen anständig denkenden Menschen aufs Tiefste bedauert, von uns, seinen Gegnern, am meisten Wenn ein Verschulden oder gar ein Gewaltakt vorliegt, verlangen wir schärfstes Vorgehen, wie wir es auch gegen spartakistische Gewalttaten verlangt haben.»

Der Aufruf wandte sich dann gegen Demonstrationen, zu denen die Unabhängigen und der Spartakusbund unter Anklagen gegen die Sozialdemokratie und die Reichsregierung aufgerufen hatten, insbesondere gegen die Aufforderung zur Arbeitseinstellung. In dem Aufruf hiess es weiter:

«Man mag die Ereignisse der allerletzten Tage noch so sehr bedauern, verurteilen und verabscheuen, die Schuld derer darf doch nicht vergessen werden, die selber zuerst an die Gewalt appelliert und die wildesten Instinkte entfesselt haben.»

Der Aufruf erinnerte dann an das Flugblatt des Spartakusbundes vom 11. Januar, in dem Cohn und Haase als zweideutige Führer verhöhnt worden waren, weil sie über das Blutvergiessen der Revolution heulten und lamentierten und ihnen das geringste Opfer für die Revolution schon zuviel sei. Wer das Treiben der Spartakisten verfolgt hatte, dem leuchtete die schlichte Sprache des Aufrufs mehr ein als das Gerede darüber, dass für diese Greuel die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Landsberg für alle Zeiten verantwortlich sei.

Trotzdem die gesamte Arbeiterschaft in der Verurteilung des Mordes einig war, versagten sich die Arbeiter dem von den Unabhängigen geforderten Generalstreik. Richard Müller, der in diesem Fall sicher das Fiasko nicht gerne zugibt, stellt fest: «Der Generalstreik nahm keinen grossen Umfang an.» Die Januarkämpfe hatten die Aktionskraft der Berliner Arbeiterschaft gebrochen, und wo es im Reiche zu grösseren Proteststreiks kam, waren sie gleichfalls ohne Wirkung.

Karl Liebknechts Leiche wurde am 25. Januar unter sehr grosser Beteiligung der Arbeiterschaft bestattet. Auch Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie, die für Liebknechts Revolutionstätigkeit kein Verständnis aufbringen konnten, aber den Sohn Wilhelm Liebknechts betrauertem und von ihm manches erhofft hatten, waren durch das furchtbare Ende dieses Mannes tief erschüttert.

Ich hatte Karl Liebknecht erst im Jahre 1906 nach meiner Wahl in den Parteivorstand näher kennengelernt. Ich bearbeitete damals im Parteivorstand die Fragen der Jugend. Wie Ludwig Frank, hatte auch Karl Liebknecht sich in seiner politischen Frühzeit der Förderung der Jugendbewegung gewidmet, die nach dem damaligen preussischen Vereinsgesetz in Norddeutschland eine unpolitische Bewegung sein musste, da den Lehrlingen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen verboten war. Ich besitze aus der Zeit, in der Liebknecht nach seinem Leipziger Hochverratsprozess auf der Festung Glatz seine Strafe absass, zwei Briefe, die zeigen, wie sehr ihn damals die Frage der Arbei-

terjugendbewegung beschäftigte. Damals war er ein vorsichtiger Taktiker, mehr, als wir im Parteivorstand das für nötig hielten. In einem Briefe, datiert: «Glatz, 19. Juli 1908», der an der Spitze den Vermerk trug: «Auch dieser Brief ist natürlich ein Geheimprodukt,» schrieb er mir neun Seiten lang seine Besorgnisse wegen der Behandlung der Jugendfragen auf dem Nürnberger Parteitag:

«Ich habe die grössten Bedenken gegen die Behandlung der Sache in Nürnberg. Die Frage eignet sich meiner genau erwogenen Überzeugung nach so wenig wie möglich zur öffentlichen Diskussion auf einem Parteitag. Über die eigentlichen Details dürfte gar nicht gesprochen werden, wollte man nicht Selbstmord oder Kindsmord begehen.»

Und nach längeren weiteren Ausführungen: «Keine Debatte!»
Er warne aufs Eindringlichste davor.

Der Schluss dieses Briefes ist von einer Bescheidenheit, die man an Karl Liebknecht auch in der Vorkriegszeit nicht immer wahrnahm.

Er lautete:

«Ich hoffe, dass Sie diesen Brief

1. lesen können,
2. lesen,
3. nicht gleich darauf in den Papierkorb werfen.

Die freundlichsten Grüsse überall
Ihr Karl Liebknecht.»

Am 3. August 1914 gehörte Liebknecht zu den 14 Gegnern der Kreditbewilligung in der Reichstagsfraktion, fügte sich aber der Fraktionsdisziplin und stimmte nicht gegen die Kriegskredite. Als er dann von 1915 ab offen die Agitation gegen die Fortführung des Krieges aufnahm, war er sich der Konsequenzen durchaus bewusst. Er liess absichtlich alle Vorsichtsmassnahmen beiseite. Die Folge war, dass er dann in erster Instanz zu 2[^] Jahren Gefängnis und in zweiter Instanz vom Reichsmilitärgericht zu 4[^] Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wurde. Dadurch ging er des Mandats für Potsdam-Spandau verlustig. Als sein Nachfolger wurde der Mehrheitssozialdemokrat Emil Stahl gewählt.

Aus dem Zuchthaus wurde Liebknecht auf Veranlassung Scheidemanns befreit. Am 21. Oktober 1918 wurde die Begnadigung gegen den Widerstand des Vorsitzenden des Reichsmilitärgerichts und des Kriegsministers durchgesetzt. Prinz Max von Baden, der erst grosse Bedenken hatte, wunderte sich nachher, dass der befreite Karl Liebknecht von Soldaten auf die Schultern gehoben wurde.

Die Verfolgungen der Kriegszeit, besonders das Zuchthausmartyrium hatten aus Liebknecht einen bedenkenfreien Agitator gemacht. Alle Logik des geschulten Juristen war ihm abhanden gekommen. Üb-

rig geblieben war ein jeglichen Verantwortungsbewußtseins barer politischer Triebmensch, dem ein heisses Gefühl einziger Motor allen politischen Handelns war. In dieser Sinnesverfassung warf sich der befreite Liebknecht den Moskauern in die Arme. Er wartete auf den Tag, an dem er berufen zu sein schien, die deutschen «Kerenskis» aus der Regierung zu stossen. Seine Anhänger, die ihm kritiklos zujubelten, während er sie immer wieder mit denselben feurigen Sätzen aufputschte, waren an der unglückseligen Entwicklung Liebknechts mitschuldig.

Liebknecht goss in der «Roten Fahne» täglich die ganze Schale seines Hohnes auf die Häupter der beiden sozialistischen Parteien aus. «Gegen das Einigkeitsgerede!», «Gegen den neuen Burgfrieden!», «Gegen die Revolution, die sich fast unter behördlicher Duldung vollzog» wütete Liebknecht unausgesetzt mit Feder und Blei, umgesetzt in Druckerschwärze. Ununterbrochen forderte er die Bildung einer Arbeitermiliz, einer Roten Garde, die Bewaffnung des Proletariats und die Niederwerfung der herrschenden Klasse. Die deutschen Arbeiter hätten nach 1917 den Anschluss verpasst und die Russen schon viel zu lange warten lassen. Aber naiv wie dieser heissblütige Mann im Grunde war, glaubte Liebknecht auch an den Anschluss der französischen, englischen, italienischen Arbeiter an die Sowjets. Frankreich hat die Republik. In England und Italien ist die Monarchie eine belanglose Äusserlichkeit. Deshalb kommt für diese Länder überhaupt nur die soziale Revolution in Betracht, so argumentierte Liebknecht. Er hat den Mussolini wahrhaftig nicht vorausgeahnt. In seiner Gedankenwelt sah Liebknecht die Ebert, Noske und Scheidemann verlassen von den Sozialisten der ganzen Welt:

«Beschmutzt, ausgestossen aus den Reihen der anständigen Menschen, herausgepeitscht aus der Internationale, gehasst und verflucht von jenem revolutionären Proletariat, so stehen sie vor der Welt, die Führer der sozialistischen Internationale.»

Auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Partei traten Ende Dezember Liebknecht und Rosa Luxemburg für Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein. Mit dem auf dem linken Flügel der Unabhängigen stehenden Ledebour hatten sie über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen verhandelt. Ledebour hatte sich schon geweigert, mit Haase zusammen auf einer Liste zu kandidieren! Liebknecht und Rosa Luxemburg ernteten aber, was sie gesät hatten. Die zur Verachtung des Parlamentarismus im Allgemeinen und der Nationalversammlung im Besonderen erzogenen Spartakisten lehnten mit 62 gegen 23 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen ab. Sie zogen da-

mit nur die Folgerungen aus den blanquistischen Redensarten ihrer Lehrer. Bei der Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus hatte Liebknecht während des Rätekongresses gerufen:

«Die soziale Revolution beginnt erst! Der Rätekongress hat das Urteil über sich selbst gesprochen. Die Massen der Berliner Arbeiter werden es vollziehen. Es wird keine Ruhe geben in Berlin.»

Wer das immer wieder hörte, sagte sich: Wozu noch wählen, wenn die Weltrevolution so bald kommt! So kamen Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ledebour nicht in die Nationalversammlung.

Rosa Luxemburgs starker Geist hatte auf ihren Mitkämpfer Liebknecht leider wenig Einfluss. Freilich schwankte auch sie während der Revolutionszeit hin und her und machte besserer Erkenntnis zuwider Konzessionen an ihre wildgewordenen Anhänger. Sie war Gegnerin des unsinnigen Januar putsches gewesen. Sie geriet, wie Paul Levi 1921 erzählte, in einer Sitzung in der Puttkammerstrasse hart mit Liebknecht aneinander. Leo Jogisches hatte damals den Vorschlag gemacht, während des Kampfes in der «Roten Fahne» in einer scharfen Erklärung von Liebknecht öffentlich abzurücken. Damals hatte Rosa Luxemburg schon den Gedanken gehabt, dass ein Zusammengehen mit Liebknecht nicht mehr lange möglich sei.

Auch wer nicht mit Rosa Luxemburgs Auffassungen einverstanden war, fand in der Lektüre vieler ihrer wissenschaftlichen Arbeiten reiche Anregung. Eine dichterische Natur war Rosa Luxemburg trotz ihrer schönen Gefängnisbriefe aber nicht. Als sie im Kriege die anderthalb Jahre Gefängnis absass, die ihr wegen antimilitaristischer Propaganda zudiktiert worden waren, konnte sie sich in ihren Briefen schon des Zuchthauses wegen nicht mit den grossen Problemen der Zeit befassen. Wenn deshalb in so poesievoller Weise in ihren Gefängnisbriefen von Blumen, Grillen und Vögeln die Rede ist, so berührt das nur eine Seite ihres Wesens. Die andere Seite war damals eingeengt durch die Gewalt, die das Zuchthaus über sie hatte. Draussen in der Freiheit – ihre Leitartikel in der «Roten Fahne» beweisen das – war ihre Sprache keineswegs vorwiegend lyrisch. Ihre Artikel waren oft von beissender Schärfe. Bei Rosa Luxemburg waren schon in der Vorkriegszeit blanquistische Gedankengänge lebendig gewesen. Sie wollte sich im Grunde genommen auf den revolutionären Elan einer kleinen aktiven Kampfgruppe verlassen. Qualität, nicht Quantität sollte massgebend sein. Sie hegte die kühne Hoffnung, dass in Zeiten revolutionärer Erregung sich die Anziehungskraft einer kleinen Kampfgruppe auf die Masse magnetisch

bewähren würde. Sie schätzte deshalb den Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten gering ein. Die Indifferenten trennte ja nur ein Blatt Papier – das Mitgliedsbuch – von den Organisierten!

Vor dem Kriege hatte Rosa Luxemburg des Öfteren den Versuch gemacht, uns Jüngere zu bekehren. Ohne Erfolg. Ich selbst habe Rosa Luxemburg früh kennengelernt, weil ich von 1897 bis 1906 in Schlesien tätig war. Rosa Luxemburg stand damals in scharfem Kampf mit der polnisch-sozialistischen Partei Oberschlesiens, wobei sie die Hilfe der deutschen Genossen in Schlesien suchte.

Auch in den ersten Jahren meiner Berliner Tätigkeit kam ich noch öfter mit ihr zusammen. Ein Brief, den sie mir aus ihrer Friedenauer Wohnung in der Cranachstrasse 58 am 28. August 1908 wegen Schön-lanks Sohn Hellmut schrieb, ist mir ein Erinnerungszeichen aus jener Zeit. Später kamen wir immer weiter auseinander. Im Kriege veröffentlichte sie ihre scharfe Kritik an dem Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie unter dem Pseudonym «Junius»: «Der Krieg und die deutsche Sozialdemokratie.» Und doch blieb sie uns als Denkerin näher als den Spartakisten; wie ihr im Sommer 1918 im Gefängnis geschriebenes nachgelassenes Buch über die russische Revolution beweist, übte sie an Lenin scharfe Kritik. Sie hielt nach diesem Buch nichts von der Diktatur einer Handvoll Politiker. Sie suchte dialektisch-spielerisch für Demokratie und Diktatur eine Synthese zu finden: «Jawohl Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung.» Um die Demokratie verwenden zu können, muss man aufgeklärte Massen haben. Diese fehlten der Spartakusbewegung. Über die Erziehung der Massen schrieb Rosa Luxemburg in diesem Buche:

«Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt (der Massen) ist die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte weiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade Schreckensherrschaft demoralisiert.»

Bürgerkrieg demoralisiert noch mehr als Krieg. Demoralisation auf der linken Seite weckt Demoralisation auf der rechten Seite und umgekehrt. Rosa Luxemburg fiel als Opfer des weissen Schreckens, der das Gegenstück des roten Schreckens war.

XVIII. Die neue Gesetzlichkeit

Am 25. Januar 1919 fuhr ich mit Wels und Hermann Molkenbuhr zur Berner Internationalen Sozialistenkonferenz, die zu dem Friedensproblem Stellung nahm. Ihre Tagung gehört zeitlich in die illegale Periode. Der Raum, der diesem Buch gesetzt ist, verbietet mir aber eine Schilder-

rung der Berner Tagung, die ich in einem späteren Buch nachzuholen gedenke.

Wir hatten in Bern keinen leichten Stand. Aus dem Lager der Entente-Sozialisten wurde zuerst die Forderung erhoben, die deutsche Mehrheitssozialdemokratie wegen der im Kriege betriebenen Politik auszuschliessen oder zum Widerruf zu zwingen. Gegen diese Bestrebungen setzte sich jedoch die Erkenntnis durch, dass man mit Ausschluss der Mehrheitssozialdemokratie die überwältigende Mehrzahl der deutschen Arbeiterklasse aus der Internationale entferne. Der Beweis hierfür war durch den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung erbracht. Wir erreichten schliesslich aber die Anerkennung, dass unsere in Bern abgegebenen Erklärungen revolutionären Geist bekundet haben. Die Konferenz begrüsst die deutsche Revolution und sah die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Auf den Abschluss des Friedens haben die Berner Beschlüsse keinen Einfluss gehabt.

Am Nachmittag des 14. Februar kamen wir in Weimar an. Wegen der Berner Konferenz haben Wels, Molkenbuhr und ich die ersten zehn Tage der Tagung der Nationalversammlung nicht miterlebt.

Die Wahlen zur Nationalversammlung waren am 19. Januar 1919 im ganzen Reiche friedlich verlaufen. Die Spartakisten hatten Wahlenthaltung proklamiert. Sie hatten sich auch sonst passiv verhalten und, wie das Wahlergebnis zeigte, zahlenmässig nicht viel zu bedeuten. Die Wahlbeteiligung war gross, sie betrug 82,7 Prozent. Die Frauen machten von dem ihnen neu verliehenen Wahlrecht fleissig Gebrauch. Unter den gewählten Abgeordneten befanden sich 37 Frauen, davon 19 in der sozialdemokratischen Fraktion und 3 in der der Unabhängigen.

Der Wahlauftritt der mehrheitssozialdemokratischen Partei war vom 1. Januar 1919 datiert. Die Sprache des Aufrufes war klar, der Ton frisch, der Inhalt unzweideutig.

Der Aufruf sagte, dass die Sozialdemokratie dem Volke so rasch wie möglich zu seinem Rechte verhelfen wolle, selbst über seine Geschicke zu bestimmen. Damit habe sie gezeigt, dass sie das Urteil des Volkes nicht scheue. Aber der Aufruf scheute auch das Bekenntnis zur Vergangenheit nicht: «Unsere Kreditbewilligung war Bekenntnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Gehorsams gegenüber den früheren Beherrschern Deutschlands. Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Übermacht und der Abschluss eines Verständigungsfriedens.» «Die nationalistische Überhebung, der die bürgerlichen Parteien zum grossen Teil verfallen waren. Blindheit und Hochmut unserer früheren Machthaber missachteten unseren Rat und führten uns ins Verderben. So kam die Revolution.»

Die Sozialdemokratie wolle: «Die freieste republikanische Verfassung, einen gerechten Frieden, Schutz gegen neue Ausbeutung und Unterdrückung der geistig und körperlich Schaffenden durch den Kapitalismus, höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung für alle.» Auch die konfessionellen Gemeinschaften sollen jede Freiheit eines freien Staates genießen. . . .

«Wir wollen, dass alle Angehörigen unseres Volkes frei und gleich nebeneinanderstehen, und dass unser Volk frei und gleich neben den anderen Völkern stehen soll!

Eine Riesenaufgabe, wie sie noch keiner Partei beschieden war, steht vor uns. Nur das Vertrauen an die Gerechtigkeit unserer Sache verleiht uns den Mut Euch aufzurufen: Gebt uns die Macht, sie zu vollenden.»

Der Wahlkampf war nicht leicht. Trotzdem errang die Mehrheitssozialdemokratie einen glänzenden Sieg: 11½ Millionen Wählerinnen und Wähler wählten ihre Kandidaten. Sie erhielt 37,8 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Mit 163 Mandaten war die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Partei in der Nationalversammlung.

Aber der Sieg reichte nicht aus zur Führung einer rein sozialistischen Politik. Die Unabhängigen verfügten nur über 22 Mandate. Die Nationalversammlung hatte also keine sozialistische Mehrheit. Die bürgerlichen Parteien hatten 236 von insgesamt 423 Mandaten inne. 25 Mandate hätten von den sozialistischen Parteien mehr erobert werden müssen, wenn eine knappe sozialistische Mehrheit hätte erreicht werden sollen. Ob eine einige, geschlossene sozialdemokratische Partei dieses Mehr an Mandaten erreicht hätte? Jedenfalls hätte eine einige Partei es leichter gehabt, moralische Eroberungen zu machen. Aber seien wir ehrlich: auch mit einer knappen Mehrheit in der Nationalversammlung hätte in einem Staate, der sich nach 4½-jährigem Kriege von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft umstellen musste, in Anbetracht der ungeheuren Verluste an Volkskraft und Volksvermögen die Vollsozialisierung nicht glatt durchgeführt werden können. Wären gar Experimente nach russischem Muster versucht worden, so wäre der Pendel sicher bald noch weiter nach rechts geschlagen, als das in den folgenden Jahren sowieso der Fall war. Karl Marx hat in seinen historischen Schriften an den Beispielen der Pariser Februar- und Julirevolution gezeigt, wie vor, in und nach Revolutionen die jeweilig in der Gesellschaft vorhandenen Klassenkräfte sich auswirken. Die Umlagerung der sozialen Grundlagen der Gesellschaft kann nur das Ergebnis eines längeren wirtschaftlichen Prozesses sein. Kurt Eisner, der die Einberufung der bayerischen verfassunggebenden Versammlung wegen des ihm unbequemen Wahlergebnisses ungebührlich verzögerte, sagte in dem Pro-

gramm der bayerischen Regierung Ende Januar 1919 folgende Wahrheiten:

«Wir sprechen aber in vollkommener Offenheit aus, dass es uns unmöglich scheint, in einer Zeit, da die Produktivkräfte des Landes nahezu erschöpft sind, die Industrie sofort in den Besitz der Gesellschaft überzuführen. Man kann nicht sozialisieren, wenn kaum etwas da ist, das zu sozialisieren ist. Es ist die Auffassung von Karl Marx, dass die Wirtschaft dann in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden muss, wenn die Produktivkräfte sich so gewaltig entwickelt haben, dass sie die zu enge Hülle der kapitalistischen Ordnung sprengen. Ferner scheint es unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Ordnung durchzuführen.»

In den Ländern der Entente konnten die sozialistischen Parteien unter dem Druck der Sieger an die Durchführung der Sozialisierung damals gar nicht denken.

Die bürgerlichen Parteien hatten die Mehrheit zum Teil unter neuen Firmenschildern erreicht. Die Konservativen, die freikonservative Reichspartei und die antisemitischen und deutsch-sozialen Gruppen hatten sich zur «Deutschnationalen Volkspartei» zusammengeschlossen. Die fortschrittliche Volkspartei nannte sich jetzt deutsch-demokratische Partei. Dieser schloss sich auch der linke Flügel der früheren Nationalliberalen an. Weil die Führer der neugegründeten demokratischen Partei Gustav Stresemann wegen der von ihm im Kriege befürworteten Politik nicht trauten und ihn deshalb zu der Gründung der demokratischen Partei nicht einluden, schuf Stresemann mit den Resten der Nationalliberalen die «Deutsche Volkspartei». Selbst das Zentrum zog als «Christliche Volkspartei» in den ersten Wahlkampf. Die beiden Rechtsparteien erhielten zusammen nur 64, davon die Deutsche Volkspartei 22, das Zentrum einschliesslich der Bayern 90, die Demokratische Partei 75 Mandate. Ausserdem sassen noch 7 Wilde (Welfen und Bauern) in der Nationalversammlung.

Das Wahlergebnis liess theoretisch die Möglichkeit einer gesamtbürgerlichen Regierung gegen die Sozialisten zu. Praktisch kam das nicht in Betracht. Ohne die deutsche Arbeiterschaft, die stärker denn je sozialistisch gewählt hatte, konnte der deutsche Aufbau nicht vollzogen werden. Ausserdem hätte eine Regierung mit Einbeziehung der Rechtsparteien damals wie eine Provokation der ganzen Welt gewirkt. Die Deutschnationalen waren gewillt, die verfehlte Politik der Kaiserzeit fortzusetzen. Neu war nur, dass sie sich gegen jede Diktatur wandten und für das parlamentarische System einsetzten.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung wäre gleichfalls theoretisch möglich gewesen. In den Reihen der christlichen Gewerkschaften wurde für sie Stimmung gemacht. In diesem Falle hätten die Sozialisten allein den Frieden schliessen müssen, im Parlament aber für alle Gesetze die Unterstützung bürgerlicher Politiker gebraucht.

Praktisch kam eine sozialistische Minderheitsregierung ernsthaft nicht in Frage, weil die Ablösung des Waffenstillstandes durch einen Friedensvertrag die Bildung einer Regierung voraussetzte, die sich auf eine sichere Mehrheit stützen konnte.

Eine sozialistische Minderheitsregierung wäre im Übrigen nur als Regierung der Mehrheitssozialdemokraten möglich gewesen. Die mehrheitssozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hatte am 5. Februar bei den Unabhängigen angefragt, ob sie bereit seien, in eine auf demokratischer Grundlage zu bildende Reichsregierung einzutreten. Es wurde dabei ausdrücklich das Bekenntnis zu einer Staatsform vorausgesetzt, die in jeder Beziehung dem Willen der Mehrheit des Volkes angepasst war. Die Fraktion der Unabhängigen sagte am 6. Februar ab. Sie verlangte als Vorbedingung die Absage an die bestehende Gewaltherrschaft und das Bekenntnis und den entschlossenen Willen sämtlicher Mitglieder, die demokratischen und sozialistischen Errungenschaften gegen die Bourgeoisie und die Militäradokratie zu verteidigen. Nach dem Ausgang des Wahlkampfes war eine solche Antwort zu erwarten. Wären die Unabhängigen damals in die Regierung gegangen, so hätten ihre Wähler das nach dem soeben geführten Wahlkampf nicht verstanden.

Zur Herbeiführung des Friedens und zur Schaffung einer republikanischen Verfassung war deshalb das einzig Mögliche: die Bildung einer Koalitionsregierung der republikanischen Parteien, d.h. der Mehrheitssozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten. Die Demokratische Partei hatte sich bei ihrer Gründung im Dezember 1918 zur republikanischen Staatsform bekannt und in ihrem Wahlaufuf gesagt, dass alle öffentliche Macht allein auf dem Willen des souveränen Volkes beruhen müsse. Sie trat für eine soziale Steuer- und Wirtschaftspolitik auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein. Das Zentrum hatte sich in seinem Wahlaufuf rückhaltlos zum demokratischen Volksstaat bekannt. Es trat ein für «gleiches Recht aller Volksschichten auf Teilnahme an der Verwaltung aller Angelegenheiten ohne Kastengeist und Klassenbevorzugung». In sozialen Fragen stand also das Zen-

trum, in den kulturellen die Demokratische Partei der Sozialdemokratie näher. So schufen denn diese drei Parteien gemeinsam die Grundlage der neuen Republik, für die dann der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger und der Demokrat Walther Rathenau später zu Blutzeugen werden sollten.

Als ich am Nachmittag des 14. Februar in Weimar ankam, war das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 bereits erlassen. Der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands hatte am 4. Februar 1919 als Reichskontrollinstanz seine Tätigkeit zugunsten der Nationalversammlung eingestellt. Die Volksbeauftragten hatten am 10. Februar nach Annahme der vorläufigen Reichs Verfassung ihre Ämter niedergelegt. Friedrich Ebert war mit 277 von 379 Stimmen am 11. Februar zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt worden. Philipp Scheidemann hatte als Reichsministerpräsident das erste Ministerium der deutschen Republik bereits gebildet und am 13. Februar seine Regierungserklärung abgegeben. Der 77jährige Wilhelm Pfannkuch war noch ganz im Vollgefühl der historischen Stunde, in der er als Alterspräsident die Nationalversammlung der Republik eröffnet hatte. Das hätte sich der junge Tischlergeselle nicht träumen lassen, als er, ergriffen vom Feuergeiste Lassallescher Agitation in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich in Kassel der sozialistischen Bewegung anschloss. Als ich in Weimar ankam, war der erste Präsident der Nationalversammlung, Eduard David, infolge seines Eintritts in das Reichsministerium bereits durch Fehrenbach ersetzt. Zur Regierungserklärung hatte als Redner der sozialdemokratischen Fraktion bereits Wilhelm Keil gesprochen.

Als ich das Nation al theater in Weimar betrat, in dem die Nationalversammlung tagte, sprach gerade der alte Graf Posadowski -Wehner, der solange im Kaiserreich als Staatssekretär der Finanzen und des Innern für die Regierung das Wort geführt hatte. Jetzt sprach er resigniert als Abgeordneter gerade:

«Prinz Max von Baden hat die bisherige Regierung liquidiert und die parlamentarische Regierung amtlich in Deutschland eingeführt. Man hätte nun glauben können, dass die Einführung der parlamentarischen Regierung den weitestgehenden Politikern genügt hätte.»

Der Graf übersah, dass Prinz Max zu spät gekommen war. An sein parlamentarisches System hatte das Volk den Glauben verloren.

Nach Sitzungsschluss ging ich zunächst in mein Privatquartier. Ich blieb dort wohnen, bis ich im Juni 1919, als Nachfolger des Grafen

Brockdorff-Rantzau als Aussenminister in das Weimarer Schloss übersiedelte.

Am Abend ging ich in das Schloss, wo Wels, Molkenbuhr und ich Ebert und Scheidemann einen Stimmungsbericht über die Berner Konferenz gaben. Dann sprachen wir über die nächste Zukunft Deutschlands, die uns schwarz erschien. Aber Ebert verlor nie den Mut. Sein Glaube an eine bessere Zukunft Deutschlands war unerschütterlich.

Es ist jedoch nicht Aufgabe dieses Buches, die neue legale Periode der deutschen Geschichte zu schildern. Die Zeit der Revolution war mit dem Beginn der Tagung der Nationalversammlung zu Ende, wenn auch noch manche Unruhen das Gefüge des neuen Staates zu erschüttern drohten. So hat der Berliner Märzputsch mehr Menschenblut gekostet als alle vorausgegangenen Unruhen. Im Rheinland, in Oberschlesien, in Mitteldeutschland gab es auch späterhin noch aufständische Bewegungen. Immer wieder versuchten die Spartakisten die Regierung durch Stilllegung der wichtigsten Produktionsbetriebe lahmzulegen. Ende Februar war die Nationalversammlung in Weimar tagelang von dem ordnungsgemässen Zugverkehr nach Norden abgeschlossen. Aber das alles waren nur vorübergehende Erscheinungen und Nachhutgefechte. Die Nationalversammlung blieb in Weimar und vollendete dort ihr Werk.

Der Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat vollzog sich verhältnismässig leicht, weil die Volksbeauftragten in der verfassungslosen Zeit sich auf allen wichtigen Gebieten als Gesetzgeber bewährt hatten. Der Nationalversammlung wurden die von den Volksbeauftragten erlassenen nicht weniger als 124 Verordnungen zur Überprüfung innerhalb dreier Monate vorgelegt. Sie bestanden in den drei Ausschüssen, denen die Verordnungen überwiesen waren, diese Prüfung.

Im zehnten Jahre der Republik weiss die in der Nachkriegszeit aufgewachsene Jugend vielfach gar nicht, was sich gegen früher durch die Revolution grundlegend geändert hat. Ich denke dabei nicht nur an die Verfassungsverhältnisse, sondern an die Verbesserungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Revolution hat, um nur einiges anzuführen, die Gesindeordnung und die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen für die Landarbeiter beseitigt und diesen das Koalitionsrecht gegeben. Die Revolution hat den Kreis der Sozial versicherten bedeutend erweitert. Die Revolution hat die Beamten erst zu freien Staatsbürgern gemacht. Es war geradezu eine symbolische Handlung, als der sozialdemokratische preussische Unterrichtsminister damals den gemass-

regelten Privatdozenten Leo Arons rehabilitierte, der unter dem Kaiserreich seine Lehrtätigkeit als Physiker von Ruf an der Berliner Universität aufgeben musste, weil er sich ausserhalb seines Amtes politisch zur sozialdemokratischen Partei bekannt hatte. Nach der Revolution wurde die Erwerbslosenversicherung erst durch Verordnung, dann durch Gesetz eingeführt. Nur die Gewerkschaften zahlten vorher Arbeitslosenunterstützung. Wer von den Arbeitslosen ausgesteuert war, fiel der Armenfürsorge der Gemeinde zur Last, und Empfang von Armenunterstützung war vor dem Kriege mit Verlust des Wahlrechts verbunden. Die Revolution brachte die Befreiung der geringen Einkommen von der Einkommensteuer, während im Obrigkeitsstaat die geringsten Einkommen Gemeindesteuern zahlen mussten. Die Revolution hat erst die Grundlage für ein deutsches Tarifrecht geschaffen. Ohne das Schlichtungswesen wäre in den Zeiten grosser Arbeitslosigkeit, wie wir sie in der Nachkriegszeit erlebten, der Reallohn von Millionen Arbeitern stark gesenkt worden, wie das vor dem Kriege stets in Krisenzeiten der Fall war, Erst nach der Revolution mussten sich die Unternehmer gesetzliche Beschränkungen bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten gefallen lassen. Die Revolutionszeit brachte durch die beiden Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit den Achtstundentag. Im Herbst 1923 wurden diese beiden Verordnungen, als sie im Ablaufen waren, von einer rein bürgerlichen Regierung nicht erneuert, und seither ist das Prinzip des Achtstundentags in Deutschland durchlöchert. Im Obrigkeitsstaat gab es keinen Schutz für die erwachsenen männlichen Arbeiter in Bezug auf die Begrenzung der Arbeitszeit, nur für weibliche und jugendliche Arbeiter kannte die Gewerbeordnung einschränkende Bestimmungen. Die Revolution gab den Betriebsräten ihre Stellung im Gesetz. Das war ein erster kleiner Versuch zu dem grossen Ziel: neben die politische Demokratie die Wirtschaftsdemokratie zu setzen.

Die Revolution hat das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse eingeleitet. Im Werk von Weimar liegt der Keim für die werdende sozialistische Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Zukunft, das in Weimar begonnene Werk zur Reife zu bringen. Das wird gelingen, wenn wir aus der Revolutionszeit die grosse Lehre ziehen, dass ein so hohes Ziel nur durch die geeinte Arbeiterklasse zu erreichen ist.

BÜCHER

ÜBER DIE REVOLUTIONSZEIT

- Eduard Bernstein: Die deutsche Revolution. *Verlag für Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau 1921.*
- Karl Brammer: Das Gesicht der Reaktion. 1918-1919. *«Der Firm.»*
- Friedrich Payer: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. *Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt 1925.*
- Conrad Haussmann: Schlaglichter. *Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt 1924.*
- Prinz Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. *Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1925.*
- Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch. *Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921.*
- Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. *Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1920.*
- Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. 2 Bände. *Malik-Verlag.*
- Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland. *Phöbus-Verlag, Berlin 1925,*
- Emil Barth: Aus der Werkstatt der Revolution. *A. Hoffmanns Verlag, Berlin.*
- Anton Fischer: Die Revolutionskommandantur Berlin.
- Emil Eichhorn: über die Januarereignisse. *Verlagsgenossenschaft «Freiheit», Berlin 1919.*
- Dr. Bogdan Krieger: Das Berliner Schloss in den Revolutionstagen 1918. *Rembrandt-Verlag, Zehlendorf.*
- Der Ledebourprozess. *Verlagsgenossenschaft «Freiheit», Berlin 1919.*
- Karl Liebknecht: Reden und Aufsätze. *Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921.*
- Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte. 16. bis 24. Dezember 1918. *Stenographische Berichte.*

Januaraufstand

 5. Januar 1919



Rosa Luxemburg, linke Sozialdemokratin und Mitgründerin der KPD. Sie wurde am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet